Kursbuch 6 1966

Dossier 1:
Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam

Lawrence Ferlinghetti
Detlef Kantowsky
Bo Gustafsson
Maurice Dobb

Dossier 2:
Erzählungen aus einem chinesischen Dorf

Suhrkamp Verlag

Goethe Institut

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger

Kursbuch 6 Juli 1966

Lawrence Ferlinghetti, Where is Vietnam? *1*

Dossier 1: Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam. Zusammengestellt von George Mohr *5*

Dossier 2: Erzählungen aus einem chinesischen Dorf. Aufgezeichnet von Jan Myrdal *40*

Detlef Kantowsky, Das Versagen der indischen Landreform *73*
Bo Gustafsson, Versuch über den Kolonialismus *86*
Maurice Dobb, Wirtschaftliches Wachstum und unterentwickelte Länder *136*
Peter Weiss und *Hans Magnus Enzensberger*, Eine Kontroverse *165*

Goethe Institut
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: 05
Kur

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 8. Abonnements sind mit Monatsfrist zum Jahresende kündbar. Anschrift der Redaktion und des Verlages: Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, Grüneburgweg 69, Postfach 2446, Telefon 720881, Fernschreiber 413972. Postscheckkonto Frankfurt/Main 115761, Bankkonto Deutsche Bank Frankfurt/Main 95/7100. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Alle Briefe sind an ihre Frankfurter Adresse zu richten. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger. Redaktion: Karl Markus Michel. Copyright © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1966. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Umschlagentwurf Willy Fleckhaus. Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Lawrence Ferlinghetti
Where is Vietnam?

Meanwhile back at the Ranch the then President also known as Colonel Cornpone got out a blank Army draft and began to fill in the spaces with men and Colonel Cornpone got down to the bottom of the order where there is a space to indicate just where the troops are to be sent and Colonel Cornpone got a faraway look in his eye and reached out and started spinning a globe of the world and his eye wandered over the spinning surface of the world and after a long time he said I See No Relief so they brought him a relief map of the world and he looked at it a long time and said Thank You Gentlemen I see it all very clearly now yes indeed everything stands out very clearly now and I can see the oceans themselves rolling back and Western Civilization still marching Westward around the world and the New Frontier now truly knows no boundaries and those there Vietnamese don't stand a Chinaman's chance in Hell but still there's all these Chinamen who think they do and also think they can actually reverse the Westward march of civilization and actually reverse the natural Westward spin of our globe but Gentlemen these are not War Games this is not Space Angels this is the real thing Gentlemen and I know right exactly where this here Vietnam is Gentlemen and I want to make doubly sure that all our own people know right exactly where this here Vietnam is Gentlemen in case any of you should happen to get cornered by some eggheads or someone And just then Ladybird came running and Colonel Cornpone stepped into the cloakroom and whispered to her The world really does rotate Westward don't it? and she being smarter than he as is usually the case whispered back that this here Vietnam was not a place but a state of mind and Colonel Cornpone got that old faraway look again and stepped back onto the front porch and sat there rocking for a long time and then said Gentlemen I am a family man and this is for real and I am hereby ordering the complete and final liberation of Vietmind I mean Vietnam for the roots

of the trouble are found wherever the landless and oppressed the poor and despised stand before the gates of opportunity and are not allowed across the Frontier into the Great Society which seems to lie out before me like a land of dreams and so Gentlemen here we go fasten your seatbelts we are powerful and free and united there ain't much we can't do and so Gentlemen let me point out to you exactly where it is we all are going on this here globe because Gentlemen even though I am reputed never to have been out of the United States I do know right where we are going on the brink of Vietmind I mean Vietnam and even though we don't want to stop the world spinning in the right direction even for an instant I do want to slow it down just long enough for me to put my finger for you right on this here sore spot which is Vietmine I mean Vietnam and Colonel Cornpone put out his hand to slow down the world just a bit but this world would not be slowed down a bit this world would not stop spinning at all and Texas and Vietnam spun on together faster and faster slipping away under Colonel Cornpone's hand because the surface of this world had suddenly become very very slippery with a strange kind of red liquid that ran on it across all the obscene boundaries and this world went on spinning faster and faster in the same so predestined direction and kept on spinning and spinning and spinning and spinning!

Lawrence Ferlinghetti
Wo ist Vietnam?

Draußen auf seiner Ranch aber zog der damalige Präsident alias Oberst Cornpone einen Einberufungsbefehl aus der Tasche und füllte ihn aus und schrieb eine Menge Leute drauf und als Oberst Cornpone zu der Rubrik ganz unten auf dem Formular kam wo es heißt Voraussichtlicher Ort des Einsatzes da kriegte Oberst Cornpone seinen berühmten Gesichtsausdruck und sein Auge schweifte weit in die Ferne und er langte nach dem Globus und drehte dran und sein Auge schweifte über die Welt und die Welt drehte sich und das ging eine ganze Weile so und dann sagte er Ich sehe keine Erhebungen und da brachten sie ihm eine erhabene Weltkarte und er sah sich das Relief an und das ging eine ganze Weile so und dann sagte er Danke meine Herren jetzt sehe ich klar jetzt weiß ich worum es sich dreht verstanden und ich sehe den Rollback der Ozeane und die westliche Zivilisation wie sie rund um die Welt marschiert immer nach Westen der *New Frontier* zu die keine Grenzen mehr kennt und jetzt habe ich den Dreh heraus und den Vietnamesen da drüben gebe ich keine blasse Chance mehr nur die Gelben bilden sich ein sie hätten noch eine und bilden sich weiß Gott ein sie könnten die westliche Zivilisation aufhalten die rund um die Welt marschiert und den Globus soweit kriegen daß er sich nach Osten dreht aber meine Herren hier dreht sichs nicht mehr um Spieltheorie und hier dreht sichs auch nicht mehr um den Mond sondern hier gehts um die Wurst und jetzt hab ich den Dreh heraus jetzt weiß ich ganz genau wo es liegt dieses Vietnam und damit Sie ganz klar sehen meine Herren ich wünsche daß auch unsere Leute es ganz genau wissen wo es liegt nur für den Fall meine Herren daß irgendein Eierkopf oder sonstwer Ihnen etwas weismachen will Und in dem Moment kam Ladybird zur Tür rein und Oberst Cornpone trat schnell mal aus und flüsterte ihr zu Sag mal die Erde dreht sich doch nach Westen oder? Und sie wie gewöhnlich eine Spur heller als er flüsterte ihm zu Dieses Vietnam ist überhaupt kein Ort sondern ein Geisteszustand und da kriegte Oberst

Cornpone wieder seinen berühmten Gesichtsausdruck und ließ seine Augen in die Ferne schweifen und trat hinaus auf die Veranda und setzte sich in den Schaukelstuhl und das ging eine ganze Weile so und dann sagte er meine Herren ich habe Familie verstanden und hier gehts um die Wurst und ich befehle hiermit daß Vietnam sofort und endgültig von seinem Geisteszustand befreit wird denn die Wurzeln des Übels liegen überall dort verstanden wo die Bedrückten und Entwurzelten die Armen und Erniedrigten vor den Toren des Glücks stehen und wo man ihnen den Eintritt verwehrt in die Große Gesellschaft die ich vor mir liegen sehe wie ein Traumland und deshalb meine Herren bitte anschnallen los gehts wir sind stark und einig und frei und es gibt so gut wie nichts was wir nicht schaffen könnten und deshalb meine Herren alles mal herhören jetzt werde ich Ihnen mal sagen worum sichs dreht und Ihnen das Ziel zeigen hier auf diesem Globus denn meine Herren wenn man mir auch nachsagt ich wäre nie aus den Vereinigten Staaten rausgekommen so weiß ich trotzdem ganz genau wo es hingeht nämlich über die Schwelle von diesem Vietdingsda verstanden und nicht daß sie meinen wir wollten die Welt stoppen soll sie sich doch weiterdrehen nur ein bißchen langsamer und ich bremse mal eben damit ich meinen Finger auf die Wunde legen kann und Oberst Cornpone streckte seine Hand aus um die Welt aufzuhalten nur eine kleine Weile doch die Welt wollte nicht stehenbleiben nicht mal eine kleine Weile lang und Texas und Vietnam drehten sich weiter immer schneller und schneller glitt die Welt Oberst Cornpone unter den Händen weg denn sie war auf einmal ganz glitschig geworden irgend eine komische rote Flüssigkeit war drüber gesickert quer über die Neue und die alten Grenzen und sie drehte sich immer in derselben Richtung weiter wie von Anbeginn und drehte sich und drehte und drehte sich immer schneller und schneller und schneller.

Aus dem Amerikanischen von Benedikt Pfaff

Dossier 1:
Die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam

Einführung

Die aktive Opposition gegen die Vietnam-Politik der Regierung Johnson ist eine Minderheitsbewegung. Sie ist amorph, ohne einheitliches Programm. Neben traditionell pazifistischen schließt sie Organisationen ein, die sich in den letzten zehn Jahren gebildet haben, um gegen die Versuche mit Atomwaffen zu protestieren und eine allgemeine Abrüstung zu fordern. Weiter sind ihr zuzurechnen: die Überbleibsel der »alten Linken«; vereinzelte lokale Gewerkschaftsgruppen (die allgemeinen Gewerkschaftsbünde in den USA »stehen rechts von Wall Street« [1]); ferner Einzelgänger, die Zugang zu den Massenmedien haben und somit an die Öffentlichkeit appellieren können; Tausende von Universitätsprofessoren; Vertreter der Negerorganisationen; über zweihundert lokale Komitees, deren Aktionen ein nationaler Ausschuß zu koordinieren versucht; und schließlich eine Anzahl von Studentenorganisationen, die man hier die »neue Linke« nennt. Noch ihre Aktions- und Propagandamethoden reflektieren die heterogene Zusammensetzung der Bewegung. Neben die klassischen Methoden der politischen Agitation sind neue getreten, die sich spontan ausbreiten: *Teach-ins,* Aufrufe in den großen Tageszeitungen als ganzseitige Anzeigen mit Tausenden von Unterschriften; Versuche, die Wehrdienstverweigerung und andere Formen des zivilen Ungehorsams, wie sie bisher nur von integralen Pazifisten wie den Quäkern und anderen religiösen Gruppen praktiziert worden sind, unter den Studenten zu propagieren; bis zur öffentlichen Verbrennung von militärischen Einberufungsbefehlen, die mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden kann, und bis zur tragischen Selbstverbrennung einiger Extremisten.

Grob gesprochen kann man bei der Bewegung gegen den Krieg in Vietnam drei Gruppen unterscheiden. Die erste Gruppe will die öffentliche

Meinung für politische Vorschläge und Programme gewinnen, die zu einem Ende des Krieges führen können; sie ist bei weitem die stärkste, und sie erzielt, wenigstens kurzfristig gesehen, die größten Wirkungen. Man kann dieser Gruppe sowohl die traditionellen liberalen Organisationen wie auch die jungen Bewegungen der weißen und farbigen Studenten, die vielen lokalen Komitees und die Einzelgänger zuordnen. Was sie eint, ist nicht ein gemeinsames politisches Programm. Im Gegenteil: die politischen Gegensätze unter ihnen haben nicht selten zu starken Spannungen geführt. Was sie eint, ist der Charakter ihrer Agitations- und Aktionsmethoden, die man am besten mit dem einfachen Wort *demokratisch* beim Namen nennt: die rationale Argumentation, die publizistische Enthüllung, der Nachweis direkter oder indirekter Lügen von seiten der Regierung, der Appell an das moralische Gewissen der Bürger, die Demonstration auf öffentlichen Plätzen. Sogar gewisse Formen des zivilen Ungehorsams gehören hierher, nämlich diejenigen, die von der amerikanischen Tradition sanktioniert sind. Die treibende Kraft und zugleich der radikale Flügel dieser ganzen Gruppierung ist die »neue Linke«. Ihr Elan, ihre Aggressivität, ihre Kompromißlosigkeit in organisatorischen und strategischen Fragen haben die Bewegung bisher vor einer Abschwächung ihrer oppositionellen Grundhaltung bewahrt und alle Versuche der Regierung zunichte gemacht, die Bewegung im ganzen oder wenigstens ihren gemäßigten Teil in die breite Front des Johnson'schen Consensus zu integrieren.

Einer zweiten, schwächeren Gruppe ist mehr daran gelegen, im biblischen Sinne des Wortes »ein Zeugnis zu geben«, als politisch zu überzeugen. Ihre Vorbilder sind eher in der Religions- als in der politischen Geschichte zu suchen. Ihre Hauptwaffe ist der zivile Ungehorsam. Sie demonstrieren ihren moralischen Abscheu vor dem Krieg, indem sie es ablehnen, Steuern zu zahlen, indem sie den Militärdienst verweigern und Widerstand gegen Rekrutierungsbehörden leisten, und indem sie Außenstehende zu ähnlichen Aktionen auffordern. Man nennt diese Gruppe oft den religiösen Flügel der Bewegung gegen den Krieg, obwohl manche ihrer Mitglieder im herkömmlichen Sinn nicht religiös sind. Zu dieser Gruppe gehören in erster Linie die Pazifisten aller Schattierungen, die bis zum Beginn des Vietnam-Krieges völlig isoliert waren. Der Verlauf des Konflikts und die amerikanische Intervention in der Dominikanischen Republik haben für diese Leute zwei wichtige Konsequenzen gezeitigt. Die Ereignisse haben

sie gezwungen, sich mit der Rolle der Vereinigten Staaten politisch auseinanderzusetzen. Während ihre Aktionen sich in der Vergangenheit gegen die internationale Atomrüstung richteten, an der Ost und West gleichen Anteil hatten, sahen sich die pazifistischen Organisationen nunmehr mit den Zielen der amerikanischen Außenpolitik direkt konfrontiert. Es genügte nicht mehr, die Schuld an den Spannungen in der ganzen Welt gleichmäßig auf beide Seiten zu verteilen. Die heftige Reaktion der radikalen Pazifisten brachte sie politisch in die Nachbarschaft der rapide wachsenden Studentenbewegung gegen den Vietnam-Krieg. Zum erstenmal fanden die pazifistischen Organisationen den Zugang zu einer Massenbewegung.

Die dritte Gruppe ist die schwächste. Zu ihr rechnen die ultralinken Sekten der Trotzkisten, Castroisten und Maoisten, die sich in der Hauptsache damit befassen, ihre Solidarität mit den Vietkong zu erklären und alte bolschewistische Losungen aus dem Ersten Weltkrieg zu wiederholen. Ihr Einfluß auf die Bewegung im ganzen ist gering; daß niemand sie hindert, an ihr teilzunehmen, ist dagegen ein Umstand von großer Bedeutung, in dem sich der demokratische Geist und der politische Stil der entscheidenden Gruppen ausdrückt. Daß die Bewegung niemand ausgeschlossen hat, weder auf lokaler noch auf nationaler Ebene, hat ihr selbstverständlich im Handumdrehen den Ruf eingebracht, »kommunistenfreundlich« oder »weich« gegenüber den Kommunisten zu sein. Die Vertreter der Regierung, den Präsidenten nicht ausgeschlossen, und die regierungstreuen Massenmedien haben versucht, die ganze Opposition auf die Methoden und Losungen kleiner Gruppen festzunageln. Sie haben die öffentliche Verbrennung von Einberufungsbefehlen, eine Aktion, deren Nützlichkeit äußerst fragwürdig ist, und die Parolen ultralinker Sekten der Bewegung insgesamt anzuhängen versucht.[2] Dieser Tendenz haben sich leider auch gewisse Ideologen der »alten Linken«, etwa der Kreis um *Dissent* und um die *Partisan Review* angeschlossen.

An Meinungsverschiedenheiten innerhalb der oppositionellen Bewegung fehlt es also, wie gesagt, nicht. Diese Differenzen werden offen diskutiert; sie schlagen sich auch in den öffentlichen Erklärungen der verschiedenen Organisationen nieder. Es sind vornehmlich drei Fragen, die den gemäßigten vom radikalen Flügel trennen.

Eine gemäßigte Minderheit plädiert für den Ausschluß der kommunisti-

schen Gruppen. Dagegen besteht die »neue Linke« darauf, daß alle Gegensätze politisch ausgetragen werden, ohne im übrigen den Kommunisten Konzessionen zu machen oder ihre Kritik an ihnen abzuschwächen. Der gemäßigte Flügel führt dagegen zweierlei ins Feld: er fürchtet, daß die kommunistischen Gruppen die Antikriegsbewegung »kolonisieren«, und daß sie ihr öffentliches Ansehen beschädigen könnten.

Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß das erste Argument haltlos ist. Zum einen sind die Kommunisten zahlenmäßig in einer verschwindenden Minderheit, zum andern stellt sie die »neue Linke« politisch in den Schatten, weil sie in ihren Methoden origineller und aggressiver ist, und weil sie auf die amerikanische Wirklichkeit weit genauer und richtiger reagiert.

Die Antwort der jungen Radikalen auf das zweite Argument der Gemäßigten hat Carl Oglesby, der Vorsitzende der SDS *(Students for a Democratic Society)*, in seiner Rede am 27. November in Washington folgendermaßen formuliert:

»Der Liberalismus sieht sich von einer tiefen Krise bedroht. Wie kann er, angesichts des Zusammenbruchs aller europäischer Kolonialreiche, mit seinem doppelten Bedürfnis fertig werden, nämlich einerseits die Jagd nach dem Reichtum fortsetzen und andererseits vor der Welt rechtschaffen dastehen? Wie können wir gleichzeitig die Häfen Asiens zerstören und von Jesus träumen?

Wir haben einen äußerst geschickten Ausweg aus diesem Dilemma gefunden: die Ideologie des Antikommunismus. Ihr Geheimnis ist simpel. Wir können Revolutionen nicht verurteilen; denn unsere eigene Geschichte hat mit einer Revolution begonnen, und wir verstehen nur zu gut, weshalb die Besitzlosen rebellieren. Wir haben deshalb die Revolution umgetauft. Wir nennen sie Kommunismus. Und wir behalten uns das Recht vor, zu bestimmen, was Kommunismus ist. Wir machen auf kommunistische Greueltaten aufmerksam, wir holen sie aus ihrem historischen Rahmen heraus, wir übertreiben sie, wo das nötig ist, und wir rufen der Welt zu: Seht, der Kommunismus ist ein einziges Blutbad! Wir deuten mit dem Finger auf die kommunistischen Reaktionäre und sagen: Seht, der Kommunismus ist ein Volksbetrug! Wir beschreiben diejenigen Stadien der Revolution, die für ihre Konsolidierung unumgänglich sind, und sagen: Seht, die Revolution ist nichts als Unterdrückung!

Das hat der Antikommunismus immer gesagt, und er wird es auch in Zukunft sagen. Nie wird es uns an Greueln fehlen, die uns in unserer Selbst-

zufriedenheit bestärken können. Wir werden von vergewaltigten Nonnen und von Bürokraten hören, denen die Bäuche aufgeschlitzt worden sind. Und es ist wahr: die Revolution ist eine Furie! Mit ihr macht sich die Empörung Luft über Verbrechen, die durch Jahrhunderte hindurch begangen worden sind. Je brutaler und länger die revolutionären Energien unterdrückt werden, desto gewaltsamer werden sie sich Bahn schaffen. Statt uns Amerikanern zu dieser elementaren Einsicht zu verhelfen, versucht die antikommunistische Ideologie den wahren Sachverhalt zu verschleiern, damit alles beim Alten bleibe. Unsere gewaltsamen Aktionen in anderen Ländern gibt sie für Schutz und Fürsorge aus. Sie gestattet es uns sogar zu behaupten, die Anwendung von Napalm sei weiter nichts als ein anderer Aspekt unserer Liebe für die Menschheit.« [3]

Eine weitere wichtige Meinungsverschiedenheit zwischen Gemäßigten und Radikalen ergibt sich aus der Frage, wie der Krieg in Vietnam beendet werden soll. Während der gemäßigte Flügel sich darauf beschränkt, Verhandlungen mit allen am Kriege Beteiligten, einschließlich der NFL, zu fordern, bestehen die radikaleren Gruppen darauf, daß die USA sich nach dem Genfer Abkommen richten, also ihre Truppen entweder sofort oder in der nahen Zukunft zurückziehen müssen.

Da die Regierung Johnson offenbar auf keine der beiden Forderungen eingehen will, haben die Differenzen in diesem Punkt bisher keine praktischen Folgen für die Oppositionsbewegung gezeitigt. Im Gegenteil: je klarer es wird, daß die Regierung eine »totale Niederlage« [4] der Vietkong herbeiführen will, desto mehr nähert sich auch der gemäßigte Flügel der Position der Radikalen. Diese Tendenz spiegelt sich in den öffentlichen Erklärungen der Liberalen deutlich wider. Besonders weit hat sich im Dezember die Wochenzeitung *The New Republic* vorgewagt, und zwar in einem Leitartikel, der sich für den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Vietnam aussprach.[5]

Der dritte Unterschied zwischen den beiden Flügeln ist methodischer Natur. Während die Gemäßigten sich auf die Kritik der amerikanischen Vietnam-Politik beschränken, versuchen die radikaleren Gruppierungen den Zusammenhang zwischen dem Krieg und anderen Problemen der amerikanischen Innen- und Außenpolitik sichtbar zu machen und politisch auszunutzen. Sie verknüpfen ihre Forderungen mit denen der Farbigen, der Armen und der Studenten, um so eine einzige große Plattform zu schaffen und der Bewegung eine neue organisatorische Massenbasis zu geben.

An der bisher größten amerikanischen Demonstration gegen den Krieg in Vietnam, dem Zweiten Marsch auf Washington am 27. November 1965, haben sich vierzigtausend Amerikaner beteiligt. Seitdem hat die Regierung Johnson den Krieg sowohl in Nord- wie auch in Südvietnam immer mehr ausgedehnt; bis heute werden immer neue Verstärkungen nach Südostasien entsandt. Es erhebt sich deshalb die Frage: Wie kann die Opposition auf den Verlauf des Krieges einwirken? Kann sie es überhaupt? Kann sie aus ihrer relativen Isolation ausbrechen und sich zum Sprachrohr einer Bewegung machen, die breit genug wäre, um die Regierung zu einer Änderung ihrer Politik zu zwingen? Angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse scheint das Unternehmen der Opposition aussichtslos.

Die Position der Regierung ist jedoch keineswegs so stark wie es scheint. Wenn es zu einer Teilmobilmachung kommt; wenn die Verluste der amerikanischen Truppen an Toten und Verwundeten zunehmen; wenn die Steuern erhöht, die Sozialleistungen reduziert werden müssen; wenn Johnsons Projekt einer *Great Society* dem Krieg geopfert wird – und dies alles scheint unvermeidlich –: so kommen damit objektive Faktoren ins Spiel, die, zusammen mit den moralischen Momenten, der Bewegung gegen den Krieg eine Resonanz verschaffen können, von der heute noch niemand sagen kann, wieweit sie tragen wird. Schon heute ist die Stimmung weiter Bevölkerungskreise sehr labil. In den Verhandlungen vor dem amerikanischen Senat hat sich gezeigt, daß auch die professionellen Politiker sich gegen diese latente Antikriegsstimmung nicht mehr immunisieren können. Die Partie ist nach wie vor offen.

Auf der andern Seite werden die drohenden politischen Stürme und die zunehmenden Schwierigkeiten für die Regierung selbstverständlich auch auf der Seite der Befürworter des Krieges zu einer versteiften Haltung führen. Es fehlt nicht an Stimmen, die ein schärferes Vorgehen gegen alle Oppositionellen fordern. Olin Teague, ein enger Freund des Präsidenten, der einen texanischen Wahlbezirk im Kongreß vertritt, hat öffentlich gesagt: »Es ist an der Zeit, dem Geschwätz von der Redefreiheit ein Ende zu machen. Laßt uns zur Abwechslung einmal vom Landesverrat sprechen ... Meinungsverschiedenheiten, die zu weit gehen, sind Landesverrat.« [6]

Aussprüche dieser Art könnte man seitenlang zitieren. Sie zeigen die Tiefe des politischen Konfliktes zwischen den Gegnern und den Befürwortern des Krieges an, in dem die letztern nicht nur die offizielle Unter-

stützung des In- und Auslandes genießen, sondern auch den staatlichen Machtapparat und die Massenmedien zu ihrer Verfügung haben. Dessen ungeachtet ist die Oppositionsbewegung, die in ihrer jetzigen Form erst seit dem Februar 1965 existiert, kontinuierlich und rapide angewachsen, und die »neue Linke« ist zu einem Faktor der amerikanischen Innenpolitik geworden, den niemand mehr ungestraft ignorieren kann.

New York, Januar 1966 *George Mohr*

Anmerkungen

1 Norman Thomas, Rede in Washington vom 27. November 1965.
2 Das klarste Beispiel für diese Technik der Verleumdung und der Entstellung hat allerdings nicht die amerikanische, sondern die deutsche Presse geliefert. *Der Spiegel* hat in seiner Nr. 45/1965 über eine Demonstration berichtet, die am 15. Oktober 1965 in New York stattfand. Schon die Überschriften (»Vietniks« – »Wascht euch nicht!«) verraten, in welchem Geist die anonymen Verfasser ihre deutschen Leser über die Bewegung gegen den Krieg zu »informieren« gedenken. Kenntnisse werden nicht vermittelt. Selbst die reaktionärsten Vertreter der amerikanischen Presse wagten es nicht, das »in der kalifornischen Staatsuniversität von Berkeley verteilte Flugblatt«, aus dem *Der Spiegel* zitiert, der Friedensbewegung zuzuschreiben. In der Tat ist dieses Flugblatt dann auch nach einigen Tagen als eine Fälschung entlarvt worden; ein Tatbestand, den *Der Spiegel* seinen Lesern mitzuteilen versäumt hat. Ungedruckt blieben auch Leserbriefe, in denen gegen eine solche Art der Berichterstattung protestiert wurde.
3 Statement of Carl Oglesby, President of *Students for a Democratic Society*, March on Washington, November 27, 1965. Chicago 1965.
4 Bernard B. Fall, *This isn't Munich, it's Spain.* In *Ramparts*. Dezember 1965.
5 *Get Off the Escalator*, in: *The New Republic* vom 18. Dezember 1965.
6 Zitiert nach: Robert G. Sherill, *Cold Eye on Johnson*, in: *The Nation* vom 3. Januar 1966.

Der Erste Marsch auf Washington

Die folgende Rede wurde am 17. April 1965 von Paul Potter, dem damaligen Vorsitzenden der SDS (*Students for a Democratic Society*), vor den 25 000 Teilnehmern an dem ersten Marsch auf Washington gehalten.

Die meisten von uns sind in dem Glauben groß geworden, die USA seien eine starke, aber friedfertige Nation, die sich nur widerwillig in die Angelegenheiten der übrigen Welt mische, die Unverletzlichkeit anderer Nationen und anderer Gesellschaftssysteme respektiere, und sich auf Kriege nur einlasse, wenn ihr nichts anderes übrig bleibe. Wir waren eine Nation ohne großes stehendes Heer, ohne Eroberungsabsichten: eine Nation, die in erster Linie darauf bedacht war, ihre eigenen Reichtümer und ihren eigenen Lebensstil zu entfalten. Gewiß haben wir gelegentlich ungenaue und beunruhigende Nachrichten über das amerikanische Vorgehen in Lateinamerika, China, Spanien und anderen Ländern gehört; dennoch vertrauten wir darauf, daß unsere Außenpolitik im Grunde anständig war. Der Kalte Krieg mit seinem Schwarz-Weiß-Denken und seinen glatten Schubladen tat ein übriges, um uns in die Illusion zu wiegen, daß man uns die Wahrheit sagte.

In den letzten Jahren jedoch ist die Hysterie des Kalten Krieges abgeebbt; eine aggressivere und aktivere Außenpolitik hat sich entwickelt; und viele Amerikaner sahen sich gezwungen, über unsere Haltung schärfer nachzudenken. Dabei wurden tiefe Emotionen, die wir unserem Lande gegenüber hegen, in Frage gestellt. Der ungeheuerliche Krieg in Vietnam hat uns wie eine Messerklinge dazu gedient, aus unserem Denken die letzten Reste der Illusion herauszutrennen, die da behaupten will, die amerikanische Außenpolitik ließe sich von den Prinzipien der Moral und der Demokratie leiten. Ausgespielt hat jener selbstgerechte Moralismus, der den Vietnamesen eine Milliarde Dollars Entwicklungshilfe verspricht, und der gleichzeitig für die materielle Vernichtung und die politische Unterdrük-

kung Vietnams Milliarden ausgibt. Wir sind von der Anständigkeit unserer Außenpolitik nicht mehr überzeugt. Je genauer wir untersuchen, was hinter den Aktionen und den Plänen der USA in Vietnam steckt, desto schneller kommen wir zu dem Schluß, den Senator Morse gezogen hat: daß die Vereinigten Staaten heute womöglich die schwerste Bedrohung für den Frieden in der Welt sind. Für jemanden, der aufgewachsen ist wie wir, ist dies eine bittere, ja entsetzliche Einsicht – und der Abscheu, den sie erregt, unsere Weigerung, diese Tatsache als etwas Unvermeidliches und Notwendiges zu akzeptieren: dies alles hat so viele Leute an diesem Tag bewogen, hierher zu kommen.

Der Präsident behauptet, daß wir in Vietnam die Freiheit verteidigen. Wessen Freiheit? Jedenfalls nicht die Freiheit des vietnamesischen Volkes. Der erste Diktator, den die Vereinigten Staaten in Vietnam an die Macht brachten, hat zum ersten Programmpunkt seiner Regierung die systematische Verfolgung einer jeden politischen Opposition, gleichgültig ob kommunistisch oder nicht, gemacht. Die ersten Lieferungen der amerikanischen Militärhilfe dienten nicht dem Kampf gegen aufständische Kommunisten. Sie wurden eingesetzt, um alle diejenigen niederzuhalten, einzusperren oder umzubringen, die für Vietnam etwas Besseres im Sinne hatten, als die persönliche Macht, die Korruption und die Profitmacherei des Diem-Regimes zu fördern. Heute noch dienen die Elitetruppen, die wir ausgebildet und ausgerüstet haben, dem Schutze des jeweiligen Diktators vor dem Volk und der Unterdrückung der politischen Unruhe in Saigon. (...)

Aber vielleicht meint der Präsident, wenn er von Freiheit spricht, die Freiheit des amerikanischen Volkes. Was bedeutet der Krieg tatsächlich für die Freiheit in Amerika? Er hat dazu geführt, daß die Regierung mehr und mehr versucht, das Recht der Öffentlichkeit auf Information zu beschränken, die Presse zu manipulieren, die öffentliche Meinung unter Druck zu setzen und sie durch entstellte oder geradezu lügenhafte Dokumente wie das Weißbuch über Vietnam irrezuführen. Es ist soweit gekommen, daß der FBI Filme und andere Publikationen gegen den Krieg beschlagnahmt und Leute schikaniert hat, die mit aktiver Kritik an diesem Krieg hervorgetreten sind. Mit seiner zunehmenden Eskalation wird die Regierung immer weniger wählerisch in ihren Versuchen, in der Öffentlichkeit Unterstützung für ihre Pläne zu finden. Sie hat damit den Grund zu einer Kriegspsychose gelegt, die alles übertrifft, was seit den fünfziger

Jahren dieses Land bedrückt. Wieviel mehr von jener Freiheit, die Mr. Johnson uns bescheren will, können wir vertragen? Was wird von unserer Freiheit bleiben, wenn es in Asien zu einem Großkrieg kommen sollte? Was ist das für eine Logik, die uns einreden will, daß die Freiheit eines Volkes nur bewahrt werden kann durch die Vernichtung eines anderen?

Dies ist eine ungewöhnliche Demonstration schon deshalb, weil die Mehrzahl derer, die daran teilnehmen, nicht in erster Linie Pazifisten sind. Es ist bemerkenswert, daß viele von uns darüber hinaus ganz bewußt für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung eintreten. Unter uns befinden sich Studenten, die sich öffentlich gegen die Methoden und Mißstände geäußert haben, denen sie auf den bürokratisierten und anonymen Institutionen ausgesetzt sind, die bei uns den Namen Universitäten tragen. Unter uns befinden sich Neger aus Mississippi und Alabama, die sich in ihren Heimatstaaten gegen Tyrannei und Unterdrückung wehren. Unter uns befinden sich die Armen aus den Stadtbezirken des Nordens, Neger sowohl wie Weiße, die verlangen, daß die Armut abgeschafft und die reale Demokratie gesichert werde. Es befinden sich Lehrer und Professoren unter uns, die sich fragen, warum unser Bildungssystem mit den kritischen Problemen unserer Gesellschaft nicht fertig wird. Welche Chance wird diesen Leuten und den Bewegungen bleiben, an denen sie teilnehmen, wenn der Präsident es in der Hand hat, den asiatischen Krieg nach seinem Belieben auszudehnen? Endlich regt sich in Amerika eine gezielte Unzufriedenheit. Lang vernachlässigte zentrale Probleme wie die Verteilung des Reichtums und die Sauberkeit des öffentlichen Lebens werden endlich aufgegriffen. Wie sollen diese Aufgaben gelöst werden, wenn gegen sie die alles verzehrenden Forderungen und der psychologische Druck eines Krieges ausgespielt werden, der sich gegen einen Feind am andern Ende der Welt richtet?
Wenn der Präsident behauptet, daß der Krieg in Vietnam der Verteidigung der amerikanischen Freiheit diene, so verhöhnt er deren Begriff. Wohl die einzige Freiheit, die dieser Krieg beschützt, ist die der Kriegsspieler im Pentagon und im State Department, in Vietnam mit dem Guerillakrieg und der Strategie der Gegenrevolution zu experimentieren.
Wir können Vietnam als ein Laboratorium betrachten, in dem eine neue Sorte von Spielern sich auf eine neue Art von Kriegen einübt, die ihnen als rationale Mittel der internationalen Machtpolitik gelten. In Vietnam

wird eine neue amerikanische Reaktion auf die sozialen Umwälzungen getestet und vorgeführt, von denen die verarmten und unterdrückten Teile der Welt heute ergriffen sind. Vietnam ist der Anfang der Großen Amerikanischen Konterrevolution. Niemand, wir nicht, nicht die *New York Times*, nicht die siebzehn neutralen Nationen, nicht Dutzende von beunruhigten Verbündeten, noch der Kongreß der Vereinigten Staaten hat es bisher vermocht, den Präsidenten und das Pentagon an diesem Experiment zu hindern.

Bis jetzt hat der Krieg in Vietnam nur eines bewiesen: nämlich, daß es ganz gewöhnliche Leute gibt, die entschlossen sind, über ihr Los selbst zu bestimmen, und die den Kampf gegen eine fremde Herrschaft unter keinen, auch den ungünstigsten Umständen nicht, aufgeben werden. Uns hingegen will man weismachen, daß der Kampf dieser Leute mit Fug und Recht niedergeschlagen werden muß, weil er auf ein kommunistisches Regime hinauslaufen könne. Angesichts dieser schlimmsten aller Drohungen hat offenbar jede Kritik zu schweigen.

Dies ist ein springender Punkt, und es muß einiges dazu gesagt werden, nicht aus Rechthaberei, sondern weil die Wahrheit an den Tag kommen muß. Zum ersten haben wir den Vietnamesen eine Alternative zur sozialen Revolution des Kommunismus niemals angeboten; wir haben diese Chance schon 1954 zunichte gemacht, indem wir Diem an die Macht brachten und ihm dabei halfen, die nicht-kommunistische Opposition zu ersticken. Übrigens weist nichts darauf hin, daß die amerikanische Politik jemals im Ernst ein solches Ziel erwogen hätte; sie war niemals bereit, das Risiko einzugehen, das darin gelegen hätte, den Vietnamesen die Bestimmung über ihr eigenes Los zu überlassen. Zum zweiten. Wer heute noch auf der Möglichkeit einer Neutralisierung Vietnams besteht, sucht gewöhnlich nur, uns die bittere Pille zu versüßen, die wir zu schlucken haben. Wenn wir dem Krieg in Vietnam ein Ende machen wollen, so können wir der Konsequenz nicht ausweichen, daß unser Abzug dazu führen kann und wahrscheinlich dazu führen wird, daß Vietnam ein kommunistisches Regime wählt. Zum dritten. Wir Amerikaner müssen endlich einsehen, daß es in der heutigen Welt keine absolute Niederlage für uns bedeutet, wenn irgendwo ein kommunistischer Staat sich etabliert. Wenn alle Menschen die Möglichkeit haben, selbst über ihre Lebensform zu bestimmen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß manche sich für sogenannte kommunistische Systeme entscheiden. Einer solchen Lage stehen wir kei-

neswegs hilflos gegenüber. Die Ereignisse der letzten Jahre haben der Legende von der monolithischen Welt des Kommunismus ein unwiderrufliches Ende gemacht und unzweifelhaft dargetan, daß die amerikanische Macht schwächeren Ländern, die von größeren Mächten beherrscht werden, zu vermehrter Unabhängigkeit verhelfen kann. Dagegen treibt der Krieg, den wir nach Südostasien getragen haben, und den wir immer weiter ausdehnen, Nordvietnam immer mehr in die Arme Chinas und der Sowjetunion. Die Bewegungsfreiheit Nordvietnams schwindet, das Land wird zu Kompromissen seinen Verbündeten gegenüber gezwungen, die sich ihrerseits in den Krieg verwickeln. Zum vierten. Ein kommunistisches Vietnam ist mir lieber als eines, daß der Zerstörung und dem Leiden, das die amerikanische Herrschaft mit sich gebracht hat, auf unabsehbare Zeit ausgeliefert bliebe.

Inzwischen nimmt der Krieg seinen Lauf. Er kann nur weiter geführt werden, wenn nicht allein das vietnamesische, sondern auch das amerikanische Volk sich weiter und weiter von aller Menschlichkeit entfernt. Ein ganzes System von Prämissen und Theorien ist errichtet worden, um den Präsidenten und seine Ratgeber von den menschlichen Konsequenzen ihrer Beschlüsse gründlich und vollkommen zu isolieren. Ich glaube nicht, daß der Präsident oder Mr. Rusk oder Mr. McNamara ausgesprochen bösartige Menschen wären; ich will das nicht einmal von Mr. McGeorge Bundy annehmen. Wenn man sie auffordern würde, Napalm auf den Rücken eines zehnjährigen Kindes zu gießen, so würden sie diese Zumutung vermutlich entsetzt ablehnen. Ihre Entscheidungen haben jedoch Tausende und Abertausende verstümmelt und getötet.
Was ist das für eine Gesellschaftsordnung, die es normalen, anständigen Leuten erlaubt, Entscheidungen dieser Art zu treffen? Was ist das für eine Gesellschaftsordnung, die für die USA oder irgendein anderes Land Entschuldigungen aufbringt, wenn diese sich das Recht anmaßen, das Los der Vietnamesen in ihre Hände zu nehmen und sie als Marken in ihr eigenes Spiel einzusetzen? Es ist das gleiche System, das im Süden unseres Landes zahllose Menschen ihrer Bürgerrechte beraubt, das Millionen von Amerikanern zur Armut verurteilt und von der Entwicklung und den Möglichkeiten Amerikas ausschließt, das anonyme und furchterregende Bürokratien errichtet, in denen wir leben und arbeiten müssen; es ist dasselbe System, in dem jeder menschliche Gesichtspunkt hinter dem materiellen

Interesse zurücktreten muß – und das dennoch auf seine Freiheit pocht und sich berufen fühlt, die ganze übrige Welt Mores zu lehren. Wie sollen es ganz gewöhnliche Leute in diesem System aushalten und wie sollen sie seiner Herr werden, statt sich ihm zu unterwerfen?
Wir müssen dieses System beim Namen nennen. Wir müssen es festnageln, wir müssen es beschreiben, analysieren, verstehen, und wir müssen es ändern. Nur wenn wir es ändern und unserer Kontrolle unterwerfen, können wir hoffen, den Kräften Einhalt zu gebieten, die heute den Krieg in Vietnam, morgen einen Mord im Süden anstiften, und auf deren Rechnung die zahllosen, immer raffinierter werdenden Verbrechen gehen, die fortwährend und überall gegen unsere Mitmenschen begangen werden.
Wie kann ein solcher Krieg aufgehalten werden? Wie, wenn er zutiefst im System der amerikanischen Gesellschaft wurzelt? Wenn wir in Washington demonstrieren, genügt das? Wer wird uns hören? Wie soll unsere Stimme bis zu denen dringen, die die Entscheidungen treffen, wenn sie sich so gut isoliert haben, daß sie nicht einmal die Schreie eines vom Napalm verbrannten Kindes hören?

Ich bin überzeugt davon, daß es der Regierung mit der Ausdehnung des Krieges in Asien ernst ist. Die Frage ist, ob es uns ebenso damit ernst ist, diesem Krieg ein Ende zu machen. Ich frage mich, was es für jeden einzelnen hier bedeutet, wenn wir sagen: wir wollen ein Ende des Krieges in Vietnam. Wenn wir die Tragweite einer solchen Erklärung erfaßt und den Ernst unserer Lage erkannt haben, können wir dann von dieser Demonstration einfach nach Hause und in den Alltag einer Gesellschaft zurückkehren, die so tut, als befände sie sich nicht in einer tiefen Krise? Vielleicht geht es uns wie dem Präsidenten. Vielleicht sind auch wir von den Konsequenzen unserer Entscheidung, diesem Krieg ein Ende zu machen, isoliert. Vielleicht müßten auch wir erst die Schreie eines brennenden Kindes hören, um uns darüber klar zu werden, daß wir zu dem, was uns vordem beschäftigt hat, nicht einfach zurückkehren können, es sei denn, der Krieg finde ein Ende.
Es gibt kein Schema, kein Rezept und keinen Trick, die wir hier vorschlagen könnten. Etwas, das tief in der Gesellschaft verwurzelt ist, läßt sich nicht im Handstreich erledigen. Wenn die Bürger dieses Landes dem Krieg in Vietnam ein Ende machen wollen, müssen sie die Institutionen ändern, die ihn hervorbringen; und das bedeutet, sie müssen eine umfas-

sende soziale Bewegung ins Leben rufen. Wenn diese Bewegung sich an der Vietnam-Frage kristallisieren läßt, so ist das unsere Aufgabe.
Unter einer sozialen Bewegung verstehe ich nicht bloß Eingaben oder Protestbriefe, oder die stillschweigende Unterstützung oppositioneller Abgeordneter. Ich denke dabei an Leute, die bereit sind, ihre Lebensweise zu ändern, die bereit sind, das System des Bestehenden herauszufordern, Leute, die es mit der Veränderung unserer Verhältnisse ernst meinen. Ich verstehe darunter eine Anstrengung, die stark genug wäre, diesem Lande klar zu machen, daß seine wahren Probleme nicht in Vietnam oder in China, oder in Brasilien, oder im Weltraum oder auch auf dem Grund des Ozeans, sondern daß sie hier in den Vereinigten Staaten selber liegen. Es kommt darauf an, daß wir uns an die Errichtung einer demokratischen und menschlichen Gesellschaft machen, in der ein Vietnam undenkbar ist, in der das menschliche Leben etwas gilt, in der Spontaneität und Initiative etwas bedeuten. Wenn sich heute und hier 20 000 Leute versammelt haben, statt einigen Hundert oder gar niemand, so hat das eine Ursache, die sich angeben läßt. Vor fünf Jahren haben im Süden einige Studenten die Fundamente für eine soziale Bewegung gelegt, die auf die Änderung des Systemes zielt. Wenn heute arme Neger und arme Weiße, Hausfrauen und Professoren und viele andere Leute hierher nach Washington gekommen sind, so liegt das daran, daß jene Bewegung gewachsen ist, sich ausgebreitet und verändert hat und zum Ausdruck dessen geworden ist, was heute in der ganzen amerikanischen Gesellschaft die Leute bewegt. Dem Krieg und dem System, das ihn hervorgebracht hat, kann nur eine solche soziale Bewegung Einhalt gebieten, vorausgesetzt, es gelingt ihr, so stark zu werden, daß sie Änderungen in der gesellschaftlichen Struktur durchsetzen kann. Zwanzigtausend Leute, so viele wie hier versammelt sind, würden dazu genügen, vorausgesetzt, sie wären entschlossen genug und bereit, aus ihrer Isolation auszubrechen. Natürlich würde das bedeuten, daß wir uns den Reaktionen einer Gesellschaft aussetzten, die sich für moralisch und gerecht hält, daß wir Verleumdungen und Verfolgungen aller Art zu gewärtigen hätten: das ist unvermeidlich in einer Gesellschaft, deren Toleranz dort endet, wo man ihre Grundlagen anzweifelt. Wir müßten unsere Sicherheit und unseren Wohlstand aufs Spiel setzen. Wir müßten die Leute zu erreichen suchen, die der Mythologie der amerikanischen Macht verfallen sind. Wir müßten diese Leute für unsere Bewegung gewinnen.

Eine solche Bewegung kann sich nicht auf Washington beschränken. Sie muß in allen Städten und Dörfern des Landes aktiv sein. Sie müßte, was in Vietnam geschieht, in seiner ganzen Abscheulichkeit verstehen, aber es auch als Symptom für eine Malaise begreifen, die tiefer reicht. (...) Eine solche Bewegung hätte die neuesten und erfinderischsten Protestmethoden, wie zum Beispiel die *teach-ins*, aufzugreifen; sie hätte den immer zahlreicher werdenden jungen Männern zu helfen, die nur widerwillig oder überhaupt nicht bereit sind, in Vietnam zu kämpfen; sie hätte notfalls den Kriegsanstrengungen der Regierung im ganzen Land den organisierten zivilen Ungehorsam entgegenzusetzen und auf diese Weise die ganze Nation mit der Frage nach Krieg und Frieden zu konfrontieren. Eine solche Bewegung kann nicht anders, als sich mit dem vietnamesischen und jedem anderen Volk zu verbünden, das um seine Würde und seine Mündigkeit kämpft.

Die Leute, die hier versammelt sind, haben mit dem vietnamesischen Volk mehr gemein als nur den Wunsch, dem Krieg ein Ende zu machen. Hier wie dort gibt es Menschen, die ihre Kraft zusammentun wollen, um ihre Lage von Grund auf zu verändern. Das System, das sich diesen Bestrebungen in den Weg stellt, ist dasselbe. Unser Leben, unsere Zukunft und all unsere Hoffnungen hängen davon ab, ob wir imstande sind, dieses System zu überwinden.

Declaration of Conscience
Gegen die Politik der Vereinigten Staaten in Vietnam und in der Dominikanischen Republik

Die Überschrift dieser Erklärung ist kaum übersetzbar. *Conscience* bedeutet so viel wie Gewissen; ein *conscientious objector* ist jedoch ein Kriegsdienstverweigerer. Der Titel der Erklärung nimmt beide Bedeutungen in sich auf.
Vier pazifistische Gruppen haben sie verfaßt und verbreitet: *Catholic Worker, Committee for Nonviolent Action, Student Peace Union* und *War Resisters League.* Sie wurde von fünftausend Kriegsgegnern unterzeichnet. Am 6. August 1965, dem Gedenktag von Hiroshima, versammelten sich über zweitausend der Unterzeichner vor dem Weißen Haus in Washington, um eine Unterredung mit dem Präsidenten zu erzwingen. Präsident Johnson lehnte es ab, eine Delegation zu empfangen. Der Haupteingang wurde geschlossen und bewacht; auf dem Bürgersteig davor brachten ungefähr 25 Demonstranten zwei Nächte zu. Am zweiten Tage blockierten die Demonstranten auch die übrigen Eingänge zum Weißen Haus. Diese Aktion hat zu Verhaftungen geführt. Am 9. August zogen die Demonstranten, verstärkt durch einige Tausend Neuankömmlinge, vor dem Capitol auf. Sie nannten sich *Assembly of Unrepresented People* – das Parlament derer, die im Parlament nicht vertreten sind. Dabei wurde die folgende Erklärung verlesen. Über dreihundert Teilnehmer wurden verhaftet.

Weil die Anwendung militärischer Macht durch die USA in Vietnam, in der Dominikanischen Republik und in anderen Ländern das Verlangen der Völker nach politischer Unabhängigkeit und ökonomischer Freiheit unterdrückt;
Weil Streitkräfte, die von der amerikanischen Regierung bewaffnet, uniformiert, ausgebildet und bezahlt worden sind, sinnlos morden und bedenkenlos foltern;
Weil wir glauben, daß alle Völker der Erde, sie seien Amerikaner oder nicht, ein unabdingbares Recht auf ihr Leben, ihre Freiheit und auf das friedliche Streben nach der Lebensform haben, die ihnen gefällt, und daß diese Rechte nicht angetastet werden dürfen durch die militärische Intervention einer fremden Macht; und
Weil wir der Ansicht sind, wir dürften uns mit konventionellen Protesten nicht länger begnügen, wenn es darum geht, der tödlichen Drohung einer

nuklearen Katastrophe und des chemischen und biologischen Krieges entgegenzutreten, gleichgültig, ob sie durch Zufall oder durch bewußte Ausweitung des Krieges verschuldet wird;
Erklären wir hiermit, daß wir uns weigern, der amerikanischen Regierung Beihilfe zur Fortsetzung des Krieges in Vietnam zu leisten. Wir erklären ferner, daß wir es ablehnen, die militärische Intervention der USA in der Dominikanischen Republik oder in irgendeiner anderen Nation zu unterstützen;
Fordern wir alle, die das mit ihrem Gewissen vereinbaren können, dazu auf, den Militärdienst zu verweigern, oder, falls sie bereits eingerückt sind, ihre Entlassung zu verlangen;
Erklären wir ferner, soweit wir selbst im dienstpflichtigen Alter sind, unsere Entschlossenheit, der Einberufung keine Folge zu leisten;
Bitten wir jedermann auf das dringendste, genau wie wir selber in Zukunft keinerlei Kriegsmaterial mehr herzustellen oder zu transportieren, keine militärische Forschung mehr zu betreiben und keine neuen Waffen mehr zu entwickeln; und
Unterstützen wir schließlich alle anderen Formen des gewaltlosen Widerstandes und der Gehorsamsverweigerung, um den Zustrom von amerikanischen Soldaten und amerikanischem Kriegsmaterial nach Vietnam und anderen Ländern aufzuhalten.

Achtung: Wer diese Erklärung unterzeichnet oder verbreitet, kann wegen eines Vergehens im Sinn des *Universal Military Training and Service Act* belangt werden. Dieses Gesetz verbietet es, dienstpflichtige Personen zur Verweigerung des Wehrdienstes aufzufordern; es sieht Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und Geldstrafen bis zu zehntausend Dollars vor. Obgleich es zu Strafverfahren auf Grund dieses Gesetzes bisher kaum gekommen ist, muß jeder, der diese Erklärung unterschreibt oder verbreitet, auf ernsthafte Konsequenzen gefaßt sein.

Diesen Text haben nicht allein bekannte Pazifisten, sondern auch Schriftsteller, Geistliche aller Konfessionen, Professoren, Vertreter von Neger-Organisationen und der »neuen Linken« unterschrieben, unter ihnen: Lawrence Ferlinghetti, Paul Goodman, Erich Kahler, Linus Pauling und John Lewis.

Achtung! An alle Amerikaner, die Uniform tragen

Dieses Flugblatt ist von einer kalifornischen Studentenorganisation, dem *Vietnam Day Committee* in Berkeley, gezeichnet und nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch auf den amerikanischen Basen in Süd-Vietnam verbreitet worden.

Vielleicht schon morgen wird man euch nach Vietnam schicken. Ihr habt im Fernsehen gehört, daß dort Krieg herrscht; eure Offiziere werden euch Vorträge darüber halten, um euch aufzuputschen. Aber wahrscheinlich reagiert ihr wie die meisten Amerikaner: ihr seid verwirrt, ihr wißt nicht, wie ihr daran seid. Man wird euch sagen: Befehl ist Befehl, das Nachdenken besorgen wir für euch. Aber ihr habt ein Recht darauf, über diesen Krieg so gut Bescheid zu wissen wie jeder andere auch. Denn wenn dabei jemand erschossen wird, dann seid ihr es, und nicht eure Abgeordneten im Kongreß.

Warum kämpfen wir in Vietnam?

Angeblich kämpfen wir in Vietnam, um dort die Demokratie zu schützen. Aber selbst unsere eigene Regierung gibt zu, daß Süd-Vietnam eine Diktatur ist. General Ky, der bisher letzte in einer langen Reihe von militärischen Alleinherrschern, ist einer von der schlimmsten Sorte. Neulich hat er in einem Interview gesagt: »Ich werde immer gefragt, wer meine Vorbilder sind. Ich habe nur ein Vorbild: Adolf Hitler. Ich bewundere Hitler. Er hat sein Land auf Vordermann gebracht, als es bedroht war.« (Nach der Londoner Zeitung *Sunday Mirror* vom 4. Juli 1965.)
Der General Ky kann uns gleichgültig sein; wir wissen nicht einmal recht, wie man seinen Namen ausspricht. Aber die Südvietnamesen haben unter seinesgleichen jahrelang leben müssen. Wenn man es mit ihren Augen betrachtet, kämpfen auch wir an der Seite der Hitler-Bande; ihre einzige Hoffnung ist, daß wir diesen Kampf verlieren werden.

Wer ist der Feind?

Die Sprecher der amerikanischen Streitkräfte sagen immer wieder: ihre größte Schwierigkeit liege darin, den Feind aufzuspüren. Der Feind, so sagen sie, ist überall. Die alte Frau, die ihre Hühner füttert, hat vielleicht einen Stapel Handgranaten in ihrer Hütte versteckt. Der kleine Junge, der untertags hinter den amerikanischen Soldaten herläuft, stiehlt sich, wenn es dunkel wird, zu den Guerillas davon und bringt ihnen die neuesten Informationen mit. Die Waschfrau, die für die amerikanische Luftwaffenbasis arbeitet, kommt jeden Tag mit einer Wurfbombe in der Handtasche an. Die Militärs sagen: Es ist unmöglich, Zivilisten von Vietkongs zu unterscheiden.
Und deshalb, weil alle Vietnamesen unsere Feinde zu sein scheinen, lassen es die Militärs lieber nicht darauf ankommen. Sie setzen Tränengas ein – eine Waffe, die sich gegen die Zivilbevölkerung richtet. Sie befehlen amerikanischen Truppen, auf Frauen und Kinder zu schießen – und zwar deshalb, weil Frauen und Kinder in Vietnam auf amerikanische Truppen schießen. Amerikanische Tiefflieger werfen Napalm auf die Dörfer und ihre Bewohner ab; amerikanische Bomber machen ganze Provinzen dem Erdboden gleich. Deshalb heißt es, der Krieg in Vietnam sei ein »schmutziger Krieg«.
Wenn die Leute von Süd-Vietnam euch in eurer ausländischen Uniform sehen, werden sie euch als ihren Feind betrachten. Ihr seid es, die ihre Städte bombardieren. Sie werden es euch nicht ansehen, ob ihr euch freiwillig gemeldet habt, oder ob ihr eingezogen worden seid, ob ihr für oder gegen den Krieg seid; aber eines ist sicher: auch sie werden es lieber nicht darauf ankommen lassen.

Freie Wahlen

Die Vietnamesen würden die Ausländer am liebsten mit dem Stimmzettel, statt mit Handgranaten vertreiben. Aber das hat man ihnen verwehrt. Nach dem Genfer Abkommen von 1954 sollten in ganz Vietnam Wahlen stattfinden, und zwar 1956. Aber die amerikanische Regierung wußte genau, daß unser Mann in Vietnam, der Ministerpräsident Diem, dabei den kürzeren ziehen würde. Deshalb beschlossen wir, einfach keine Wahlen zuzulassen, bis wir sicher wären, daß wir dabei gewinnen würden.
(...)

Ein Kampf um die Demokratie

Eure Aufgabe als Soldaten ist es angeblich, »das Volk von Vietnam für uns zu gewinnen«. Aber was soll das heißen? Für die Demokratie? Schließlich sind wir es, die der Militärdiktatur in Saigon die Stange halten. Für den *American way of life?* Aber unsere Art zu leben kümmert die Vietnamesen sowenig wie uns die ihre. Wir verstehen weder ihre Sprache, noch können wir ihre Namen richtig aussprechen. Von ihrer Religion haben wir keine Ahnung, wir wissen nicht einmal wie sie heißt. Überhaupt, wer von uns hat je von Vietnam gehört, bevor die Leute in Washington auf die Idee kamen, sie hätten dort etwas zu sagen?
Außerdem ist es angeblich eure Aufgabe, »das Volk von Vietnam vor dem Kommunismus zu schützen«. Es stimmt, daß die Kommunisten in der Nationalen Befreiungsfront, der Regierung der Aufständischen, eine wichtige Rolle spielen. Aber die große Mehrheit aller Vietnamesen ist für die NLF und unterstützt sie. Und warum? Unter den heutigen Anführern der NLF sind viele, die schon während des Zweiten Weltkriegs für die Unabhängigkeit ihres Landes gekämpft haben. Damals waren ihre Feinde die Japaner, später die französischen Kolonialherren. Die meisten Vietnamesen halten die Führer der Befreiungsfront einfach für die größten Patrioten, die das Land hat. Es ist soweit gekommen, daß viele Antikommunisten sich den Guerillas angeschlossen haben, weil sie davon überzeugt sind, daß es keine wichtigere Aufgabe für sie gibt, als die Fremdherrschaft und die Militärdiktatoren loszuwerden. Dagegen gibt es nur sehr wenig Vietnamesen, die das Regime des Generals Ky unterstützen. Die Moral seiner Truppen ist schlecht, und viele Soldaten desertieren und schlagen sich auf die andere Seite.

Die Guerillas

Unsere Zeitungen und unser Fernsehen erzählen uns immer wieder, was für ein harter und zäher Kämpfer der Guerilla von Vietnam ist. Ohne jede Unterstützung aus der Luft und mit einem Minimum an Munition wird er mit einer fünf- bis zehnfachen Übermacht fertig. Wie ist diese hohe Kampfmoral zu erklären? Wir haben es hier nicht mit Rekruten zu tun: so kämpfen Rekruten nie und nimmer. Wir haben es aber auch nicht mit hochbezahlten Spezialisten zu tun; sondern die meisten Guerillas sind

Bauern, die untertags ihr Land bestellen. Sie haben sowenig Munition, daß sie nicht einmal Schießübungen abhalten können.
Ihr Geheimnis ist ganz einfach. Sie wissen, wofür sie kämpfen. Sie haben nicht aus irgendeiner Zeitung erfahren, wo Vietnam liegt. Es ist ihr Land. Als wir auf die Oberschule gingen, lebten sie unter Diems Herrschaft und verfluchten sie. Jetzt sind die Amerikaner da. Unsere Bomber zerstören ihre Städte, unsere Jäger fallen über ihre Äcker her, unsere Truppen halten ihr Land besetzt. Wer sich beschwert, den läßt ein Diktator, den wir stützen, einsperren oder erschießen. Kein Wunder, daß sie so erbittert kämpfen.

Widerstand muß gebrochen werden

Der Krieg in Vietnam kennt keine Spielregeln mehr. Gefangene werden gefoltert. Dörfer werden durch Brandbomben angezündet. Unsere Soldaten schießen auf Frauen und Kinder. Eure Offiziere werden euch sagen, daß das alles notwendig ist und daß es die einzige Art ist, auf die wir diesen Krieg gewinnen können. *Und damit haben sie recht.* Wir Amerikaner sind nicht grausamer als andere Völker.
Den amerikanischen Soldaten macht es keinen Spaß, einen solchen Krieg zu führen. Aber wer Krieg führen will gegen ein ganzes Volk, der *muß* Grausamkeiten begehen.
Auch der deutsche Soldat im Zweiten Weltkrieg war gewöhnlich kein Sadist. Aber das deutsche Besatzungsregime konnte nur um den Preis der Grausamkeit aufrechterhalten, die Widerstandsbewegung nur um den Preis des Verbrechens niedergehalten werden. So schoß der deutsche Soldat auf Frauen und Kinder, weil Frauen und Kinder auf ihn schossen; aber warum haben sie auf ihn geschossen? Das hat der Landser sich nie gefragt. Wenn der Widerstand sich in der Stadt regte, wo er stationiert war, tat er einfach, was ihm befohlen wurde und legte die ganze Stadt in Schutt und Asche. Er wußte ganz genau, daß die SS die Gefangenen folterte, aber was ging ihn das an?

Befehl ist Befehl

Wie alle Soldaten, so hat man auch euch darauf trainiert, daß Befehl Befehl ist. Aber jeder Mensch muß selbst verantworten, was er tut. Das

amerikanische wie das Völkerrecht legt fest, daß jeder einzelne Soldat letzten Endes für seine Handlungen moralisch und rechtlich einstehen muß, auch wenn ihm diese Handlungen befohlen worden sind. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieser Grundsatz gesetzlich verankert, als die Alliierten in London beschlossen, die deutschen Kriegsverbrecher abzuurteilen, ohne Rücksicht auf den sogenannten Befehlsnotstand. Auf diesem Grundsatz beruhten die Nürnberger Prozesse. Wir sind überzeugt davon, daß der ganze Vietnam-Krieg unmoralisch und verbrecherisch ist. Wir glauben, daß die Grausamkeiten gegen das Volk von Vietnam, die dieser Krieg zwangsläufig mit sich bringt, durch nichts zu entschuldigen sind.

Sabotiert den Krieg

Wir hoffen, daß auch ihr, Menschen wie wir, außerstande seid, diesen Albtraum von einem Krieg gutzuheißen, und wir hoffen, daß ihr ihn sabotiert. Wir wissen nicht, was uns passieren kann, wenn wir euch dieses Flugblatt geben; ihr wißt nicht, was euch passieren kann, wenn ihr den Krieg sabotiert. Immer mehr amerikanische Soldaten weigern sich, in Vietnam zu kämpfen. Man hat sie vor das Kriegsgericht gestellt. Diese Leute haben einen großen moralischen Mut bewiesen. Wir glauben, daß sie und andere, die noch zu ihnen stoßen werden, weit mehr ausrichten, als man vermuten könnte, wenn man bedenkt, wie gering ihre Zahl heute noch ist.

Es gibt noch eine Menge anderer Möglichkeiten, etwas gegen den Krieg zu tun. Ihr, die ihr bei der Truppe seid, wißt besser als jeder Zivilist, auf welche Art man Sabotage betreiben kann. Aber was ihr auch tut, haltet eure Augen offen. Zieht eure eigenen Schlüsse aus dem, was ihr seht, hört und lest. Wenn ein Schulungsoffizier zu eurer Einheit kommt, stellt ihm Fragen, und wenn euch die Antworten, die ihr bekommt, nicht überzeugen, fragt immer weiter. Sprecht, bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, mit euren Kameraden über den Krieg.

Vielleicht kommt auch ihr zu dem Schluß, daß dieser Krieg schmutzig ist. Vielleicht wollt ihr nichts tun, was euch vor das Kriegsgericht bringen könnte. Dann kann es sein, daß man euch eines Tages den Marschbefehl nach Vietnam in die Hand drückt. Es kann sein, daß ihr kämpfen müßt. Schießt nicht mehr und zielt nicht besser, als ihr unbedingt müßt. Wir wünschen euch Glück.

Die *Catholic Peace Fellowship* ist eine pazifistische Organisation, der eine Reihe bekannter amerikanischer Katholiken, sowohl Kleriker als auch Laien, angehören. Der folgende Text wurde in *Commonweal*, einer liberalen katholischen Wochenzeitung, am 10. Dezember 1965 veröffentlicht. Geistliche vieler Orden, Professoren, Anwälte, Gewerkschaftler, Ärzte und Publizisten sind unter den Unterzeichnern. Der Jesuitenpater Daniel Berrigen, der auch an einem interkonfessionellen Komitee von katholischen, protestantischen und jüdischen Geistlichen gegen den Vietnam-Krieg teilgenommen hat, wurde wegen seiner Unterschrift von seinen Oberen nach Mexico versetzt. Diese Maßnahme hat in einigen katholischen Universitäten zu Protestaktionen wie organisiertem Fasten und *preach-ins* geführt. In New York kam es zu Demonstrationen vor dem Sitz des Erzbischofs und Kardinals Spellman.

Als Katholiken und Amerikaner können wir angesichts der Rolle, die unser Land im vietnamesischen Bruderkrieg spielt, nicht länger schweigen. Die Aufrichtigkeit der Mitglieder unserer Regierung wollen wir nicht anzweifeln. Wir sprechen aber unsere Überzeugung aus, daß dieser Krieg moralisch nicht zu rechtfertigen ist, daß er das göttliche Gesetz objektiv verletzt und daß er unsere nationale Tradition verrät, nach der Regeln der Demokratie respektiert werden müssen.
Unsere spezifischen Einwände gegen den Krieg in Vietnam sind dreierlei Ursprungs. Wir meinen erstens den Charakter der Regierungen, die wir dort unterstützt haben, zweitens unser Versäumnis, friedliche Mittel zur Beilegung des Konflikts zu suchen, und drittens die Art und Weise, wie dieser Krieg geführt wird.

Die Regierungen Süd-Vietnams haben versagt

Jede Regierung ist verpflichtet, die fundamentalen Menschenrechte in Krieg und Frieden zu schützen und zu garantieren. Dazu gehört das Recht aller auf ihre politische Meinung, das Recht auf ein ordentliches Gerichts-

verfahren, und das Recht auf Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Diese Rechte sind nicht von Menschen sondern von Gott gegeben. Deshalb darf keine menschliche Autorität sie außer Kraft setzen. Papst Johannes XXIII. schrieb in der Enzyklika *Pacem in Terris:*
»Eine Regierung, welche die Menschenrechte verleugnet oder verletzt, versäumt nicht nur ihre Pflicht, ihre Befehle entbehren auch jeder gesetzlichen Kraft.«
Da die Regierung von Süd-Vietnam jene Rechte in der Praxis ihrer Gültigkeit beraubt hat, zweifeln wir ihre moralische Legitimation und ihre Legitimität an. Wir halten es auch für eine fragwürdige Prämisse, daß der Anti-Kommunismus als Basis für ein militärisches Bündnis mit Regierungen dienen kann, welche die Menschenrechte verleugnen.

Versäumnisse bei der Suche nach einer Friedensregelung

Seit Jahrhunderten geht die Lehrmeinung der katholischen Kirche dahin, daß die Anwendung von Gewalt nur dort zu rechtfertigen ist, wo alle friedlichen Mittel zur Beilegung eines Konfliktes erschöpft sind. Das gilt auch für den Fall, daß ein Krieg bereits ausgebrochen ist; auch dann sind die Regierungen verpflichtet, jeder Möglichkeit einer vernünftigen Regelung nachzugehen.
Dieser Lehrmeinung, deren Befolgung umso dringender geworden ist, je größer die Gefahr des Atomkrieges wird, hat unsere Regierung beharrlich zuwidergehandelt. Das Gebot freier Wahlen im Genfer Abkommen von 1954 bietet Möglichkeiten zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts. Ex-Präsident Eisenhower hat öffentlich geäußert, daß »womöglich 80% der Bevölkerung von Vietnam für den Kommunisten Ho Chi-Minh gestimmt hätten«, wenn es zu jenen Wahlen gekommen wäre. (Zitiert nach *Mandate for Change.)*
Ferner hat unsere Regierung wiederholt erklärt, die USA würden »Verhandlungen ohne jede Vorbedingung« willkommen heißen. Dennoch hat sie sich stets geweigert, mit der NFL (den Vietkong) direkt zu verhandeln. Was man auch von der Ansicht halten mag, die NFL sei der verlängerte Arm der Aggression aus Nord-Vietnam, so steht jedenfalls fest, daß die Gefahr eines Weltkrieges, ebenso wie die Ungerechtigkeit des gegenwärtigen Krieges, jeden Einwand gegen Friedensverhandlungen mit unsern Feinden zunichte macht.

Versäumnisse bei der Führung des Krieges selbst

Wer auch nur den mindesten Respekt vor der menschlichen Gerechtigkeit zeigt, muß verlangen, daß Unschuldige und Nicht-Kombattanten auch im Kriegsfalle geschützt werden, und daß die Gewaltanwendung dem Feind gegenüber sich auf das Unvermeidliche beschränke.
Diese Grundsätze der Moral werden im Vietnam-Krieg fortwährend mit Füßen getreten. Ganze Familien werden verbrannt, Kriegsgefangene gefoltert, und wahllose Luftangriffe löschen jeden Unterschied zwischen Schuldigen und Unschuldigen aus. Außerdem sind zahlreiche Menschen zwangsweise und ohne Rücksicht auf ihre Rechte und Wünsche in sogenannte »strategische Dörfer« umgesiedelt worden. Mit chemischen Mitteln werden die Anbauflächen »entlaubt« oder verbrannt. Leute, die man der Kollaboration oder der Sympathie mit dem Gegner bezichtigt, werden ohne jedes Gerichtsverfahren zum Tod verurteilt und öffentlich hingerichtet.
Auf diese Weise sind in Vietnam Waffen und Methoden angewandt worden, die sowohl gegen das Naturrecht wie auch gegen die Lehren der Bibel sind.

Aufrufe des Papstes

Gestützt auf das jüngst ergangene päpstliche Breve *Mense Maia* verurteilen wir das Verhalten der amerikanischen Streitkräfte ebenso wie das der Vietkong. (...)

Grundsätzliche Vorschläge

Nach den Lehren der Kirche ist jeder Einzelne verpflichtet, in einem Krieg, den er für ungerecht hält, den Kriegsdienst zu verweigern. Eine wachsende Anzahl von Katholiken ist, was den Vietnam-Krieg betrifft, zu eben diesem Schluß gelangt. Wir erklären uns mit ihnen solidarisch und werden ihnen in jeder möglichen Form helfen.
Wir rufen zu entschlossenen und mutigen Anstrengungen auf, um den Krieg zu beenden. Alle Menschen guten Willens, besonders unsere Glaubensgenossen und die katholischen Bischöfe Amerikas, bitten wir um ihre moralische Unterstützung für alle Bemühungen um den Frieden.

Wir verlangen, daß die NLF als legitimer und notwendiger Verhandlungspartner anerkannt wird. Es ist selbstverständlich, daß wir damit nicht die politischen Ziele der NLF billigen oder unser Einverständnis mit den Mitteln erklären, die sie zur Durchsetzung dieser Ziele anwendet.
Wir verlangen, daß die Vereinten Nationen förmlich aufgefordert werden, zu intervenieren und zu vermitteln, und daß sie darüber hinaus, in Übereinstimmung mit dem Genfer Abkommen von 1954, den Kurs für ein neutrales, bündnisfreies und unabhängiges Vietnam festlegen sollen.
Wir verlangen, daß die Luftangriffe auf Nord- und Süd-Vietnam sofort aufhören. Wir verlangen, daß die Regierung der USA sich verantwortlich erklärt für die Flüchtlinge aus Nord-Vietnam und für diejenigen Süd-Vietnamesen, die sich den verschiedenen Saigoner Regimes zur Verfügung gestellt haben. Das verwüstete Land muß kraft- und phantasievoll wieder aufgebaut, verantwortliche politische und soziale Institutionen müssen gebildet, den schutzlosen und unschuldigen Opfern des Krieges müssen Garantien für ihre Sicherheit gegeben werden.

Zum Schluß wenden wir uns an alle amerikanischen Katholiken mit der Aufforderung, sich die Worte Johannes XXIII aus *Pacem in Terris* zu eigen zu machen – Worte, die von politischer Reife, von Altruismus und Opfermut zeugen:
»Allen Menschen, die guten Willens sind, ist hier eine große Aufgabe gestellt: unter dem Leitstern der Wahrheit, der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit die Beziehungen der Menschen untereinander zu erneuern ... Möge Gott aus dem Herzen der Menschen alles verbannen, was den Frieden in Gefahr bringt; möge Er uns alle zu Zeugen der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der brüderlichen Liebe machen.«

Auszüge aus einem Zirkular des *Vietnam Day Committee*, Berkeley, Californien, das sich an oppositionelle Gruppen in den USA und im Ausland mit der Aufforderung wendet, am 15. und 16. Oktober 1965 gegen die amerikanische Kriegführung in Vietnam zu protestieren.

Revolutionäre Unabhängigkeitskämpfe fegen heute über die ganze Welt hin. Die Versuche Amerikas, diese Bewegungen zu unterdrücken, sind unmoralisch. Sie bedrohen den Frieden der Welt. Wir glauben, daß Kämpfe, die auf anderen Kontinenten um Selbständigkeit und Selbstbestimmung geführt werden, mit den Kämpfen um die innere Demokratie in Amerika zusammenhängen. Wer in unserem Land gegen Rassismus, Armut und bürokratische Verödung kämpft, verbündet sich mit jenen, die anderswo auf der Welt sich gegen den amerikanischen Militarismus und Imperialismus zur Wehr setzen. Wir müssen ein neues, ein anderes Amerika hervorbringen, und wir müssen uns mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas solidarisieren, um eine neue, andere Welt zu schaffen.

Die amerikanische Einmischung in Vietnam geht über Fragen der Tagespolitik hinaus. Die mächtigste militärische Maschinerie der Welt bombardiert wahllos und willkürlich Bauernhöfe und Dörfer. Das Gewissen der ganzen Welt empört sich darüber. Die Zeit ist vorbei, zu der man in aller Ruhe politische Detailfragen diskutieren konnte. Jetzt müssen die Völker der Welt den Vereinigten Staaten sagen: Hört damit auf!

Der Krieg in Vietnam hat im übrigen gezeigt, daß sich die USA in einer tiefen politischen Krise befinden. Das Volk hat seine Herrschaft über die Regierung verloren. Der Kongreß hat als Führer und Vermittler des Volkswillens und der öffentlichen Meinung abgedankt. Die Bürger Amerikas werden behandelt wie Gegenstände, die man ignorieren oder manipulieren kann; sie haben bei den Präsidentschaftswahlen für den Frieden gestimmt; zuteilgeworden ist ihnen der Krieg. Die Bürger Amerikas müs-

sen täglich von neuem erfahren, daß der Kampf um die Bürgerrechte im Süden, der Kampf gegen die Armut, der Kampf für die politischen Freiheiten an den Universitäten und der Kampf gegen den Krieg in Vietnam eine gemeinsame Wurzel haben, das ist: es wird ihnen in allen diesen Fragen das Recht verweigert, an den Entscheidungen mitzuwirken, die über ihr eigenes Dasein getroffen werden. Die Parole des »Kampfes gegen den Kommunismus« dient dazu, jede Diskussion zu ersticken, und jede Handlung derer, die an der Macht sind, zu rechtfertigen. Am 9. August hat Präsident Johnson im selben Augenblick, da Hunderte vor dem Weißen Haus ein Ende des militärischen Engagements in Vietnam verlangten, erklärt, er glaube nicht, daß es in unserm Land »wesentliche Meinungsverschiedenheiten« gebe.

Das Vietnam Day Committee ist der Ansicht, daß breitangelegte, aufsehenerregende Aktionen nötig sind, um die öffentliche Ruhe angesichts des Vietnam-Krieges zu stören. Die Bombardierung Süd- und Nordvietnams und der Mord an den Vietnamesen reichen nicht hin, um das Gewissen der Amerikaner zu bewegen. Vielleicht würden dazu nicht einmal Bombenangriffe auf China genügen. Vietnamesen und Chinesen sind für die Amerikaner »Un-Personen«, keine Menschen. Im Gegensatz zur Rassendiskriminierung im Süden des Landes trifft der Krieg in Vietnam keine große und organisierte Gruppe von amerikanischen Bürgern; unser Volk identifiziert sich nicht mit denen, die unter diesem Krieg zu leiden haben.

Über vereinzelte Demonstrationen hinaus müssen nun Leute auf der ganzen Welt daran gehen, international koordinierte Aktionen von großer Reichweite ins Werk zu setzen. Hier in den USA überlegen wir uns, wie wir die Zufahrten jener Militärbasen blockieren können, von denen aus Truppen und Nachschub nach Vietnam entsandt werden. Wir bereiten für den 15. und 16. Oktober eine Welle des organisierten zivilen Widerstandes vor.

Wir bitten Sie alle dringend, unsere Protestaktionen gegen einen Krieg zu unterstützen, der sich gegen das Volk von Vietnam richtet, der die Würde aller Menschen trifft, und der uns alle mit der nuklearen Vernichtung bedroht.

Der folgende Text, entworfen und gezeichnet von Unversitätslehrern und Professoren, die an fünfzig verschiedenen Hochschulen tätig sind, ist als ganzseitige, von den Unterzeichnern voll bezahlte Anzeige in der *New York Times* vom 31. Oktober 1965 erschienen. Innerhalb von drei Tagen wurden dafür mehr als 700 Unterschriften gesammelt; dabei beschränkte sich die Initiative auf die Universitäten der Ostküste, unter ihnen Harvard, Yale, Princeton, Columbia und das *Massachusetts Institute of Technology*. Ähnliche Aktionen wurden überall in den Vereinigten Staaten unternommen.

Schluß mit dem Blutvergießen in Vietnam!

Je länger der Krieg in Vietnam dauert, desto größere Zerstörungen und Leiden bringt er hervor; desto mehr schwinden alle Hoffnungen auf eine gerechte und rasche Lösung der vietnamesischen Frage.
Vor einem Jahr konnte man noch von einem Bürgerkrieg sprechen, wenngleich die kämpfenden Parteien von außen her, nämlich durch die USA und durch Nord-Vietnam, aufgestachelt, unterstützt und versorgt worden sind. Heute aber haben wir es eindeutig mit einem Krieg zu tun, den amerikanische Streitkräfte gegen eine kommunistisch geführte revolutionäre Bewegung führen.
Die Vietnamesen sind – ohne Unterschied, und gleichgültig, welches ihre politischen Ansichten sind – samt und sonders zu unfreiwilligen und hilflosen Opfern unserer Bomben und Beschießungen geworden. Die Amerikaner selbst sehen sich einer brutalisierenden und erniedrigenden Erfahrung ausgesetzt. Sie gewöhnen sich daran, die unmenschlichen Grausamkeiten, die in ihrem Namen gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung verübt werden, gleichgültig mitanzusehen.

Herr Präsident, es ist an der Zeit, dem Morden ein Ende zu machen!

Von den USA wird behauptet, sie suchten den Frieden und die Freiheit für Vietnam gegenüber einer Aggression von außen. Daß sie für den Frie-

den kämpfen, behaupten von jeher und in allen Kriegen die beteiligten Parteien. Die wirkliche Frage aber ist, welche Friedensbedingungen sie dem Gegner aufzuzwingen versuchen, und mit welchen Mitteln. Die amerikanische Beteiligung am Kriege übertrifft heute bei weitem die der Nord-Vietnamesen, sowohl an Soldaten wie an militärischem Material. Der Terror der Vietkong wird von dem Terror, dem Tod und der Vernichtung, welche die amerikanische Luftwaffe bewirkt, in den Schatten gestellt. Wenn dieser massive militärische Einsatz überhaupt zu einem Sieg führen soll, dann kann es sich dabei nur um die Eroberung eines verstümmelten Süd-Vietnam durch die Vereinigten Staaten handeln. Wir sind sicher, daß das amerikanische Volk einen solchen Sieg nicht wünscht.
Wir verlangen deshalb von Ihnen, daß Sie diesem Blutvergießen sofort ein Ende machen. Wir verlangen von Ihnen, daß Sie unverzüglich, durch einen förmlichen Befehl, die Vernichtung von Dörfern und die Verbrennung von Lebensmitteln untersagen. Wir verlangen, daß die Bombenangriffe aufhören, und daß alle offensiven militärischen Operationen eingestellt werden.
Geben wir dem Volk von Vietnam die Möglichkeit, seinen eigenen Frieden zu machen, so wie es ihm durch das Genfer Abkommen von 1954 versprochen worden ist, und zwar ohne Rücksicht darauf, welche Regierungsform es wählen wird! Die Nationen der ganzen Welt sollten sich verpflichten, einen solchen Friedensschluß zu garantieren.

Herr Präsident, es ist uns unmöglich, Ihre Politik in Vietnam zu unterstützen.

Die üblichen Drohungen verfangen nicht mehr. Daß gegen protestierende Studenten und gegen andere Kritiker polizeiliche Untersuchungen eingeleitet werden, wird uns nicht davon abhalten, einer falschen und unmoralischen Politik den Kampf anzusagen.
Wir fordern unsere Kollegen, unsere Studenten und alle mündigen Bürger auf, ihre Stimme zu erheben. Was uns selbst betrifft, so werden wir von unserem verfassungsmäßigen Recht auf Widerspruch auch in Zukunft Gebrauch machen. Wir werden Ihrer gegenwärtigen Vietnam-Politik offen und kräftig entgegentreten. Nur, indem wir so handeln, können wir dazu beitragen, den Frieden herbeizuführen und die moralische Integrität unseres Landes zu bewahren.

Offizieller Veranstalter der zweiten Kundgebung in Washington, am 27. November 1965, war das *Committee for a Sane Nuclear Policy* (SANE). Es erließ den folgenden Aufruf, der am 23. November als ganzseitige Anzeige in der New York Times publiziert und von 35 bekannten Leuten, darunter Saul Bellow, Alexander Calder, Jules Feiffer, Erich Fromm, John Hersey, Arthur Miller, Benjamin Spock und Norman Thomas unterzeichnet wurde. Patrick Gorman, der Schatzmeister und Sekretär einer kleineren Gewerkschaft (der *Amalagamated Meat Cutters),* der zu den Initiatoren des Aufrufs gehörte, mußte seine Unterschrift später auf Drängen der Gewerkschafts-Zentrale (AFL-CIO) zurückziehen.
Auf der Rückseite des Aufrufs stehen neben der Unterzeichner-Liste noch die folgenden Anweisungen:
»Der Tenor der Demonstration wird positiv und schöpferisch sein. Aktionen im Sinn des zivilen Ungehorsams sind unerwünscht. Die Transparente werden von den Veranstaltern in Washington bereitgestellt. Die Demonstranten dürfen nur Schilder mitbringen, die die Namen ihrer Herkunftsorte und Universitäten tragen. Plakate und Abzeichen anderer Organisationen sind nicht erlaubt. Flugblätter dürfen nicht verteilt werden.«
Mit diesen Anweisungen verfolgte das SANE die Absicht, die Losungen des Marsches zu beschränken auf die Forderung nach »Frieden in Vietnam«; die weitergehenden Forderungen der »Neuen Linken« und der ultralinken Gruppen sollten nicht in Erscheinung treten.

Das Gewissen Amerikas muß erwachen

Wir haben eingesehen, daß der Krieg in Vietnam zu keinem guten Ende führen kann. Wir haben eingesehen, daß er zur Folge hat: die zunehmende Dezimierung der Bevölkerung von Vietnam, die Gefährdung einer besseren Gesellschaftsordnung hier in Amerika, und die offensichtliche Gefahr eines weltweiten bewaffneten Konfliktes.
Bedrängt von Terror, Folter und sinnloser Gewaltanwendung, hat das vietnamesische Volk zusehen müssen, wie sein Land zu einem blutigen Versuchsfeld gemacht worden ist, und zwar von allen Seiten her: von den

Vietkong, von der Regierung in Saigon, von Nord-Vietnam und von den Vereinigten Staaten.
Bedrängt von der Verpflichtung, die Armut und die Rassendiskriminierung im eigenen Lande zu beseitigen, auf der einen, und auf der anderen Seite von den wachsenden Anforderungen, die der Krieg auf dem asiatischen Festland stellt, wird die Regierung Johnson ihre Mittel und ihre Energien zweifellos mehr und mehr auf den militärischen Konflikt konzentrieren.
Bedrängt von der Notwendigkeit, sich Rückhalt bei den armen Nationen zu verschaffen, werden China und die Sowjetunion miteinander darin wetteifern, ihre militante Haltung zu beweisen, indem sie Nord-Vietnam unterstützen; ein direkter Zusammenstoß mit den USA wird dadurch immer wahrscheinlicher gemacht.

Wir versuchen, dem Krieg ein Ende zu machen.
Wir stellen fest, daß keine der beteiligten Parteien – auch nicht die Vereinigten Staaten – ihre Möglichkeiten erschöpft hat, um Verhandlungen herbeizuführen. Da aber der Krieg nur durch Verhandlungen beendigt werden kann, fordern wir neue Initiativen in dieser Richtung.
Wir unterstützen alle Bemühungen, den Konflikt auf den Verhandlungstisch zu bringen: auch die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, U Thant, und des Papstes; wir glauben, daß den Vereinten Nationen eine wichtige Rolle bei solchen Verhandlungen und bei der Überwachung eventueller Vereinbarungen zukommt.
Wir sehen ein, daß die USA allein den Krieg nicht durch Verträge beenden können; aber wir glauben, daß unsere Regierung nicht getan hat, was in ihrer Macht stünde, um ein solches Ziel zu erreichen; wir glauben ferner, daß wir imstande wären, in der Öffentlichkeit Verständnis für den Weg des Friedens zu wecken, den unsere Regierung dann umso leichter wird beschreiten können.
Wir fordern, daß unsere Regierung für einen Waffenstillstand eintritt und zu diesem Zweck die Bombardierung Nord-Vietnams einstellt und aufhört, Verstärkungen nach Vietnam zu senden, und wir fordern von der Gegenseite entsprechende Maßnahmen.
Wir verlangen, daß die Regierung angibt, unter welchen Bedingungen sie bereit ist, Frieden zu schließen, und daß sie sich zu diesem Zweck die Grundsätze des Genfer Abkommens von 1954 zu eigen macht, das heißt,

den schließlichen Abzug aller fremden Truppen, die Bündnisfreiheit und die friedliche Vereinigung Vietnams, sowie das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung des Landes.
Wir verlangen, daß die Regierung sich bereit erklärt, mit allen interessierten Parteien, auch mit den Vietkong, zu verhandeln, und der Bildung einer neuen, repräsentativen Regierung in Süd-Vietnam zuzustimmen.
Wir verlangen, daß die Regierung die Vereinten Nationen und andere internationale Körperschaften unterstützt und einer internationalen Kontrolle des Waffenstillstandes sowie einer internationalen Garantie für die Rechte der Minderheiten und dem Schutz der Neutralität beider Vietnam zustimmt.

Zur Unterstützung dieser Maßnahmen rufen wir zu einem Marsch nach Washington auf. Die Demonstration beginnt um 11 Uhr vor dem Weißen Haus.

Gleichzeitig erließen die *Students for a Democratic Society* (SDS) einen eigenen Aufruf. Sie lehnten es ab, den vorstehenden Text zu unterschreiben, weil er ihnen schwach und ungenügend schien. Nach anfänglichen Widerständen mußte SANE den folgenden Aufruf der SDS stillschweigend gutheißen, um die Veranstaltung nicht zu gefährden. SANE vertritt also den gemäßigten Flügel der Friedensbewegung, und das heißt: eine Minderheit; die SDS dagegen die Mehrheit, eine Gruppierung, die man unter dem Namen der »Neuen Linken« zusammenfassen kann.

Im Namen der Freiheit verstümmelt Amerika Vietnam. Im Namen des Friedens verwandelt Amerika jenes fruchtbare Land in eine Wüste. Und im Namen der Demokratie begräbt Amerika seine eigenen Hoffnungen und erstickt seine eigenen Möglichkeiten.

Amerikaner, die begreifen, warum die Neger von Watts rebelliert haben, sollten auch fähig sein zu begreifen, warum sich das vietnamesische Volk auflehnt. Wer den amerikanischen Süden und die lähmende Armut in den Städten des Nordens kennt, sollte der Einsicht fähig sein, daß unsere wahren Probleme nicht in Vietnam, sondern hier in unserm eigenen Land zu suchen sind. Unser Kampf richtet sich nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen die Verzweiflung an der Gesellschaft, die anständige Menschen hier und in fernen Ländern in die Arme der Gewalt treibt.

Unser Ziel in Vietnam ist das gleiche wie in den USA: die Herrschaft von Oligarchien und die privilegierte Gewalt durch eine reale Demokratie zu ersetzen, in der jedermann an den Entscheidungen, die sein Leben betreffen, und an den Chancen und Reichtümern, welche die moderne Technologie geschaffen hat, teilhaben kann. Dies ist für uns Amerikaner die einzig ehrenhafte und anständige Lösung für Vietnam. Vielleicht hat der Krieg die Bevölkerung jenes Landes bereits derart verbittert und verwüstet, daß Jahre des Wiederaufbaus nötig sein werden, ehe sich diese Vorstellung verwirklichen läßt. Der Krieg kann sie auf keinen Fall verwirklichen, und schon gar nicht die amerikanische Okkupation oder die amerikanische Unterstützung für Regierungen, die niemand gewählt hat und die nur der Unterdrückung fähig sind.

Der Krieg muß beendet werden. Die Waffen müssen schweigen, Vietnam muß demobilisiert werden. Die amerikanischen Truppen müssen sich zurückziehen. Eine Amnestie für alle politischen Gefangenen muß gewährt werden. Alle Abmachungen müssen von den Kombattanten der Gegenseite, das heißt, von der NFL und von Nord-Vietnam, ratifiziert werden.

Aber täuschen wir uns nicht: Es gibt kein Abkommen, das die Demokratie *garantieren* kann. Nur das Volk von Vietnam kann letzten Endes bestimmen, ob es eine demokratische oder eine undemokratische, eine freie oder eine unfreie, eine neutrale oder eine nicht neutrale Regierung haben will. Es ist nicht die Sache Amerikas, ihm die Möglichkeit zu verwehren, daß es über sein eigenes Los bestimmt. Jede amerikanische Bombe, die in einem vietnamesischen Dorf explodiert, macht ein Stück dieser Möglichkeit zunichte.

Aber unsere Hoffnungen beschränken sich nicht auf Vietnam. Zum ersten Mal seit einer Generation haben wir heute eine Chance, hier im eigenen Land die Machtlosen und die Unmündigen zu organisieren und Amerika mit seiner Rassen-Ungleichheit, seiner Apathie und seiner Armut zu konfrontieren. Wir sehen Amerika unter dem selben Gesichtspunkt wie Vietnam. Wir treten für eine Ordnung der Gesellschaft ein, in der jedermann der Herr seines eigenen Geschickes ist.

Wir sind davon überzeugt, daß wir diesem Krieg und künftigen Kriegen nur dadurch begegnen können, daß wir eine soziale Bewegung zustandebringen, welche die Grundfesten unserer auswärtigen Politik erschüttert. Dieselbe Bewegung muß dem Rassismus ein Ende machen, gegen die paternalistische Haltung unserer Wohlfahrtseinrichtungen ankämpfen, sie

muß erreichen, daß jedem Einzelnen ein ausreichendes Einkommen garantiert wird, und sie muß versuchen, die autoritäre Struktur unserer Universitäten zu brechen.

Unsere Bewegung hat gezeigt, welche Kräfte in ihr stecken. Im April haben 25 000 Leute – Studenten, Bewohner der Armenviertel, Geistliche, Professoren, Gewerkschaftsmitglieder und andere – in Washington demonstriert. Die *Students for a Democratic Society* fordern alle auf, am 27. November, vormittags um 11 Uhr, vor das Weiße Haus zu ziehen, die wie wir der Ansicht sind, daß der Krieg enden, und daß der Aufbau einer realen Demokratie beginnen muß.

Dossier 2:
Erzählungen aus einem chinesischen Dorf
Aufgezeichnet von Jan Myrdal

Mao Ke-yeh, der Höhlenbauer, Bauernrevolutionär. 59 Jahre

Natürlich, ich kann Ihnen alles erzählen, soweit ich mich erinnere. Aber ich bin nie zur Schule gegangen und kann weder lesen noch schreiben, so daß das eine oder andere Datum vielleicht nicht stimmt. Man vergißt ja manches, nicht wahr? Zur Zeit der alten Gesellschaftsordnung war das Leben hart, es war ein bitteres Leben damals. Die Steuern drückten schwer, und für das Getreide bekamen wir nicht viel bezahlt. 1926 und 1927 gab es 2 Silberdollar für 300 Chin. Und wir sollten 2 Silberdollar im Monat als Familiensteuer bezahlen. Damals hatten wir einen Ochsen und zwei bis drei Arbeitskräfte in der Familie. Wir bekamen 5000 Chin herein, aber für die Steuer brauchten wir mehr als die Hälfte. Wir hatten keine Matten auf dem K'ang, und unsere Decke war nur einen halben Meter breit. Nie konnten wir uns satt essen, und Bargeld besaßen wir nicht. Es war schwer zurechtzukommen, und mit jedem Jahr wurde es schlimmer und schlimmer.

Mein Vater war Maurer. Von ihm habe ich gelernt, wie man Steinhöhlen baut. Wir wohnten in Yüling, aber im Jahr 1917 zogen wir in das Gebiet von Yenan. Dort sollte es besser sein, hieß es. Es war damals so üblich, daß die Leute dauernd umzogen. Man ging vom einen Dorf zum andern, vom einen Grundbesitzer zum nächsten, um eine Stelle zu finden, wo die Pacht niedriger war. Wer jedoch Schulden hatte, konnte nicht fort. Er mußte vorher seine Schuld bezahlen. Wir waren fünf Personen in der Familie, und wir hatten nur eine kleine Rolle Bettwäsche und einen Spiegel mit uns. Als wir hier unten ankamen, pachteten wir 60 mu von einem Grundbesitzer namens Chang. Er wohnte 80 li von hier. Die Pacht betrug 900 chin. Wir pflügten mit dem Ochsen des Grundbesitzers und sollten dafür 1800 chin bezahlen. Im Herbst jenes Jahres haben wir 9000 chin Getreide geerntet. Mein Vater besorgte die Feldarbeit, ich war damals

nur eine halbe Arbeitskraft. Ich hatte eine jüngere Schwester und einen jüngeren Bruder. Der Grundbesitzer war an sich nicht schlecht, aber er rauchte Opium, und 1924 war er ruiniert und arm geworden, so daß wir im gleichen Jahre in das Dorf Niuchang 20 li von hier zogen.
Dort war es etwas besser. Wir besaßen nun einen eigenen Ochsen, und ich konnte arbeiten wie ein Mann. Wir zahlten 600 chin Pacht für 60 mu. Wir bekamen im allgemeinen 5000 – 6000 chin Getreide herein, und wenn Steuer und Pacht bezahlt waren, reichte der Rest gerade zum Leben aus. Dann kam die große Hungersnot des Jahres 1928. 1929 hungerten wir ebenfalls. Wir rissen das Laub von den Bäumen, um es zu essen, und wir mischten Spreu und Ulmenrinde und machten Brot daraus. Aber daß wir im Jahr 1929 so sehr hungerten, lag eigentlich weniger an der Ernte. Für Steuer und Pacht war natürlich einiges draufgegangen. Doch die Ernte war gar nicht so schlecht für uns. Ich hatte mich aber in jenem Jahr verheiratet, und das war nicht billig. Ich mußte für meine Frau 120 Silberdollar bezahlen. Im folgenden Jahr hatte ich zwar eine Frau, aber dafür hungerte auch die ganze Familie. Wir wohnten ja noch bei meinen Eltern. Den Kaufpreis für meine Frau hatte ich mit Hilfe einer Anleihe bei einem Grundbesitzer und Beamten namens Chia bezahlen können, der in Yenan wohnte und dort Abteilungsleiter in der KMT-Verwaltung war. Die Zinsen für die Anleihe betrugen nur 2% im Monat, aber es gelang mir trotzdem nie, das geliehene Geld zurückzuzahlen. Es reichte nie zu mehr als den Zinsen. Erst 1935, als wir die Revolution machten, wurde die Schuld abgeschrieben. Aber da war Chia schon tot. Er hatte so viel Opium geraucht, daß er daran gestorben war. Doch setzte ich die Zahlungen an seine Witwe fort, bis wir die Revolution machten.
1930 zog ich in das Dorf Matan. Dort oben in den Bergen konnte ich selbständig werden. Dort gab es ja Gemeindeacker, und wir, die wir neu anbauten, brauchten nur einen chin per mu und Jahr zu bezahlen. Steuer mußten wir natürlich außerdem entrichten, zwei Silberdollar im Monat. Die mußten bar bezahlt werden. Es war harte Arbeit.
1935 kam eine Armee, die sich Rote Armee nannte. Die gab es draußen auf dem Lande. In den Städten saß die KMT. Und die Rote Armee machte Propaganda und sagte: »Die Rote Armee ist gut, alles Land soll geteilt werden, und ihr sollt niemandem mehr Steuern und Pacht zahlen müssen.« Es war im Februar des Jahres 1935, als ich zum ersten Male Kommunisten traf. Es waren Li Wen-yüan und Wang Hsiao-kang. Sie

waren beide etwa dreißig Jahre alt. Ich traf sie in späteren Jahren gelegentlich wieder, aber ob sie noch leben oder schon gestorben sind, weiß ich nicht. Sie kamen eines Nachts zu uns und sagten: »Wir sind Propagandisten der Roten Armee, und nun sollt ihr eine Revolution machen.« Wir antworteten: »Ja, das wollen wir.« Aber wir glaubten nicht, daß sie mächtige Leute wären, sie sahen nicht danach aus, und was konnten wir Bauern schon ausrichten! Wir taten also gar nichts.

Aber im März des gleichen Jahres kamen sie wieder. Sie riefen uns alle zu einer Versammlung im Freien zusammen und forderten uns auf, einen Verband Armer Bauern zu gründen und einen Vorsitzenden zu wählen. Da zeigten die anderen auf mich und sagten: »Er ist ein ruhiger und besonnener Mann, der nichts übereilt tut.« So wurde ich also zum Vorsitzenden gewählt. Und Li Wen-yüan und Wang Hsiao-kang hielten Ansprachen an uns und fragten: »Warum bezahlt ihr Steuern an die KMT?« Da antworteten wir, daß wir uns fürchteten, weil doch die KMT richtige Soldaten hätte. Aber sie sagten: »Bezahlt bloß keine Steuern mehr und habt keine Angst, denn die Rote Armee hat ihre Methoden und weiß, wie sie mit der KMT fertig wird.«

Sie hatten ihre Regierung damals in Lochuan, und die Rote Armee wurde von Liu Chih-tan befehligt. Zu Beginn war die Bevölkerung ängstlich und es hieß, die Kommunisten wären Mörder, aber als sie dann kamen, waren es normale Menschen, und sie sagten immer: »Teilt das Land auf und kämpft gegen die Grundbesitzer und Despoten.« Sie sprachen viel und hielten zahlreiche Versammlungen ab, und wir hatten uns daran gewöhnt, immer bei den Versammlungen aufzustehen und »Ja! Ja!« zu schreien. Aber in Wirklichkeit glaubten wir ihnen nicht und konnten uns nicht denken, daß sie mächtige Leute wären.

Doch im April 1935 schlug die Rote Armee ein bewaffnetes gegenrevolutionäres Grundbesitzerkorps 10 li von hier. Sie töteten den Führer des Südlichen Distriktes Mu Hsin-tsai und machten große Beute. Dann kamen sie immer häufiger. Sie töteten noch weitere Konterrevolutionäre. Da begriff das Volk, daß die Rote Armee eine wirkliche Macht war, und wir hörten auf, Steuern und Waren in die Stadt zu bringen. Statt dessen organisierten wir uns in Guerillaverbänden. Acht bis zehn Mann in jeder Gruppe.

Wir fuhren nicht mehr in die Stadt, verkauften kein Getreide mehr dort und zahlten keine Steuern, und wer zur KMT gehörte, wagte nicht länger,

auf dem Lande zu wohnen, sondern lief davon. Die Stadt wurde isoliert. Sie war bald eine tote Stadt. Wenn Steuereintreiber kamen, nahmen wir sie gefangen. Wer anständig gewesen war, den ließen wir laufen, die anderen schlugen wir zusammen. So war die Stadt bald völlig abgeschlossen. Manchmal hatten wir Zusammenstöße mit Ming Tuan-Truppen, die aus der Stadt ausbrachen. Wir hatten nur Spieße und selbstgemachte Gewehre. Aber weil die gesamte Bevölkerung in den Dörfern organisiert war und die Dörfer einander Beistand leisteten, wenn die Soldaten der Grundbesitzer einen Ausfall aus der Stadt machten, konnten sie uns nichts anhaben.

Im Juni 1935 teilten wir das Land auf. Alles wurde je nach Größe der Familien und Qualität des Bodens verteilt. Jeder bekam ein gestempeltes Papier, daß ihm nun sein Stück Land gehörte. Aber anfänglich gab es viele, die sich fürchteten und sagten: »Dies Land gehört doch anderen. Es wird uns bestimmt Unglück bringen.« Wir teilten auch die Viehbestände der Grundbesitzer auf, und wer kein Vieh hatte, bekam nun Ziegen und Rinder. Damals im Jahre 1935 war es Schluß mit den Pachten und Steuern, und alle Schulden wurden abgeschrieben. Alle lebten besser. Wenn die Soldaten aus der Stadt kamen, verschwanden wir Dorfbewohner in den Bergen. Sobald die Soldaten wieder fort waren, kehrten wir zurück. Die KMT wollte unser Getreide stehlen, aber wir versteckten es und flohen in die Berge, so daß die KMT unverrichteter Dinge zurückkehren mußte und alle Leute viel zu essen hatten.

Mein Vater war inzwischen gestorben, und im Juni 1935, nein, nicht im Juni, im Mai 1935 war ich zum Zugführer unseres Selbstverteidigungskorps gewählt worden. Ich war nun schon ziemlich überzeugt, daß die Revolution siegen würde, nur manchmal zweifelte ich noch. Ich war unbeständig wie das Herbstwetter. Ich trug nun die Verantwortung für hundert Familien. Wir hatten Spieße mit roten Troddeln und besaßen auch Messer und zwanzig selbstverfertigte Gewehre. Wenn es nötig wurde, versammelten sich alle Männer im Dorf. Dann zogen wir mit unseren Spießen los, und während des Marsches schlossen sich die anderen Abteilungen aus allen Dörfern der Umgebung an.

Die erste größere Aktion, an der ich teilnahm, wurde im Mai 1935 durchgeführt. Es waren Nachrichten gekommen, daß wir uns sammeln sollten, um den Widerstand eines Grundbesitzers zu brechen, der sich nicht freiwillig ergeben wollte. Wir kamen von allen Seiten mit roten Fahnen an

unseren Spießen anmarschiert. Der Grundbesitzer hieß Ma Sho-yen und hatte die Macht im Dorf Tsensanyan. Nun hatte er sich in seinem Hause verschanzt, und zwanzig bewaffnete Leute standen bereit, um sein Eigentum zu verteidigen. Das waren seine eigenen Pächter, aber sie waren verpflichtet, ihn zu beschützen.

Wir hatten nur zwanzig Rotarmisten, aber aus allen Dörfern waren die Selbstverteidigungskorps gekommen. Das Haus des Grundbesitzers war bald von Hunderten von Angreifern umzingelt. Auf allen Bergen ringsumher hatten wir rote Fahnen gehißt, und es gab viele Berge, auf denen wir Fahnen aufziehen konnten, so daß der Horizont rings um Ma Sho-yen vollkommen rot war. Dann riefen wir alle nach dem Grundbesitzer, hoben unsere Spieße und sagten: »Wenn du uns nicht dein Land gibst und deine Gewehre überläßt, hast du dein Leben verwirkt. Dann wirst du heute nacht sterben.« Nach einer Weile kam er heraus, er war ein grober, schnurrbärtiger Kerl von etwa fünfzig Jahren und sagte: »Wenn ich mein Leben behalten kann, liegt mir am Land und an den Gewehren nichts mehr.« Nachdem wir die Gewehre bekommen hatten, ließen wir ihn laufen, und er floh nach Kanchuan, wo er Verwandte hatte. In dieser Aktion hatte es nicht einmal Verwundete gegeben. Sobald der Grundbesitzer geflohen war, kamen die Dorfbewohner hervor. Sie waren ja gezwungen gewesen, zum Grundbesitzer zu halten, denn sie hatten Angst, daß er sie als »Banditen« oder »Rotarmisten« melden würde und dann, hatte er gesagt, würde die KMT ihnen den Hals abschneiden. Nun waren sie froh, und wir machten eine große Versammlung und teilten das Land und alles, was dem Grundbesitzer gehört hatte, auf.

Im Juli 1935 trat ich in die Partei ein. Inzwischen war ich völlig überzeugt und schloß mich mit Leib und Seele der Revolution an. Im August 1935 wurde ich zum Vorsitzenden des Distriktkomitees gewählt. So hatten wir eine eigene revolutionäre Regierung in unserem hsien, und der Kreis – der längst nicht mehr dieselben Grenzen hatte wie damals – bestand aus diesen Tälern hier. Ich war verantwortlich für die Bodenreform, die Landverteilung, den Kampf gegen die Grundbesitzer sowie für den Einsatz der Arbeitskräfte. Es war eine schwere Arbeit, aber wir waren damals zehn Kameraden in der Regierung.

Hier in Liu Ling ist Li Yu-tse Grundbesitzer gewesen. Er besaß mehrere tausend mu Land. Seine Familie war eine von den vier Familien, die in Yenan und im Gebiet um Yenan regierten. Ihm gehörte das halbe Tal

hier. Bis nach Zehnmeilendorf hinauf. Aber er flüchtete in die Stadt, und wir konnten seiner nicht habhaft werden. Später ist er an einer Krankheit gestorben. Li Hsiu-tang, der hier im Dorf wohnt, ist sein Sohn. Er war damals noch so jung, daß wir ihm ebensoviel Land gaben wie den anderen. Seine Kinder gehen hier zur Schule wie alle anderen.

Aber der Grundbesitzer Li Yu-tse hatte einen Verwandten, der war ein Wucherer und Grundbesitzer. Er hieß Li Fa-fu und wohnte in Fuhsichuan 30 li von hier entfernt. Sein Sohn Li Han-hua führte die bewaffneten Streitkräfte der Grundbesitzer an. Er pflegte nachts mit seinem Korps die Dörfer zu überfallen und die Kommunisten zu erwürgen. Dann floh er nach Sian, als die KMT-Truppen Yenan verließen. Er wagte sich nie wieder hierher, sondern ging nach Yüling, wo er für einen Kriegsherrn arbeitete, der Kao Shua-chen hieß. Als dieser dann in den vierziger Jahren starb, versteckte sich Li Han-hua in einem Dorf hinter Yüling und verkleidete sich als Bauer. Aber eines Tages kam einer hier aus der Gegend, der ihn wiedererkannte, und zu Beginn der fünfziger Jahre ergriffen wir Li Han-hua und führten ihn nach Yenan. Dort wurde er vor Gericht gestellt, verurteilt und hingerichtet.

Seit April 1935 war Yenan von uns Bauern blockiert. Wir verkauften weder Getreide noch Gemüse noch Heizmaterial in die Stadt. So blieb es siebzehn Monate lang, dann wurde Yenan befreit, die KMT floh, und die Rote Armee zog ein. Das war damals, als das Zentralkomitee der Partei und der Vorsitzende Mao zu uns nach Nordshensi gekommen waren. Hier blieben sie zehn Jahre lang. Die KMT lag nur 200 li entfernt. Aber diese zehn Jahre waren eine gute Zeit. In den zwanzig bis dreißig hsien, die wir beherrschten, hatten die Bauern Vieh und Nahrung und neue Kleidung. Unsere Armee hielt sich nicht in der Stadt auf, sie lag oben in den Bergen. Dort pflügten die Soldaten neues Land und bauten Getreide an. Sie pflanzten mehr, als sie selber brauchten. Es war eine Armee, die nicht davon lebte, die Bevölkerung auszusaugen, sondern sie wollte den Bauern helfen. In diesen Jahren gab es Getreide im Überfluß.

Im Jahre 1938 fing ich etwas Neues an. Ich begann, in der Verbrauchergenossenschaft zu arbeiten. Ich wurde Vorsteher des genossenschaftlichen Geschäftes in Liu Ling. Deswegen überließ ich mein Land in Mata meinem kleinen Bruder, nahm die Familie mit mir und zog nach Liu Ling. Im Dorf selber gab es damals zwölf oder dreizehn Haushalte. Als Geschäftsvorsteher mußte ich aufkaufen, was die Landwirte produzierten, und es

weiterverkaufen. Auch sollte ich Verbrauchsgüter beschaffen und sie an die Dorfbewohner verkaufen. Das war ein völlig neues Gebiet für mich. Es war ja Handelstätigkeit, und damit hatte ich noch nie vorher etwas zu tun gehabt. Aber es ging gut.

Wir begannen damit, etwas Anfangskapital zu sammeln. Um Mitglied zu werden, brauchte man nicht mehr als 30 oder 40 Cents einzuzahlen. Unabhängig davon, wie hoch der Einsatz war, hatte man nur eine Stimme. Die Mitglieder konnten jederzeit ihren Anteil zurückfordern. Obwohl wir ihnen natürlich zuredeten, damit sie ihn drinließen. Sie konnten auch den jährlichen Gewinn herausnehmen oder stehen lassen. Nach einiger Zeit fanden alle, daß eine solche Genossenschaft gut war, denn die Waren wurden billiger als vorher, und außerdem waren es die Mitglieder selber, die an dem Handel verdienten.

Zu Beginn hatten ja viele der Bauern in der Umgebung gezweifelt. Sie hatten gesagt: »Das ist nur ein Trick, um uns um unser Geld zu bringen.« Aber andere hatten geantwortet: »Selbst wenn man uns betrügt, verlieren wir ja nicht so viel, und man kann es doch mal versuchen.« Wir betrieben auch viel Werbung für die Genossenschaft. Das wichtigste Argument war die niedrige Einzahlung.

Nach einigen Jahren konnten alle sehen, daß die genossenschaftliche Zusammenarbeit ein richtiger Weg war. Denn als sie merkten, daß unsere Waren immer billiger wurden, und als sie sahen, daß sie eine große Ausschüttung auf ihre Anteile bekamen und daß sie diese dennoch jederzeit zurückfordern konnten, waren alle zufrieden, und mit der Zeit setzten sie immer mehr Geld ein. Wer kein Geld hatte, konnte einen Esel einbringen. In diesem Fall schätzten wir den Esel, und die geschätzte Summe wurde als Anteilskapital angerechnet. Zuletzt hatten wir 600 Esel. Wir erhöhten auch die Gewinnausschüttung. Ehe Hu Tsung-nan uns im Jahre 1947 angriff, lag die Ausschüttung bei 100% pro Jahr, und wir hatten 300 Angestellte. Es gab sieben Geschäfte, und wir hatten ein großes Unternehmen. Ich war nach wie vor Vorsteher des Geschäftes in Liu Ling.

In Liu Ling wurden die Verhältnisse in diesen zehn Jahren immer besser. Der Wohlstand nahm zu. Neue Höhlen und neu bestellter Boden überall. Immer mehr Familien zogen hierher. Die Neuankömmlinge konnten Geld leihen und Geräte von unserer Leihkasse kaufen. Aber wir nahmen ihnen keine Zinsen ab, wir waren ja keine Wucherer. Auf diese Weise nahm die Produktion immer weiter zu. Nach der Ernte zahlten die Neubauern

zurück, was sie geliehen hatten, dann gingen sie in die genossenschaftliche Vereinigung und investierten mehr Geld bei uns, so daß wir wiederum mehr an weitere Neuankömmlinge ausleihen konnten. So setzten wir zehn Jahre lang unsere Aufbauarbeit fort.
Es waren gute Jahre. Unsere 8. Infanteriearmee hatte ja so viel Land für sich urbar gemacht. Als die Truppen in den Krieg zogen, überließen sie alles der Landbevölkerung. Das taten sie ohne Gegenleistung. Wir sahen sie gegen die Japaner ausziehen, und sie hatten kaum Uniformen und nur sehr wenige Waffen, so daß wir uns wunderten, wie eine solche Armee wohl Japan besiegen könne. Aber dann kamen die Berichte über die Siege. In Yenan waren nur ganz wenige Soldaten zurückgeblieben. In diesen Jahren hatten wir alle große Schweine, zahlreiches Vieh und Getreide. Alle hatten genug zu essen, und es gab Lebensmittel im Überfluß. Doch dann kam der General Hu Tsung-nan.
Es war zum Jahreswechsel 1946 – 1947, als wir erfuhren, daß Hu Tsung-nan und seine Truppen kommen würden. Damals hatten wir viele Waren und ein großes Kapital. Wir brauchten einen ganzen Monat, um unser Warenlager fortzuschaffen. Dann vergruben wir, was zurückgelassen werden mußte, und flohen in die Berge. Damals verfügte die genossenschaftliche Vereinigung im Süddistrikt über achtzig Raumeinheiten, wo jetzt die Schule steht. Aber alles wurde zerstört. Nichts blieb übrig von den Geschäften, und was wir vergraben hatten, wurde von Hu Tsung-nans Truppen gefunden, oder die Leute gruben es selber wieder aus, sobald sie zu hungern anfingen. Hu Tsung-nans Truppen aßen alles auf, was in der Gegend zu finden war. Den Rest vernichteten sie. Die Leute fragten: »Was sollen wir nun machen? Wir haben nichts mehr wovon wir leben können.« Und als ich während der Besetzung aus den Bergen herunterkam und sah, daß alles zerstört war und Hu Tsung-nans Truppen überall standen, konnte ich in der Verbrauchergenossenschaft nicht weiterarbeiten, denn es gab ja keine mehr. Statt dessen fing ich an, mich politisch zu betätigen. Ich wurde Guerilla. (...)

Wenn ich auf mein Leben zurückblicke, kann ich nur sagen, daß jeder an der Revolution teilnehmen muß. Es wird niemals eine richtige Revolution geben, wenn nicht alle bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und ihren Beitrag zu leisten. Man kann nicht andere eine Revolution für sich machen lassen. Selbst wenn man so alt geworden ist wie ich, muß man

immer noch etwas tun für die Revolution, denn die Revolution hat zwar verschiedene Stadien, aber sie kennt keine Pause und keine Unterbrechung.

Chia Ying-lan, die für Opium verkauft wurde. 53 Jahre

Ich bin aus dem hsien Hengshan. Chia Fu-lan, die Frau von Li Hai-yüan, ist meine Schwester. Unsere Familie war arm, und als ich sechzehn Jahre alt war, wurde ich an einen Hausierer und Kesselflicker verheiratet, der mich mit nach Hopei nahm. Er fing an, Opium zu rauchen und ließ sein Land verkommen. Deshalb mußte er es aufgeben. Nun begann er, durch die Dörfer zu ziehen und Töpfe zu flicken. Oft war er längere Zeiten unterwegs. Ich hielt unser Haus im hsien Wuan in Ordnung. Ich weiß nicht, was er für sein Opium bezahlt hat, aber ich bekam immer weniger von ihm, und zuletzt kriegte ich gar nichts mehr. Weil ich nicht wollte, daß ich und unsere Tochter verhungern sollten, nahm ich bei einem Ackerbauern namens Sung eine Stellung an. Er war ein mittelgroßer Landwirt mit eigenem Acker. Dort habe ich vier Monate lang gearbeitet. Lohn habe ich nicht bekommen, aber meine Tochter und ich hatten nun zu essen.
Als ich zweiundzwanzig Jahre alt war, wurde ich verkauft. (Weint.) Mein Mann kam eines Tages und holte mich und meine Tochter und brachte mich zu einem Sklavenhändler, der Yang hieß. (Weint.) Er verkaufte uns, um Geld für sein Opium zu bekommen. Ich habe ihn nie wiedergesehen. Vor einigen Jahren habe ich aber erfahren, daß er gestorben ist. Nachdem ich zwei Tage beim Sklavenhändler gewesen war, wurde ich wieder verkauft. Yang verkaufte mich und meine Tochter für 220 Silberdollar an einen Ackerbauern, der He Nung-kung hieß.
Ich war sehr unglücklich. Herr He war ein alter Mann. Er war dreiundzwanzig Jahre älter als ich. Wir liebten einander nicht. Aber er war freundlich. Ich wurde dort nicht schlecht behandelt, weder von ihm noch von seiner Familie. Eigentlich war er ein lieber alter Mann. (Weint.) Er hatte einen eigenen Haushalt, wohnte aber nicht mit seiner Familie zusammen. Ich gebar ihm einen Sohn, und alle waren freundlich zu mir.
Dann wurde er krank und starb. Ich war da fünfunddreißig Jahre alt. Ich hatte eine Tochter und einen Sohn, ein Kind aus jeder Ehe. (Weint.) He Nung-kung starb am 29. April des Mondkalenders. Es war 1944,

während des Krieges. Im Januar des folgenden Jahres brachte ich eine Tochter zur Welt. Die starb dann im Alter von sieben Jahren. (Weint.) Als Herr He starb, war ich gerade schwanger gewesen, so daß sie mich nicht so schnell wieder verheiraten konnten.
Ich war ja nun Witwe und eine Last für das Dorf. Der Grundbesitzer wollte mich verheiraten. Die Verwandtschaft meines Mannes, das heißt also Herrn Hes Verwandte, wollten mich auch verheiraten, um das Haus und meine Kinder zu bekommen. Da war auch ein Mann im Dorf, der mich kaufen wollte. Ich weiß nicht, wie sie es eingefädelt hatten und wer es war. Aber nun wollte ich nicht mehr. Ich wollte nur noch mit meinen Kindern zusammen sein. (Weint.) Um dieser neuen Ehe zu entgehen, log ich und sagte, daß ich schon einundvierzig Jahre wäre. Da glaubte der Mann, daß ich nicht mehr fruchtbar sei und ließ von mir ab. Damit hatte ich gerechnet. Danach wurde ich in Frieden gelassen.
Einige Jahre darauf wurden wir befreit, und die neue Regierung schützte die Witwen und die Vaterlosen. Im Jahr 1958 bekam ich Sehnsucht nach meiner Schwester. Sie wohnte ja noch immer in Nordshensi, und ich und mein Sohn reisten zu ihr, um sie zu besuchen. Da sagte sie, daß wir gern bei ihr bleiben könnten. Deshalb wohnen wir nun hier.
Mein Sohn arbeitet, und das Leben ist gut. Aber ich will, daß er heiratet. Ich habe ja mein ganzes Leben (weint) in Bitterkeit verbringen müssen, und nun möchte ich, daß er heiratet, damit ich noch einen Enkelsohn sehe, bevor ich sterbe.
Wenn man es genau bedenkt, ist die neue Gesellschaftsordnung gut. Aber mein Leben ist so schwer gewesen. Ich wurde für Opium verkauft (weint), und all dies habe ich nicht einmal meinem Sohn erzählt. (Weint.)

Was die Leute im Dorf über Chia Ying-lan sagen:

Sie hat ein schweres Leben hinter sich. Aber sie kann glücklich sein, daß sie einen Sohn hat. Wenn sie den nicht hätte, wäre sie ganz allein. Sie kann lesen und hat auch ihrem Jungen das Lesen beigebracht. Ihr Sohn He Huang-ho ist stark und gesund, und er ist ein guter Arbeiter.
Chia Ying-lan macht sich große Sorgen, daß ihr Sohn noch nicht verheiratet ist. Er ist schon fünfundzwanzig Jahre alt und hat immer noch keine Frau. Aber hier im Dorf gibt es nur ein oder zwei Mädchen, die achtzehn, neunzehn Jahre alt und noch ledig sind. Die meisten Mädchen

hier sind noch zu jung. Deshalb wird es wohl schwer für ihn sein, eine Braut zu finden. Die Nachbarn haben auch schon versucht, ihm zu helfen. Doch haben sie bisher noch niemanden gefunden, der ihn haben will. Er ist stark und gesund und ein guter Arbeiter, und eigentlich ist nichts an ihm auszusetzen, aber die Mädchen mögen ihn nicht. Wahrscheinlich kommt es daher, daß er Hopeidialekt spricht und Hopeigewohnheiten hat. Man sagt: »Das ist eine häßliche Sprache, die er spricht. Sie klingt so abscheulich, und man versteht nicht, was er sagt. Die Leute in Hopei sprechen so häßlich.«
Wahrscheinlich wird er unverheiratet bleiben, und dieser Gedanke beunruhigt Chia Ying-lan sehr, denn dann stirbt die Familie aus.

Li Hsiu-tang, der Gegenrevolutionär. 38 Jahre

Ich komme aus einer Grundbesitzerfamilie. Mein Vater starb, als ich noch ein Kind war, und an meine früheste Jugend habe ich nur wenig Erinnerungen. Nur daß sie glücklich war. Auch nach dem Tode meines Vaters lebten wir sorglos und ohne Einschränkungen. Wir hatten gutes Essen und das Leben war schön. Jeden Tag hatten wir Schweinefleisch, oder es gab Küken und Eier und Weizennudeln und gefüllte Brötchen. Hirse habe ich als Kind fast nie zu schmecken bekommen. Sie wird zwar hier in der Gegend viel angebaut, aber wir aßen sie nicht. Nur das einfache Volk aß Hirse, wir hielten uns an Reis und Weizen. Wir hatten ein großes Haus drinnen im alten Yenan. Es steht aber nicht mehr. Die ganze alte Stadt wurde bei einem Bombenangriff während des Krieges vernichtet. Aber ich weiß noch genau, wie unser Haus aussah. Es hatte eine große Halle und viele Räume. Unsere Familie bestand aus über vierzig Personen. Vater hatte vier Brüder, doch ich war sein einziger Sohn. Meine Mutter war aber nur seine Konkubine. Wir waren viele Verwandte, und alle waren freundlich zu mir. Ich erinnere mich an Li Han-hua als einen der älteren Onkel. Ihn traf ich, als ich zehn Jahre alt war. Er war der Bruder meiner Braut. Meine Kindheit war glücklich.
Als mein Vater starb, wurde das Erbe in fünf Teile aufgeteilt. Der älteste unter den Geschwistern, Li Niu, wurde Familienoberhaupt. Er bekam das Land. Der andere Bruder übernahm die Geschäfte, er trug die Verantwortung für die Finanzen. Der dritte Bruder bekam das ganze Bar-

geld. Mir und meiner Mutter und meiner älteren Schwester fielen die Liegenschaften in der Stadt zu, die viel Miete einbrachten. Dem jüngsten Bruder wurde alles Vieh zugesprochen: die Ochsen, Schafe und Ziegen. Dann bezog jeder von uns sein eigenes Haus. Das war nicht weiter schwer, denn uns gehörten ja viele Grundstücke, und wir brauchten nur den Mietern zu kündigen und einzuziehen.

Li Niu, der das Land bekommen hatte, zog nach Liu Ling. Von dem, was dort draußen vor sich ging, erfuhr ich nicht viel. Wir hörten nichts über Liu Ling. Teils weil ich noch so jung war und teils wohl auch, weil das Land Li Niu zugefallen war. Über die Häuser in der Stadt wußte ich dagegen gut Bescheid. Meine Mutter pflegte über deren Verwaltung mit mir zu sprechen. Ich weiß nur, daß Li Nius Grundbesitz später aufgeteilt wurde. Er wohnte damals in der Höhle, die jetzt von Tung-Yang-chen bewohnt wird. Die Höhle wurde ihm fortgenommen, als alles aufgeteilt wurde, und an Tung Yang-chen gegeben, weil das mit seinem Vater passiert war. Es gab damals nur sieben oder acht Haushalte im Dorf, so daß alle gutes Land bekommen konnten. Auch wir bekamen einen Teil. Li Niu zog in eine andere Höhle, und als er starb, übernahm ich sie. Aber das war erst später.

Ich ging in Yenan bei Kao Hsiao zur Schule. Es war eine gute Schule, und mir gefiel es dort. Wir studierten chinesische Sprache und Literatur, Mathematik und Geschichte und Sun Yat-sens Grundsätze. Bis die Rote Armee die Stadt einnahm, ereignete sich nichts von Bedeutung in meinem Leben. Meine Mutter hatte nie mit mir über die Rote Armee gesprochen. Ich wußte zwar, daß viele nicht wagten, die Stadt zu verlassen und nichts zu essen hatten, aber meine Mutter war eine Witwe, und außerdem war sie nur die Konkubine meines Vaters gewesen. Sie ging deswegen ohne weiteres aufs Land hinaus, um einzukaufen, und kehrte immer mit viel eßbaren Dingen zurück. Ich weiß, daß es Leute gab, die hungerten und während der Blockade von Yenan unter schwierigen Bedingungen lebten, aber selber bekam ich nichts davon zu spüren. Unser Tisch war wie sonst gedeckt. Wir hatten vielerlei Gerichte.

Dann kam die Rote Armee. Sie berief eine Massenversammlung ein, die am östlichen Stadttor stattfinden sollte. Es gingen Gerüchte um, daß die Kommunisten den Leuten den Hals abschneiden würden, und wir wußten nicht recht, woran wir waren. Ich ging mit meiner Klasse zur Versammlung, denn sämtliche Schulen waren dorthin befohlen worden. Die Ver-

sammlung fand mitten am Tage statt und war gut besucht. Alle waren gespannt, was die Kommunisten wohl sagen würden. Drei Redner traten auf. Ich entsinne mich, daß Liu Chih-tan sprach. Von ihm hatte ich schon früher gehört. Er sagte: »Seid ruhig und unbesorgt, geht eurer täglichen Arbeit nach. Es gibt keinen Grund zu fliehen.«

Mutter war vorher ängstlich gewesen und hatte überlegt, ob wir lieber fliehen sollten, aber nach dieser Veranstaltung entschloß sie sich zu bleiben. Viele unserer Mieter waren Kaufleute aus Shansi. Einer von ihnen, der der Leiter der städtischen Handelskammer war, kam zu uns, um meine Mutter zu besuchen. Er sagte: »Es gibt keine Veranlassung, sich zu fürchten. Die Rote Armee hat mir versprochen, den Handel zu schützen und die Interessen der Kaufleute zu wahren. Sie haben mich befragt, in wessen Haus ich wohne, und ich habe geantwortet: ›Im Haus einer armen Witwe‹. Es gibt also keinen Grund zur Aufregung.« Dann erschienen weibliche Kanpus von der Roten Armee und sprachen mit uns.

Die Schule blieb zehn Tage lang geschlossen, dann wurde sie wieder eröffnet. Es waren nur einige Lehrer ausgetauscht worden. Wir hatten den gleichen Stundenplan wie früher, aber es wurde jetzt mehr über Sun Yatsens drei Grundsätze gesprochen, und die Lehrer ermahnten uns plötzlich, daß wir gegen Japan kämpfen sollten. Bis dahin hatte noch nie jemand mit uns über Japan gesprochen. Da schloß ich mich den Jungen Pionieren an. Die Hauptsache war, daß man dem Lehrer behilflich war aufzupassen, daß alle tüchtig lernten. Es wurde auch fleißig gesungen. Nun wurde die Schule der Normalschule angegliedert, und ich ging ab. Besonders gefallen hatte mir die Schule nie, und außerdem war ich der einzige Sohn meiner Mutter. Sie befürchtete, daß ich die Familie verlassen würde, wenn ich weiterstudierte. Ich sollte stattdessen lieber Kaufmann werden.

Bald darauf begann ich im Laden zu arbeiten. Es war nicht weiter schwer, eine Stellung für mich zu besorgen, denn die meisten unserer Mieter waren Händler, und oft gehörte uns die Hälfte ihres Ladens. Zuerst mußte ich die Höfe sauber halten und den Laden ausfegen, aber allmählich durfte ich auch als Verkäufer arbeiten. Das gefiel mir besser, als zur Schule zu gehen. Ich hatte immer schon davon geträumt, Kaufmann zu werden. Nebenbei ging ich einmal in der Woche zu den Pioniertreffen. Dort wurde davon gesprochen, daß das Hasardspiel und andere Glücksspiele abgeschafft werden sollten. Wir lebten immer noch genauso gut wie vorher.

Eigentlich trat dadurch, daß die Rote Armee gekommen war, keine Veränderung in unserem Leben ein. Wir aßen nach wie vor Schweinefleisch, Küken und Eier. Hirse brauchte ich immer noch nicht zu essen. Meine Arbeit gefiel mir, und ich hatte große Zukunftshoffnungen.
Da begannen die Bombenangriffe. Die meisten unserer Häuser wurden völlig zerstört. Die anderen wurden stark beschädigt und mußten abgerissen werden. Die ganze Stadt war vernichtet worden. Die Bombardierung war ein harter Schlag für uns. Meine Mutter weinte, denn nun hatten wir all unser Eigentum verloren. Der Bruder meiner Großmutter kam, um uns zu helfen. Wir zogen nach Liu Ling. Dort besaßen wir eine Mühle und hatten auch Land zugeteilt bekommen, für das wir Tagelöhner anstellten. Uns gehörten dort 20 mu im Tal und 30 mu Bergboden. Selber arbeiteten wir nicht auf den Äckern. Das mußten die Tagelöhner tun. Wir waren, wie man sagt, Ausbeuter.
Mit den Leuten in Liu Ling kamen wir jedoch gleich von Anfang an recht gut aus. Als wir hinauszogen, waren alle freundlich zu meiner Mutter. Sie war Frau und Konkubine und zu Vaters Lebzeiten immer höflich und freundlich zu den Leuten gewesen. Aber als der andere Bruder meines Vaters sich auch in Liu Ling niederlassen wollte, sagten die Leute nein. Auf diese Weise kam er niemals nach Liu Ling. Doch das Leben war auch schlechter geworden als vorher. Wir bezogen ja keine Einkünfte mehr aus den Liegenschaften. Das einzige, wovon wir leben konnten, waren das Land, die Mühle und ein wenig Kleinhandel. Zwar aßen wir besser als die Nachbarn, das war ja selbstverständlich, aber so wie früher war es nicht.
Bevor wir aus Yenan fortgezogen waren, hatte ich mich verheiratet. Das war im Jahre 1938 und vor meiner Geburt von meinen Eltern so bestimmt worden. Nun bestand unsere Familie also aus vier Personen: meiner Mutter, dem Onkel meiner Mutter, mir und meiner Frau. Ich fing nun an, mich als Straßenverkäufer zu betätigen. Es gab hier unten an der Straße einen großen Laden der Genossenschaft, und des Morgens ging ich immer dorthin und setzte mich mit meinen Waren an den Rand der Straße. Ich verkaufte Zigaretten und Melonenkerne und Walnüsse und Erdnüsse und so weiter, und wenn die Leute aus den umliegenden Dörfern im Genossenschaftsladen etwas einkaufen oder verkaufen wollten, blieben sie stehen, unterhielten sich mit mir und kauften auch mir etwas ab. Für sie war es sozusagen ein Fest, wenn sie in den großen Laden gingen, und da machte

es sich gut, wenn ich dort saß und ihnen kleine Leckereien verkaufen konnte.
Mutters Onkel kümmerte sich um das Land und die Mühle. Die Tagelöhner waren aus Yüling. Mit der Mühle verdienten wir einiges. 28 – 30 chin Weizen ergaben ungefähr 22 chin Weizenmehl. Um diese zu mahlen, nahmen wir 2 chin Mehl und die gesamte Kleie. Meine Einkünfte durch den Straßenhandel waren gering. Sie reichten vielleicht gerade für mein Essen. Aber ich kam und ging, wie ich wollte, war mein eigener Herr und brauchte mich nicht zu überanstrengen. Es gefiel mir, zu verkaufen, mit den Leuten zu reden und tun zu dürfen, was ich wollte. Solch ein Leben hat mir immer am besten gefallen. Kaufmann hatte ich schon immer sein wollen. Und wir lebten auch viel besser als jetzt. Viel besser sogar. Wir fühlten uns wohler und aßen besser.
Meine Mutter pflegte zu sagen: »Wenn die Japaner nicht gewesen wären, hätten wir in der Stadt bleiben können. Wir hätten noch alle unsere Grundstücke gehabt und brauchten nicht so zu leben wie jetzt. Aber ihre Bomben haben alles zerstört.« Dann erfuhren wir, daß Japan geschlagen sei, daß es aber einen neuen Krieg zwischen den Kommunisten und der KMT gebe. Die Lage wurde immer ernster, so daß ich mit dem Straßenverkauf aufhörte und in der Mühle zu arbeiten begann. Oft dachte ich daran, was noch alles geschehen konnte. Ich wollte ja doch eigentlich viel bequemer leben. Das war ich von Kindheit an gewöhnt. Obwohl unser Leben nicht so gut wie früher war, hatten wir es immer noch besser als die meisten. Die Mühle mahlte 300 chin am Tage. Das warf schon etwas ab. Man sprach viel von dem Krieg zwischen den Kommunisten und der KMT, und ich fragte mich, was daraus werden sollte. Sicherheitshalber trat ich in die Miliz ein. Ich war ja schon immer Junger Pionier gewesen. Mutter sagte: »Wenn wir nicht das Pech gehabt hätten, in Yenan zu wohnen, sondern im KMT-Gebiet, könnten wir jetzt ein glückliches Leben führen.« Alle Älteren in der Familie sagten das, und ich fand es auch.
Dann hörten wir, daß die 8. Infanteriearmee sich zurückziehen würde und daß nun General Hu Tsung-nans Truppen anrückten. Vor der Evakuierung wurde drinnen in Yenan eine Massenveranstaltung abgehalten. Dort zitierte man den Vorsitzenden Mao, der gesagt haben sollte: »Yenan verteidigen heißt Yenan verlieren. Aber Yenan räumen heißt Yenan behalten.« Diese Versammlung verwirrte mich, ich wußte nicht mehr, was ich glauben sollte und verspürte tiefe Unruhe. Man wußte ja nicht, was

aus allem werden konnte, und es galt, den richtigen Kurs zu halten. So ist es nun einmal im Krieg, man ist niemals sicher. Wir waren beunruhigt, und Mutter sagte: »Wenn wir doch nur die ganze Zeit im KMT-Gebiet gewesen wären, nun weiß keiner, was passieren kann!« Dann wurde Yenan evakuiert, und die 8. Infanteriearmee zog ab. Statt ihrer kamen General Hu Tsung-nans Truppen, und ich hatte noch nie zuvor so viele Soldaten gesehen. Sie führten moderne Waffen und Kanonen und alles mögliche mit sich, so daß ich dachte: »Nun ist es mit den Kommunisten in jedem Falle aus.«

Nun wurde ich Kalfaktor im Garnisonshauptquartier. Mein Offizier hieß Wong. Er war vom Generalstab und für die Kriegsgefangenen zuständig. Ich sollte bei ihm saubermachen, die Mahlzeiten servieren und dergleichen. Auf diese Weise arbeitete ich einen Monat bei ihm, und er lernte mich kennen. Bald darauf sollten alle sogenannten Kriegsgefangenen nach Sian transportiert und Hunderte von ihnen entlassen werden. Der Generalstabsoffizier Hsia, dem der militärische Nachrichtendienst unterstand, ließ mich nun zu sich kommen und sagte: »Wir benötigen zwölf Mann, die in der Funkabteilung arbeiten und den Nachrichtendienst in Yenan versehen sollen.« Die Organisation sollte aber geheim sein und deswegen »Nachrichtenbüro Nordwest« heißen. Mein Offizier Wong wählte die zwölf Leute aus. Die meisten waren aus Yenan. Ich sollte Leiter der Gruppe werden, doch weiß ich noch heute nicht, wie es kam, daß sie mich dazu bestimmten. Es muß reiner Zufall gewesen sein. Ich hatte jedenfalls nichts dazu getan.
Bezahlt bekamen wir nichts. Wir erhielten nur unser Essen. An einem Tag im Monat gab man uns Uniformen, und zwar immer dann, wenn der Sold ausbezahlt wurde. Aber dann nahmen sie uns die Uniformen wieder ab, und die Offiziere behielten unsere Gelder ein. Das war in der KMT-Armee so Brauch. Es war ein üblicher Trick. Es gab immer mehr Soldaten in den Stammrollen, als in Wirklichkeit vorhanden waren, und auf diese Weise konnten die Offiziere mehr Geld einstecken.
Unsere Gruppe lag hinter den Gebäuden einquartiert, in denen sich jetzt das Büro des hsiens Yenan befindet. Früh morgens sollten wir den Motor in Gang setzen, der die Garnison mit elektrischem Strom versorgte, und dann sollten wir in die Stadt gehen und hören, was die Leute so sprachen. Wir waren immer zivilgekleidet, und am meisten war den Offi-

zieren Wong und Hsia daran gelegen zu erfahren, was die Leute über die 8. Infanteriearmee und die Guerilla sagten. Wir hatten strenge Order bekommen, uns nicht anmerken zu lassen, daß wir nun für das Nachrichtenwesen arbeiteten. Aber die Leute wußten es doch, und deswegen erfuhren wir auch nicht viel. Geld bekamen wir auch nicht, denn das behielten die Offiziere, so daß wir nirgendwo hingehen konnten, um zu essen und zu trinken und die Leute dabei auszuhorchen, sondern wir mußten auf den Straßen umhergehen und dort versuchen, etwas aufzuschnappen. Von meiner Mutter hörte ich, daß sie geäußert hätte, sie mache sich Sorgen um mich und meine Arbeit. Ich verdiente ja kein Geld für die Familie, und es war auch keine Arbeit, bei der etwas Gutes herauskommen konnte. Ich und mein Stellvertreter hatten jeder eine Pistole mit zehn Schuß Munition bekommen, aber ich hütete mich, sie zu tragen. Ich schloß sie ein und faßte sie niemals an. Ich habe auch keinen einzigen Schuß mit ihr abgegeben, denn ich wußte ja nicht, was in Zukunft noch alles geschehen konnte.

Eines Abends, als ich in der Oper in Yenan saß, hörte ich draußen auf der Straße Lärm. Als die Oper zu Ende war und ich auf die Straße trat, sah ich, daß General Hu Tsung-nans Truppen sich auf dem Rückzug befanden. Sie flohen. Und sie wirkten recht lächerlich in ihrer Angst, denn es war kein einziger Guerillasoldat in der Nähe und auch keiner von der 8. Infanteriearmee. Die kamen erst am folgenden Nachmittag.
Als ich an dem Abend nach Hause ging, dachte ich: »Da habe ich mir ja etwas Schönes eingebrockt. Die KMT sah so stark aus, als sie damals einzog, und nun laufen ihre Soldaten wie Hunde mit dem Schwanz zwischen den Beinen davon. Jetzt werden sicher böse Zeiten für mich kommen.«
Trotzdem konnten wir uns nicht entschließen, Liu Ling zu verlassen und mit der KMT zusammen zu fliehen. Wir hätten ja unser Eigentum doch nicht mitnehmen können. Das Land lag nun einmal da, wo es lag. Wenn wir es verloren, würden wir Bettler sein, und was könnten wir wohl dann noch von der Zukunft erwarten? Dennoch fürchtete ich mich vor der 8. Infanteriearmee.
Aber als sie kam, geschah überhaupt nichts. Die Leute in Liu Ling und Siebenmeilendorf verhielten sich uns gegenüber so einigermaßen korrekt. Ich begann, Pferdewagen zu fahren und Transporte auszuführen. Diese Transporte betrieb ich zusammen mit einem Teilhaber und hielt mich

selbst zumeist auf den Straßen auf. Das Ladengeschäft wickelten wir allmählich ab und schlossen es im November 1946. Die Mühle hatten wir auch schon geschlossen. Zwei Jahre lang fuhr ich den Pferdewagen. So allmählich begann ich wieder, das Land zu bestellen, und ich trat auch wieder in die Volksmiliz ein und beteiligte mich am Arbeitsaustausch mit anderen. Das Leben war besser als während der Besatzung, aber bei weitem nicht so gut wie vor General Hu Tsung-nans Zeit. Da geschah es.

Es war der fünfzehnte oder sechzehnte Februar 1950 oder 1951, ich weiß es nicht mehr genau. Ich arbeitete gerade draußen auf dem Acker. Da kamen zwei Männer. Es waren der Distriktschef und Liu Pao-ying, der Bataillonsführer des Selbstverteidigungskorps. Sie gingen auf mich zu und fragten: »Hsiu-tang, hast du schon mittaggegessen?« Ich verneinte. »Geh und iß dann«, sagten sie. Ich lud sie ein, mir nach Hause zu folgen und bei mir zu essen, aber sie sagten nur: »Wir haben gegessen.« Als ich den Heimweg antreten wollte, sagten sie: »Iß schnell, denn wir haben mit dir zu reden.«

Ich ging also nach Hause, um zu essen. Doch spürte ich deutlich, daß etwas geschehen würde, ich wußte nur nicht richtig, was. Kurz bevor die 8. Infanteriearmee zurückgekommen war, hatte ich ja dieses und jenes befürchtet, aber seitdem war viel Zeit vergangen, und ich hatte zu hoffen begonnen, daß die Behörden einen Strich unter das Vergangene gezogen hätten. Ich nahm an, daß sie nun mit mir darüber sprechen wollten. Das Essen wollte mir nicht schmecken, und ich beeilte mich. Ich wurde schon erwartet, als ich heraustrat. Sie zeigten mir ein Papier und sagten: »Nun bist du verhaftet.« Dabei hatte ich nie geglaubt, daß sie mich so plötzlich einsperren würden.

Man brachte mich nach Yenan in das Büro für die Allgemeine Sicherheit. Dort wurde ich über Nacht eingeschlossen, und am nächsten Tage wurde ich dem Gericht in Yenan vorgeführt. Als ich vor Gericht stand, sagte man: »Li Hsiu-tang, weißt du, daß jetzt eine große Aktion zur Unterdrückung von Gegenrevolutionären läuft?« »Nein«, antworte ich, »davon habe ich noch nichts gehört.« Da erzählten sie mir nähere Einzelheiten und ermahnten mich, die Wahrheit zu sagen, wessen ich mich schuldig gemacht hätte: »Die Partei und der Staat sind milde und nachsichtig und bereit, das Geschehene zu vergessen und darüber hinwegzugehen, wenn du aufrichtig und ehrlich alles bekennst. Wenn du aber die Wahrheit verschweigst und Ausflüchte machst, werden die Folgen für dich weniger an-

genehm sein. Du brauchst keine Furcht zu haben, alles zu gestehen. Der Fehler in deinem Leben ist bereits begangen worden und kann nicht ungeschehen gemacht werden. Aber was du getan hast, liegt mehrere Jahre zurück, und wenn du bekennst, hast du noch viele Jahre vor dir. Du bist ja noch jung, und deine Zukunft liegt nun in deinen eigenen Händen. Wenn du aber etwas verschweigst, wird es dir schlecht ergehen. Nun geh zurück in deine Zelle und denke gut über alles nach.«
Ich war bereit, alles sofort zu gestehen, aber man wollte, daß ich zur Zelle zurückginge und Bedenkzeit haben sollte. Als ich das nächste Mal vor Gericht geführt wurde, legte ich ein volles Geständnis ab. Ich hätte nichts zu verschweigen, denn ich hätte keine Gefangenen verhört und auch nie auf jemanden geschossen. Ich hätte nicht einmal meine Pistole getragen, sondern sie eingeschlossen. Aber sie hatten auch eine ganze Reihe von anderweitigen Zeugenaussagen, und als ich zum dritten Male vor Gericht geführt wurde, sollte ich verurteilt werden. Im Gerichtssaal waren an dem Tage nicht viele anwesend: nur der Richter, ein Beisitzer, dessen Namen ich vergessen habe, ein Wachtposten und ich. Das Urteil lautete auf drei Jahre. Dann wurde ich in meine Zelle zurückgebracht.
Natürlich war es hart, zu drei Jahren verurteilt zu sein, aber ich fühlte mich trotzdem erleichtert, denn wenn ich vorher geglaubt hatte, ich sei von den Behörden vielleicht vergessen worden, so hatte ich jetzt während meines Aufenthaltes in der Zelle daran denken müssen, daß es den Gegenrevolutionären oft sehr schlecht zu gehen pflegte. Man hatte mir aber gesagt, daß ich, wenn ich arbeitete und mich gut führte, wieder in die Gemeinschaft aufgenommen würde und alles Vergangene für immer vergessen sein sollte. Ich sagte, daß ich mit allem einverstanden sei.

Ich glaube, es war im Dezember 1954, als ich freigelassen wurde. Ich freute mich, als man mir sagte, daß ich die Umschulungsfarm verlassen dürfte. Ich hatte die Monate nicht so genau gezählt. Sie waren ja auch recht eintönig gewesen, und deswegen war ich überrascht, als es hieß, daß meine Strafzeit beendet sei. Sie sagten: »Nun hast du deine Zeit hinter dir und kannst uns verlassen. Die Behörden in deinem Heimatdorf werden sich deiner annehmen und zusehen, daß du in geordnete Verhältnisse kommst.« Als ich in Liu Ling eintraf, waren die Leute freundlich zu mir. Keiner sprach mit mir über meine Strafe und wie es gewesen sei. Alle taten so, als wäre nichts geschehen. Ich arbeitete ein Jahr lang als allein-

stehender Bauer. Der Onkel meiner Mutter, der das Land bestellt hatte, solange ich fort war, zog wieder nach Hause, meine Mutter war glücklich, und auch ich freute mich, aus der Umschulungsfarm entlassen zu sein. Bald darauf trat ich in die Höhere Landwirtschaftsgenossenschaft »Rot leuchtet der Osten« ein.
Was aus den anderen in meiner Gruppe geworden ist, weiß ich nicht. Einige wurden bestraft, und andere waren so geringfügig belastet, daß sie mit einer Warnung davonkamen. Es war ja sonst niemand aus Liu Ling mit in der Gruppe gewesen und ich habe nicht versucht, später mit irgendeinem in Verbindung zu treten. Nun ist das Leben so ganz anders. Es gibt viel Arbeit und viele Münder zu stopfen, jedoch nur wenige Arbeitskräfte in der Familie. Aber wir schaffen es.

Was die Leute im Dorf über Li Hsiu-tang sagen:

Er hat die einzige Hütte im Dorf, die mit Blumen geschmückt ist. Die ganze Familie sieht gut gepflegt und wohlgenährt aus. Er hat immer große Essensvorräte. Seine Kinder sind die gesündesten im ganzen Dorf. Sie sind auch die am besten gekleideten, am saubersten gewaschenen und wohlerzogensten Kinder. Niemand spricht mehr von seiner Vergangenheit. Auch er selber erwähnt sie nie. Die Jüngeren wissen kaum, daß er ein aktiver Gegenrevolutionär gewesen ist. Die politischen Rechte stehen ihm und seiner Frau noch nicht zu. Sie haben im übrigen auch nie das geringste Interesse dafür gezeigt. Er arbeitet nicht sonderlich schwer und gibt auch sonst durch sein Verhalten nicht zu erkennen, daß er umgelernt hätte. Seine Denkweise hat sich nicht geändert. Aber er sagt nichts gegen den Sozialismus. Er zieht es vor, in öffentlichen Angelegenheiten zu schweigen. Leichte Arbeit ist ihm am liebsten. Wenn er die Möglichkeit hat zu wählen, sucht er sich immer eine leichte Arbeit aus, die eine große Ausbeute an Tagewerken gibt. Darauf versteht er sich gut. Aber wenn er nur will, kann er auch ordentlich mit anfassen, doch meistens hat er keine Lust. »Ein Grundbesitzer bleibt eben ein Grundbesitzer.«
Er tritt sanft und freundlich auf und hat gute Beziehungen zu allen, aber er legt keinen Wert darauf, sich näher mit jemandem anzufreunden. Er ist schlau und vorsichtig und hat im Umgang mit mechanischen Dingen eine geschickte Hand. Er beschäftigt sich gern mit dem Instandsetzen von Fahrrädern und mit Motorreparaturen. Weil er sich vor schwerer Arbeit

drückt, holt er am liebsten mit dem Wagen die Scheiße aus der Stadt. Dabei kann er dann immer etwas in Yenan herumspazieren.

Li Hai-yuan, der aus der Genossenschaft austrat. 48 Jahre

Ich stamme aus Hengshan. Die Verhältnisse, unter denen ich aufwuchs, waren ärmlich. Mein Vater arbeitete auf dem Feld, und ich half im Hause, bis ich zwölf Jahre alt war. Eine Schule habe ich nicht besucht. Es war nicht erwünscht, daß Leute wie wir lesen und schreiben lernten. Jetzt kann ich ein wenig lesen, aber das habe ich erst gelernt, als ich über vierzig war. Früher kannte ich kein einziges Schriftzeichen. Aber in meinem Alter ist es nicht mehr so leicht, noch etwas hinzuzulernen. Das heißt, es ist leicht, die Schriftzeichen zu erlernen, aber es ist schwer zu behalten, wie man sie schreiben soll, und dann vergißt man sie eben leicht wieder. Ich vergesse sie immer wieder.

Jedenfalls begann ich mit zwölf Jahren als Knecht zu arbeiten. Ich bekam mein Essen und drei Silberdollar im Jahr. Es war ein mittelgroßer Grundbesitzer, für den ich arbeitete. Seinen Namen habe ich vergessen. Der spielt auch keine Rolle, alle Grundbesitzer waren gleich. Ich war ja noch nicht ausgewachsen und somit keine volle Arbeitskraft.

Als ich achtzehn war, begann ich, für einen Grundbesitzer zu arbeiten, der Ma Tsu-chuan hieß. Ich arbeitete als Tagelöhner bei ihm und pachtete gleichzeitig 20 mu. Die Pacht kostete 24 chin per mu. Damals wohnte ich bei meinem Vater. Nun übernahm ich meines Vaters Schuld an Ma Tsu-chuan. Sie betrug 50 tael Silber. Ich weiß nicht, wieviel mein Vater ursprünglich geliehen hatte, aber als ich als Kind zum ersten Mal davon sprechen hörte, waren es nach meiner Erinnerung 10 tael Silber. Die Zinsen betrugen 50% im Jahr, und mit Zins und Zinseszins und schlechten Ernten konnten wir die Schuld niemals zurückzahlen. Obwohl wir die ganze Zeit über zahlten, wurde die Schuldsumme immer höher. Wir hatten zu wenig Land, als daß ein Ochse sich gelohnt hätte. Es stand schlecht dort oben in Hengshan.

Die Steuern waren hoch. Zwölf Silberdollar im Jahr sollten wir bar bezahlen. Im Jahr 1931 konnten wir es nicht. Wir waren ganz einfach nicht in der Lage dazu. Da kamen die Soldaten und ergriffen mich. Sie warfen mich ins Gefängnis. Mein Vater mußte zu Freunden und Verwandten und

Nachbarn gehen und um Geld betteln. Zuletzt hat er zwölf Silberdollar zusammenbekommen. Da ließ man mich wieder frei. Ich mußte frühzeitig die Verantwortung für die Familie tragen. Ich hatte ja Vaters Schulden übernommen. Aber er starb erst 1954.

Dann zogen meine Brüder und Eltern fort. Die Familie teilte sich. Ich übernahm die Schuld und die Höhle und 600 chin Getreide, und die andern machten sich schuldenfrei und zogen nach Yenan. Ich hatte ja Vaters Schulden abzutragen und mußte deswegen in Hengshan zurückbleiben. Ich heiratete, und wir bekamen Kinder. Wir arbeiteten schwer. Wir hatten elf Kinder. Zehn davon starben. (Weint.) Die älteste Tochter starb, als sie acht Jahre alt war. Die andern waren sieben, vier, fünf, drei. Sie starben alle. Wir waren arm, und einen Arzt konnten wir uns nicht leisten. Ärzte waren für unseresgleichen nicht da. Der einzige, der die Krankheit überlebte, war mein Sohn Li Te-chua. Aber seitdem ist er taub und in der Entwicklung zurückgeblieben. Er ging vier Jahre zur Schule. Jetzt ist er fünfzehn Jahre. Meist sammelt er Brennholz. Das ist alles, was von meiner Familie übrig geblieben ist. Arme Leute haben es nicht leicht. Schwere Arbeit und hohe Schulden und sonst nichts als Hunger und Krankheit die ganze Zeit.

1945 bekam ich einen Brief von meiner Tante Li Feng-lan. Sie ist Tung Yang-chens Großmutter. In diesem Brief schrieb meine Tante: »Wenn du es dort schwer hast, sollst du wissen, daß es hier besser ist. Falls du hierher kommst, werden die Kommunisten dir helfen. Hier gibt es Land. Ich werde dir auf die Beine helfen, und die Kommunisten hier lassen keinen hungern, der arbeiten will.« Aber ich mußte ja diese 50 tael Silber noch zurückzahlen. Deshalb konnte ich nichts machen. Ma Tsu-chuan war zwar gestorben, aber seine Familie war noch da. Schulden verschwanden nicht so leicht.

Schließlich ließ meine Tante mir einen Ochsen aus Yenan schicken. Ochsen standen damals hoch im Preis. Auf diese Weise bezahlte sie meine Schulden, und ich wurde frei. Im Monat März nach dem Mondkalender des Jahres 1948 zog ich nach Yenan hinunter. Als ich ankam, sprach ich mit meiner Tante. Sie sagte: »Ich sorge für eine Höhle und für euer Essen.« Dann bekam ich ein Stückchen unbenutztes Land und ein Schwein. Es war ein sehr schweres Jahr. Ma Hai-hsiu hatte damals im Dorf Liu Ling zu bestimmen, und er war es auch, der mir 20 mu Bergacker verschaffte. Ich brauchte nichts dafür zu zahlen. Dieser Boden gehörte mir selber. Im Juli

Goethe Institut Bibliothek

des gleichen Jahres kamen meine Frau und mein Sohn zu Fuß hier an. Alles was wir damals besaßen und aus Hengshan mitgebracht hatten, war eine alte Decke. Alles andere hatten wir wegen der Schulden zurücklassen müssen.

Im Jahre 1949 wurde dann alles wegen meines Besitzes in Liu Ling abgesprochen. Ich erhielt eine gestempelte Bescheinigung und alles sonst Erforderliche. Es war aber von Anfang an klar gewesen, daß es sich um meinen eigenen Grund und Boden handeln sollte. Die Formalitäten nahmen eben eine gewisse Zeit in Anspruch. Ursprünglich hatte Li Hsiu-tangs Vater das Stückchen Land besessen, das wir übernahmen. Es war das erste Land, das uns gehörte. Niemand hatte vorher darauf gepflanzt. Wir waren sehr glücklich. Bis dahin hatten wir nie von eigener Erde zu träumen gewagt. Warum auch? Wir träumten von überhaupt nichts. Und wenn wir nicht einmal genügend Decken hatten, um uns vor der Winterskälte zu schützen, wie sollten wir da an eigenen Grund und Boden denken können! So war es nun einmal damals. Aber jetzt, wo wir eigenen Boden bekommen hatten, kam mein Vater zu mir und sagte: »Du mußt den Kommunisten dankbar sein. Ohne sie hättest du niemals dieses Land hier bekommen. Früher hatten wir es im Winter und im Sommer gleich schwer, wir arbeiteten wie die Besessenen und konnten dem Grundbesitzer doch nicht genug zahlen. Die Schulden stiegen immer weiter. Von deinen elf Kindern sind zehn gestorben. Sei du den Kommunisten nur dankbar.«

Im Jahre 1948 hatte ich mit der Frühjahrsbestellung begonnen, sobald ich nach Liu Ling gekommen war. Aber ich konnte so schnell nicht alles umpflügen, und die Ernte in diesem Jahr ergab nur 600 chin. Doch meine Tante lieh uns Getreide, so daß wir zurechtkamen. Im Jahre 1949 waren es schon 1200 chin, und irgendwelche Steuern oder sonstige Abzüge brauchten nicht gezahlt zu werden, denn Neusiedler brauchten in den ersten Jahren keine Getreidesteuer zu zahlen.

Nun sprach Li Yü-hua mit mir und forderte mich auf, seiner Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe beizutreten. »Du hast nicht genug Getreide«, sagte er, »du kommst allein nicht zurecht. Nur wenn mehrere zusammenarbeiten, kann man etwas erreichen.« Als ich nun dieser Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe beitrat, bestand meine Familie aus drei Personen. Die Eltern wohnten bei meinem älteren Bruder Li Hai-fu. Meine Eltern, mein älterer Bruder und mein jüngerer Bruder Li Hai-ching waren 1938 alle hierher gezogen und hatten mich mit den Schulden oben

in Hengshan zurückgelassen. Ehrlich gesagt, war es auch in Liu Ling für mich schwer, meine Familie am Leben zu erhalten. Wir besaßen immer noch nur eine einzige Decke. Der Boden reichte nicht aus für uns. Ich hatte schon daran gedacht, mich wieder als Tagelöhner zu verdingen, als Li Yü-hua mit mir sprach und sagte: »Geh lieber statt dessen in meine Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe.« Nun, dachte ich bei mir, das klingt ja nicht übel.

Mein Vater war nämlich Li Yü-huas älterer Bruder. Nun erzählte uns Li Yü-hua, wie wir arbeiten sollten und wie die Einkünfte verteilt würden. Ich hatte ja weniger Land und schlechteren Boden als die anderen, aber Li Yü-hua sagte, daß wir alle, sobald die Getreidesteuer bezahlt war, zu gleichen Teilen ernten sollten. Auf diese Weise würde niemand etwas verlieren, sondern alle würden gewinnen. Ich fand, das konnte sich hören lassen.

In jenem Jahr wurde unser Leben ein wenig besser. Ich hatte Kleider auf dem Leib und genügend Getreide, um das ganze Jahr über satt zu werden. Im Jahr darauf kauften wir uns eine neue Decke. Im dritten Jahr verfügte Li Yü-huas Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe über vier Rinder und zwei Esel. Ich war Arbeitsleiter. Wir arbeiteten ziemlich gut zusammen. Meine Familie war die ärmste von den vieren, die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren. Aber es ging recht gut voran mit uns.

Wir arbeiteten mehr als die anderen, die ihr Land unten im Tal hatten. Wir standen früher auf, machten kürzere Pausen und legten uns später schlafen. Li Yü-hua konnte sehr hart arbeiten, und wir waren alle bereit, es ebenfalls zu tun. Wir trugen Dünger zu den Bergäckern hinauf. Männer und Frauen, alle arbeiteten Hand in Hand. Wir pflanzten Bäume und scheuten keine Mühe. Nur eines kam mich hart an: nachts mußte ich oft wach liegen und überlegen, wie die Arbeit geplant werden sollte. Viel hing davon ab, daß alles richtig geplant wurde. Mit Fleiß und Schweiß allein ist nicht viel getan, man muß auch nachdenken.

Im vierten Jahr hatte ich 2400 chin Getreidevorrat und nun sollte unsere Arbeitsgemeinschaft erweitert werden. Da fand ich, daß ich nun auch allein zurechtkommen könnte; wenn ich aus der Gemeinschaft austrat, hatte ich nämlich das Recht, meinen Teil des gemeinsamen Eigentums herauszunehmen, und der würde sicherlich zwei Ochsen ausmachen. Wenn ich dagegen in der neuen Landwirtschaftsgenossenschaft bleiben würde, bekäme ich vielleicht noch größere Verantwortung und müßte mir dann

nächtelang den Kopf zerbrechen. Das wollte ich nicht. Also sagte ich, daß ich nicht mehr länger mitmachen wolle.
Li Hai-chun führte die Bücher, und ich sprach mit ihm. Dann sprach ich mit Li Yü-hua und den anderen, und ich sagte: »Wenn es nun so ist, daß das ganze Dorf eintreten soll, dann trete ich aus. Je mehr Leute es sind, desto schwieriger wird es. Ich bekomme immer mehr Arbeit. Ich werde mich als Arbeitsleiter vollkommen aufreiben. Außerdem ist es unpraktisch, all diese Dorfbewohner aufzunehmen. Die meisten von ihnen können nicht ordentlich arbeiten. Wenn ihr also beschließt, die anderen aufzunehmen, dann gehe ich raus und nehme zwei Rinder mit, und dann werde ich ohne euere Hilfe auskommen.«
Auch meine Frau wollte das so haben. Sie hatte mir gesagt: »Wir haben so viele Jahre für die Grundbesitzer gearbeitet und nichts bekommen, Tagelöhner bist du gewesen und hast nichts besessen. Aber nun besitzen wir Land und zwei Decken, sogar zwei Rinder haben wir, und es ist besser, wenn wir auf uns allein gestellt sind.« Aber mein Vater und meine Brüder fanden es nicht richtig, daß ich austrat. Mein Vater sprach mit mir und sagte: »Jetzt wo du durch die Kommunisten etwas verdient hast, darfst du nicht austreten. Du bist als armer Teufel hierhergekommen, und sie haben dir geholfen, ihr habt gemeinsam gearbeitet, und es geht dir gut jetzt. Es gehört sich nicht, daß du jetzt austreten willst.« Aber ich antwortete: »Ich will meine Sachen in meine eigenen Hände nehmen, da könnt ihr sagen, was ihr wollt.«
Als ich austrat, gab es natürlich viel Gerede in Li Yü-huas Landwirtschaftsgenossenschaft, wie sie hieß, ehe sie den Namen Landwirtschaftliche Genossenschaft Liu Ling annahm. Li Hai-chen sagte: »Wenn es so ist, daß du nicht gern Arbeitsleiter sein möchtest, kann ja jemand anders diesen Posten übernehmen, Die Hauptsache ist, daß du uns nicht im Stiche läßt.« Aber ich hörte nicht auf das, was sie sagten, sondern für mich war die Hauptsache, die beiden Rinder zu bekommen und selbständig zu werden. Zum Schluß mußten die anderen einwilligen. Schließlich ist das Kollektiv freiwillig.
Nun war ich also alleinstehender Bauer. Meine Frau versorgte die Tiere, und ich arbeitete auf den Äckern. Ich rackerte mich fürchterlich ab und schlief kaum noch. Ich arbeitete noch angestrengter als vorher. Nach einiger Zeit bereute ich meinen Entschluß, aber ich sagte es nicht. Die Freude wollte ich ihnen nicht gönnen.

Zwei Jahre hielt ich es allein aus. Es war schwer. Weder Knechte noch Tagelöhner waren für Geld zu bekommen. Alles mußte ich allein machen. Ich mühte mich aufs äußerste ab. Keiner meiner Brüder wollte mir helfen. Ich bat sie aber auch nicht darum, was das angeht. Ich sah nur, daß es mit der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Liu Ling gut voranging, und ich begann einzusehen, daß es dumm gewesen war, sie zu verlassen. Aber dann dachte ich daran, wie die anderen sagen würden: »Na siehst du!« Und wenn ich in meinen Gedanken so weit gekommen war, dann arbeitete ich noch hartnäckiger, denn was auch geschehen mochte, den ersten Schritt wollte ich nicht tun. Im dritten Jahr wurde ich nicht mit dem Pflügen fertig. 2 mu waren übrig geblieben. Ich konnte sie nicht mehr schaffen. Da gingen die Leute von der Landwirtschaftlichen Genossenschaft vorüber, sie blieben stehen, sahen mich an, und dann fingen sie ohne weiteres an, diese 2 mu für mich zu pflügen. Sie waren siebzehn an der Zahl und führten die Arbeit in weniger als einer Stunde aus. Selber hätte ich dafür zwei Tage gebraucht. Da dachte ich bei mir: »Es ist gut, wenn viele zusammen sind.« Aber wir sagten nichts zueinander. Ich nicht, und sie auch nicht.

Dann, als ich dabei war, die Maisfelder zu säubern, kamen sie noch einmal, um mir zu helfen, weil ich auch damit im Rückstand war. Da war mir das etwas unangenehm. Ich sagte, daß ich ihnen ihre Arbeit gern bezahlen wollte. Ich mochte nicht, daß die Leute arbeiteten, ohne etwas dafür zu bekommen. Aber man antwortete mir: »Du bist in Schwierigkeiten, und du kannst damit nicht allein fertig werden. Wir sind stark, und wir sind viele, die dir brüderlich helfen können.« Dann schickten sie Tsao Chenkuei, daß er mir helfen sollte. Aber ich hatte um keine Hilfe gebeten. Ich hatte mit niemandem gesprochen. Sie hatten nur selber gesehen, wie es um mich stand, und waren aus eigenem Antrieb gekommen. Das war, kurz bevor ich in die Landwirtschaftsgenossenschaft eintrat.

Inzwischen war die Landwirtschaftliche Genossenschaft Liu Ling zur Höheren Landwirtschaftsgenossenschaft »Rot leuchtet der Osten« umgebildet worden. Sie hatten größere Äcker als früher. Die Hirsefelder waren sehr groß, und ich betrachtete sie und fand, daß sie hübsch aussahen. Unmittelbar darauf kam eine Abordnung der Höheren Landwirtschaftsgenossenschaft »Rot leuchtet der Osten« zu mir, um mit mir zu reden. Man war höflich und bat mich, ihnen den Dienst zu erweisen, mitzumachen. Man sagte: »Siehst du nicht, wie reich wir geworden sind? Jetzt haben wir all

unser Land zusammengetan. Es ist schwer, als Bauer alleinzustehen. Komm zu uns!« Ich fand, daß sie recht hatten, und weil sie selber zu mir gekommen waren und höflich mit mir gesprochen hatten, und ich sie um nichts zu bitten brauchte, erklärte ich mich einverstanden, der Höheren Landwirtschaftsgenossenschaft »Rot leuchtet der Osten« als Mitglied beizutreten. Das war im Jahre 1955. Ich war der letzte hier in der ganzen Gegend, der sich einer landwirtschaftlichen Genossenschaft angeschlossen hat.

Nun schlug man vor, daß ich Arbeitsleiter für eine Arbeitsgemeinschaft werden sollte. Ich nahm das an und blieb es zwei Jahre lang. Doch ich fand es anstrengend: zu viel Gedankenarbeit und zu große Verantwortung. Aber jedenfalls hatte ich es besser als vorher, als ich allein auf mich angewiesen war. 1955, im Jahre der letzten Ernte als alleinstehender Bauer, hatte ich 1800 chin geerntet. 1956 bekam ich 2000 chin und 60 Y in bar bei der Höheren Landwirtschaftsgenossenschaft »Rot leuchtet der Osten«. Und obwohl ich zusätzliche Verantwortung als Arbeitsleiter trug, hatte ich nicht so schwer zu arbeiten brauchen.

Nach zwei Jahren als Arbeitsleiter meldete ich mich auf der Jahresversammlung zu Wort und sagte: »Ich will nicht länger Arbeitsführer sein. Ich will keine Verantwortung für andere übernehmen. Es gefällt mir nicht, allein die ganze Verantwortung zu haben.« Aber man antwortete nur: »Du arbeitest fleißig. Du organisierst die Produktionsarbeit so gut. Wir können dich nicht entbehren, denn du bist ein geschickter Arbeiter.« Dann wählte man mich noch einmal, obwohl ich protestierte. Das war mir gar nicht recht. Im nächsten Jahr arbeitete ich nicht besonders gut. Es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich nicht angestrengt arbeitete. Nach der nächsten Ernte waren die anderen ohne Diskussion damit einverstanden, einen neuen Arbeitsleiter zu wählen.

Ich fand es schön, wieder ein einfacher Bauer zu werden und nicht den Arbeitsleiter spielen zu müssen. Denn wenn man Arbeitsleiter ist, muß man alles vorher planen, und dann muß man antreiben und antreiben und nochmals antreiben, bis die Leute richtig böse auf einen werden. Sie finden, daß man sie immer nur hetzt, denn die meisten sind von Natur aus faul und wissen nicht, was es heißt, richtig zu arbeiten. Ich fand, daß es schön war, nur selber zu arbeiten und sich nicht darum zu kümmern, was die anderen machten oder nicht machten. Und ich fand es schön, nur den Acker zu bestellen und keine Pläne machen zu müssen. Es ist ja nicht so,

daß man als Arbeitsleiter auf dem Acker weniger zu arbeiten braucht, ganz im Gegenteil, man kann keine Arbeitsgemeinschaft dazu bringen, etwas zu leisten, wenn man nicht selber vorangeht und zeigt, wie es gemacht werden soll.
Jetzt, als einfacher Ackerbauer, habe ich immer höhere Einkünfte. Wieviel Getreide ich im zweiten Jahr bekam, weiß ich nicht mehr genau, aber es war ziemlich viel. Außerdem nahm ich in jedem Fall mehr als 300 Y in bar ein. Im vorigen Jahr habe ich es auf 2800 chin in Getreide und fast 800 Y in bar gebracht. Jetzt bin ich gerade beim Herbstpflügen. Vormittags pflüge ich, und nachmittags jäte ich Unkraut. Ich pflüge jeden Morgen einen mu. Ich habe einen einspännigen Pflug und benutze jeden Tag denselben Ochsen. Das ist am besten so. Es ist ein guter Ochse, und ich habe die Verantwortung für ihn und den Pflug, kenne ihn gut und kann das letzte aus ihm herausholen.
Ich möchte tatsächlich mein ganzes Leben lang nur noch einfacher Ackerbauer sein. Ich will mich nie mehr zu etwas wählen lassen, weder zum Arbeitsleiter noch zu einem anderen Posten, der mir Verantwortung für andere aufbürdet. Aber ich habe genügend Schriftzeichen gelernt, um Bücher führen zu können, wenn ich will. Ich habe sie von den Buchhaltern und Kanpus gelernt. Die verschiedenen Zeichen für Tagewerke und Weizen und Hirse und dergleichen.

Was die Leute im Dorf über Li Hai-yuan sagen:

Er ist ein strebsamer, beharrlicher und hart arbeitender Mann. Er ist als verantwortungsbewußter Mensch bekannt. Keiner spricht mehr von seinem Streit mit dem Kollektiv. Auch er selbst spricht nicht darüber. »Er ist ein guter Mensch und ein fleißiger Arbeiter. Aber man soll von angenehmen Dingen und guten Ereignissen sprechen. Man soll nicht ohne Grund an unangenehme Vorkommnisse erinnern, denn wie er auch sein mag, er ist ein guter Kerl.«
Seine Frau Chia Fu-lan stammt aus einer sehr armen Familie. Ihre Füße sind stark verkrüppelt, weil sie fest gebunden waren. Sie ist eine Schwester von Chia Ying-lan, und es heißt, daß sie schon als Kind Li Hai-yuans Braut geworden ist. Die große Sorge ihres Lebens ist, daß ihr Sohn, das einzige überlebende Kind, nach seiner Krankheit taub wurde und geistig nicht normal ist. Eigentlich ist Li Te-chua nur zurückgeblieben. Die Eltern

haben ihm eine eigene Höhle gebaut. Sie hoffen, daß er heiraten wird. Aber er hat kein Mädchen. Die Frauen sind der Meinung, daß es schwer halten wird, ihm eine Braut zu verschaffen.
Li Hai-yuan spricht nicht davon. Er sagt nichts darüber, aber er leidet. Er hat die Parteileute aufgesucht und mit den Kanpus gesprochen, die aus der Stadt kamen, und sie gefragt: »Könnt ihr denn keinen Spezialisten in Sian finden, der meinen Sohn gesund machen kann?« Die Kanpus haben versucht, ihm zu helfen, aber die Ärzte sagen, daß nichts zu machen ist. Nach diesem Bescheid hat er mit niemandem mehr darüber gesprochen. Seine Frau Chia Fu-lan dagegen hofft immer noch, daß ihr Junge geheilt werden kann, und spricht oft mit den Frauen darüber.

Kao Pin-ying, den man aufgehängt hatte. 37 Jahre

Wenn es nicht schlimmer regnet als jetzt, kann das Vieh leicht von den Bergen herunterkommen. Sonst müssen die Ochsen oben auf den Stoppeläckern bleiben, die von ihnen gepflügt werden. Die Erde hier wird glatt und schlüpfrig, wenn es zu stark regnet, und dann brechen sich die Tiere leicht die Beine. Wenn man sie aber anständig füttert, ist die Gefahr, daß sie sich erkälten, nicht so groß. Man muß sie eben pflegen. Es ist übrigens ein guter Regen. Wir können jetzt Regen brauchen.
Ich bin aus dem hsien Yüling. Wir waren vier in der Familie. Meine Eltern, ich und ein junger Bruder meiner Mutter. Wir arbeiteten als Tagelöhner und Knechte, und das Leben war nicht einfach. Wir hörten, daß die Kommunisten hier in Yenan den Neusiedlern so viel Land gäben, wie sie roden konnten, und daß sie ihre Ernte ungekürzt behalten durften. Im Jahre 1942 starben meine Eltern. Da sprach Li San-sui mit mir. Er war 1941 nach Yenan gegangen. Nun war er in Yüling, um seine Familie zu sich zu holen. Er sagte, daß es in Yenan besser sei. Die 8. Infanteriearmee wäre eine gute Armee. In Yenan gäbe es eine Regierung, die die Bauern nicht immer nur unterdrückte. Während der ersten drei Jahre bräuchten die Neusiedler auch keine Steuer zu entrichten. Sie bekämen sogar Unterstützung von der Regierung. Da sprach ich mit meinem Onkel, er blieb in Yüling, und ich wanderte mit meiner gesamten Habe in einer Rolle auf dem Rücken nach Yenan. Ich wollte selbständig werden und niemanden mehr über mir haben.

So kam ich nach Loutzekou, einem Dorf etwa 60 li von hier. Dort wohnte der Vater meiner Mutter. Mein Großvater führte mich zu den Behörden, und diese wiesen mir einen Platz an, wo ich roden konnte. Ich wurde Neusiedler. Ich bestellte mein Land, und im Jahre 1943 bekam ich ein zinsfreies Darlehen von der genossenschaftlichen Vereinigung, damit ich mir einen Ochsen kaufen konnte. 1944 hatte ich das Darlehen zurückgezahlt. Ich war begeistert und glücklich und arbeitete angestrengt. Nun besaß ich eigenes Land, ich hatte selber 20 bis 30 mu Bergland gerodet, ich erntete 3000 chin und wohnte in einer verlassenen Erdhöhle im Dorf Loutzekou. Zwar hatte ich schwer zu arbeiten, aber das machte mir nichts aus.

Im Februar 1947 kam Hu Tsung-nan. Ich hatte all mein Getreide und alles, was ich besaß, versteckt, hatte alles vergraben und war dann in die Berge hinaufgegangen. Als ich wieder zurückkam, war die KMT im Dorf. Sie hatten mein Getreide entdeckt und meinen gesamten Besitz gestohlen. Sie befahlen mir, alles selber in ihr Hauptquartier zu tragen. Dann sagten sie, ich sei von der 2. Infanteriearmee. Sie banden meine Hände hinten zusammen, befestigten einen Strick an den Handgelenken und zogen mich an einem Baum hoch. Die Arme wurden ausgerenkt. Es tat sehr weh. Ich schwebte frei über dem Boden und konnte nicht einmal mit den Zehenspitzen die Erde berühren. Dann sagten sie, ich sei Kommunist. Sie peitschten mich zwei Stunden lang. Ich wollte sterben.

Der Kopf fällt nach vorn und hängt herunter, wenn man auf diese Weise hochgehievt wird. Sie legten große Lehmstücke auf meinen Nacken. Ich war jung und stark und blieb bei vollem Bewußtsein. Aber es tat weh, und ich bat sie, mich lieber gleich zu erschießen, um der Sache ein Ende zu machen. Aber sie wollten nicht und peitschten mich noch einmal, und dann gingen sie ins Dorf zurück, um Untersuchungen anzustellen. Da fanden sie heraus, daß ich ein gewöhnlicher Bauer war und nicht von der 8. Infanteriearmee. Darum ließen sie mich herunter und schickten mich nach Hause.

Nachdem die KMT mich freigelassen hatte, lief ich zurück ins Dorf. Ich ging in meine Höhle und legte mich hin. Ich war vollkommen allein und lag zwanzig Tage auf dem Kang. Es dauerte lange, bis ich wieder gesund wurde. Hier siehst du, daß ich immer noch Narben am ganzen Körper habe. Es gab nichts zu essen. Aber die Nachbarn gaben mir etwas. Ich lag ganz still. Ich hatte so viel zu denken. Vorher hatte ich vor Hu Tsungnans Truppen keine Angst gehabt. Ich war nur in die Berge gegangen,

weil ich den Krieg nicht mitmachen wollte. Aber in den Bergen hatte es nichts zu essen gegeben, und deswegen war ich ins Dorf zurückgekehrt. Früher hatte ich mir gedacht, Hu Tsung-nans Truppen würden mich vielleicht ins Gesicht schlagen oder mich anschreien und verfluchen, aber das wird man ja wohl ertragen können. Ich war doch nur ein einfacher Neusiedler. Ich hatte nie an etwas Politischem teilgenommen und mich auch gar nicht dafür interessiert. Ich glaubte nicht, daß sie mir etwas anhaben konnten. Bahrenträger war ich allerdings gewesen und hatte auch Landminen gelegt.
Ich lag dort in der Höhle, und all dies ging mir durch den Kopf. Es dauerte zwanzig Tage, bis ich mich so gesund fühlte, daß ich wieder aufstehen konnte. Eines Tages kamen nun die Guerillas in das Dorf Loutzekou. Sie waren aus Shansi und wurden von Liu Shih-hsiu angeführt. Ich ging zu ihm hin und sagte: »Ich möchte Guerilla werden.« Das war im April 1947. Ich wurde angenommen. Nach zwei Tagen verließen wir das Dorf. Wir operierten im umliegenden hsiang. Bald darauf erfuhren wir von den Dorfbewohnern, daß der Feind eine Patrouille aussenden wollte, um zu plündern. Sie wollten Getreide aus den Dörfern stehlen. Wir legten uns in den Hinterhalt und erbeuteten vier Gewehre und machten fünf Gefangene; einer der Gefangenen war ein Koch. Die anderen flohen und entkamen. Wir belehrten sie und ließen sie dann frei, damit sie überall erzählen konnten, wie die 8. Infanteriearmee sich Kriegsgefangenen gegenüber verhielt.

Es gab noch viele Kämpfe. Sie waren fast alle gleich. Beinahe jeden Tag wurden wir in ein Gefecht verwickelt. Unsere Aufgabe war es, die Bevölkerung innerhalb eines bestimmten Gebietes zu beschützen, die reguläre Armee in ihrem Kampf zu unterstützen, den Feind zu demoralisieren und Informationen über ihn einzuholen. Ich wurde nur einmal verwundet, aber es war nichts Ernsthaftes.

Im Oktober 1948 begann ich, neues Land oben in den Bergen zu roden. Ich mußte mir eine Höhle leihen, denn ich fand erst 1955 Zeit, mir eine eigene Höhle zu bauen. Ich trat der Arbeitstauschgemeinschaft bei, und die Ernte 1949 war von mittlerer Güte. Wir waren nur zwei in meiner Familie, ich und meine Frau, und bei der Feldarbeit war ich ganz allein. Das war schwer. Ich schloß mich deswegen der Arbeitsgemeinschaft für

gegenseitige Hilfe an. Das war im Februar 1950. In unserer Arbeitstauschgemeinschaft gab es darüber verschiedene Meinungen. Ich wollte mit vier anderen Familien zusammen eine Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe bilden. Keiner von uns besaß Erde im Tal, und für uns war es schwer, den Boden allein zu bestellen. Auch mit Absprachen über den Austausch von Arbeitskräften war uns nicht geholfen. Die vier anderen waren: Jen Teh-wan, Ai Ke-kao, Chi Pei-fa – diese drei traten einer anderen Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe bei – und Yang Yung-chien, der Yang Kuei-yings erster Mann war und vor einigen Jahren gestorben ist. Er und ich gingen zur selben Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe.

Die anderen waren nicht so begeistert. Einige waren entschieden gegen die ganze Angelegenheit. Namen brauche ich nicht zu nennen. Das sind Sachen, die heute nicht mehr zur Debatte stehen. Es ist schon so lange her, und wer sie waren, spielt keine Rolle. Sie hatten bessere Erde und hatten Angst, sie würden bei dem Handel verlieren. Deswegen zogen sie es vor, allein zu bleiben. Es gab lange Diskussionen. Die Leute brachten ihre Gründe vor. Ich sagte mir: »Ich kann nicht das ganze Unkraut auf meinem Feld allein jäten. Das dauert zu lange. Zusammenarbeit ist besser. Zusammenarbeit macht uns stark.« Nun, jedenfalls beschlossen wir, diese Arbeitsgemeinschaft für gegenseitige Hilfe im Februar 1950 zu gründen. Wir waren fünfzehn Familien und teilten uns in zwei Gruppen. Ich war Führer einer Gruppe von sieben Familien. Es waren: Li Hung-fu, Li Hai-ching, Ma Hung-tsai, Li Hai-kuei, Yang Yung-chien und Li Hai-fu. Ich und Li Hai-fu besorgten die Angelegenheiten dieser Gruppe. Wir diskutierten, wessen Äcker zuerst bearbeitet werden sollten. Wir nahmen sie der Reihe nach. Die andere Gruppe wurde von Ma Juei-ching und Fu Hai-tsao geführt. In jenem Jahr war die Ernte gut. Wir hatten keine direkten Schwierigkeiten. Die Arbeit gefiel mir gut.

Der Landwirtschaftsgenossenschaft Liu Ling trat ich 1954 bei. Es gab lange Diskussionen hierüber, die sich viele Tage hinzogen. Anfangs verstand ich den Sinn einer landwirtschaftlichen Genossenschaft nicht, aber später sah ich ein, daß sie nützlich war. Ich dachte an die Zeit zurück, in der ich Tagelöhner gewesen war, und ich beschloß, künftig daran zu denken, daß ich nicht nur zu meinem eigenen Besten arbeiten durfte, sondern daß alle zum gemeinsamen Nutzen beitragen mußten. Die am meisten dafür waren, eine landwirtschaftliche Genossenschaft zu bilden, waren Li Hai-kuei,

Li Hai-ching und Yang Yung-chien, die alle drei Bergäcker hatten, sowie Ma Hung-tsai, der guten Boden unten im Tal besaß.
Nun ja, einige wollten nicht mitmachen, andere waren so begeistert, daß sie bei den Abstimmungen beide Hände hochhoben. Diejenigen, die für die landwirtschaftliche Genossenschaft waren, sagten, daß früher immer nur die Grundbesitzer reich und alle anderen arm geworden seien, aber nun sei eine neue Zeit gekommen, und niemand sollte mehr arm sein und keiner von der Arbeit anderer leben, sondern alle sollten arbeiten und gut leben. Die meisten von uns waren ja Knechte, Tagelöhner oder arme Pächter gewesen und verstanden das. Aber es gab einige – die Namen gehören nicht hierher – die sagten: »Es wird nur schlechter, je mehr sich zusammentun. Es ist gut, so, wie es ist.« Aber zuletzt kamen doch alle überein und begriffen, daß in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft nicht der eine am anderen verdienen, sondern daß alle gemeinsam zu Wohlstand gelangen sollen.

Aus dem Chinesischen von Gustav Adolf Modersohn

Detlef Kantowsky
Das Versagen der indischen Landreform

Der Führer der Socialist Party, Dr. Ram Manohar Lohia, erschreckte 1963 seine Parlamentskollegen in Neu-Delhi mit der Feststellung, daß 270 Millionen Landbewohner täglich mit bloßen 19 Paisa, das sind 16 Pfennige, auskommen müßten. In der sich anschließenden heftigen Debatte wies Premier Nehru diese Anklage entschieden zurück und gab das Durchschnittseinkommen mit »ungefähr 75 Paisa«, das sind 63 Pfennige, an.

Die Ergebnisse einer darauf angesetzten Untersuchung des National Council of Applied Economic Research wurden im Juli 1965 veröffentlicht.[1] Nur auf den ersten Blick scheinen sie die Auskünfte der Regierungspartei zu bestätigen: Das tägliche Durchschnittseinkommen einer Stichprobe von 8655 über ganz Indien verteilten ländlichen Haushalten konnte mit 68 Paisa, das sind 57 Pfennige, pro Haushaltsmitglied ausgewiesen werden. Tatsächlich aber wurden bei dieser Untersuchung Daten erarbeitet, die den erklärten Zielen der Regierung empfindlich widersprechen:

Verteilung des ländlichen Gesamteinkommens
(8655 Haushalte = 100)

Haushalte	Prozent Anteil am Gesamteinkommen kleiner als
5	1
60	31
29	37
5	22
1	9
100	100

Um die Brisanz dieser Ergebnisse richtig einzuschätzen, muß man sich klarmachen, daß nach dem Stand der Volkszählung von 1961 noch immer 82 Prozent der 438 Millionen Inder in Dörfern leben und dort direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig sind. Diese Majorität der indischen Bevölkerung, nach Verteilung von Besitz und Vermögen gruppiert, offenbart noch krassere Unterschiede der Lebenschancen, als die Aufschlüsselung des ländlichen Gesamteinkommens vermuten ließe.[2]

Verteilung von Besitz und Vermögen innerhalb der Landbevölkerung

Prozent der Bevölkerung	Prozentualer Besitz- und Vermögensanteil
5	0
50	7
95	60
5	40
1	18

Diese Ergebnisse zusammen mit den zur gleichen Zeit veröffentlichten Funden eines Mitarbeiters der Ford-Stiftung in Neu-Delhi stellen der »Sozialistischen Planwirtschaft« der Kongreß-Partei und den landwirtschaftlichen Programmen und Förderungsmaßnahmen der bisherigen drei Fünfjahrespläne ein wenig vorteilhaftes Zeugnis aus. Sie geben offenbar jenen Kritikern recht, die von der noch immer ausstehenden indischen Landreform sprechen, ohne die alle Pläne nur darauf hinausliefen, die wenigen Reichen reicher und die vielen Armen ärmer zu machen.

Im Auftrage der Ford-Stiftung untersuchte Wolf Ladejinsky die Auswirkungen der Landreform in jeweils einem besonders geförderten Distrikt der Länder Madras, Andhra Pradesh, Bihar, Punjab und Uttar Pradesh.[3] Bis auf eine Ausnahme standen die von ihm vorgefundenen ländlichen Besitz- und Pachtverhältnisse im offenen Gegensatz zu den erklärten Zielen der Regierungspolitik und zu der entsprechenden Gesetzgebung:

Die Landbesitzer geben weiterhin kleine Parzellen im jährlichen Wechsel an landlose Pächter ab, von denen sie die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Ernte als Pacht fordern. Die entsprechenden Verträge beschränken sich fast immer auf mündliche Abmachungen, so daß die rechtliche Position des Grundherrn in Zweifelsfällen unangreifbar bleibt.

Das sind nun keineswegs neue Erkenntnisse; doch ist es insofern peinlich, daß nun auch die Ford-Stiftung sie bekräftigen muß, als gerade diese Institution die verschiedenen Dorfentwicklungsprogramme mit beträchtlichen Mitteln unterstützt hat.

Es zeigt sich, daß die Kongreß-Partei während ihrer langen Herrschaft je länger desto weniger imstande war, sich gegen die Lobby der neu aufkommenden großbäuerlichen Führungsschicht durchzusetzen. Im ersten Anlauf nach der Unabhängigkeit hatte man den »Zamindars« – das sind Steuerpächter, die unter britischer Gesetzgebung mehr und mehr zu Grundeigentümern wurden und oft ein Vielfaches der abzuführenden Steuern eintrieben – mit großem Eklat das Recht zur Steuereintreibung entzogen und sie großzügig entschädigt. Das sollte der Beginn der eigentlichen Landreform sein. Doch die darauf folgenden Gesetze zur Begrenzung des Höchstbesitzes und zur Neuverteilung des Landes an die eigentlichen Bebauer verstand die inzwischen formierte Lobby derart der jeweiligen Besitzstruktur anzupassen, daß außer der Steuereintreibung, die jetzt vom Staat direkt besorgt wird, praktisch alles beim Alten geblieben ist[4]:

Bodenbesitz der ländlichen Haushalte in Indien
Untersuchungszeitraum Juli 1954 – März 1955

Prozent Haushalte	Fläche in acres	Prozentualer Anteil an der Gesamtanbaufläche
47	kleiner 1	1
27	1– 5	17
13	5–10	19
5	10–20	22
5 1/2	20–30	14
2 1/2	größer 30	27
100		100

(1 acre = 4.047 qm, 1 ha = 2,47 acre)

Der gleiche Sachverhalt wird im Indien-Jahrbuch für 1963 wie folgt verschleiert[5]:

Bodenbesitzstruktur

	Durchschnittlicher Bodenbesitz acres		Prozentsatz der Haushalte, deren Besitz kleiner als durchschnittlich		Prozentuale Fläche der Haushalte unter dem Durchschnitt	
Nord-Indien	3,4	(3,8)	67	(66)	20	(22)
Ost-Indien	2,9	(3,6)	70	(67)	16	(21)
Süd-Indien	3,1	(4,4)	75	(72)	13	(20)
West-Indien	7,7	(11,3)	71	(68)	14	(23)
Zentral-Indien	8,2	(11,0)	71	(70)	15	(23)
Nord-West-Indien	7,9	(11,2)	72	(70)	16	(25)
Indien insgesamt	4,8	(6,3)	74	(72)	16	(21)

(Die Zahlen in Klammern geben die Struktur nach Abzug der Haushalte, die weniger als 0,005 acre = 20,2 qm oder gar kein Land umfassen.)

13 Prozent der ländlichen Haushalte also vereinigten 1953/54 auf sich 63 Prozent der Anbaufläche; und daran hat sich bis heute nichts geändert. Es wird sich auch so schnell nichts ändern können; denn in den Zahlen spiegelt sich nicht allein eine überwiegend feudale Agrarstruktur, sondern die Misere des dichtbevölkerten, einseitig agrarwirtschaftlich bestimmten Indien überhaupt. Das sei am Beispiel der Landreform im größten Staate Uttar Pradesh gezeigt.

Soweit es zum britischen Territorium gehörte, war das ganze Land der ehemaligen »United Provinces of Agra and Oudh« an Steuerpächter vergeben. Diese Schicht der »Zamindars« verteilte sich 1945 auf die einzelnen Steuergruppen wie folgt[6]:

Zamindars in Uttar Pradesh 1945

Steuerklasse Rupien/Jahr	Zamindars	Prozent Zamindars	Steueraufkommen in Rupien	Prozentualer Anteil am St. A.
25 u. weniger	1 710 530	84,81	10 049 725	14,76
25– 250	276 111	13,70	18 667 216	27,43
250– 2 000	27 687	1,37	15 836 433	23,26
2 000–10 000	2 065	0,10	7 889 873	11,59
10 000 u. mehr	390	0,02	15 626 679	22,96
	2 016 783	100,0	68 069 926	100,0

Der Ausschuß zur Abschaffung der Steuerpächter bezeichnete Zamindars mit einem Steueraufkommen von weniger als 25 Rupien jährlich als Bauern. Weniger gegen sie, die häufig ihre Felder auch selbst bestellten, richteten sich die Reformgesetze, als gegen die großen Steuerpächter, die 250 Rupien und mehr jährlich zahlten und 58 Prozent des Landes in Uttar Pradesh kontrollierten.

Bezeichnend für die damalige Machtposition der Zamindars ist, daß die Kongreß-Partei sie erst angreifen konnte, als die Unabhängigkeit erkämpft war. Im ersten umfassenden Wirtschaftsprogramm, das 1931 auf dem Parteitag in Karachi verabschiedet wurde, wie auch in den Agrarprogrammen des Jahres 1936 blieb die Frage der Steuerpächter ausgespart.[7] Diese Taktik sicherte der Partei die Neutralität der Zamindars während der kritischen Jahre des Unabhängigkeitskampfes. Erst im Wahlprogramm 1945/46 hieß es: »Die so dringende Reform der Agrarverhältnisse schließt die Abschaffung der Zwischenpächter zwischen Staat und Bauern ein. Die Rechte dieser Zwischenpächter sollten daher vom Staat gegen Zahlung einer entsprechenden Abfindung erworben werden.«[8] Ein Sonderausschuß der Partei unter Vorsitz von Jawaharlal Nehru erarbeitete in den folgenden Jahren eine Resolution, die 1948 vom Parteitag gebilligt wurde. Detaillierter hieß es jetzt: »Alle Zwischenpächter zwischen Staat und Bebauern sollten abgeschafft und alle Zwischenhändler durch Genossenschaften ersetzt werden. . . . Die größten Besitzungen sollten erworben und den Dorfgenossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Kleine Besitzungen sollten zusammengelegt und Vorkehrungen gegen weitere Zersplitterungen getroffen werden.«[9]

Alle Staaten der jungen Indischen Union kamen der Aufforderung der Regierungspartei nach und arbeiteten Reformgesetze aus. Als Beispiel diene wiederum Uttar Pradesh, dessen Reform von den anderen Staaten weitgehend kopiert wurde.

Das »United Provinces Zamindari Abolition Committee« war am 8. August 1946 ernannt worden. Nach zwei Jahren legte es einen umfassenden Bericht vor. Der darauf aufbauende Gesetzestext wurde dem Landesparlament am 7. Juli 1949 vorgelegt und nach erster Lesung an einen Sonderausschuß überwiesen. Der überarbeitete Gesetzentwurf wurde 1950 verabschiedet und im Februar 1951 vom indischen Ministerpräsidenten unterzeichnet. Gültig war das Gesetz aber erst ab 1. Juli 1952. Sechs Jahre also waren vergangen. Man kann sich vorstellen, daß die

Betroffenen inzwischen nicht müßig blieben: Zu große Besitzungen wurden auf die zahlreichen Mitglieder der Großfamilie überschrieben; Zwangsvertreibungen langjähriger Pächter waren an der Tagesordnung, um so die von der Enteignung ausgenommene Fläche »selbstbewirtschafteten Landes« zu erhöhen. Schließlich aber braucht man zur Durchführung jeder Agrarreform einen verläßlichen Apparat und genaue Grundbücher. Damit wurde den schlecht bezahlten *Patvaris*, den Dorfschreibern, eine Chance zugespielt, die sie zu ihrem vollen Vorteil nutzten: Im großen Stil überschrieben sie Felder auf diejenigen, welche die höchsten Bestechungssummen aufbringen konnten. [10]

Eine »entsprechende Abfindung« versprach das Wahlprogramm von 1945/46 den Zamindars. Wie hoch waren die Kosten einer solchen »Landreform von oben«, und von wem wurden sie aufgebracht? Wieder diene Uttar Pradesh als Beispiel [11]:

Abfindung der Zamindars in Uttar Pradesh

Steuerklasse Rupien/Jahr	Zamindars	Nettoeinkommen pro Zamindar aus der Steuerpacht Rupien/Jahr	Kompensation pro Zamindar Rupien	Kompensation insgesamt Mill. Rupien
25 u. weniger	1 710 530	9	246	420
25– 250	276 111	101	2 180	601
250– 2 000	27 687	717	10 510	291
2 000–10 000	2 065	4 751	42 480	99
10 000 u. mehr	390	47 179	377 436	147
	2 016 783			1 558

Diese sehr hohen Entschädigungen waren ein Zugeständnis der zur Macht gelangten Kongreß-Partei an die bestehenden Verhältnisse. Sie zeigen, welchen Einfluß die Zamindars in den Reihen der Partei inzwischen gewonnen hatten. Wenn sie wirklich eine »parasitäre Zwischenschicht« waren, wie man immer behauptet hatte, warum wurden sie dann für den Verlust ihrer feudalen Privilegien entschädigt?

Die beträchtlichen Mittel für diese Entschädigung wurden von den Bauern selbst über erhöhte Grundsteuern erhoben [12]:

Grundsteueraufkommen in Uttar Pradesh, Bihar und Orissa
(in Millionen Rupien)

	Uttar Pradesh	Bihar	Orissa
Vor Abschaffung der Zamindars	78,4	10,9	5,2
Nach Abschaffung der Zamindars	195,0	160,5	14,4
Erhöhte Verwaltungsgebühren u. a.	50,1	66,8	5,0
Nettozunahme	66,5	82,8	4,2

Zu Beginn hatten die Planer der Reform darauf vertraut, daß die Bauern das Land dem Staat noch einmal abkaufen und damit die Zamindars entschädigen würden. Denn tatsächlich bedeutete die Reform, daß jetzt der Staat als Eigentümer des Bodens an die Stelle der Zwischenpächter trat und den Bauern in der Mehrzahl nur erbliche Pachtrechte zugesprochen wurden. Sie konnten ihr Land nicht verkaufen oder beleihen. Erst nach Zahlung der zehnfachen oder bei Ratenzahlung der zwölffachen Grundsteuern erwirbt ein solcher »Sirdar« genannter Bauer »Bhumidar«-Rechte: das Land wird sein Eigentum, und er kann es beliebig verkaufen oder beleihen. Die jährliche Grundsteuer verringert sich für ihn um die Hälfte. Die Bauern allerdings verhielten sich wirtschaftlich richtig und gingen nur zögernd auf das Angebot ein [13]:

Besitzrechte in Uttar Pradesh 1957

	Fläche Mill. acre	Prozent Gesamtfläche
»Bhumidars«		
a) Anerkennung alter Besitzrechte bei der Reform	8,135	18
b) Neuerwerb der Besitzrechte durch ehemalige »Sirdars«	5,965	13
»Sirdars«	30,293	67
Übrige	0,672	2
	45,065	100

In der Tat ist der Neuerwerb der »Bhumidar«-Rechte eine schlechte Investition, wie das folgende Beispiel zeigt:

Ein »Sirdar« zahle 10 Rupien Grundsteuer jährlich. Er müßte 100 oder bei Ratenzahlung 120 Rupien zahlen, um die Rechte eines »Bhumidar« zu erwerben. Seine Grundsteuer verringerte sich dann auf 5 Rupien, d. h. die 100 bzw. 120 Rupien verzinsten sich mit 5 bzw. 4,2 Prozent. – In Uttar Pradesh wie auch im übrigen Indien sind Zinssätze von 1 Rupie monatlich für 50 Rupien Darlehen üblich.

Die Folge der Reform war zunächst ein Machtvakuum auf dem Lande, das aber schnell durch die neue Schicht der Großbauern und zu Großbauern gewordenen früheren Zamindars aufgefüllt wurde.[14] Das sind die neuen Herren. Sie bewohnen die wenigen aus Ziegel gebauten weißgetünchten Häuser, die weit über das Land hinwegblicken. Meist zu Vorsitzenden der Dorf- und Blockräte gewählt, kommandieren sie die Entwicklungsmaschinerie und damit die Verteilung der Gelder, der Saaten und des Düngers.

Man hat sich derartige Großbauern aber nicht als Gutsbesitzer alten Stils vorzustellen. In Indien machen schon fünf Hektar bewässertes Land ein beachtliches Anwesen aus[15]:

Landfragmentierung in Uttar Pradesh 1945

Besitzgröße in *acres*	Anzahl der Bauern	Anteil an der bäuerlichen Bevölkerung	Fläche in *acres*	Anteil an der Gesamtfläche	Durchschnittsgröße in *acres*
kleiner 1	4 639 331	37,78	2 481 165	6,01	0,53
kleiner 2	6 844 928	55,75	5 872 345	14,14	0,85
kleiner 6¼	10 580 031	86,17	19 462 088	47,10	1,84
kleiner 10	11 533 800	93,94	26 819 416	64,91	2,33
größer 10*	744 489	6,06	14 497 064	35,09	19,47
Total	12 278 289		41 316 480		

* Man bedenke, daß 10 *acres* 4,047 Hektar sind, und daß weitere Erbteilungen die Besitzungen inzwischen noch mehr zersplittert haben.

Die Tabelle zeigt, wie wenig Spielraum für die eigentliche Landreform blieb, die den Höchstbesitz festlegen und das überschüssige Land verteilen sollte.

Im ersten Fünfjahresplan hieß es dazu noch recht vage: »Wir befürwor-

ten grundsätzlich, daß für den Grundbesitz, der dem Einzelnen zugestanden werden kann, eine Höchstgrenze festgelegt werde.« [16] Deutlicher hieß es dann in einer Resolution, die vom All India Congress Committee 1953 angenommen wurde: »Die Regierungen der einzelnen Staaten sollten sofort Maßnahmen einleiten, um die erforderlichen Daten zur Festlegung des Höchstbesitzes zu sammeln, mit dem Ziel, das überschüssige Land so weit wie möglich an die landlosen Arbeiter zu verteilen«. [17] Und im Wahlprogramm der Kongreß-Partei hieß es 1957: »Grundsätzlich ist die Begrenzung des Landbesitzes beschlossen worden. Sie sollte eingeführt werden, um eine bessere Verteilung des Landes zu erreichen.« [18] Noch detaillierter legte sich das All India Congress Committee auf seinen Sitzungen im September des gleichen Jahres fest: »Höchstgrenzen für den künftigen Landerwerb sollten in allen Staaten ohne weitere Verzögerungen eingeführt werden. Für den bestehenden Besitz sollten ebenfalls Höchstgrenzen festgesetzt werden.« [19]

Den Empfehlungen kamen die einzelnen Staaten mit unterschiedlichen Gesetzgebungen nach. In Uttar Pradesh wurde die Höchstgrenze für bestehende Besitzungen wie folgt festgelegt [20]:

»40 *acres* guter, 60 mittlerer oder 80 minderer Qualität. Zusätzlich können für jedes sechste oder weitere Familienmitglied 3, 12 bzw. 16 *acres* angerechnet werden. Auf diese Art aber dürfen nicht mehr als 64, 96 bzw. 128 *acres* zugeschlagen werden.«

Ein Hof konnte also, verteilte man ihn geschickt auf 13 Familienmitglieder, die maximale Größe von 104, 156 bzw. 208 *acres* haben. Vergleicht man diese Regelung mit den Daten unserer Tabellen, so wird klar, daß von einer derartigen Begrenzung des Höchstbesitzes keine großen Ergebnisse zu erwarten waren, weil sich so nur wenig Land zur Neuverteilung abschöpfen ließ. Das sah auch der damalige Premierminister Nehru; er wollte die Gesetzgebung mehr als eine psychologische Maßnahme verstanden wissen: »Obwohl die Begrenzung des Höchstbesitzes nur eine verschwindende Minderheit von Grundherrn betreffen, und obwohl die tatsächlichen Ergebnisse nicht groß sein werden, wäre ihre psychologische Wirkung außerordentlich.« [21]

Wie er richtig voraussah, änderte die Gesetzgebung die Besitzverhältnisse auf dem Lande nicht. So ist der resignierte Kommentar zu verstehen, der 1961 im *Socialist Congressman* zu lesen war: »Wie auch immer, Tatsache ist, daß 90 Prozent der Vorteile einer Begrenzung des Höchstbesitzes

verloren gingen, und daß die Neuverteilung des Bodens in unserem Land im Großen und Ganzen ein Mißerfolg war. Dieser Mißerfolg muß dem Umstand zugeschrieben werden, daß die Leute die Politik, die sie zu vertreten und durchzuführen hatten, nicht akzeptierten.« [22]

Allerdings ist zu fragen, was für Ergebnisse man sich bei einer derartigen Agrarstruktur erhoffte. Wo sollte das Land zur Neuverteilung denn herkommen? Schon der Ausschuß zur Abschaffung der Zamindars hatte festgestellt, daß von den damals 12,2 Millionen Bauern 5,3 Millionen von Haus und Hof vertrieben werden müßten, um »ökonomische Besitzungen« zu schaffen, für die man eine Betriebsgröße von 6¼ acre annahm. [23]

Einen anderen Weg aus dem Dilemma bot die schon von Gandhi propagierte Idee der ländlichen Dorfgenossenschaften. Im Herbst 1956 erschien in Delhi der Bericht einer nach China entsandten Regierungsdelegation über *Landwirtschaftsplanung und -technik in China.* Dem folgte im Frühjahr 1957 ein weiterer, in dem *Ländliche Genossenschaften in China* beschrieben wurden. Beide Berichte priesen die chinesischen Einrichtungen und forderten, daß man die in China gesammelten Erfahrungen systematisch auf Indien anwenden sollte. Beide Berichte wurden aber auch, wie zu erwarten stand, heftig angegriffen. Dennoch verabschiedete der Kongreß-Parteitag 1959 in Nagpur die berühmte Resolution, in der es hieß: »Die zukünftige Agrarstruktur sollte durch Produktionsgenossenschaften bestimmt werden, in denen das Land zur gemeinsamen Bebauung zusammengefaßt wird. Die Bauern sollten ihre Eigentumsrechte behalten und an der Produktion je nach dem eingebrachten Land beteiligt werden.«

Diese Resolution schien offenbar gefährlicher als die immer wiederkehrenden Bekenntnisse zu einem sozialistischen Wirtschaftsmodell, unter dem es sich als Kapitalist erwiesenermaßen gut leben ließ; gefährlicher auch als die Gesetze zur Begrenzung des Höchstbesitzes, die jeweils manipuliert und unterlaufen werden konnten: Noch im gleichen Jahr wurde die von Großgrundbesitzern, ehemaligen Zamindars und Maharadschahs unterstützte Swatantra Party gegründet, die fortan alle Sozialisierungsversuche entschieden bekämpfte und im ersten Anlauf 6,8 Prozent der bei den Unionswahlen 1961 abgegebenen Stimmen und damit 18 Sitze im Parlament erobern konnte. [24]

Doch auch in den Reihen der Kongreß-Partei selber wurden die Genossenschaftspläne derart heftig bekämpft, daß es bei einigen von der Regierung protegierten Versuchen blieb. Man sollte sich durch anderslautende,

offizielle Erfolgsmeldungen nicht täuschen lassen. Kreditgenossenschaften, über die Regierungsdarlehen vergeben werden, konnten in nennenswertem Umfang gebildet werden. Doch landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, soweit sie von Bauern selbst gegründet wurden, kaschieren nur allzu oft die unerlaubten Übergrößen der zusammengeschlossenen Betriebe. [25]

Wahrscheinlich aber hätte es der vereinten Anstrengungen der Rechten gar nicht bedurft. Vom Druck der Zamindars befreit, genießen die indischen Bauern seit Jahrhunderten zum ersten Mal wieder individuelle Freiheiten. Sie sind nur schwer zum Eintritt in eine Genossenschaft zu bewegen.

Wollte man etwa, wie erwogen, alle unrentablen Besitzungen unter 6¼ acre zu Genossenschaften zusammenlegen, so hätten in Uttar Pradesh 86 Prozent aller Bauern Mitglied werden müssen. [26] Das Programm wäre mithin auf eine Zwangskollektivierung hinausgelaufen, die mit den Prinzipien des indischen Staates unvereinbar ist.

Blieb also wirklich alles beim Alten? Die Planungsbehörde mußte in ihrem letzten Bericht zugeben, daß »in vieler Hinsicht, trotz aller Gesetze, das Pendel noch immer zu Gunsten der überkommenen Verhältnisse ausschlägt«. [27] Nach wie vor vergeben die Landbesitzer ihre Felder an Unterpächter, die dafür die Hälfte der Ernte abführen müssen; nach wie vor werden die Dörfer von den landbesitzenden höheren Kasten beherrscht; nach wie vor werden die illegalen Pachtverträge nur mündlich geschlossen, und nach wie vor ist für den Armen das Distriktgericht unendlich fern.

Vom *Community Development Programme* [28] wie von der landwirtschaftlich orientierten Planung insgesamt erhofft man sich Änderungen auf »friedlichem Wege«. Ich meine allerdings, daß hier kein Ausweg zu sehen ist. Weitere Fünfjahrespläne, auf die Maximierung der Nahrungsmittelproduktion ausgerichtet, vermögen der Masse der Landbewohner kaum Vorteile zu bieten. [29] Die kleinen Bauern produzieren nicht für den Markt, günstigstenfalls erzeugen sie genug für den eigenen Verbrauch. Diesem ländlichen Proletariat können nur industrielle Arbeitsplätze Alternativen zu ihrem kümmerlichen Dasein am Rande des Existenzminimums bieten. Sollten hinter der landwirtschaftlichen Orientierung des Vierten Fünfjahresplanes weniger nationale Interessen als vielmehr die mächtigen landwirtschaftlichen Lobbies zu suchen sein?

Ein kürzlich erschienenes Buch schließt mit einer skeptischen Parallele zwischen dem Chaos im Nanking der Kuomintang-Partei und dem üppigen Neu-Delhi des Kongress.[10] Bis Indien jenes Stadium erreicht habe, sei es zwar noch ein weiter Weg, so meint der Verfasser, doch die Vorzeichen der gleichen Krankheit seien zu erkennen.

In dieser Parallele schwingt die Spekulation auf die »wahre Revolution«, die in Rußland nur wenige Monate und in China einige Jahre nach der bürgerlichen ausbrach; die Überzeugung auch, daß herrschende Klassen ihre Positionen niemals freiwillig räumen, vielmehr von den Beherrschten mit Gewalt aus ihnen verdrängt werden müssen.

Solche Erwartungen verkennen, meiner Meinung nach, den einzigartigen Charakter des Hinduismus und die Gesellschaftshaltung, die er geprägt hat: Der passive Widerstand, die *Non-Cooperation* sind die natürlichen Kampfmittel der hinduistischen Gesellschaft. Ein Gandhi konnte ihr Führer sein, ein Lenin hätte es nie werden können.

Wer also auf die »wahre Revolution« in Indien hofft oder wer sie für absehbare Zeit befürchtet, fällt seinen Illusionen oder Ängsten zum Opfer. Die Masse der gläubigen Hindus wird auch in Zukunft hinnehmen, was ihr eine schmale Oberschicht zudenkt, was sie ihr zuplant, und was sie ihr aufbürdet.

Anmerkungen

1 *The Times of India*, 3. 8. und 6. 8. 1965
2 ebda.
3 ebda., 9. 8. 1965
4 *National Sample Survey*, 8 th Round, S. 49
5 *India 1963. A Reference Annual.* Publications Division, Ministry of Information and Broadcasting, Government of India, June 1963, S. 152
6 Nach: *Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee*, 2 Vols., Allahabad 1948. Vol. 2: *Statistics*, Statement 1, S. 1
7 Vgl. *Resolutions on Economic Policy and Programmes 1924–54.* All India Congress Committee, S. 3–10
8 ebda. S. 17
9 ebda. S. 23 und 25–26
10 Vgl. Thorner, D., *The Agrarian Prospect in India. Five Lectures on Land Reform delivered at the Delhi School of Economics.* Delhi 1956, S. 48–49

11 Nach: Neale, Walter C., *Economic Change in Rural India. Land Tenure and Land Reform in Uttar Pradesh, 1800–1955*. New Haven and London, Yale University Press, 1962. S. 236–237

12 *Report of the Committee on Tenancy Reforms.* Annexure II: Daten nur für ehemalige Zamindar Gebiete. Zitiert nach: Kotovsky, G. *Agrarian Reforms in India.* Peoples Publishing House, New Delhi 1964. S. 54

13 Nach: Neale, Walter C., *Economic Change . . .*, S. 241

14 Vgl. Singh, B., *Next Step in Village India. A Study of Land Reforms and Group Dynamics.* Bombay, New Delhi 1961, S. 54

15 *Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee.* Vol. 2, Statement 5. S. 6. Zitiert nach: Neale, W. C., *Economic Change . . .*, S. 272

16 *First Five Year Plan,* Government of India, Planning Commission. New Delhi 1951. S. 168

17 *Resolutions on Economic Policies and Programmes.* S. 81

18 *Indian National Congress. Election Manifesto 1957.* S. 12

19 *Congress Bulletin,* 1957, No. 9. S. 353

20 *Third Five Year Plan.* Government of India, Planning Commission. S. 238

21 *AICC Economic Review.* Vol. X, No. 19, Febr. 1959. S. 23

22 *Socialist Congressman.* Vol. I, No. 6, July 1961. S. 2–3

23 *Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee.* S. 503–504

24 Vgl. Morris-Jones, W. H., *The Government and Politics of India.* Hutchinson University Library. London 1964. S. 113 und 163

25 Siehe dazu: Thorner, D., *Agricultural Cooperatives in India. A Field Report.* Asia Publishing House, Bombay 1964.

26 *Report of the United Provinces Zamindari Abolition Committee.* S. 502–503

27 *Third Five Year Plan.* S. 223

28 Ganz Indien ist heute in »Community Development Blocks« eingeteilt. Deren durchschnittlich hunderttausend Bewohner werden auf unterster Ebene von den »Dorf-Entwicklungshelfern«, jeweils zehn für jeden Block, betreut.

29 Das gleiche Argument findet sich bei Lewis, O., *Peasant Culture in India and Mexiko: A Comparative Analysis,* in: McKim Marriott, *Village India. Studies in the Little Community.* Asia Publishing House. Bombay 1961. S. 154

30 Segal, R., *The Crisis of India.* Penguin Books Ltd., Middlesex 1965. S. 310

Bo Gustafsson
Versuch über den Kolonialismus

Die armen Länder

Was an der Weltwirtschaft unserer Zeit am meisten auffällt, ist das Ungleichgewicht, das zwischen verschiedenen Regionen und Erdteilen herrscht. Einige wenige privilegierte Länder haben es zu großem Reichtum gebracht, die meisten andern sind überaus arm. Diese Unterschiede hat man auf die verschiedenste Art und Weise meßbar zu machen versucht. Der amerikanische Nationalökonom Ragnar Nurkse hat es zu Anfang der fünfziger Jahre unternommen, die Einkommensverteilung auf der ganzen Welt zu schätzen. Er hat drei Klassen von Ländern unterschieden: solche mit hohem, mittlerem und niedrigem Pro-Kopf-Einkommen. Seinen Berechnungen legte Nurkse die Kaufkraft zugrunde, die der Dollar im Jahr 1949 in den einzelnen Ländern hatte. [1]

Ehe wir die Ergebnisse seiner Untersuchung vorbringen, wird es vielleicht gut sein, ein paar warnende Worte über Vergleiche dieser Art zu verlieren. Der Maßstab, dessen Nurkse sich bedient hat – das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung – setzt voraus, daß wir sowohl das Gesamteinkommen der untersuchten Länder, wie auch ihre Bevölkerungszahl kennen. Diese Voraussetzungen sind gerade im Fall der ärmsten Länder kaum gegeben. In Hongkong gab es bis in die jüngste Zeit hin keine Volkszählung: die Einwohnerzahl wurde geschätzt nach dem Gewicht der Fäkalien, die in der Stadt anfielen. Das ist ein geringfügiges Beispiel. Gewichtiger ist, daß man für China eine Bevölkerung von 500 Millionen annahm, bis ein erster Zensus 1953 zeigte, daß diese Zahl um hundert Millionen zu niedrig war. Analoge Fälle aus anderen Teilen der Welt ließen sich in großer Fülle anführen. Ferner spielt in den ökonomisch weniger entwickelten Ländern die hauswirtschaftliche Produktion eine enorme Rolle. Die kleinen bäuerlichen Haushalte erzeugen und verbrauchen Güter außerhalb der Geldwirtschaft. Kauf und Verkauf spielen fast keine

Rolle. Eine Schätzung ihrer Produktion wird immer auf bloße Vermutungen angewiesen sein. Auch die Wahl des Standards für internationale Vergleiche ist fragwürdig. Nurkse hat dem seinen eine Kaufkraft-Berechnung der Vereinten Nationen auf Dollar-Basis zugrundegelegt. Aber Kaufkraft und Valutakurs sind zweierlei. Für einen Dollar kann man beispielsweise in den USA weniger Waren und Dienstleistungen erwerben als für vier DM in Deutschland. Auch die realen Kosten unterscheiden sich von Land zu Land. Je nachdem, welche Währung und welche Preisstruktur man zugrundelegt, wird man zu ganz verschiedenen Resultaten kommen. Das Nationalprodukt pro Kopf der Bevölkerung belief sich z. B. (1953) in England auf 1136 und in Italien auf 548 Dollars, wenn man es auf der Basis der amerikanischen Preisverhältnisse berechnet; wählt man die europäische Preisstruktur als Grundlage, so ergeben sich ganz andere Ziffern, nämlich 954 Dollars für England und 394 Dollars für Italien.[2] Das Resultat hängt mithin nicht nur von der Zusammensetzung und vom Umfang der Produktion und des Verbrauchs, also von Größen ab, die für die armen Länder oft unbekannt sind, sondern auch von der Wahl des Standards und der Preisstruktur. Eine allgemein verbindliche Basis gibt es dabei nicht.

Außerdem muß man sich darüber im Klaren sein, daß das Pro-Kopf-Einkommen nichts über die Verteilung des Einkommens in einer Gesellschaft aussagt. Ein hoher Wert kann einen hohen allgemeinen Lebensstandard bedeuten, er kann aber auch ganz andere Sachverhalte ausdrücken. Der Meßwert gibt zunächst nicht an, welcher Teil des Nationaleinkommens verbraucht, und welcher investiert wird. Je stärker die Kapitalbildung, desto geringer (bei einem gegebenen Einkommensniveau) der Konsum. In einem weit verbreiteten Lehrbuch der schwedischen Geschichte heißt es, die kräftige Entwicklung des Kirchenbaus im 12. Jahrhundert deute darauf hin, daß im damaligen Schweden großer Wohlstand geherrscht habe. Das ist nicht ausgeschlossen; doch ließe sich auch umgekehrt argumentieren: der Kirchenbau könnte einen großen Teil der Arbeitskraft und der Rohstoffe verschlungen, und somit den Lebensstandard gesenkt haben. Ferner gibt der Meßwert des Pro-Kopf-Einkommens keinerlei Auskunft darüber, wie sich das Nationaleinkommen auf einzelne Personen, Klassen oder Provinzen verteilt. Ein Zehntel der Bevölkerung kann enorm reich sein, die übrigen neun Zehntel können in größter Not leben – und wenn dieser Unterschied kraß genug ist, kann sich ein recht hoher Durchschnitts-

wert ergeben. Neben das Pro-Kopf-Einkommen müssen somit andere Indikatoren treten, wenn der Lebensstandard richtig bezeichnet werden soll, beispielsweise die mittlere Lebenserwartung, die Kindersterblichkeit, der Kalorienverbrauch, das Ausmaß des Analphabetismus und der Arbeitslosigkeit und so weiter. Das zeigt die folgende Tabelle:

Einige Indikatoren für den Lebensstandard (1953)[3]

Land	Pro-Kopf-Einkommen in Dollar	Kindersterblichkeit in Promille	Mittlere Lebenserwartung
Schweden	941	19	70
Venezuela	503	68	?
Niederlande	488	22	71
Japan	184	49	61

Geht man von der Zahlenreihe über das Pro-Kopf-Einkommen aus, so könnte man glauben, daß der Lebensstandard in Venezuela höher wäre als der in den Niederlanden oder in Japan. Die Angaben über die Kindersterblichkeit korrigieren diesen Eindruck. In dieser Hinsicht tut sich zwischen Venezuela und Holland ein Abgrund auf, und auch die japanische Bevölkerung lebt offensichtlich unter besseren Verhältnissen als die venezolanische. Die Erklärung für den scheinbaren Widerspruch liegt in der Existenz der amerikanischen Ölgesellschaften auf dem Boden Venezuelas. Für die tatsächliche Lage des venezolanischen Volkes gibt die Statistik über die Säuglingssterblichkeit einen besseren Anhaltspunkt: diese Lage ist elend. Dagegen zeigt das Pro-Kopf-Einkommen ein irreführendes Bild. Die Einkünfte der Ölgesellschaften, die in den Zahlen enthalten sind, sind für die Mehrheit der Bewohner des Landes kaum ein Trost.

Mit Fehlerquellen und Unsicherheitsfaktoren solcher Art muß man immer rechnen, wenn man internationale Vergleiche anstellen will. Wenn es gelingt, sie auszuräumen, wenn man seine Basis sinnvoll wählt und die zu vergleichenden Regionen vernünftig abgrenzt, ergeben sich dennoch gute Relationen zwischen Pro-Kopf-Einkommen und anderen Indikatoren für den Lebensstandard. Die folgende Tabelle stellt Angaben über das Pro-Kopf-Einkommen, die Säuglingssterblichkeit und den Papierverbrauch (Zeitungspapier) zusammen.[4]

Weitere Indikatoren für den Lebensstandard (1953)

Region	Pro-Kopf-Einkommen in Dollar	Säuglingssterblichkeit in Promille	Pro-Kopf-Verbrauch von Zeitungspapier in kg
Nordamerika	1810	28,5	32,7
Nordwesteuropa	681	36,6	10,0
Sowjetunion	535	48,0	?
Südosteuropa	285	70,9	?
Lateinamerika	260	92,2	2,7
Ferner Osten	109	108,7	0,3
Südostasien	64	116,3	0,2

Die Korrelationen, welche die Tabelle zeigt, sind ganz deutlich. Sie verlaufen jedoch nicht linear, sondern zeigen charakteristische Veränderungen an den verschiedenen Enden der Einkommensskala. Gehen wir vom Durchschnittseinkommen in Nordwesteuropa aus, so finden wir, daß die Säuglingssterblichkeit nur langsam sinkt, wenn das Einkommen weiter zunimmt. Wenn sich das Einkommen verdreifacht, nimmt die Sterblichkeit nur noch um 20% ab. Dagegen führt bei niedrigeren Ausgangslagen jeder, auch der geringste Einkommensrückgang zu einer unverhältnismäßig größeren Sterblichkeitsziffer: sie verdoppelt sich, wenn das Einkommen sich halbiert (36,6 : 70,9 Promille bei 681 : 285 Dollars). Die Ursachen liegen auf der Hand: reiche oder wohlhabende Länder verfügen bereits über die technischen und medizinischen Mittel, die nötig sind, um die Sterblichkeit bis hart an die biologischen Grenzen zu reduzieren; in armen Ländern ist ihre Bekämpfung eine bloß ökonomische Frage. Das Beispiel zeigt, daß ein einziger Indikator als Maßstab für den Lebensstandard nicht ausreicht: Dessen konkreter Inhalt ändert sich bei veränderten Einkommen, sobald das physiologisch bedingte Existenzminimum überschritten wird. Der Reisverbrauch ist ein sinnvolles Maß für südostasiatische Verhältnisse, im Gegensatz zum Bestand an Freiluft-Grillgeräten; in den Vereinigten Staaten verhält es sich, in Anbetracht des dort vorherrschenden Lebensstils, umgekehrt.

Diese methodischen Einschränkungen und Vorbehalte sind notwendig, um die Erhebungen Nurkses richtig zu verstehen. Ihnen zufolge hat sich das Welteinkommen um das Jahr 1950 folgendermaßen verteilt:

Einkommensverteilung 1950

	Anteil am Welteinkommen in Prozent	Anteil an der Weltbevölkerung in Prozent	Pro-Kopf-Einkommen in Dollars für 1949
Länder mit hohem Einkommen	67	18	915
Länder mit mittlerem Einkommen	18	15	310
Länder mit niedrigem Einkommen	15	67	54

Eine neuere Studie zeigt, für das Jahr 1957 und für die einzelnen Teile der Welt, die folgenden relativen Pro-Kopf-Werte.[6] Setzt man den Weltdurchschnitt mit 100 an, so liegt die Einkommensziffer für die USA bei 620, für Westeuropa bei 193, für Lateinamerika bei 75, für den Mittleren Osten bei 45 und für Afrika und Asien bei 29. Das bedeutet, daß das amerikanische Durchschnittseinkommen zwanzig, das westeuropäische sechs bis sieben Mal so hoch war wie das afrikanische und asiatische. Andere, mehr ins Einzelne gehende Angaben bestätigen diese Verteilung. Mitte der fünfziger Jahre entfielen vom Weltbestand an landwirtschaftlichen Traktoren 68% auf Nordamerika, 23% auf Europa, 2% auf Afrika, 3% auf Lateinamerika und 1% auf Asien. An den Kunstdünger-Vorräten der Welt hatte Lateinamerika mit vier, der Vordere Orient mit drei und Afrika mit einem Prozent teil. Während die fortgeschrittenen Industrieländer nicht nur über den Löwenanteil am Industriepotential, sondern auch über alle Mittel zu einer hochentwickelten landwirtschaftlichen Produktion verfügten, fehlten diese Mittel gerade in jenen Kontinenten, die auf die Landwirtschaft am meisten angewiesen sind. Die Stromerzeugung verteilt sich ähnlich: der Anteil der reichen Länder liegt bei 90%. Welchen Maßstab wir auch wählen, das Resultat bleibt sich gleich: die Kluft zwischen reichen und armen Ländern ist enorm. Sie verläuft zwischen Europa und Nordamerika auf der einen, und den lateinamerikanischen, afrikanischen und asiatischen Kolonien und Ex-Kolonien auf der anderen Seite.[7]

Aber damit nicht genug. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Abstand weiter wächst, möglicherweise absolut, jedenfalls aber relativ betrachtet.

Zu den besten Berechnungen über die Einkommensverteilung auf der ganzen Welt gehören die Forschungen des Holländers L. J. Zimmerman. Sie beziehen sich auf die Jahre 1913, 1929 und 1959 Aus ihnen geht das folgende hervor: Der Anteil des Mittleren Ostens, Chinas und Südostasiens am Welteinkommen, dreier Regionen, in denen zwischen 1913 und 1959 etwa 55% aller Menschen lebten, ist über den ganzen untersuchten Zeitraum hin mehr oder weniger kontinuierlich gesunken, von 15 Prozent im Jahre 1913 auf 10 Prozent im Jahre 1959. Zimmerman drückt den Zusammenhang umgekehrt so aus, daß das reichste Viertel der Weltbevölkerung seinen Einkommensanteil von 66% (1913) auf 69% (1929) und schließlich auf 73% (1958) gesteigert hat. [8]

Zwei Umstände sind dabei von besonderem Interesse. Erstens ist die wachsende Differenz *nicht* darauf zurückzuführen, daß sich die Bevölkerung der armen Länder relativ schneller vermehrt hätte. Im großen und ganzen ist die Bevölkerungsentwicklung während des Zeitraums, den Zimmerman untersucht hat, in reichen und armen Ländern ziemlich gleich verlaufen. Der jährliche Zuwachs belief sich, nach Zimmerman, auf 1,2% für die reichen und auf 1,4% für die armen Länder. Vielmehr rührt die zunehmende Ungleichheit daher, daß Produktion und Einkommen in den armen Ländern stagnierten, während die kapitalistischen Länder ein relativ gleichmäßiges, wenn auch langsameres Wachstum zu verzeichnen hatten als die sozialistischen Regimes, unter denen eine Reihe der früheren Armutsländer in die Gruppe der reicheren eingerückt sind. Dies gilt vor allem für die Sowjetunion, für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg aber auch für die osteuropäischen Staaten und in zunehmendem Maß auch für China.

Über die Stagnation, ja den wirtschaftlichen Rückgang in kolonialen, abhängigen und halbfeudalen Ländern besitzen wir Informationen genug. Das Pro-Kopf-Einkommen in Chile ist in den letzten dreißig Jahren ständig gesunken, von 380 Dollars (1929) auf 360 (1952/54) und 350 Dollars (1959). Ähnliche Entwicklungen hatte Argentinien während der fünfziger Jahre und Indonesien zwischen 1928 und 1950 zu verzeichnen. In Indien liegt das Pro-Kopf-Einkommen seit einem halben Jahrhundert bei 65 Dollars. In Ägypten ist die Durchschnittszahl seit 1913/28 bis in das Jahr 1954 um 15–25% gesunken. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung in Indien und Pakistan, Jahr für Jahr, seit 1913 an. Die Zahlen geben ein klares Bild von der Verarmung des ganzen Volkes. [9]

Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung.
Indien und Pakistan 1913–1953.
(1938 = 100)

Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index	Jahr	Index
1913	100	1923	103	1933	101	1943	97
1914	101	1924	101	1934	102	1944	101
1915	106	1925	101	1935	101	1945	99
1916	109	1926	102	1936	101	1946	88
1917	116	1927	101	1937	100	1947	114
1918	118	1928	101	1938	100	1948	106
1919	99	1929	104	1939	96	1949	101
1920	101	1930	102	1940	96	1950	94
1921	102	1931	105	1941	98	1951	95
1922	108	1932	103	1942	96	1952	90

Für Afrika liegen nur mangelhafte statistische Unterlagen vor. Die verfügbaren Daten deuten jedoch darauf hin, daß das Realeinkommen pro Kopf vom Ende des 19. Jahrhunderts an, das heißt, seit der Aufteilung des Kontinents zwischen den imperialistischen Großmächten, generell gesunken ist. Darauf läßt schon die Tatsache schließen, daß große Teile der bäuerlichen Bevölkerung aus ihren Wohngebieten vertrieben und in Reservate und andere weniger fruchtbare Zonen abgedrängt worden sind, ein Prozeß, der noch bis in die fünfziger Jahre hinein in Kenya, Tanganyika, Süd-Rhodesien und Südafrika zu beobachten war.[10] Rückschlüsse auf die frühere Entwicklung lassen sich auch heute noch ziehen, wenn man etwa den Gesundheitszustand von Afrikanern, die in ihrer alten, geschlossenen Umgebung verblieben sind, mit dem der Industrie-, Land- oder Wanderarbeiter vergleicht, die der weiße Imperialismus in seine Tretmühle gezwungen oder gelockt hat. Alle Beobachtungen zeigen für diese Kategorien einen deutlichen Niedergang an.[11] Auch die Lohnstatistik gibt gewisse Anhaltspunkte. In Ghana konnte ein Schwerarbeiter 1883 9 Pence, 1920 9 Pence, 1930 8 Pence und 1938 12 Pence täglich verdienen. In den südafrikanischen Gruben lag der Tageslohn für einen Afrikaner 1897 bei 24, 1926 bei 26 und 1960 bei 40 Pence. Wenn man bedenkt, daß Preise und Steuern im selben Zeitraum stark und kontinuier-

lich gestiegen sind, kommt man zu dem Schluß, daß die Reallöhne jedenfalls nicht höher geworden, vermutlich sogar gesunken sind.
Auch bei gleichbleibendem Pro-Kopf-Einkommen ist in den armen Teilen der Welt der Verbrauchsstandard für die Mehrzahl des Volkes eher gefallen. Alle Untersuchungen bestätigen die Regel, daß auf lange Sicht der Anteil des Konsums am Nationalprodukt in sämtlichen Ökonomien ab- und der Anteil der Kapitalbildung dementsprechend zunimmt. Ein konstantes Pro-Kopf-Einkommen läuft also auf einen Pro-Kopf-Verbrauch hinaus, der ständig sinkt. Wir wissen ferner, daß sich gewisse Klassen in den armen Ländern unerhört bereichert haben. Wenn das Nationalprodukt unverändert geblieben ist, kann dies nur auf Kosten aller andern Schichten der Bevölkerung geschehen sein. Man wird also nicht nur von einer relativen, sondern auch von einer absoluten Verarmung der armen Völker sprechen dürfen. Die einzige beständige Hoffnung, die sich für sie zeigt, ist die Entwicklung in der sozialistischen Welt. Der Anteil der Sowjetunion an der Weltbevölkerung ist in den letzten fünfzig Jahren mit 9% konstant geblieben (wenn man Afrika und einige andere Einzelstaaten, für die es an Berechnungsgrundlagen fehlt, ausnimmt). Ihr Anteil am Welteinkommen ist in der gleichen Zeit von 7 auf 17% gestiegen. Afrika hat 1948 knapp 11 Milliarden Kilowattstunden elektrischer Energie erzeugt, 1957 waren es knapp 30 Milliarden. In ungefähr dem selben Zeitraum (1949–1959) hat China seine Produktion an elektrischer Energie von knapp 4 auf über 41 Milliarden kWh steigern können. Damals lag sie bei zwei Fünfteln der afrikanischen, heute liegt die afrikanische Produktion bei zwei Fünfteln der chinesischen. Der historische Unterschied ist leicht zu bestimmen: China hat sich 1949 ein für alle Male von der Bürde des Kolonialismus befreit. [13]
An diesem Punkt ist die Frage, woher die heutigen Unterschiede in der Weltwirtschaft rühren, nicht länger zu umgehen. Warum sind die kapitalistischen Staaten Europas und Nordamerikas reich geworden, während die ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika verarmten? Zwischen dem Reichtum der einen und der Armut der andern besteht ein klarer Zusammenhang. Einerseits verdanken die reichen Nationen einen Teil ihres Reichtums der Ausplünderung und Ausbeutung der ärmeren. Andererseits hatte dieser Prozeß für die armen Länder eben deshalb so katastrophale Folgen, weil ihre Ausgangsbasis so schmal war. Die Spanne zwischen Produktion und Existenzminimum, eine Spanne, von der alle

Möglichkeiten der weiteren ökonomischen Entwicklung abhängen, war dort von Anfang an gering gewesen. Ein Zuschuß von hundert Mark zu einem Pro-Kopf-Einkommen von 1000, also von zehn Prozent, kann auf lange Sicht entscheidend sein, besonders wenn er bar geleistet wird und gebündelt und konzentriert verwendet werden kann. Zieht man den gleichen Betrag von einem Pro-Kopf-Einkommen ab, das bei 500 liegt, so macht er 20 Prozent aus: diese Summe kann genügen, um jedes wirtschaftliche Wachstum auf die Dauer zu verhindern.

Drei Phasen des Kolonialismus

Die kapitalistischen Staaten des Westens haben mit ihrer Expansion in die koloniale Welt gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts begonnen. Damals bauten Spanien und Portugal ihre Imperien in Lateinamerika und Südostasien auf. Während des siebzehnten Jahrhunderts stieg Holland zur führenden Kolonialmacht empor. Im achtzehnten Jahrhundert übernahm England diese Rolle. In dieser frühen Periode, die bis 1800 reichte, trug die koloniale Ausbeutung ein offenes Gesicht: sie bestand in der einfachen Plünderung von Edelmetallen, Arbeitskraft und Produkten. Der Handel spielte keine große Rolle; wo er vorkam, setzte der stärkere Part die Tauschbedingungen fest. Der Austausch von Waren gegen Waren war unbedeutend, schon weil das damalige Europa den hochentwickelten Kulturen Asiens und Afrikas wenig zu bieten hatte. Mit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts trat der Kolonialismus in ein neues Stadium. Vor allem für die englische Industrieproduktion wurden die Kolonien zu einem wichtigen Absatzmarkt. Die Kolonialmacht legte infolgedessen größten Wert darauf, die konkurrierende Erzeugung in den Gebieten, die von ihr abhingen, zu behindern.
Englands Verhalten gegenüber Indien ist dafür das klassische Beispiel. [14] Nach der Schlacht bei Plassey in Bengalen (1757) besetzten die Engländer einen Teil des Landes nach dem anderen. Das Steueraufkommen und die zivile Verwaltung gingen für ein Jahrhundert auf die Ostindische Kompagnie über. Die Folge war offenbar eine verstärkte Ausbeutung Indiens: die Nettoausfuhr von Rohstoffen nahm zu. Dem Gouverneur Verelst zufolge soll der indische Export 1766/68 bereits 6,3 Millionen Pfund ausgemacht haben, der Import dagegen nur 0,6 Millionen. Das Steuersystem

wurde radikal verändert. Zuvor hatten die Bauern einen bestimmten Anteil an der Produktion abliefern müssen; unter der Herrschaft der Ostindischen Kompagnie dagegen wurde ihnen ein fester Geldbetrag abverlangt, ohne Rücksicht auf die Ernten. Das altindische Dorfsystem wurde zerschlagen; die Begriffe, Regeln und Methoden des englischen Privatrechts wurden eingeführt. Die staatlichen Steuereinnehmer früherer Zeiten, die *zamindari*, wurden allmählich zu Steuerpächtern. Die Gesellschaft verlieh ihnen Besitztitel auf Grund und Boden gegen feste Steuerbeträge, die sie an die Kompagnie abzuführen hatten. Das kollektive Dorfeigentum an Grund und Boden wurde aufgehoben; an seine Stelle trat der private Großgrundbesitz; die indischen Bauern wurden in großem Umfang zu bloßen Pächtern gemacht. [15] »Nicht nur für die Bauern,« so urteilt Daniel Thorner, »sondern auch für die Grundbesitzer war das neue System eine Last. Die hohen Forderungen der Regierung wuchsen den Steuerpächtern über den Kopf, viele von ihnen gingen bankerott oder verkauften ihren Grund an städtische Kaufleute, Spekulanten und andere Honoratioren. Den Erwerbern kam es einzig und allein auf die Zinsen an, die sie aus den Bauern herausschlagen konnten; mit der Einziehung der Gelder beauftragten sie oft eigene Agenten, die sich verpflichten mußten, alljährlich einen hohen Mindestbetrag abzuliefern. Diese Agenten verpachteten ihre Ansprüche ihrerseits an weitere Mittelsmänner, so daß die Landbevölkerung von Bengalen bald eine eindrucksvolle Schar von Zwischenträgern, Spekulanten und passiven Grundbesitzern zu versorgen hatte... Im Gegensatz zu den älteren einheimischen Regierungen, deren Forderungen an die Bauern immer einigermaßen elastisch geblieben waren, verlangten die Engländer rigoros, daß alle festgesetzten Steuern pünktlich und unverkürzt bar bezahlt wurden. Blieb eine Zahlung aus, so wurde das Vieh, das Hausgerät und die persönliche Habe gepfändet, und der Bauer konnte von Haus und Hof vertrieben werden. Vordem war der Boden unveräußerlich gewesen: erst das neue System räumte den Geldverleihern und den passiven Grundbesitzen ihre folgenschwere Macht über die indischen Dörfer ein.« [16]

Die Tribute, die Indien in verschiedener Gestalt zollen mußte, beschleunigten die Industrialisierung Englands, die gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts begann. Freie Arbeitskraft und die nötige moderne Technologie standen bereits zur Verfügung: schon 1733 war Kay ein Patent auf seinen mechanischen Webstuhl erteilt worden. Dagegen fehlte es an

den notwendigen großen Kapitalien, auch an ausreichenden Absatzmärkten. Indien bot die einen wie die andern. Kaum stieg gegen Ende des Jahrhunderts die Textilproduktion, da forderten die englischen Industriellen die Aufhebung des Handelsmonopols der Ostindischen Kompagnie und die Öffnung des indischen Marktes für die englischen Industrieerzeugnisse. Beide Forderungen wurden 1813 erfüllt.

In mehr als einer Hinsicht scheint übrigens die indische Wirtschaft, bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein, mindestens so reich entwickelt gewesen zu sein wie die englische. »Zu einer Zeit, da die Vorfahren der Engländer ein äußerst primitives Dasein führten, hat Indien die feinsten Musselintücher und viele andere Luxusartikel hergestellt und exportiert«, schreibt Vera Anstey, eine Autorität auf dem Gebiet der indischen Wirtschaftsgeschichte. Allerdings, »an der ökonomischen Revolution, welche die Enkel jener Barbaren begonnen haben,« hatte Indien keinen eigenen Anteil.[17] Der Überseehandel verband die Häfen des Subkontinentes mit England, und sein Inneres überzog sich von der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts an mit einem Eisenbahnnetz. Aus dem Pandschab strömte der Weizen, aus Bombay die Baumwolle, aus Bengalen die Jute nach Europa; dafür brachten die Bahnen massenhaft billige englische Industriewaren, besonders Baumwollzeug aus Lancashire, ins Land. Die traditionelle einheimische Manufaktur konnte sich nur in abgelegenen Regionen und im tiefsten Innern des Landes halten; überall sonst waren die englischen Waren billiger. Außerdem scheuten sich die Engländer nicht, der Kolonie ungünstige Handelsbedingungen administrativ aufzuzwingen.[18] Während englische Produkte praktisch unbehindert nach Indien eingeführt werden konnten, wurde der indische Export nach England mit Schutzzöllen belegt. Die indische Einfuhr von Baumwollstoffen aus England stieg zwischen 1814 und 1834 von einer bis auf 51 Millionen Yards; gleichzeitig sank der indische Warenexport nach England. Das indische Handwerk war unter diesen Umständen nicht mehr lebensfähig: alte Industriezentren wie Dacca, Murshidabad und Surat büßten rasch ihre Bedeutung ein.[19] Die traditionelle Verbindung zwischen Handwerk und Landwirtschaft in der indischen Dorfwirtschaft war zerrissen. Die Folge war, daß in der Landwirtschaft die kleingewerblich hergestellten Verbrauchsgüter fehlten, ein weiterer Grund dafür, daß ihre Entwicklung steckenblieb. Soweit wir darüber urteilen können, scheint Indiens Abhängigkeit von England die Industrialisierung des Landes zweihundert Jahre

lang verhindert zu haben. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist zwischen 1881 und 1931 konstant geblieben: er machte 75% aus.[20] Die verzögerte Industrialisierung, das Steuersystem, die Zölle, die einseitige Konkurrenz und der Übergang zum Plantagenbetrieb – dies waren die Methoden, durch die Indien auf die Rolle eines bloßen Rohstoff- und Lebensmittelproduzenten und eines Abnehmers für die englische Industrie festgelegt wurde. Allein der reine Kapitalzufluß (Zinsen und Dividenden) von Indien nach England entsprach in den ersten Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts einem Zehntel des indischen Brutto-Nationalproduktes.[21] Man begreift, was diese 10 Prozent bedeutet haben: eine Spar- und Investitionsquote von dieser Höhe genügt, um ein Land vor der wirtschaftlichen Stagnation zu bewahren und einen permanenten Wachstumsprozeß zu sichern. In Indien ist das Gegenteil eingetreten. Die folgende Tabelle gibt dafür weitere Indizien.[22]

Getreideerzeugung in Indien (1893–1946)
für den Verbrauch im Inland

Zeitraum	Jahresproduktion in Millionen Tonnen	Jahresproduktion in kg pro Person
1893/96	73,9	267
1896/06	71,5	254
1906/16	74,0	248
1916/26	73,3	244
1926/36	69,6	209
1936/46	69,3	181

Auch in China hat das imperialistische Kartell der Großmächte England, USA und Frankreich, später auch Deutschland und Japan, die ökonomische Entwicklung lange Zeit aufgehalten. Von der Mitte des 18. Jahrhunderts an vermehrte sich die bis dahin stationäre oder schwach zunehmende Bevölkerung sehr stark: von 185 Millionen im Jahre 1754 auf 243 Millionen (1778), 375 Millionen (1814) und schließlich auf 414 Millionen (1850).[23] Eine rasche wirtschaftliche Entwicklung, vor allem der Seidenindustrie im südlichen Kiangsu und der Baumwollindustrie in Chekiang, hat dieses Ansteigen der Bevölkerungsziffern ermöglicht. Unter

der Manchu-Dynastie (1644–1911) bildete sich ein Manufaktursystem heraus, das auf Heimarbeit beruhte. Die Großhändler kauften auf den Dörfern Baumwolle auf, vergaben Kleinaufträge an ländliche Handwerker und vertrieben dann die Fertigwaren. In Fushan in der Provinz Kwantung wurden große Mengen von Eisen erzeugt und zu Nadeln, Draht und Nägeln verarbeitet. In Yunnan stieg die Kupfererzeugung im Lauf weniger Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts von 400 auf 6000 Tonnen jährlich. Auch der Handel war lebendiger als unter der Ming-Dynastie. Die Baumwolle wurde aus Honan nach Kiangsu und Chekiang versandt und dort verwebt. Die Huchow-Seide wurde nach Hangchow und Nanking verschifft, dort zu Stoffen verarbeitet und bis weit in die nördlichen, nordwestlichen und südwestlichen Provinzen verkauft. Auch die Eisenproduktion fand bis in die entlegenen Teile des Landes Absatz.[24] Dennoch führte diese Entwicklung nicht zu einem entscheidenden ökonomischen Durchbruch, aus mancherlei Gründen. Die harte steuerliche Belastung schränkte die Kaufkraft der Bauern drastisch ein, und die reglementierenden Maßnahmen der herrschenden Bürokratie vereitelten die Versuche des kapitalistischen Unternehmertums, die Produktion zu steigern und den Markt zu vergrößern. Die spätere Entwicklung zeigt jedoch, daß diese inneren Gründe nicht den Ausschlag gaben. Vielmehr war es das Eingreifen der kolonialen Großmächte, was die Entwicklung entscheidend blockierte. Der Nanking-Vertrag von 1842 und eine ganze Reihe von späteren Zu- und Eingriffen öffneten der europäischen und amerikanischen Industrie den chinesischen Markt. Das Land wurde zum Abnehmer ausländischer Konsumgüter, zur Rohstoffquelle und zum Investitionsziel für das europäische und amerikanische freie Kapital.[25]

Japan war überhaupt das einzige Land außerhalb von Europa und Nordamerika, das dem kolonialen Schicksal entging, und auch diese Ausnahme verdankt sich zu großen Teilen dem Zufall. Einmal hatte das arme Japan weder als Rohstofflieferant noch als Absatzmarkt viel zu bieten. Zum anderen hatten sich die Kolonialmächte übernommen. Sie waren mit ihren Neuerwerbungen hinreichend beschäftigt. Außerdem verschärften sich die Rivalitäten zwischen ihnen mit dem Auftauchen der USA. Schließlich reagierten die Japaner selbst sehr heftig auf die drohende Kolonialisierung ihres Landes.

Der japanische Weg war und blieb eine Ausnahme. Indien, China, Burma sind nur Beispiele für eine Regel, die sich in Asien, Afrika und – auf in-

direkte Weise – auch in Lateinamerika durchsetzte, als der europäische und nordamerikanische Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium trat und, zwischen 1870 und 1890, den Rest der Welt in seine Interessensphären aufteilte.[26] Damit begann die dritte Phase in der Geschichte des Kolonialismus. Vor allem Afrika war davon betroffen. Der Erdteil wurde nach der Berliner Konferenz von 1885 im Lauf einiger Jahre wie ein Kuchen aufgeteilt. Die afrikanischen Bauern wurden einfach enteignet. In Südafrika verloren sie 90, in Südrhodesien und Swasiland 50, im Belgischen Kongo, in Kenia und Nyassaland 5 bis 10% ihres Ackerlandes.[27] Sie wurden in der Regel auf schlechtere und weniger fruchtbare Böden abgedrängt. Damit war jeder selbständigen Entwicklung der afrikanischen Wirtschaft ein Ende gemacht. Zugleich entstand eine riesige Reserve an Arbeitskräften für die Plantagen und Bergwerke der Weißen; daß dies beabsichtigt war, geht schon daraus hervor, daß große Teile des enteigneten Ackerlandes niemals unter den Pflug genommen worden sind. Dem gleichen Zweck diente die Kopfsteuer(*poll-tax*), die von 1899 an in einer Reihe afrikanischer Territorien eingeführt wurde. Sie mußte bar erlegt werden; damit waren die Eingeborenen gezwungen, sich auf Plantagen und in Extraktionsbetrieben als Lohnarbeiter zu verdingen.[28] Das System im ganzen verhinderte über fünfzig Jahre hinweg jedes Wachstum der innerafrikanischen Wirtschaft.

Dieser dritten Phase in der Entwicklung des Kolonialismus lag die zunehmende Konzentration des Kapitals und der Produktion zugrunde. Ihre Träger waren die Kartelle und Monopole, zu denen sich in den führenden Industrieländern das Industrie- und das Bankkapital vereinigten. Damit wurde der Rohstoffbedarf akut, es mußten neue und größere Absatzmärkte und Investitionsgebiete erschlossen werden. Die politische und militärische Besitzergreifung war nur eine Folge dieser wirtschaftlichen Expansion. Die koloniale Welt wurde so fest und unter solchem Druck an die imperialistischen Mächte gebunden, daß jeder Befreiungsversuch zum militärischen, politischen und ökonomischen Kampf gegen die sogenannten Mutterländer führen mußte.

Drei falsche Erklärungen

Ehe wir im einzelnen auf die Hindernisse eingehen, die der Entwicklung der armen Länder im Wege sind, ist es vielleicht der Mühe wert, auf drei gängige Erklärungen für ihren heutigen Zustand einzugehen, die ebenso unzureichend wie beliebt sind, und die sich im allgemeinen Bewußtsein ebenso zäh halten wie in der herrschenden akademischen Lehre. Natürlich können jene Mächte und Gruppen, die an dem kolonialen Status der armen Länder verdienen, nicht daran interessiert sein, daß die wahren Ursachen dieser Armut aufgeklärt werden. Vielleicht erklären sich auf diese Weise die folgenden Theorien:

1. Die Armut jener Länder rühre daher, daß sie übervölkert seien, oder daß ihre Bevölkerung zu rasch zunehme.
2. Schuld an ihrer Misere sei der Mangel an verfügbarem Kapital.
3. Was ihnen fehle, sei lediglich das unternehmerische Talent.

Aus diesen Thesen folgt, daß die Armut aus der Welt geschafft werden kann, wenn man die Geburtenkontrolle einführt, wenn die USA und die europäischen Staaten in den armen Ländern Kapital investieren, und wenn die Großunternehmen aus den Industrieländern sich dort frei entfalten können. Das sind Auffassungen, die bequem sind und den Interessen der Kolonialisten dienen. Sie nehmen den Großmächten jede Mitschuld an der Armut der Armen ab und machen ihre Mitwirkung zur Bedingung für jede Besserung des heutigen Zustandes. Weder das eine noch das andere ist wahr.

An unternehmerischen Begabungen fehlt es den armen Ländern nicht. Allerdings ist in manchen Gebieten, besonders in Afrika südlich der Sahara – in Guinea, Mali, Tanganyika usw. – die Mittelklasse sehr zurückgeblieben, da die Großmächte dort die Entstehung eines einheimischen Kapitalismus aus Konkurrenzgründen verhindert haben. Aber weder im Mittleren Osten, noch in Lateinamerika, Südostasien und dem restlichen Afrika fehlt es an Unternehmern. Nur daß diese Leute sich auf den Handel und den Geldmarkt beschränken; sie sind selten oder nie in der Industrie tätig. Es fehlt also nicht an den nötigen Industrieunternehmern, sondern an der nötigen Industrie. Die potentiellen einheimischen Unternehmer sehen einfach keine Möglichkeit, mit der Erzeugung von industriellen Gütern auch nur halbwegs soviel zu verdienen wie durch Wucher, Eintreiben von Pachtzinsen und Spekulation. Die Hypothese, derzufolge

es an unternehmerischer Begabung mangle, gibt also keine Antwort auf die Frage, woher die Armut rührt; sie gibt mehr Probleme auf, als sie löst. Eine taugliche Erklärung müßte eher auf die Faktoren abzielen, die eine gründliche Industrialisierung bis heute verhindert haben. [29]

Auch die Behauptung, den armen Ländern gebreche es an der Fähigkeit, Kapital zu akkumulieren, ist irreführend, ja sogar falsch. Zwar fehlt es ihnen heutzutage überall an Maschinen, Gebäuden, Straßen, Häfen, Schiffen, Autos, Krankenhäusern, Schulen und so fort. Aber warum sollten sie sich diese materiellen Voraussetzungen nicht schaffen können? Das ist die Frage. Zwei Antworten bieten sich an. Einmal haben sich die kolonialen »Mutterländer« dem Ausbau von Veredelungsindustrien in den armen Ländern seit jeher widersetzt; zweitens ist ein Großteil des verfügbaren Kapitals in Form von Gewinnen, Zinsen und Royalties in die reichen Länder abgeflossen; drittens hat eine parasitäre Oberschicht einen weiteren Teil davon ihrem Luxuskonsum zugewendet; viertens fiel, was übrig war, an gewisse unproduktive Gruppen der Gesellschaft: an die Geldverleiher, die religiösen Sekten und Verbände, die Militärbürokratien, die passiven Grundbesitzer und Compradores. Die Kapitalbildung wird also nicht dadurch verhindert, daß die Überschüsse zu gering wären, sondern dadurch, daß sie nicht im Lande selber produktiv investiert werden.

Natürlich ist die Produktivkraft und damit das Akkumulationsvermögen der armen Länder, gemessen an europäischen oder nordamerikanischen Verhältnissen, absolut gesehen unbedeutend. Aber auf die absoluten Ziffern kommt es nicht an. Über die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft entscheidet auf die Dauer die relative Investitionsquote, das heißt der *Anteil* am Nationalprodukt, der in ihre Entwicklung gesteckt wird. Wenige Prozente können dabei den Ausschlag geben, wie eine einfache Rechnung zeigt. Nehmen wir an, eine Kapitalinvestition von 10 Mark führe zu einer jährlichen Produktionssteigerung von zwei Mark. Ein Land, das nur 90% seiner Produktion konsumiert und 10% davon investiert, kann dann mit einer Wachstumsrate von 2% rechnen. Eine Investitionsquote von 20 bzw. 30% brächte Zuwachsraten von 4 bzw. 6% mit sich. Über längere Zeiträume hinweg würde sich damit die Produktion in geometrischer Folge steigern. Bei einem jährlichen Wachstum von 2% würde sie sich innerhalb von hundert Jahren versiebenfachen, bei 4% verfünfzigfachen, bei 6% sogar um das Dreihundertundvierzig-

fache anschwellen. Die langfristigen Zuwachsraten liegen nun in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern seit langem bei 3%. Ein Bruttonationalprodukt von 100 Milliarden Mark vermehrt sich unter diesen Umständen in einem Jahrhundert um das Neunzehnfache. Ein armes Land mit ebenso großer Bevölkerung, aber mit einem zehnmal kleineren Nationalprodukt, könnte im gleichen Zeitraum, also in hundert Jahren, die reichere Nation nicht nur ein- sondern sogar überholen, vorausgesetzt, es erreicht eine Wachstumsrate von fünf bis sechs Prozent. Bei sechs Prozent ergäbe sich nach Ablauf der hundert Jahre ein Nationalprodukt von 3400 Milliarden (wogegen die einst reichere Nation nur 1900 Milliarden aufzuweisen hätte, also zur relativ ärmeren geworden wäre). Dieses Rechenexempel ist fiktiv; aber die Entwicklung der sozialistischen Länder, deren langfristige Zuwachsraten bei oder über 8% liegen, hat gezeigt, welche praktische Bedeutung einer solchen Überlegung zukommt. [30]

Nicht auf die absoluten Produktionsziffern der armen Länder kommt es also in erster Linie an, sondern darauf, wie hoch ihre investierbaren Überschüsse sind. Die folgenden Zahlen beweisen, daß nur ein Bruchteil des verfügbaren Kapitals wirklich investiert wird. In Malakka, dem heutigen Malaysia, lag die Investitionsquote 1947 bei 10% des Brutto-Nationalproduktes: die verfügbaren Überschüsse dagegen machten 33 Prozent aus. Die entsprechenden Berechnungen zeigen für die Philippinen (1948), daß dort von den verfügbaren 25% nur neun, für Ceylon (1951), daß nur zehn von 30% faktisch investiert worden sind. In Peru (1947) erzielten die ausländischen Aktiengesellschaften Kapitalgewinne in Höhe von 41, in Chile (1948) in Höhe von 26, in Nord-Rhodesien (1949) von 43% des jeweiligen Nationalproduktes. In Mexiko stieg der Anteil der Gewinne am Nationalprodukt zwischen 1940 und 1950 von 29 auf 41%. [31] Die Tabelle auf der gegenüberliegenden Seite zeigt an einem nord-rhodesischen Beispiel, daß es keineswegs an der nötigen Substanz für eine Steigerung der Investitionen fehlt. [32]

Ein Bericht der Vereinten Nationen rechnet damit, daß ein Anteil von 10–15% am Nationalprodukt der armen Länder in Form von Zinsen, Dividenden und Royalties an Muttergesellschaften im Ausland abgeführt wird. Aus alledem geht hervor, daß man von einem chronischen Kapitalmangel als Ursache für die wirtschaftliche Stagnation der armen Länder nicht sprechen kann. Das Kapital ist vorhanden, nur wird es nicht zum Nutzen der betreffenden Länder verwendet.

Produktion und Ertragsverteilung im nord-rhodesischen Bergbau 1945–1956. (Angaben in Millionen Pfund Sterling)

Jahr	Wert der Produktion	Lohnzahlungen an Afrikaner	Bruttogewinn nach Royalties	Dividendenzahlungen ins Ausland
1945	13,0	1,4	5,5	1,7
1946	14,5	1,4	6,5	2,8
1947	23,5	1,5	12,5	8,6
1948	29,8	1,7	17,1	9,3
1949	36,6	2,2	22,3	11,1
1950	49,3	2,4	29,7	18,6
1951	72,1	3,4	45,8	22,0
1952	78,9	3,9	48,2	20,3
1953	95,0	5,2	54,4	17,9
1954	97,7	5,5	55,9	18,3
1955	120,3	5,5	73,5	20,8
1956	129,3	6,4	80,2	25,5

Nicht besser ist es um die These bestellt, die Übervölkerung der armen Länder trage die Hauptschuld an ihrem Zustand. Wäre eine starke Zunahme der Bevölkerung eine notwendige und zureichende Ursache für die Verarmung eines ganzen Landes, so müßten die Vereinigten Staaten heute zu den ärmsten Nationen der Welt gehören; denn ihre Bevölkerung hat sich in den letzten hundert Jahren versechsfacht. Bekanntlich sind die USA jedoch das reichste Land der Welt, und wir wagen zu behaupten, daß sie dies zu einem großen Teil eben ihrem demographischen Wachstum verdanken. Ein hoher Geburtenüberschuß gehört zu den wichtigsten ökonomischen Entwicklungsfaktoren; er ermöglicht eine verbesserte Arbeitsteilung zwischen Individuen, Unternehmungen, Industriezweigen, Stadt und Land, sowie zwischen den einzelnen Regionen des Landes; verfeinerte Arbeitsteilung bedeutet aber höhere Produktivität.[13] Freilich unter der Bedingung, daß für die wachsende Bevölkerung genügend Arbeitsplätze bereitstehen. Und hier liegt der wunde Punkt: In den armen Ländern haben die Kolonialmächte die Industrialisierung gebremst und die ganze Gesellschaftsordnung auf eine Weise organisiert, die der wirtschaftlichen

Entwicklung nicht zuträglich ist. Deshalb können diese Länder ihre menschlichen Reserven nicht sinnvoll und produktiv nutzen.

Die demographische Erklärung für die Armut der armen Länder sieht gewöhnlich so aus: Hohe Geburtenziffern zusammen mit Sterbeziffern, die infolge der gebesserten hygienischen und medizinischen Verhältnisse stark gesunken sind, führen zu einer Bevölkerungsexplosion. Wenn die Produktion jährlich um 2% zunimmt, genügt eine Vermehrung der Bevölkerung um den gleichen Betrag, um den Zuwachs aufzuzehren: der Lebensstandard bleibt unverändert. Der einzige Ausweg läge somit in einer Senkung der Geburtenziffern mit Hilfe der Geburtenkontrolle. (Wir sehen im folgenden ganz davon ab, daß Extrapolationen in Bezug auf das Bevölkerungswachstum, die sich auf 50–100 Jahre erstrecken, mehr als fragwürdig sind: sie grenzen an demographische Astrologie. Selbst die besten Prognosen sind nur für Zeiträume bis zu fünf Jahren zuverlässig, und schon bei 20–30 Jahren werden die Unsicherheitsfaktoren zu groß.) [34]

Es ist allerdings unbestreitbar, daß man von einem Wettlauf zwischen Produktions- und Bevölkerungszuwachs sprechen kann. Nur daß eine solche Betrachtungsweise von der gesellschaftlichen Organisation, den Wirkungen politischer und ökonomischer Abhängigkeiten, dem Charakter und der Zusammensetzung von Bevölkerung und Produktion, sowie von anderen wesentlichen Voraussetzungen abstrahiert. Es ist einfach nicht wahr, daß eine hohe Bevölkerungsdichte prinzipiell zur Verarmung eines Landes führen muß. Reiche Länder wie Belgien, England, Holland, sogar Italien sind dichter besiedelt als beispielsweise Indien, die Philippinen, der Iran, der Irak, Columbien, der Kongo, Bolivien und Surinam. [35] Und unter den reichen Nationen sind die am dichtesten bevölkerten keineswegs die ärmsten – eher ließe sich das Umgekehrte behaupten. Die Konzentration der Bevölkerung führt zu einer hochgradigen geographischen und sozialen Arbeitsteilung, senkt die »sozialen Kosten« pro Person und begünstigt ein hohes Produktionsniveau. Auch fehlt es den armen Ländern weder an bestellbarem Ackerland noch an Bodenschätzen. Dudley Stamp hat berechnet, daß zwei Drittel der nutzbaren Bodenflächen brach liegen. [36] Große Teile dieser landwirtschaftlichen Landreserven liegen in Afrika und Lateinamerika. Die Schätzungen des amerikanischen Experten C. Taeuber stimmen damit gut überein. [37] Die chinesischen Pläne sehen in absehbarer Zeit eine Verdoppelung der gegenwärtigen Anbauflächen

vor.[38] Was die Bodenschätze angeht, so genügt ein Hinweis auf die Vorräte Südafrikas, Lateinamerikas und des Kongo. Die Ansicht, es fehle den armen Ländern an natürlichen Resourcen, zeugt übrigens meist von bloßer Ignoranz. Noch Mitte der vierziger Jahre behaupteten manche geographische Standardwerke, China sei von Natur aus ein armes Land. Dieses Urteil beruhte einfach darauf, daß es keine hinlänglichen Bodenuntersuchungen gab. Heute wissen wir, daß China, nach Zahl und Umfang seiner Bodenschätze, zu den reichsten Ländern der Welt gehört.[39] In vielleicht noch höherem Grad gilt das für Afrika. Zu alledem ist schließlich noch zu bedenken, daß eine rasche wirtschaftliche Entfaltung natürlichen Reichtum nicht unbedingt voraussetzt. Das ließe sich schon an der japanischen Geschichte leicht beweisen.

Was also fehlt, sind weder nutzbare Anbauflächen noch natürliche Bodenschätze. Was fehlt, ist die Industrie. Zwischen dem Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtzahl der Beschäftigten einerseits und der Produktion pro Kopf der Bevölkerung besteht ein eindeutiger Zusammenhang: je höher jener Anteil, desto geringer ist die Produktion.

Pro-Kopf-Einkommen (1953, in Dollars) und Beschäftigten-Anteil der Industrie und des tertiären Sektors[40]

Gebiet	Pro-Kopf-Einkommen	Anteil von Industrie- und Dienstleistungssektor in Prozent der arbeitenden Bevölkerung
Nordamerika	1810	87
Ozeanien	964	83
Nordwesteuropa	681	83
Südafrik. Union	300	53
Südosteuropa	285	53
Lateinamerika	260	49
Japan	184	49
Mittlerer Osten	109	35
Südostasien	64	27

Mit dem Anteil der Industrie und des Dienstleistungssektors an der arbeitenden Bevölkerung ist das Pro-Kopf-Einkommen der Europäer und der

Nordamerikaner ständig gestiegen. Das ist für die modernen Gesellschaften eine fundamentale und allgemeine ökonomische Regel. Wo der Anteil der Industrie an der Gesamtzahl der Beschäftigten konstant geblieben oder gesunken ist, wie zum Beispiel in Südostasien, stagnierte dementsprechend auch das Einkommen, oder es ging sogar zurück. [41]

Hiergegen ließe sich einwenden: wenn Einkommensentwicklung und Industrialisierungsgrad Hand in Hand gehen, so ist damit kein kausaler Zusammenhang erwiesen. Könnte man nicht den umgekehrten Schluß ziehen und sagen, daß eine Erhöhung des Einkommens zu einer stärkeren Industrialisierung führt? In der Tat besteht hier eine Wechselwirkung. Neue Industrien steigern die Produktion und das Einkommen; dadurch verbessert sich die Arbeitsteilung, Arbeitskräfte, Rohstoffe und Kapitalien werden freigesetzt, die ihrerseits die Industrialisierung beschleunigen. Die treibende Kraft bei diesem Prozeß ist jedoch immer die Industrie, und nicht die Landwirtschaft. Das zeigt ein Vergleich zwischen der Produktivität beider Sektoren: sie liegt in der Industrie zwei- bis dreimal so hoch wie in der Landwirtschaft, eine Differenz, die in den armen Ländern eher noch größer ist als in den reichen, weil dort alle Voraussetzungen für eine Mechanisierung der Landarbeit fehlen. [42]

Industrielle und landwirtschaftliche Produktion pro Arbeitskraft. Werte für 1957 (in Dollars).

Gebiet	Industrie	Landwirtschaft
Nordamerika	5126	2253
Nordwesteuropa	1767	1075
Lateinamerika	976	403
Japan	977	350
Naher Osten	686	278
Mittlerer Osten	657	250
Südostasien	450	150

Die Neo-Malthusianer aller Richtungen machen sich mithin die Lösung des Bevölkerungsproblems zu leicht, wenn sie die Wachstumsraten der Bevölkerung und der Produktion miteinander vergleichen und so zu dem Schluß kommen, daß die Vermehrung der Bevölkerung durch Geburten-

kontrolle und andere Maßnahmen verringert oder gestoppt werden müsse. Solche Eingriffe können zu einer Entfaltung der Wirtschaft nicht führen. Das kann nur die Industrialisierung leisten. Sie unterscheidet die armen von den reichen Ländern, und nicht das demographische Wachstum (dessen Rate in den reichen Ländern bei 1,2 und bei 1,4 in den armen Ländern liegt). Ein grundlegender Fehler der neo-malthusianischen Richtung liegt außerdem darin, daß sie das Wachstum der Bevölkerung als unabhängige Variable betrachten, von der das ökonomische Wachstum einseitig abhinge. Es ist zwar, wie wir gesehen haben, richtig, daß die Bevölkerungszunahme das Wachstum der Wirtschaft beeinflußt; aber sie *bestimmt* es nicht. Umgekehrt – und das ist das Wesentliche – bestimmt der Produktionszuwachs die Bevölkerungsentwicklung. Das gilt jedenfalls auf lange Sicht. Es ist unmöglich und zwecklos, in Ländern, deren Wirtschaft auf einem niedrigen Niveau stagniert, die Geburtenkontrolle durchzusetzen. Eine hohe Geburtenrate erfüllt in solchen Agrargesellschaften eine ökonomische Funktion: die Kinder werden als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gebraucht; bei der hohen Kindersterblichkeit muß deshalb die Geburtenziffer hoch bleiben. Eben diese hohe Sterblichkeit, von manchen Neo-Malthusianern als ein Glück im Unglück betrachtet, ist übrigens eine mitwirkende Ursache für die herrschende Armut. 20–25% des indischen Nationalproduktes werden von Kindern verzehrt, die sterben, ehe sie fünfzehn Jahre alt geworden sind, und die folglich, rein wirtschaftlich gesehen, nur als Konsumenten aber nicht als Produzenten in Erscheinung treten.[43] Erst wenn ein gewisses ökonomisches und kulturelles Minimum erreicht ist, kann sich die Geburtenkontrolle durchsetzen und die Geburtenziffer sinken: die Kinder werden dann nicht mehr als Arbeitskräfte und zur Versorgung der älteren Generation benötigt. Alle Länder, die heute reich sind, haben eine solche Entwicklung durchgemacht. Vor der Industrialisierung waren auch bei uns die Geburts- und die Sterbezahlen hoch, während die Bevölkerungszahl stagnierte oder nur langsam anstieg. Viele starben schon als Säuglinge; damit genügend viele übrig blieben, mußten viele Kinder in die Welt gesetzt werden. Daher die hohe Geburtenziffer. Die hohen Sterbeziffern erklären sich einfach aus der großen Armut und den schlechten sanitären Bedingungen. Die Kinder mußten für ihre Eltern sorgen, wenn diese alt oder krank waren. Eine andere Altersversorgung gab es nicht.[44]

Mit der Industrialisierung änderten sich all diese Verhältnisse. Steigende

Produktion, steigender Lebensstandard, besserer Gesundheitszustand, sinkende Sterbeziffern waren die Folge. Dagegen verharrten die Geburtenziffern noch eine Zeitlang auf dem früheren Niveau, wodurch die Bevölkerung rasch anwuchs. In dieser demographischen Übergangsphase befinden sich heute die armen Länder. Sowie aber die Kindersterblichkeit nachließ, paßten die Menschen sich den neuen Verhältnissen an und die Kinderzahl nahm ab. Dazu kam es jedoch erst in dem Augenblick, da sich die Leute der Möglichkeiten bewußt wurden, die ihnen der steigende Lebensstandard bot. Auch die ökonomische Funktion der Kinder verlor, sobald die erste Phase des kapitalistischen Industrialisierungsprozesses abgeschlossen war, an Bedeutung. Seitdem hat die Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft ein Ende. Die Arbeiter erkämpfen sich soziale Rechte, wie das Recht auf Alters- und Krankenversorgung. Auch dadurch verlor die Kinderzahl an wirtschaftlicher Bedeutung.
Unter diesem Aspekt ist auch das Bevölkerungsproblem der armen Länder zu sehen. Natürlich wäre es zu wünschen, daß die äußerst hohen Geburtenziffern gewisser Länder durch Geburtenkontrolle reduziert würden. Doch muß man sich darüber im Klaren sein, daß solche Maßnahmen nicht in einem sozialen Vakuum wirken. Sie werden auf die Dauer nichts nützen, wenn die sozialen Normen und Strukturen unverändert bleiben, und wenn die Wirtschaft keine Fortschritte macht. In den Gesellschaften, die nach wie vor von kolonialen Mächten abhängen, herrscht eine vernunftwidrige Ordnung, die Millionen von Menschen eine sinnvolle Beschäftigung und Entfaltung ihrer Möglichkeiten verweigert. Nur indem man diesen Zustand ändert, ist das Bevölkerungsproblem jener Länder zu lösen.

Ausländische Konzerne und einheimischer Großgrundbesitz

Was die wirtschaftliche Entfaltung der armen Länder wirklich verhindert, das sind die Großunternehmen der imperialistischen Nationen, die sich dort niedergelassen haben und ein Bündnis mit den einheimischen reaktionären Gruppen und Klassen eingegangen sind: mit den Grundbesitzern, den Militärs, den Geldverleihern und den Compradores, einer bürgerlichen Schicht, die ihr Los auf die Kollaboration mit den ausländischen Firmen gestellt hat. Dieses Bündnis wird von der Staatsmacht der im-

perialistischen Mutterländer ökonomisch, politisch, diplomatisch und nötigenfalls auch militärisch gestützt. Welche Formen diese Unterstützung heute, angesichts der wachsenden Befreiungsbewegungen, annimmt, werden wir noch im einzelnen untersuchen.

Vier Besonderheiten zeichnen die Gesellschaften, die in den armen Ländern operieren, aus. Erstens werden sie von großen Konzernen, die in den Zentren des Imperialismus beheimatet sind, kontrolliert. Zweitens beschränken sie ihre Tätigkeit auf die Gewinnung von Rohstoffen (Plantagenbetrieb, Bergbau und Ölgewinnung), teils um den Rohstoffbedarf der Metropolen zu decken, teils um jede Konkurrenz mit den dort ansässigen Veredelungsindustrien auszuschließen. Drittens stehen sie gänzlich außerhalb der einheimischen Wirtschaft der armen Länder; sie bilden dort gleichsam ökonomische Inseln, Enklaven, die ganz auf den Export orientiert sind. Viertens stecken sie ihre Überschüsse, die infolge der niedrigen Löhne und der niedrigen Grundrenten beträchtlich sind, weder in den eigenen Betrieb noch in andere ortsansässige Industrievorhaben, sondern transferieren sie in großem Umfang als Zinsen, Dividenden und Provisionen in die Mutterländer.

Allein daß diese großen Industriebetriebe in der Hand von Ausländern sind, hat selbstverständlich zur Folge, daß sie auf die Interessen der armen Länder keine Rücksicht nehmen. Deshalb werden diese Länder sich wirtschaftlich nicht entfalten können, ehe sie nicht nur die politische sondern auch die ökonomische Selbständigkeit erlangt haben. In Lateinamerika liegt die Produktion von Zink, Blei, Eisenerz, Kupfer, Kaffee und Kakao zu 60–70, die Produktion von Salpeter, Tabak und Bananen zu 40–60 Prozent, die Erzeugung von Zinn, Öl und Hölzern zu 20–40 Prozent in den Händen amerikanischer Firmen. Die ausländischen Anteile sind noch weit höher, wenn man die westdeutschen und die englischen Interessen berücksichtigt. Vor 1959 kontrollierten USA-Firmen auf Cuba etwa die Hälfte der Zuckerproduktion. 60 Prozent der ausländischen Investitionen in Lateinamerika waren Mitte der fünfziger Jahre auf die extraktiven Industrien konzentriert (Landwirtschaft, Bergbau, Öl); nur 19 Prozent entfielen auf die verarbeitenden Industrien und 21 Prozent auf den Dienstleistungs-Sektor und die öffentlichen Dienste. Die folgende Tabelle zeigt, in welchem Grad die ausländischen Exportinteressen die Wirtschaft der formell unabhängigen Staaten Mittel- und Südamerikas beherrschen. [45]

Land	Exportanteil am Brutto-nationalprodukt in Prozent	Anteil der USA am Export in Prozent	Exportanteil der beiden wichtigsten Exportgüter in Prozent	Die beiden wichtigsten Exportgüter
Bolivien	45	45	67	Zinn, Blei
Venezuela	40	40	95	Öl, Eisenerz
Dominikanische Republik	25	52	65	Zucker, Kakao
El Salvador	25	40	90	Kaffee, Baumwolle
Costa Rica	21	80	85	Kaffee, Bananen
Chile	20	60	77	Kupfer, Salpeter
Honduras	19	40	71	Bananen, Kaffee
Nicaragua	19	33	77	Baumwolle, Kaffee
Peru	19	45	39	Baumwolle, Zucker
Guatemala	18	50	85	Kaffee, Bananen
Ecuador	17	40	75	Bananen, Kaffee
Paraguay	15	20	40	Hölzer, Baumwolle
Uruguay	13	10	70	Wolle, Weizen
Columbien	13	71	92	Kaffee, Öl
Haiti	11	65	87	Kaffee, Sisal
Panama	10	75	76	Bananen, Kaffee
Argentinien	10	12	43	Fleisch, Weizen
Mexico	9	60	36	Baumwolle, Kaffee
Brasilien	9	40	62	Kaffee, Kakao

Entsprechende Angaben liegen über alle Teile der unterentwickelten Welt in großer Fülle vor. Mitte der fünfziger Jahre gingen 71 Prozent des afrikanischen Exports nach England, Frankreich, Belgien, den USA, Canada und Westdeutschland. Auf den innerafrikanischen Handel entfielen nur 11 Prozent. Umgekehrt importierte Afrika 71 Prozent seines Bedarfs aus den genannten Ländern und nur 10 Prozent aus dem eigenen Wirtschaftsgebiet. Der Export des Kongo-Léopoldville macht ein Drittel des Nationalproduktes aus. In Uganda liegt der Anteil von zwei Produkten, Baumwolle und Kaffee, bei 80–90 Prozent des gesamten Exports. Sambia

gehört zu den größten Kupferproduzenten der Welt, aber es importiert Industrieerzeugnisse aus Kupfer, vor allem aus England. Bis vor kurzem führte das wichtigste Kakao-Land der Welt, Ghana, Schokolade aus England ein![46] Die Ausfuhr Malaysias besteht zur Hälfte aus Gummi, Baumwolle und Jute. Eine ähnliche Rolle spielt der Tee in der indischen, der Reis in der Wirtschaft Ceylons und der Zucker für die Philippinen.[47] Wie unsere Tabelle zeigt, sind die meisten südamerikanischen Länder mit etwa der Hälfte ihres Exports an die USA gebunden – und zwei Drittel davon werden durchschnittlich von zwei Produkten bestritten.

Die Konsequenzen verstehen sich von selbst. Zunächst führt die Abhängigkeit von einem oder von einer Handvoll Abnehmern dazu, daß der Verhandlungs-Spielraum kleiner wird. Vernünftige Preise für Rohstoffe und Lebensmittel lassen sich unter diesen Umständen kaum erzielen. Seit dem Anfang der fünfziger Jahre sind die Rohstoffpreise kontinuierlich gesunken. Allein der Preissturz von 1957/58 hat, zusammen mit den gestiegenen Importpreisen für Industrieerzeugnisse, die armen Länder in einem einzigen Jahr schätzungsweise eineinhalb Milliarden Dollar gekostet.[48] Andere Schätzungen laufen darauf hinaus, daß allein die lateinamerikanischen Länder durch solche Preisbewegungen seit der Mitte der fünfziger Jahre 1,5 Milliarden Dollar jährlich eingebüßt haben, ein Verlust, der die sogenannte Entwicklungshilfe, die denselben Ländern seit dem Ende des Krieges zugeflossen ist, bei weitem übersteigt – ganz abgesehen davon, daß diese Hilfe hauptsächlich der Entwicklung des Rohstoffexportes und militärischen Zwecken zugutekam.[49] 1954 hat Brasilien 4,3 Millionen Tonnen ausgeführt und dafür 1562 Millionen Dollars erlöst. 1962 erreichte der Export 12,4 Millionen Tonnen vergleichbarer Güter, doch brachte diese Menge nur 1214 Millionen Dollars ein. Der Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen für Asien und den Fernen Osten hat errechnet, daß ein Preisverfall von 5% auf dem Rohstoffmarkt den gesamten Kapitalzufluß an die armen Länder auffrißt; dabei sind sowohl die privaten Investitionen als auch staatliche Darlehen, Kredite und die gesamten Mittel der Entwicklungshilfe berücksichtigt. Für eine Reihe von Exportgütern fluktuierten die Preise zwischen 1948 und 1956 um bis zu 10% pro Jahr. Auf diese Weise müssen die armen Länder für gleichbleibende Importe immer mehr aufwenden, und die gesamte Entwicklungshilfe wird von den Preisbewegungen für ihre Ausfuhrgüter verzehrt.[50]

Die einseitige Betonung der Rohstoffwirtschaft hat aber noch ganz andere Folgen. Auch geringfügige Preis- und Absatzveränderungen können nicht durch eine steigende oder wenigstens stabile Produktion auf anderen Gebieten abgefangen werden, weil die ganze Ökonomie auf zwei oder drei Produkte zugeschnitten ist. Deshalb schwanken Beschäftigung und Einkommen von Jahr zu Jahr. [51]

Die großen rohstoffproduzierenden Industrien liegen wie Enklaven in einer wirtschaftlichen Umgebung, an die sie kräftig förderliche Impulse nicht abgeben. Ihr Bedarf an Produkten anderer Betriebe ist gering, da sie Rohstoffe erzeugen und nicht verarbeiten. Die Maschinen, die Werkzeuge und alles andere, was sie brauchen, beziehen sie größtenteils aus den Mutterländern. Auch auf der Seite des Absatzes spielt der lokale Markt kaum eine Rolle. [52] Was sie an Löhnen an Ort und Stelle auszahlen, wird zum Teil für Konsumgüter ausgegeben, die wiederum aus den großen Industrieländern importiert sind; zum andern Teil fließt es in die Landwirtschaft ab. Da jedoch in den meisten Fällen an Landreformen nicht zu denken ist, stimuliert die höhere Nachfrage nicht unbedingt die Agrarproduktion. Sie bewirkt eher, daß die Lebensmittelpreise und damit die Lebenshaltungskosten für die Lohnarbeiter steigen, und mit ihnen die Einkünfte der großen Güter, nicht aber deren Erzeugung. Gründliche Abhilfe kann nur die Bodenreform und die Industrialisierung schaffen. Beides setzt die faktische, das heißt die politische *und* wirtschaftliche Selbständigkeit voraus.

Soweit die Großunternehmen überhaupt günstig auf die kolonialen Binnenwirtschaften einwirken, bleibt diese Wirkung meist theoretisch. Sie wird von gegenteiligen Effekten, und zwar durch die direkte Ausblutung, zunichte gemacht, die sich in ständigen Exportüberschüssen und in den Gewinntransfusionen aus den armen in die reichen Länder ausdrückt. Burmas Ausfuhrüberschüsse unter der englischen Herrschaft hat J. S. Furnivall berechnet. Sie stiegen von 13 (1871/80) auf 40 (1891/00), 91 (1901/10), 280 (1921/30) und 269 Millionen Rupien (1931/40) kontinuierlich an. (Die übrigen Zehnjahresperioden zeigen kriegsbedingte Abweichungen.) Die steigende Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr »wird oft unsichtbaren Importen, vor allem Dienstleistungen, zugeschrieben; aber in gewissen Grenzen sind diese Importe einfach deshalb unsichtbar, weil sie nie exisitiert haben; die Überschüsse schließen Gewinne ein, denen keinerlei geleistete Dienste entsprechen.« [53] Was solche trans-

ferierten Gewinne betrifft, so sind sie am zuverlässigsten im Falle Lateinamerikas berechnet worden. Die ausländischen Direktinvestitionen von privater Hand betrugen 1950–1960 für den ganzen Kontinent 6,179 Milliarden Dollars; im gleichen Zeitraum verloren die lateinamerikanischen Länder 11,083 Milliarden Dollars an transferierten Gewinnen. Der Kapitalabfluß lag also bei netto 4,904 Milliarden Dollars. Für das erste Jahrfünft (1950–1955) umfassen diese Zahlen nur die Gewinnzahlungen in die Vereinigten Staaten; rechnet man die Gewinne der europäischen Unternehmungen hinzu, so ergibt sich ein noch viel größerer Verlust.[54] Der Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen für Südamerika hat errechnet, daß diese jährlichen Tribute von 680 (1947) auf 940 (1951) und 1200 Millionen Dollars (1955–1960, Durchschnittswert) gestiegen sind.[55] Auf der Sitzung desselben Ausschusses in Mar del Plata, die dem Verhältnis zwischen Lateinamerika und den USA gewidmet war, wurde ein noch aktuellerer Bericht über die Jahre 1951–1960 vorgelegt. Darin werden die nordamerikanischen Direktinvestitionen mit netto 5510 und die transferierten Dividenden- und Gewinnauszahlungen mit 9500 Millionen Dollars angegeben.[56] Das bedeutet, grob gerechnet, daß Lateinamerika jeden investierten Dollar mit zwei Dollars verzinsen muß. Wenn man die Nettoüberweisungen der südamerikanischen Kapitalisten an ihre schweizerischen und nordamerikanischen Banken berücksichtigt, nimmt der Kapitalverlust noch größere Dimensionen an. Soweit die ausländischen Konzerne einen Teil ihrer Gewinne an Ort und Stelle re-investieren, bauen sie lediglich ihre Rohstoffproduktion weiter aus, kaufen bereits existierende Firmen auf und zementieren so das koloniale Abhängigkeitsverhältnis.[57]

Hohe Arbeitslöhne für die einheimischen Beschäftigten würden die Kaufkraft am Ort vermehren; sie kämen in gewissem Umfang den verarbeitenden Industrien des Gastlandes zugute, vorausgesetzt, es nähme die Kontrolle über den Außenhandel in seine eigenen Hände. Doch verdanken die kolonialistischen Gründungen in den armen Ländern ihre Existenz nicht philanthropischen Motiven: sie sollen vielmehr Gewinne abwerfen. Deshalb bleiben die Löhne niedrig. Eine historische Studie über die Profite britischer Gesellschaften in unterentwickelten Ländern zeigt, daß die jährliche Gewinnrate über einen Zeitraum von vierzig Jahren hinweg bei 50% lag.[58] Der Nationalökonom, der diese Frage studiert hat, faßt seine Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

»1. Von den 120 untersuchten Aktiengesellschaften haben 110 über mehrere Jahrzehnte hinweg mehr als 10% des Buchwertes ihrer Stammaktien als Gewinne ausgewiesen. 103 von ihnen ist es gelungen, auf dem Höhepunkt der Konjunktur Dividenden auszuzahlen, die der Höhe des investierten Kapitals mindestens entsprachen.
2. 70 dieser Gesellschaften erzielten während der günstigsten fünf Jahre ihres Wirkens eine Verzinsung von mehr als zweihundert Prozent und ... über ein Viertel dieser Gruppe konnte Gewinne in der Höhe des eingesetzten Kapitals im Lauf eines einzigen Jahres, oder in noch kürzerer Zeit, ausschütten.
3. Die Daten für die Jahre 1945–1950 zeigen, daß die Zeit der fetten Dividenden keineswegs vorbei ist.«
Für den afrikanischen Bergbau sind Dividenden von 100% nichts Ungewöhnliches.[59] Entsprechende Daten liegen auch für andere Gebiete vor. Eine Delegation von amerikanischen Geschäftsleuten konnte in Brasilien feststellen, daß dort »weit höhere Gewinne möglich sind als in den USA. Es ist keine Seltenheit, daß sich eine Fabrik in einem oder in zwei Jahren bezahlt macht.«[60] Die amerikanischen Firmen, die zwischen 1945 und 1948 in unterentwickelten Ländern operierten, haben Gewinne von durchschnittlich 16% ausgewiesen. Die entsprechende Zahl für Firmen in den USA betrug 11%.[61] Die Tabelle auf der gegenüberliegenden Seite gibt, für die Zeit zwischen den Weltkriegen, die Dividenden niederländischer Firmen im Mutterland (I) und im damaligen Niederländisch-Ostindien (heute Indonesien) (II) an.[62]
Die Gewinne in den unterentwickelten Ländern liegen also durchwegs höher als die im Mutterland. Diese Tatsache erklärt den Kapitalexport in die armen Gebiete der Welt ebenso wie den zähen Widerstand, den die großen Konzerne und ihre politischen und militärischen Vertreter dem Prozeß der Entkolonisierung entgegensetzen.
Die Binnenwirtschaft der armen Länder wird vor allem vom Agrarsektor beherrscht. In Lateinamerika ist fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt; sie bringt aber nur ein Viertel des Nationalproduktes hervor.[63] In Südostasien ist der Anteil der landwirtschaftlich Beschäftigten noch größer. In Anbetracht dieser dominierenden Rolle des agrarischen Sektors entscheiden dessen Leistungen über die zukünftige Entwicklung der ganzen Ökonomie. Er muß Arbeitskräfte freisetzen, Lebensmittel und Rohstoffe liefern und außerdem Überschüsse zur

Jahr	Dividenden in Gruppe (I) (Mutterland)	Dividenden in Gruppe (II) (Indonesien)
1922	5%	10%
1923	4	16
1924	5	23
1925	5	27
1926	5	25
1927	6	25
1928	6	22
1929	5	16
1930	5	7
1931	2	3
1932	2	3
1933	2	3
1934	2	3
1935	2	4
1936	3	7
1937	5	10
Durchschnitt	4%	13%

Investition in anderen Bereichen abwerfen, wenn die Gesamtwirtschaft sich entfalten soll. Wenn diese Wirkung ausbleibt, so muß das an der Agrarstruktur, an der zu geringen Produktivität der Landwirtschaft sowie daran liegen, daß ihre Überschüsse nicht zweckmäßig investiert werden. Nun variiert die Eigentumsstruktur naturgemäß von Land zu Land. Afrika mit seiner alten Bauernbevölkerung, die an den traditionellen Formen der kollektiven Landarbeit festhält, und mit seinen Plantagen und Bergwerken, die vorwiegend Saisonarbeiter beschäftigen, hat mit Südostasien, dessen Kleinbauern verschuldet und in Pachtverhältnisse verstrickt sind, ebenso wenig gemeinsam wie mit Lateinamerika, wo eine charakteristische Mischung von Latifundien und Minifundien vorherrscht. Überall gilt jedoch, daß die meisten Bauern über wenig Land verfügen und hauptsächlich für den Bedarf ihrer eigenen Familie produzieren. Neben diesen kleinen Bauern spielen in Lateinamerika und Südostasien die Großgrundbesitzer eine entscheidende Rolle. Mehr als die Hälfte des nutzbaren Bodens liegt in Lateinamerika in den Händen einer besitzen-

den Schicht, die weniger als 5 % der Grundeigentümer ausmacht.[64] In Brasilien ist das Verhältnis noch extremer: dort besitzen 2 % aller Eigentümer 58 % von Grund und Boden.[65] Diese Großgrundbesitzer beschäftigen sich weniger mit ihrer Landwirtschaft als mit der Eintreibung ihrer Pachten, mit dem Geldverleih und der Vergabe von Saatgut an ihre Pächter zu Wucherzinsen. Im übrigen wenden sie einen großen Teil ihrer Einkünfte für ihre luxuriöse Lebensführung auf. So hat Adam Smith einst den englischen Großgrundbesitz kritisiert, der sich Rennställe und Dienstboten hielt und sein Vermögen in Schlössern und Auslandsreisen anlegte. Die Pachten, welche die Bauern bezahlen müssen, sind durchwegs sehr hoch: Die Hälfte der Ernte war in China bis 1949 der übliche Satz; er gilt in Südostasien und Lateinamerika heute noch.[66] Da die landwirtschaftlichen Techniken dort nach wie vor primitiv, und da die Pachthöfe klein sind, kann die Masse der kleinen Bauern keinerlei Überschüsse erwirtschaften. Ihre Lage wird durch den blühenden Wucher und dadurch erschwert, daß es ein ordentlich funktionierendes Kreditwesen nicht gibt. Monatszinsen von 5 bis 10 % für Bargeld und Kornzinsen von 50 bis 100 % für ein halbes Jahr gelten als durchaus normal.[67] Das System führt dazu, daß die Landwirtschaft keine investierbaren Erträge erzielt; wo sich Gewinne anhäufen, schaffen sie keine Kaufkraft für eine erweiterte Binnenproduktion. Es fehlt somit jeder Anreiz dazu, neues Ackerland zu erschließen. Nur eine gründliche Bodenreform kann diesen *circulus vitiosus* brechen. Erst wenn der Boden denen gehört, die ihn bearbeiten, werden materielle und ideelle Stimulantien die Produktion und den Lebensstandard in die Höhe treiben. Die Bodenreform ist also die grundlegende Vorbedingung einer jeden zukünftigen Industrialisierung der armen Länder.

Der Neo-Kolonialismus und seine Methoden

Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich rund 50 Staaten mit mehr als 800 Millionen Einwohnern die nationale Unabhängigkeit erkämpft: Indien, Burma, Indonesien, Nord-Vietnam, Nigeria, Ghana, Jordanien, Tunesien, der Kongo, Algerien, Kenia und viele andere. Noch 1945 beherrschten elf Mächte, deren Mutterländer von 380 Millionen Menschen bewohnt waren, Kolonialreiche mit einer Bevölkerung von 663 Millionen.

1960 waren diese Imperien auf 83 Millionen Einwohner geschrumpft.[68] (China und Cuba sind in diesen Zahlen nicht einbegriffen.) Einige der neuen Nationen haben über die nationale Unabhängigkeit hinaus ihre Revolutionen fortgeführt und ein sozialistisches Stadium erreicht. China, Nord-Vietnam und Cuba sind die wichtigsten Beispiele. Andere befinden sich in einer Art Übergangsphase zwischen der nationalen bürgerlichen Demokratie und dem Sozialismus. Man könnte sie, in Ermangelung eines besseren Ausdrucks, protosozialistische Gesellschaften nennen. Zu ihnen zählt Algerien, aber auch Ghana und Guinea. Ferner gibt es Staaten, die politisch unabhängig geworden sind, aber nach wie vor wirtschaftlich auf die alte oder eine neuerdings eingedrungene kolonialistische Macht angewiesen sind. Die meisten unterentwickelten Länder gehören zu dieser Gruppe. Schließlich kann die ökonomische Abhängigkeit von einer Kolonialmacht zu einem politischen Zustand führen, in dem die Staatsmacht des betroffenen Landes auf weite Strecken hin zur Fiktion wird. Das ist in vielen lateinamerikanischen Ländern ebenso der Fall wie in der französischen Communauté und in Indien. In der ehemaligen kolonialen Welt finden wir also heute eine Skala vor, die von der vollständig konsolidierten bis zur scheinhaften und immer mehr sich aushöhlenden Selbständigkeit reicht.

Für die armen Länder ist der Kolonialismus nach wie vor ein Machtfaktor und eine Gefahr. Dies gilt nicht nur für die Gebiete, wo die koloniale Herrschaft immer noch offen ausgeübt wird, wie in Süd- und Zentralafrika sowie im Kongo, wo die Kolonialmacht zur Vordertür hinausging, aber durch die Hintertür wiederkehrte – nämlich durch die Aktion der Vereinten Nationen. Der Rückschlag der Unabhängigkeitsbewegung im ehemaligen belgischen Kongo gibt ein gutes Beispiel für einen Sachverhalt ab, den schon Lenin beschrieben hat – freilich mit dem Unterschied, daß die Kolonialherrschaft heute zu äußerst subtilen Mitteln und notfalls auch zu kollektiven Aktionen greift:

»Das Finanzkapital ist in allen ökonomischen und internationalen Verhältnissen eine so bedeutende, ja man kann sagen entscheidende Kraft, daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann und faktisch unterwirft, die nach außen hin politisch völlig souverän scheinen.«[69]

In diesem Licht muß man den Neo-Kolonialismus sehen. Einerseits ist er ein Schwächezeichen: Daß der Imperialismus überhaupt neue und indirektere Methoden anwenden muß, zeigt die Stärke der sozialistischen Posi-

tionen in der Welt an. Andererseits versprechen jene Methoden nur deshalb Erfolg, weil den Befreiungsbewegungen noch viele Zeichen der Schwäche und der Unreife anzumerken sind. Das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und dem lateinischen Amerika zeigt, daß der Neo-Kolonialismus die formelle Unabhängigkeit der ärmeren Länder keineswegs respektiert, und daß er jederzeit zu offen kolonialistischen Mitteln seine Zuflucht nimmt, wenn die Lage es erfordert. Allerdings stärken solche Rückgriffe wiederum den Widerstand der betroffenen Völker. Auf die Dauer kann der Ausgang dieser Kämpfe nicht zweifelhaft sein.

Die Methoden des Neo-Kolonialismus wechseln von Fall zu Fall. Zu militärischen Machtmitteln wird nur im Notfall gegriffen. Freilich versuchen die Kolonialmächte, auch den Militärapparat der neuen Nationen in die Hand zu bekommen. In Ghana beispielsweise wurden alle öffentlichen Ämter nach der Unabhängigkeitserklärung mit einheimischen Leuten besetzt – mit einer Ausnahme: Den Posten des Oberbefehlshabers hatte bis zum Herbst 1961 ein Engländer inne, der General Alexander. Während der Krise, zu der es damals kam, sah sich Präsident Nkrumah gezwungen, Alexander zu verabschieden. Ebenso mußte die Regierung von Tanganyika im April 1962 den Chef der Polizei, der ein Brite war, durch einen Afrikaner ersetzen.[70] Diese Beispiele zeugen von einer Erfahrung, die Nkrumah in seiner Autobiographie beschrieben hat: »Nach jeder politischen Revolution, sie sei gewaltsam oder nicht, muß die neue Regierung, sobald sie zur Macht gekommen ist, alle führenden Leute des alten Regimes aus der Administration entfernen. Ich habe aus meiner eigenen Erfahrung gelernt, daß eine revolutionäre Regierung, die das versäumt, ihren Untergang riskiert.« Auch auf andere Weise versuchen die Kolonialmächte, an ihrem militärischen Einfluß festzuhalten. Sie legen, besonders in Lateinamerika und in den ehemals französischen Gebieten Afrikas, Basen und Garnisonen an; sie verschaffen sich eine Monopolstellung als Waffenlieferanten; sie übernehmen die Ausbildung von Offizieren; sie geben technische Militärhilfe; und so weiter und so fort.

Auch auf ideologischem Gebiet geht das alte Spiel weiter. In Afrika sind Presse, Rundfunk und Fernsehen zu großen Teilen in englischer, oder in der Hand anderer kolonialistischer Interessenten. Diese Medien spielen gegen die nationalen Freiheitsbewegungen, um sie zu isolieren, einen groben Antikommunismus aus.

Die rein wirtschaftlichen Methoden spielen nach wie vor die Hauptrolle.

Auch hier wird das alte Muster immer neu variiert. Die ausländischen Unternehmen binden einheimische Anführer und Häuptlinge, Teile der einheimischen Bourgeoisie und der Intelligenz an sich, indem sie ihnen wirtschaftliche Vorrechte einräumen. Wo es, wie in Afrika, eine starke Gewerkschaftsbewegung gibt, versucht man sie zu entwaffnen und ideologisch einzudämmen. Zu diesem Zweck werden eigene Funktionäre ausgebildet und Schulen gegründet. Eine zweideutige Rolle spielt auch die Entwicklungshilfe. Oft enthalten die Abkommen, in denen sie vereinbart wird, Klauseln, die ihren Effekt auf die Rohstoffproduktion beschränken, statt die Wirtschaft des Nehmerlandes im ganzen voranzubringen. Allerdings hat die Konkurrenz mit der Wirtschaftshilfe aus den sozialistischen Ländern in manchen Fällen dazu geführt, daß alte Kolonialmächte sich genötigt sahen, ihren Klienten bedingungslos zu helfen.[71] Zu berücksichtigen ist, wo immer von Entwicklungshilfe gesprochen wird, daß sie zu einem beträchtlichen Teil aus Waffen und sogenannten Surplus-Produkten besteht. Die gesamte Auslandshilfe der USA machte zwischen 1945 und 1957 genau 59,3 Milliarden Dollars aus.[72] Der Anteil der Militärhilfe betrug nach offiziellen amerikanischen Angaben 20,7 Milliarden, das ist mehr als ein Drittel. Das restliche Geld ging überdies in der Hauptsache nicht in die armen Länder, sondern nach Westeuropa, dessen Anteil bei 24,9 Milliarden lag. Afrika empfing nicht einmal 1 % der amerikanischen Auslandshilfe, und selbst dieser kleine Anteil floß hauptsächlich der industriell relativ hochentwickelten und politisch reaktionären Südafrikanischen Union zu. Die amerikanischen Klienten auf Formosa, in Süd-Korea und Süd-Vietnam nahmen den Löwenanteil an der Summe für sich in Anspruch, die für die armen Länder übrig blieb. Je mehr Hilfe diese drei Länder von Amerika erhielten, desto mehr verkam ihre Wirtschaft, und desto schlimmere Formen nahm dort die politische Unterdrückung an.

Die Allianz für den Fortschritt, die Präsident Kennedy am 13. März 1961 verkündete, hat eine Zeitlang für den Beginn einer neuen Epoche gelten wollen. Wenn man die Deklaration studiert, die fünf Monate später auf der interamerikanischen Konferenz in Punta del Este verabschiedet worden ist, kann man in der Tat auf die Idee kommen, als sollte hier das Verhältnis der imperialistischen zu den armen Ländern neu definiert werden. Das Dokument verspricht feierlich: Stärkung der Demokratie, Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung, Ermunterung der Bodenreform, Ausrottung des Analphabetismus, Reform des Steuersystems,

steigende Löhne bei gleichbleibender Kaufkraft.[73] Beurteilen läßt sich die Allianz aber nicht nach den Motiven, die sie vorschützt, sondern nach ihrer Konstruktion und nach ihren Ergebnissen. Da die wirtschaftlichen Interessen der USA denen der Völker Lateinamerikas in entscheidenden Punkten widersprechen, und da die herrschenden Klassen des Kontinents sich dessen Demokratisierung sowie allen Reformen widersetzen, hätten die lateinamerikanischen Länder das Programm der Allianz selbst in die Hand nehmen müssen – und nicht die Vereinigten Staaten; verwirklichen hätten es nur Parteien können, die für echte Reformen eintreten – und nicht Parteien, die solche Reformen verhindern. Die Organisation der Allianz hängt von der OAS und damit, direkt oder indirekt, von den USA ab.[74] Von den Latifundienbesitzern und den Generälen wird man strukturelle Änderungen, die ihre eigene Herrschaft gefährden würden, nicht erwarten dürfen. Das einzige Land, das gegenwärtig dabei ist, die Ziele der Allianz zu verwirklichen, nämlich Cuba, gehört weder der OAS noch der Allianz für den Fortschritt an. Der Koordinator der Allianz, ein Amerikaner namens Theodore Moscoso, hat 1962 erklärt, es gäbe keinen Grund, den vierten Jahrestag der Allianz zu feiern. Diesem Urteil ist bis heute nichts hinzuzufügen.[75] Der mexikanische Nationalökonom Alonso Aguilar hat darauf hingewiesen, daß Lateinamerika während des ersten Jahres der Allianz Darlehen in Höhe von einer guten Milliarde Dollars aus der Hand von Institutionen empfing, die von der amerikanischen Regierung kontrolliert oder maßgeblich beeinflußt werden. Davon waren 600 Millionen Dollars Kredite der Export-Import-Bank, die dazu da ist, den Export der Vereinigten Staaten zu fördern. Weitere 150 Millionen der gesamten Kreditsumme wurden in Form von Waren aus der amerikanischen Überproduktion gewährt – eine Dumping-Operation, die den lokalen Produzenten in Lateinamerika schwer geschadet hat. Im selben Jahr büßte Lateinamerika zwei Milliarden Dollars an transferierten Gewinnen und durch verschlechterte *terms of trade* ein.[76] Während des gleichen Zeitraums schossen die USA der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank 150, die lateinamerikanischen Staaten aber 232 Millionen Dollars vor. 26 Millionen flossen in Form von Krediten an diese Länder zurück. Mit dem ganzen übrigen Geld finanzierte die Regierung der USA kurzfristige Investitionen im eigenen Land – was blieb, wurde bei den amerikanischen Geschäftsbanken deponiert.[77] Mit Eduardo Galeano kann man somit zu dem Schluß kommen, daß Lateinamerika den USA

während eines einzigen Jahres eine Entwicklungshilfe in Höhe von 206 Millionen Dollars geleistet hat. Seitdem spricht man in Südamerika von der »Allianz gegen den Fortschritt«.[78] Die Allianz ist »ein Instrument zur Verteidigung der herrschenden Klassen, eine Ausgeburt der Monroe-Doktrin, ein Vorposten des Antikommunismus, ein Schachzug gegen die Unruhe der Völker, eine Schranke zur Abwehr der Emanzipationsbewegungen, eine Barrikade gegen die cubanische Revolution, eine neue Heilige Allianz gegen die Befreiungskämpfe der Völker«. Einen brauchbaren Weg zur Entwicklung Lateinamerikas hat sie nicht anzubieten.[79]

Die Alternative

Der Neo-Kolonialismus bremst, behindert und kompliziert überall in den armen Ländern die Entfaltung der einheimischen Wirtschaft. Aber er ist auf die Unterstützung der reaktionären Kräfte an Ort und Stelle angewiesen; diese wiederum sind ökonomisch, politisch und sozial keineswegs homogen. Während der Kämpfe um die nationale Unabhängigkeit hat sich ein tiefgreifender Gegensatz klar herauskristallisiert: Für den Imperialismus haben die Vertreter der Kolonialmächte zusammen mit den feudalen Grundbesitzern, den Stammeshäuptlingen und den parasitären Teilen der Bourgeoisie optiert. Auf der Gegenseite stand die große Masse der Bevölkerung: die Bauern und Arbeiter, das Kleinbürgertum, die progressiven Intellektuellen, die von den Kolonialisten benachteiligten Schichten des Bürgertums. Der Gewinn der Unabhängigkeit hat diesen primären Gegensatz zuweilen in den Hintergrund gedrängt; ein anderer, innerer Gegensatz kam dafür zum Vorschein. Kapitalismus und Sozialismus standen sich nun im Innern des Landes gegenüber, die Interessen der Oberklasse und die des Volkes traten auseinander. In der Industrie, im Handel und in der Landwirtschaft sind einheimische Kapitalisten aufgetreten; sie versuchten natürlich, die Entwicklung der neuen Nation nach ihren Interessen auszurichten. Daraus ergaben sich neue Probleme, kaum daß die Unabhängigkeitserklärung einige der alten scheinbar oder wirklich gelöst hatte. Beispiele bieten etwa die Regimes Nehrus und Nassers. Beide Regierungen haben Kommunisten und andere progressive Gruppen verfolgt, oft nur deshalb, weil sie verfassungsmäßige Rechte verteidigt und demokratische Reformen verlangt haben. Ein besonders schlagendes

Beispiel für die Macht der nationalen Bourgeoisie ist die Gegenrevolution im Irak von 1963. Kassem hatte 1958 mit Hilfe einer breiten demokratischen Front die alten feudalen und kolonialistischen Mächte gestürzt. Nachdem er die Macht ergriffen hatte, wurden die Forderungen nach Reformen immer lauter, so laut, daß die Interessen des einheimischen Bürgertums in Gefahr gerieten. Die sozialistischen Organisationen sahen ihre Wirkungsmöglichkeiten mehr und mehr eingeschränkt, und die Rechte wuchs der Regierung Kassem bald über den Kopf: den einheimischen Reaktionären, unterstützt von den ausländischen Ölgesellschaften, gelang ein konterrevolutionärer Coup.

Abgesehen von den sozialistischen und proto-sozialistischen Ländern fällt an den meisten neuen Nationen auf, daß die wirtschaftliche Entfaltung, die sie sich von der Erlangung ihrer Unabhängigkeit versprochen hatten, im Großen und Ganzen ausgeblieben ist. Gewisse Fortschritte sind da und dort gemacht worden: partielle Bodenreformen, Ansätze zur Industrialisierung, Teilerfolge im Kampf gegen den Analphabetismus, Maßnahmen zur Bekämpfung von Seuchen, Programme zur Eindämmung der schlimmsten Not. In Ägypten hat sich die Bevölkerung zwischen 1951 und 1958 jährlich um $2^1/_2$ % vermehrt; die landwirtschaftliche Produktion ist jährlich um $3^1/_2$ % gewachsen. [80] In Indien hat sie zwischen 1950 und 1960 jährlich um $2^1/_2$ % zugenommen, also etwas rascher als die Bevölkerung. [81] Zu einer Verbesserung des Lebensstandards für die Massen hat das kaum geführt; der Zuwachs entfiel nämlich in der Hauptsache nicht auf die Lebensmittel- sondern auf die Baumwoll-, Jute- und Zuckererzeugung, die überwiegend für den Export bestimmt ist. Die Raten liegen bei gut einem Prozent für die Lebensmittel, und bei 4–5 Prozent für Baumwolle und Zuckerrohr. [82] Der gesamte Verbrauch pro Kopf ist in Indien zwischen 1948/49 und 1959/60 nur um 0,7 % gestiegen. [83] Diese Ziffer deutet kaum darauf hin, daß der Lebensstandard der breiten Massen sich gebessert hätte. Denn zum ersten steht es fest, daß die gesellschaftlichen und ökonomischen Unterschiede in dieser Zeit noch krasser geworden sind: gedeckt durch scheinhafte Landreformen und Fünfjahrespläne, sind die Reichen reicher als zuvor geworden. Wenn man annimmt, daß 10–15 % aller Inder in den genannten zwölf Jahren ihren Lebensstandard verdoppelt haben, und diese Annahme ist realistisch, so bedeutet dies, daß die übrigen 85–90 % von Jahr zu Jahr 0,7 % ihres Lebensstandards eingebüßt haben. [84] Auf eine solche Verschlechterung weisen auch andere Daten hin.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie hat um zwei, die Bevölkerung der Städte aber um vier Prozent jährlich zugenommen. Dementsprechend ist die Wohnungsnot immer schlimmer geworden. In der fünfziger Jahren sind knapp drei Millionen Wohnungen gebaut worden: fünf Millionen wären nötig gewesen, um das alte, niedrige Niveau zu halten. Bei dieser Berechnung ist das Defizit, das durch normalen Abgang überalterter Gebäude entstanden ist, noch nicht einmal berücksichtigt.[85] Die Arbeitslosigkeit in den Städten ist von 2,8 auf 9,5 Millionen (1961) angewachsen; für 1966 rechnet man mit 15,5 Millionen.[86] Die Verschuldung an das Ausland hat ebenfalls stark zugenommen. Sie lag 1948 bei fünf, 1959 bei fünfzehn Milliarden; gegen Ende des dritten Vierjahresplanes (1966) wird sie vierzig Milliarden Rupien erreichen.[87] Daran ist einmal die unzulängliche landwirtschaftliche Produktion schuld, die immer höhere Lebensmitteleinfuhren nötig macht; zum andern sind es die stark zunehmenden Ausgaben für das Militär. Das Verteidigungsbudget ist von 2,7 Milliarden (1959/60) auf 5,0 Milliarden (1962/63) gestiegen. Für 1963/64 sind 8,7 Milliarden veranschlagt worden.[88] Hand in Hand mit dieser Entwicklung nimmt Indiens Abhängigkeit vom Ausland, besonders von den USA und von Westeuropa, fortwährend zu. Die öffentlichen Investitionen des ersten Fünfjahresplanes waren nur zu 15 % mit ausländischem Kapital finanziert worden. Der Anteil des Fremdkapitals belief sich im zweiten Plan bereits auf 30 und im dritten auf nicht weniger als 50 %.[89] Der Franzose Charles Bettelheim, der die indische Regierung in planwirtschaftlichen Fragen berät, hat Zweifel geäußert, ob Indien seine nationale Unabhängigkeit unter diesen Umständen werde behaupten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Land sich in naher Zukunft in einer revolutionären Situation befinden wird. Dann wird die innere Stärke der Klassenformationen über den Ausgang entscheiden. Indien kann sich nach rechts oder nach links wenden. Die Tendenzen der letzten Jahre und die Zersplitterung der demokratischen Kräfte deuten eher darauf hin, daß das Land einer reaktionären Diktatur zusteuert.

Das indische Beipiel steht nicht vereinzelt da. Die nationale Bourgeoisie hat sich im allgemeinen als unfähig erwiesen, die Probleme der armen Länder zu lösen. Von der zögernden Industrialisierung profitiert meist nur eine dünne Schicht von Neureichen. Der Planung fehlt jede bindende Zielsetzung und jede wirkliche Koordination. Die Bodenreformen schlagen zum großen Teil fehl. In Mexico sind heute, fünfunddreißig Jahre

nach der Landreform, immer noch zwei Millionen Bauern ohne Grund und Boden, indes der Großgrundbesitz nach wie vor das Bild beherrscht.[90] Die ägyptische Landreform hat dazu geführt, daß seit 1952 etwa 10% der Ackerfläche umverteilt worden sind. Die ganz großen, konterrevolutionären Grundbesitzer sind enteignet worden. Ein paar hunderttausend Bauern besitzen nun eigenes Land, und die Pachtzinsen sind gesunken. Aber während es vor der Bodenreform ungefähr eineinhalb Millionen landlose Bauern gab, sind es heute eher noch mehr: und ein Pachtzins von 50% der ganzen Ernte, abzuliefern in Naturalien, ist heute noch gang und gäbe. Der höchste zulässige Landbesitz ist Schritt für Schritt beschränkt worden. Aber bisher haben die Großgrundbesitzer diese Bestimmungen noch jedesmal umgehen können, indem sie ihre Güter unter mehrere Familienmitglieder aufgeteilt haben. Die wirtschaftliche Macht der Gutsbesitzer-Klasse ist deshalb ungebrochen geblieben. Nicht zuletzt dieser Tatsache sind die Stagnation und der Pessimismus der ägyptischen Gesellschaft zuzuschreiben.[91] Im Großen und Ganzen ist es der indischen Bodenreform nicht anders ergangen. Auf dem Lande liegt das Gesetz heute noch in den Händen der großen Eigentümer und anderer lokaler Tyrannen. Die Grundbücher werden manipuliert und verfälscht, die vorgeschriebene Aufteilung bleibt in der Familie, und ehe das Gesetz in Kraft tritt, werden aufsässige Bauern vertrieben. In jenen Teilen Indiens, wo das Ryotwari-System vorherrschte, sahen die Reformen vor, daß alle Pächter nach dem Ablauf einer gewissen Zahl von Jahren zum Eigentümer des gepachteten Landes werden sollten.[92] Die Folge war, daß die Grundbesitzer in vielen Fällen die Pächter beizeiten auswiesen oder aber die Dorfschreiber bestachen, damit die Pächter in den Listen als bloße Landarbeiter erschienen; auch wurden die üblichen langfristigen Pachtverträge widerrechtlich verkürzt; und so fort. Daniel Thorner, vielleicht der beste westliche Kenner der indischen Landwirtschaft, faßt sein Urteil über die Landreform und ihre Ergebnisse wie folgt zusammen: »Die Reformgesetze, die in Indien zwischen 1947 und 1956 erlassen worden sind, machen zusammengenommen die umfassendste Bodengesetzgebung aus, die jemals in so kurzer Zeit, in welchem Land auch immer, eingeführt worden ist. Doch hat es sich gezeigt, daß dieses Gesetzeswerk viele Hintertüren offenließ, und daß es nur halben Herzens angewandt wurde. Daß die vielen, vielberedeten Anstrengungen zur Entwicklung der indischen Landwirtschaft seit 1947 allesamt gescheitert sind, daran ist nicht zuletzt

das Versagen der Bodenreform schuld... Die Erzeugung von Lebensmitteln hat seit 1947 nicht merklich und kontinuierlich zugenommen. Der Mangel dauert fort. Große Weizen- und Reisimporte sind keine Ausnahme mehr, sie sind zur Regel geworden.« [93]

Letzten Endes hat die »Reform« nur bewirkt, daß auf dem indischen Dorf an die Stelle der alten feudalen oder halbfeudalen die modernere kapitalistische Ausbeutung getreten ist. [94] Altertümliche Formen der Ausnutzung, wie die Zwangsarbeit, sind verschwunden. Aber Millionen von Bauern haben infolge der Landreform Haus und Hof verlassen müssen. [95] Die Reform hat also Indiens Probleme nicht gelöst. Sie ist über das Volk verhängt, nicht vom Volk und durch das Volk ins Werk gesetzt worden. Ein Vergleich mit China, das seine Landreform zwischen 1949 und 1952 verwirklicht hat, ist lehrreich. 1951 lag in Indien eine Fläche von 0,35, in China von 0,19 Hektar pro Einwohner unter dem Pflug; die entsprechenden Zahlen, umgerechnet pro Kopf der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung, lagen bei 0,50 beziehungsweise 0,22 Hektar. [96] Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage hat China seine Wirtschaft und seinen Lebensstandard unvergleichlich rascher entwickelt als Indien. Anfangs der fünfziger Jahre lag der chinesische Verbrauch pro Einwohner vermutlich 10–13 % unter dem indischen. Bereits Mitte der fünfziger Jahre hat China den indischen Verbrauch übertroffen. [97] 1955 war die Erzeugung von Lebensmitteln pro Kopf in China 30 Prozent höher als in Indien. [98] Selbst 1958/59, also in einem unverhältnismäßig guten Erntejahr, lag die indische Ziffer 10 % unter der chinesischen für 1960, einem Jahr, das schwere Naturkatastrophen für das chinesische Festland brachte. Diese Ergebnisse haben die Chinesen erzielt, obgleich sie einen weit größeren Teil ihres Nationalproduktes, nämlich über 20 %, gespart, das heißt produktiv investiert haben. Der Anteil der Kapitalinvestitionen liegt in Indien unter zehn Prozent. [99] Eine Übersicht, die sich zeitlich auf den ersten chinesischen Fünfjahresplan beschränkt, und die von 1952, dem ersten Jahr, zu dem ein statistischer Apparat aufgebaut war, bis 1957 reicht, kann von der Steigerung des Lebensstandards in China eine Vorstellung geben. (Spätere Jahre sind nicht vergleichbar, weil der »Große Sprung vorwärts« von 1958 und die großen Mißernten der folgenden Jahre die Entwicklung verzeichnen.)

Pro-Kopf-Produktion für die wichtigsten Konsumgüter in China 1952–1958 [100]

Jahr	Baumwoll-stoffe in m	Pflanzliche Speiseöle in kg	Zucker in kg	Reis in kg	Weizen in kg
1952	6,6	1,7	0,8	117,5	31,0
1953	7,9	1,7	1,1	119,5	30,5
1954	8,6	1,7	1,1	116,0	38,5
1955	7,0	1,9	1,1	125,0	36,5
1956	9,0	1,7	1,3	128,5	38,5
1957	7,7	1,7	1,3	132,5	36,0
(1958)	8,5	1,9	1,4	169,4	43,0

Gegen Ende des ersten Fünfjahresplanes kam es zu einer Stagnation, zum Teil wohl auch durch die starke Zunahme der Bevölkerung bedingt; mit ihr wurde die Notwendigkeit des »Großen Sprunges« begründet, der 1958 tatsächlich zu einer merklichen Steigerung des Lebensstandards führte. Es folgten freilich drei sehr harte Jahre. Seither ist das frühere Niveau jedoch nicht nur erreicht, sondern weit übertroffen worden. [101]

Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kann man allgemein urteilen: daß der kapitalistische Weg sich für die früheren Kolonialländer nicht als gangbar erwiesen hat. Das hat verschiedene Gründe. Einmal hat der Kolonialismus überall auf der Welt zur Unterdrückung auch der Mittelklassen und des Bürgertums in den abhängigen Ländern geführt und ihre Entfaltung behindert. Deshalb ist die einheimische Bourgeoisie meist schwach, unerfahren und allzu eng an überkommene Gesellschaftsordnungen gebunden. Das ist einer der Gründe dafür, daß der Staat in vielen neuen Nationen eine relativ große wirtschaftliche Rolle spielt. Zum andern hat der Kolonialismus die alten Ordnungen – zum Beispiel das Latifundiensystem – derart verfestigt, daß strukturelle Reformen nicht mehr möglich sind, ohne die Herrschaft der reaktionären Klassen zu brechen. Das ist aber nur in den sozialistischen Ländern geschehen. In Ländern wie Ägypten und Indien haben sich die alten Oberklassen im großen und ganzen behaupten können. Sie haben Konzessionen machen müssen, sind aber stark genug geblieben, um die soziale und ökonomische Entwicklung zu blockieren. Von außen her finden sie eine Stütze am Neo-Kolonialismus, der daran interessiert sein muß, die einheimische Bourgeoisie zu-

gleich auszunützen und zu zersplittern. Solange diese armen Länder ihre Produktion nach den Bedürfnissen Europas und Nordamerikas einrichten, statt Binnenmärkte aufzubauen, können sie auf eine dauerhafte wirtschaftliche Entfaltung nicht rechnen. Es scheint, als wäre der Kapitalismus, weltgeschichtlich betrachtet, heute schon ein überholtes Stadium. Jedenfalls ist der Sozialismus für jeden einzelnen der neuen Staaten eine ernsthafte Alternative. In Anbetracht der Stagnation, der sie sich ausgeliefert sehen, und der raschen Entwicklung in den sozialistischen Gesellschaften werden sich die armen Länder mehr und mehr veranlaßt sehen, den Weg einzuschlagen, den China, Nord-Vietnam und Cuba gewählt haben, und den wahrscheinlich auch Algerien, Ghana und Guinea gehen werden. Welcher andere bliebe ihnen übrig? Daß der Abgrund zwischen den reichen und den armen Ländern sich verewige, daß die letztern die Letzten blieben, Nationen zweiter Klasse, darein werden sie sich nicht finden.

Vorläufige Nachschrift

Zu einer raschen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entfaltung haben es nur diejenigen unterentwickelten Länder gebracht, die ihre nationale Revolution bis zum Sozialismus vorangetrieben haben. Diese Konklusion, die Schlußthese meiner Schrift, ist auf Zweifel und Kritik gestoßen. Das Vergleichsmaterial, das uns zur Verfügung steht, reicht aus, um hinlänglich sichere Schlüsse zu ziehen. Die Länder, die dafür in erster Linie in Betracht kommen, sind China, Nord-Korea, Nord-Vietnam und Cuba.

Die amerikanische Politik hat um das Jahr 1960 herum die kubanische Regierung gezwungen, nach und nach alle großen und mittelgroßen Unternehmungen des Landes zu vergesellschaften. Die Vereinigten Staaten haben die Insel isoliert, blockiert, mit Invasionen bedroht und einmal sogar militärisch angegriffen. Ökonomische und militärische Maßnahmen von solcher Konsequenz und Intensität – mit den unvermeidlich daraus folgenden Mangelerscheinungen und Versorgungsproblemen – hätten jeden andern lateinamerikanischen Staat in kürzester Frist auf die Knie gezwungen. Ein weit geringerer Druck der USA auf die gemäßigt reformfreundliche Regierung Goulart in Brasilien hat genügt, um den Präsidenten zu stürzen und eine neue Gorilla-Diktatur ans Ruder zu bringen

Cuba indessen hat die Kraftprobe überstanden und setzt seine Entwicklung fort. Der Sozialismus hat dort neue Produktivkräfte freigesetzt, und die Bodenreform hat das Volk zur Verteidigung des neugewonnenen Landes mobilisiert. Der Lebensstandard der breiten Massen ist, trotz des Drucks von außen, in Cuba unvergleichlich rascher gestiegen als in irgendeinem andern lateinamerikanischen Land. Die Zuwachsraten in der Industrie liegen seit der Befreiung von 1959 bei jährlich 9% – manche Quellen geben noch höhere Werte an. Mehr kubanische Kinder denn je zuvor besuchen Schulen. In die Volksschule gingen 1958 nur 737 000, 1962 bereits 1 135 000 Kinder; die höheren Schulen hatten 1959/60 ganze 67 000, vier Jahre später aber 222 000 Schüler.[102] Daß es nach wie vor an manchen Waren mangelt, ist auf die amerikanische Blockade, aber auch auf die gestiegene Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen, deren Einkünfte mit der Bodenreform und der Industrialisierung ständig gestiegen sind. Die Zuckerproduktion erreichte 1961 einen Höchststand von 6,9 Millionen Tonnen; sie ist danach wieder gesunken, teils der Dürre wegen, teils aber auch, weil sie bewußt eingeschränkt worden ist, um die Abhängigkeit von einer Monokultur zu mindern. Außerdem sind die Zuckererträge gerade infolge der verwirklichten Landreform zurückgegangen, die den Kleinbauern und Landarbeitern zu eigenem Grund und Boden verholfen, und somit das Angebot an verfügbaren Saisonarbeitern reduziert hat. Die anfänglichen Schwierigkeiten auf dem Agrarsektor werden nach und nach gemeistert. Die bewußte Planung und Zentralisierung der Wirtschaft im Sozialismus führt manchmal zu Fehlentwicklungen; sie erlaubt aber auch rasche Korrekturen und führt, bei ständiger Verfeinerung der Methoden, zur Begrenzung der spontanen Stör- und Zufallsfaktoren.

Wie wir gezeigt haben, ist der Reisverbrauch pro Person unter der französischen Herrschaft in Indochina dauernd gesunken. Dieser Tendenz ist, was Nord-Vietnam betrifft, nach dem Waffenstillstand von 1954 trotz der Folgeerscheinungen des Zweiten Weltkrieges und der Verheerungen im Gefolge des Befreiungskrieges, begegnet worden. Nord-Vietnam ist von jeher ein reisarmes Gebiet gewesen, und die Teilung Vietnams im Jahre 1954 hat dieses Mißverhältnis noch verschärft. Dessen, und der ständigen amerikanischen Bedrohung ungeachtet, ist der Reisverbrauch über das Niveau der kolonialen Epoche weit hinausgewachsen. Er lag 1955/57 bei 198, 1958/60 bereits bei 205 kg pro Jahr. Die gesamte Güter-

produktion des Landes ist zwischen 1955 und 1960 alljährlich um 23 % gestiegen. »Sofern nicht größere militärische Operationen einen größeren Teil der Produktion beanspruchen, wird das Land wahrscheinlich in absehbarer Zeit ein industrielles Niveau erreichen, das ihm in den Nachbarländern einen größern politischen Einfluß verschaffen wird als jede direkte militärische Intervention«, schrieb ein amerikanischer Fachmann zu Anfang der sechziger Jahre.[103] Das rasche Industrialisierungstempo ist erzielt worden, obwohl die Ausgangsbedingungen äußerst ungünstig waren: die Franzosen hatten 1954 mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest war; sogar das Radium aus den Röntgengeräten in den Krankenhäusern von Hanoi hatten sie entfernt.

1962 hat die Reisproduktion pro Kopf der Bevölkerung in Nord-Vietnam 287 kg erreicht. Die entsprechende Zahl für Süd-Vietnam lag bei 214 kg. Das ist ein Unterschied von 34 %. Die ökonomische Struktur Süd-Vietnams ist heute noch einseitiger auf den Export ausgerichtet als unter der französischen Herrschaft. Der Anteil von Reis und Gummi am Export (ein Gradmesser für die Monokultur) ist von 56 % im Jahre 1938 auf 91 % im Jahre 1962 gestiegen. Während die nord-vietnamesischen Bauern infolge einer Landreform, die das egalitäre Prinzip geradezu übertrieb, zu eigenem Boden gekommen sind, gehört in Süd-Vietnam fast die Hälfte des bestellbaren Landes einer winzigen Schicht von Grundbesitzern, die zahlenmäßig nur 2 % aller Grundeigentümer ausmacht. Auf der anderen Seite müssen sich 72 % aller Bauern mit 15 % des Landes begnügen. Die amerikanischen Gesellschaften erwirkten am 18. Februar 1963 eine Garantie, derzufolge bis 1975 jede Sozialisierung ausgeschlossen sein soll; gleichzeitig wurde ihnen zugestanden, daß sie mindestens 20 % ihrer Gewinne ins Ausland transferieren dürfen. Nach offiziellen Angaben muß die Bevölkerung von Süd-Vietnam alle Importwaren zu Preisen kaufen, die 15–20 % über den Weltmarktpreisen liegen; und die amerikanische Herrschaft führt dazu, daß diese Importe hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten kommen. Der Fünf-Jahres-Plan von 1957 steht in der Geschichte der Wirtschaftsplanung einzig da: er wurde nämlich sorgfältig geheimgehalten! Nach einer Berechnung der amerikanischen Botschaft in Saigon sind zwischen 1957 und 1960 in Süd-Vietnam 42 000 qm Tanzlokale und Kinos, aber nur 6500 qm Krankenhäuser; 56 000 qm Kirchen und Pagoden, aber nur 3500 qm Reismühlen; 425 000 qm Luxusvillen und Luxuswohnungen, aber nur 86 000 qm Schulen gebaut worden.[104]

Besser als mit diesen Zahlen läßt sich der Zustand des Landes kaum charakterisieren.

Was die Cambridger Nationalökonomin Joan Robinson »das koreanische Wunder« genannt hat, die wirtschaftliche Entwicklung von Nord-Korea, läßt sich mit noch weniger Worten bezeichnen. Dieses Land ist, unter dem sozialistischen System, zum industriell und landwirtschaftlich höchstentwickelten Gebiet des asiatischen Festlandes geworden. Seit dem Ende des koreanischen Krieges ist die landwirtschaftliche Produktion dort alljährlich um 10 % gewachsen, eine Steigerung, von der amerikanische Sachkenner sagen, sie sei »nur möglich geworden durch die Kollektivierung der Landwirtschaft nach marxistisch-leninistischen Prinzipien«; die Reiserzeugung per capita hat die der traditionellen Kornkammer Südkorea schon 1957 um 40 % übertroffen; sie lag im Norden bei 150, im Süden bei 110 kg.[105] Daß diese Tatsachen bei uns bis heute nicht bekannt geworden sind, kann nur an der einseitigen und unwahrhaftigen Berichterstattung unserer Zeitungen liegen. »Da aber Nord-Korea sich von Jahr zu Jahr weiter entwickelt, während Süd-Korea verfällt, wird der Lügenvorhang früher oder später zerreißen«, schreibt Joan Robinson.

Es herrscht bei uns die eigentümliche Ansicht vor, daß unsere eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse zwar im Lichte der westeuropäischen Statistik, die chinesischen hingegen nur im Lichte jener Daten zu beurteilen seien, die eine neue Generation von amerikanischen Pekingologen liefert. Um dieser weitverbreiteten Ansicht entgegenzukommen, geben wir zum Schluß einige Daten über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas wieder, die von westlicher Seite erarbeitet worden sind. Die mehr oder minder kritischen Studien, die bisher über diesen Gegenstand publiziert worden sind (vor allem die Arbeiten von Li Choh-Ming, Hollister, Grossman, Hughes-Luard) unterscheiden sich in vielen Punkten, aber in einer Hinsicht stimmen sie alle überein: China hat sich seit 1949 in einem Tempo entwickelt, das in der Geschichte des Landes ohne Präzedenz ist, und das kaum jemals von irgendeinem andern Land, auf welcher Stufe der Entwicklung auch immer, erreicht oder gar übertroffen worden ist. In einer Sondernummer der konservativen englischen Zeitschrift *The China Quarterly* hat Li Choh-Ming die besten amerikanischen Schätzungen über die Industrialisierung Chinas zusammengefaßt. Es ergibt sich dabei eine Zuwachsrate von über 15 % pro Jahr für 1952–1957 und von über 20 % für 1957–1960. Legt man der Berechnung den Zeitraum von 1951–1959

zugrunde, so ist die industrielle Produktion in Amerika alljährlich um drei, in Indien um fünf, in Mexico um sechs, in Japan um dreizehn, in China um zweiundzwanzig Prozent gestiegen.[106] Über die landwirtschaftliche Erzeugung liegen so genaue Zahlen nicht vor. Aber selbst während der katastrophalen Jahre 1959–1961 ist der Standard der Ernährung niemals auf das indische Niveau gesunken. (Die indische Ernte ergab 1960/61 80 Millionen Tonnen »food grains« für 450 Millionen Einwohner, das sind 178 kg pro Person. Die niedrigsten Berechnungen für China ergeben eine Ernte von 150 Millionen Tonnen; das sind, selbst wenn man die Bevölkerung auf 700 Millionen, also sehr hoch schätzt, 214 kg pro Person, oder 12 % mehr als in Indien.) »Der Hunger, der auf den Straßen von Kalkutta oder in den Dörfern von Bengalen herrscht, hat nichts Vergleichbares in China.«[107] Ärzte und Journalisten, die sich während der schlimmsten Jahre, 1959–1961, in China aufhielten, haben berichtet, daß die Versorgungslage äußerst angespannt war, daß es aber nirgends zu einer Hungersnot gekommen ist.[108] William Kaye hat den durchschnittlichen Lebensmittelverbrauch pro Tag und Person in China für 1959, 1960 und 1961 auf 2200, 2000 und 1900 Kalorien geschätzt. »2200 Kalorien können für chinesische Verhältnisse als reichliche Ernährung auch bei schwerer Arbeit gelten.«[109] Von 1962 an ist die landwirtschaftliche Produktion wiederum steil und kontinuierlich gestiegen.

Die Statistik der FAO, einer Organisation der Vereinten Nationen, die sich mit Fragen der Ernährung und der Landwirtschaft befaßt, zeigt im übrigen, daß auch alle andern sozialistischen Länder, von denen es landläufig heißt, ihre Agrarpolitik sei gescheitert, nämlich die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder, ihre Lebensmittelerzeugung weit rascher gesteigert haben als die meisten anderen Gebiete der Welt. Auf der ganzen Welt war zwischen 1934/38 und 1959/63 ein Zuwachs von 13 Prozent zu verzeichnen. Die unterentwickelten Länder, mit Ausnahme Chinas, haben ihre Produktion nur um 2 % steigern können. Die Sowjetunion und Osteuropa konnten einen Zuwachs von 46 % buchen. Welche Statistiken man auch zu Hilfe nimmt, welche Vergleichszahlen und Regionen man untersucht, überall wiederholt sich das Grundmuster, das hier aufgezeichnet worden ist.

Aus dem Schwedischen von Hans Magnus Enzensberger

Anmerkungen

1 Ragnar Nurkse, *Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries.* Oxford 1953.
2 Paul Studenski, *The Income of Nations.* New York 1958. S. 225.
3 L. J. Zimmerman, *Arme und reiche Länder.* Köln 1963. S. 36.
4 A.a.O. S. 38.
5 Nurkse, a.a.O. S. 63.
6 M. Ussui und E. E. Hagen, *World Income 1957.* MIT Centre for International Studies. Cambridge, Mass. 1959.
7 Maurice Dobb, *Economic Growth and Underdeveloped Countries.* Übersetzung in diesem Heft S. 136 ff.
8 Zimmerman, a.a.O. S. 44–69.
9 Zimmerman, a.a.O. S. 67.
10 Jack Woodis, *Africa. The Roots of Revolt.* London 1960. 1. Kapitel.
11 Josué de Castro, *The Geography of Hunger.* London 1952. S. 220 ff.; *Social Implications of Industrialisation in Africa south of the Sahara.* Unesco 1954. S. 680 f.
12 Woodis, a.a.O. S. 183 ff.
13 A.a.O. S. 236.
14 Die beste Zusammenfassung gibt R. Palme Dutt, *India Today and Tomorrow.* London 1955. S. 1–100. Ferner: Ramkrishna Mukherjee, *The Rise and Fall of the East India Company.* Berlin 1958; W. Ruben, *Die ökonomische und soziale Entwicklung Indiens I–II.* Berlin 1959, 1961.
15 Dutt, a.a.O. S. 78 ff.
16 Daniel Thorner, *Land and Labour in India.* Bombay 1962. S. 53 f.
17 Vera Anstey, *The economic Development of India.* London 1952. S. 5.
18 Thorner, a.a.O. S. 55.
19 Dutt, a.a.O. S. 48.
20 Daniel Thorner, *»De-industrialization« in India, 1881–1931.* In: *The First International Conference on Economic History. Contributions.* Stockholm 1960. S. 217 bis 226. Die traditionelle Auffassung z. B. bei Dutt, a.a.O. S. 72 f.
21 Berechnung der indischen Statistiker K. T. Shah und K. J. Khambata, nach Dutt, a.a.O. S. 9.
22 Nach einer Berechnung Daniel Thorners in dem Sammelwerk *Economic Growth: Brazil, India, Japan.* Durham 1955. S. 123.
23 Wolfram Eberhard: *A History of China.* London 1960. S. 274.
24 *An Outline History of China.* Peking 1959. S. 193 ff.
25 A.a.O. S. 209 ff.; J. K. Fairbank, *The United States and China.* New York 1962. S. 106–127.
26 Der Begriff des Imperialismus wird hier wie überall in dieser Schrift in einem strikt marxistischen Sinn gebraucht. Er bezeichnet also eine ganz bestimmte Phase in der Entwicklung des Kapitalismus.
27 Lord Hailey, *An African Survey Revised.* London 1957. S. 689.
28 Woddis, a.a.O. 2. Kapitel.

29 Bo Gustafsson, *Rostow, Marx and Economic Growth.* In: *Science and Society.* Band 25, Nr. 3. New York 1961.

30 Surendra J. Patel, *Rates of Industrial Growth in the last Century, 1860–1959.* In: *Economic Development and Cultural Change.* Band 9, Nr. 3. April 1961.

31 Paul A. Baran, *The Political Economy of Growth.* New York 1957. S. 226 ff.

32 *The Structure and Growth of Selected African Economies.* United Nations. New York 1958. S. 26.

33 Das haben Marx und Engels bereits 1844 in der *Deutschen Ideologie* hervorgehoben. Siehe den Abschnitt über Feuerbach. Berlin 1953, S. 17 ff.

34 Joseph S. Davis, *Our Amazing Population Upsurge.* In: *Journal of Farm Economics.* Band 31. November 1949.

35 Harry Grundfest, *Mathusianism.* In: *Monthly Review.* New York. Dezember 1951.

36 *Freedom from Hunger. The Unesco Courier.* Juli/August 1962. S. 8.

37 Zitiert nach Paul A. Baran. A.a.O. S. 241.

38 Nach einer mündlichen Auskunft des Chefs der ökonomischen Forschungsabteilung bei der Staatlichen Plankommission Chinas, Yung-Lung-kwei, vom 16. 5. 1960 an den Verfasser.

39 Solomon Adler, *The Chinese Economy.* New York 1957. S. 5 ff.

40 Zimmerman, a.a.O. S. 73.

41 A.a.O. S. 74 und passim.

42 A.a.O. S. 76.

43 D. Ghosh, *Pressure of Population and Economic Efficiency in India.* New Delhi 1946. S. 22. Zitiert nach J. J. Spengler, *The Population Obstacle to Economic Betterment.* In: *American Economic Review.* Mai 1951. S. 351.

44 Diese Ansicht vertritt z. B. Harvey Liebenstein, *Economic Backwardness and Economic Growth.* New York 1957. 10. Kapitel.

45 Otto Feinstein, *A Changing Latin America and U.S. Foreign Policy.* In: *New University Thought.* Band 1, Nr. 1. 1960. S. 60.

46 Woodis, a.a.O. S. 37, 206, 222.

47 Dobb, a.a.O. S. 22.

48 A.a.O. S. 23.

49 *Report of the Committee of Nine on the Inter-American Economic and Social Council.* September 1962. Zitiert nach Alonso Aguilar, *Latin America and the Alliance for Progress.* New York 1963. S. 7.

50 Die Zahlen über Brasilien stammen von Präsident Goulart. Äußerung gegenüber der Wochenzeitung *Machete,* zitiert nach Hsinua News Agency, 22. November 1963. Über die Preisfluktuationen vgl. Dobb, a.a.O. S. 23.

51 Die schwedische Provinz Övre Norrland hat, bei vergleichbarer ökonomischer Struktur, ähnliche Erfahrungen in der Zeit zwischen den Kriegen gemacht.

52 Die Implikationen dieses Sachverhalts ausführlich diskutiert bei A. O. Hirschman, *The Strategy of Economic Development.* New Haven 1959. Kapitel 6.

53 J. S. Furnivall, *Colonial Policy and Practice.* New York 1948. S. 187.

54 Aguilar, a.a.O. S. 24 f.

55 Ebendort.

56 Eduardo Galeano, *The Alliance for Progress. Monthly Review*, New York. November 1963. S. 369.
57 Ebendort.
58 J. F. Rippy, *Background for Point Four, Samples of Profitable British Investments in the Underdeveloped Countries. Journal of Business of the University of Chicago.* April 1953.
59 Woddis, a.a.O. S. 229.
60 Zitiert bei Andrew Gunder Frank, *Brazil: Exploitation or Aid.* The Nation. 16. November 1963.
61 Baran, a.a.O. S. 230.
62 J. Tinbergen und J. J. J. Dalmuder, in *De Nederlandsche Konjunktuur.* August 1939. Zitiert nach Baran, a.a.O. S. 229.
63 Feinstein, a.a.O. S. 56
64 Ebendort.
65 Nach Präsident Goulart. Vgl. Anmerkung 50.
66 E. Jacoby, *Agrarian Unrest in Southeast Asia.* New York 1961.
67 Ebendort.
68 O. Korneva, S. Peregudov und J. Pestkovskaja, *Der Zerfall des Kolonialsystems nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1960).* In: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen.* November 1960. (In russischer Sprache.)
69 V. I. Lenin, *Ausgewählte Werke II, 1.* Moskau 1956. S. 534 f.
70 Jack Woddis, *Africa. The Lion Awakes.* London 1961. S. 205 ff. Ferner, vom selben Verfasser, *Africa: The Way Ahead.* London 1963. S. 51 ff.
71 Ebendort.
72 Woddis, *Lion.* S. 272.
73 Aguilar, a.a.O. S. 9.
74 Ebendort, S. 10 ff.
75 Galeano, a.a.O. S. 364.
76 Aguilar, a.aO. S. 25.
77 Galeano, a.a.O. S. 367.
78 Rodney Arismendi, *Allianz gegen den Fortschritt.* Berlin 1963.
79 Aguilar, a.a.O. S. 30.
80 D. Warriner, *Land Reform and Development in the Middle East.* London 1962. S. 199.
81 Charles Bettelheim, *India's Third Five-Year-Plan. Pacific Viewpoint.* Heft 2/iv. September 1963. S. 140.
82 Charles Bettelheim, *L'Inde indépendante.* Paris 1962. S. 230.
83 A.a.O. S. 393.
84 A.a.O. S. 415.
85 A.a.O. S. 402 ff.
86 A.a.O. S. 405 ff. Siehe auch W. Malenbaum, *Prospects for Indian Development* 1962. S. 218 und 255.
87 Bettelheim, *Plan.* S. 148 ff.
88 Ebendort.

89 Bettelheim, *L'Inde*. S. 359.
90 René Dumont, *Mexico: The Sabotage of the Agrarian Reform*. In: *New Left Review*, Nr. 17, 1962. S. 62.
91 Warriner, a.a.O. S. 38 ff., 192 ff.
92 Thorner, a.a.O. S. 60 ff.
93 A.a.O. S. 63.
94 A.a.O. S. 12.
95 Bettelheim, *L'Inde*. S. 287.
96 A.a.O. S. 35.
97 W. Malenbaum, in der *American Economic Review*, Juni 1959.
98 Edgar Snow, *Facts about Food in China. Monthly Review*. November 1962. S. 359.
99 Ebendort.
100 Errechnet nach amtlichen chinesischen Quellen. Siehe *The Ten Great Years*. Peking 1960.
101 Dies geht aus zahlreichen Pressemeldungen vom Herbst 1963 hervor.
102 Nach *Cuba: The Economic and Social Revolution*. Ed. Dudley Seer. University of North Carolina Press. 1964. Kapitel 2, 3, 7 und 9.
103 William Kaye, *A Bowl of Rice Divided: The Economy of North Vietnam*. In: *The China Quarterly* Nr. 9, Januar–März 1962. S. 90 ff. Vgl. Bernard B. Fall, *The Two Vietnams*. London 1963. S. 153 f., 163, 172.
104 Fall, a.a.O. S. 294–315.
105 Yoon T. Kuark in *The Chinese Quarterly* Nr. 14, Juni 1963. S. 51–64 und 82–93.
106 Kang Chao, *Indices of Industrial Output in Communist China. The Review of Economics and Statistics* Nr. 3/XLV. August 1963. S. 286 ff.
107 Edgar Snow, *The Other Side of the River: Red China Today*. London 1962.
108 Felix Greene, *The Wall has Two Sides*. London 1964. S. 378 f. und 396–405.
109 *The State of Nutrition in China. The Chinese Quarterly* Nr. 7/1961. S. 121 ff.

Maurice Dobb
Wirtschaftliches Wachstum und unterentwickelte Länder

Einige Fakten über das Wachstum

Daß heutzutage alle Ökonomen, und die Politiker dazu, über wirtschaftliches Wachstum reden, ist ein Gemeinplatz. Das mag zunächst nicht sehr überraschen. Der Gegenstand scheint ja handgreiflich genug zu sein, um von den Ökonomen beachtet zu werden. Außerdem war das wirtschaftliche Wachstum (oder der »Fortschritt«, wie man gewöhnlich sagte) vor eineinhalb Jahrhunderten ein zentrales Thema für die frühen Ökonomen (zum Beispiel für Adam Smith, den »Vater der politischen Ökonomie«). Doch später, bis zum Zweiten Weltkrieg, war der Blick der Ökonomen auf anderes gerichtet. Ein halbes Jahrhundert und länger beschäftigten sie sich hauptsächlich mit den sogenannten Bedingungen des stationären Gleichgewichts (was auf eine Auseinandersetzung darüber hinauslief, ob der Wettbewerb ein »optimales« Resultat hervorbringe oder nicht). Selbst in den dreißiger Jahren ging es vor allem um die Ursachen der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Schwankungen. Deshalb ist die Verlagerung des Schwerpunktes auf Wachstums- und Entwicklungsfragen im letzten Jahrzehnt bezeichnender, als es zunächst scheint. Nach den Gründen dafür braucht man nicht lange zu suchen, und sie werden, so hoffe ich, sich aus dem folgenden ergeben. (. . .)

Offensichtlich gibt es mehrere Ansätze, wirtschaftliches Wachstum zu bemessen. Zumeist geschieht dies auf Grund des gesamten industriellen Produktionsumfangs (wobei die verschiedenen Bestandteile auf diese oder jene Art *bewertet* werden müssen, damit man sie zusammenzählen kann, z. B. nach den in einem bestimmten Jahr herrschenden Preisen); oder aber auf Grund des gesamten Volkseinkommens oder Nationalprodukts, das die Landwirtschaft ebenso wie die Industrie und manchmal auch Dienstleistungen und Handel umfaßt. Denkt man an den Lebensstandard, so wird der Pro-Kopf-Ausstoß (d. h. der Produktionsumfang je Kopf der

gesamten Bevölkerung) als maßgeblich gelten; sucht man nach einem Maßstab für die *qualitative* Verbesserung der Produktion oder die Ausdehnung menschlicher Möglichkeiten, so wird man sein Augenmerk auf den Produktionszuwachs je beschäftigtem Arbeiter oder auf die Arbeitsproduktivität lenken. Jede dieser Bemessungen kann in einem besonderen Zusammenhang wichtig sein, und von keiner läßt sich sagen, daß sie besser sei als die übrigen.

In der Geschichte der Menschheit ist der Fortschritt oder das Wachstum der Wirtschaft verhältnismäßig jung. Vor der Heraufkunft des Kapitalismus waren die Gesellschaften hinsichtlich der Art, in der sie ihren Lebensunterhalt gewannen, vergleichsweise stagnierend: im wesentlichen Agrargesellschaften (mit nur wenigen, vornehmlich die herrschende Klasse und ihre Gefolgsleute versorgenden Gewerben), die sich über Jahre hinweg kaum veränderten, vom Wechsel guter und schlechter Jahre oder den Einflüssen durch Krieg und Krankheit abgesehen. Das heißt nicht, daß solche Gesellschaften ohne innere Spannungen und Konflikte und deshalb wandellos gewesen wären. Doch die Zeitspannen, innerhalb derer der Wandel sich vollzog, waren ungemein lang verglichen mit jenen, an die wir uns in den vergangenen beiden Jahrhunderten gewöhnt haben. (...)

So betrug der Zuwachs der industriellen Weltproduktion in den letzten hundert Jahren, gemessen pro Kopf der Bevölkerung, ein Vielfaches von dem, was bis dahin, in der ganzen vorhergehenden Spanne der menschlichen Geschichte, erreicht worden war. Die industrielle Weltproduktion stieg in diesen hundert Jahren um das dreißig- bis vierzigfache an, während die Weltbevölkerung sich ungefähr verdoppelte. Dividieren wir das erste durch das zweite, so zeigt sich, daß der industrielle Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung um das fünfzehn- bis zwanzigfache zunahm. Das bedeutet eine Pro-Kopf-Zuwachsrate von 2,6 Prozent im Jahr gegenüber einem Prozent oder sogar weniger in den vorhergehenden Jahrhunderten.[1] (...)

Es gibt einige Beweise dafür, daß die Zuwachsrate der kapitalistischen Länder in den späteren Stadien ihrer industriellen Entwicklung die Tendenz hat, abzusinken. So lag die britische industrielle Zuwachsrate zwischen 1820 und 1860 mit gut drei Prozent ein wenig über der seit 1880 stets gehaltenen Rate von rund zwei Prozent. Im Zeitabschnitt von 1913 bis 1958 fiel die französische auf zwei Prozent, die deutsche auf 2,4 Prozent, die italienische, schwedische und nordamerikanische auf drei Prozent.

Dagegen hatte Japan, als Neuling auf dem industriellen Schauplatz, in den selben 45 Jahren eine Zuwachsrate von 5,4 Prozent, etwa soviel wie Deutschland, die USA, Schweden und Rußland vor dem Ersten Weltkrieg. Zwischen den beiden Weltkriegen sanken die Wachstumsraten, infolge der Wirtschaftskrise und Depression der frühen Dreißiger, allgemein auf einen niedrigen Stand. Aber in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten die meisten Länder entsprechend höhere, einige Länder (insbesondere Westdeutschland, Italien und Japan) sogar außergewöhnlich hohe Zuwachsraten. Im letzten Jahrzehnt traten jedoch in den USA Anzeichen eines abnehmenden Wachstums auf: in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre war es kaum noch halb so groß wie im Zeitabschnitt von 1947 bis 1953.

Indes bleibt zu berücksichtigen, daß der Bevölkerungsanstieg in den meisten der genannten Länder in diesem Jahrhundert niedriger war als im 19. Jahrhundert. (In den USA betrug er von 1860 bis 1913 rund drei Prozent jährlich gegenüber 1,3 Prozent zwischen 1913 und 1958; im Vereinigten Königreich wuchs die Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um die Hälfte, von 1900 bis 1950 aber um weniger als ein Viertel.) Folglich unterscheidet sich der industrielle Ausstoß, gemessen pro Kopf der Bevölkerung, in den früheren und den späteren Perioden nicht sehr stark.

Die Frage, ob es irgendeine ursächliche Beziehung zwischen Produktionszunahme und Bevölkerungsanstieg gebe, war Gegenstand vieler Diskussionen. Wir müssen uns hier damit begnügen zu bemerken, daß sich *eine gewisse* Beziehung zwischen den beiden behaupten läßt, ohne daß damit schon alles über langsames und schnelles Wachstum – oder auch nur ein Teil darüber – gesagt wäre. Offenbar wächst bei rascher Bevölkerungszunahme auch die potentielle Lohnarbeiterarmee sehr rasch, und die derart entstehende Menge von Arbeitsuchenden begünstigt die Niederhaltung der Löhne. Bei allmählichem Bevölkerungsanstieg wird dagegen auch die Arbeiterarmee nur allmählich ansteigen, und das akkumulierende Kapital ist gezwungen, stärker zu mechanisieren, also arbeitsparende Techniken zu entwickeln. (...) Demgemäß resultiert die Produktionszunahme vor allem aus dem steigenden Pro-Kopf-Ausstoß durch verbesserte Produktionsmethoden und ist begrenzt durch die Fähigkeit des Systems, technische Neuerungen einzuführen. Daß diese Betrachtungsweise keineswegs alles berücksichtigt, zeigt die Tatsache, daß eine Reservearmee von

Arbeitern, die das System nicht zu beschäftigen vermag, bei raschem wie bei langsamem Bevölkerungsanstieg vorhanden sein kann. Manche Statistiker bestreiten jede hochgradige Wechselwirkung von Ausstoß und Bevölkerungswachstum. Wie wir sehen, besitzen einige der Länder mit dem höchsten Bevölkerungszuwachs eine außerordentlich niedrige wirtschaftliche Zuwachsrate; eine neuere statistische Studie kam zu der Schlußfolgerung, daß es recht wenige Anzeichen für eine Verbindung zwischen ihnen gebe. [2]

Es ist ein hervorstechendes Merkmal der Entwicklung kapitalistischer Länder, daß sie nicht glatt und kontinuierlich verläuft, sondern mit Unterbrechungen oder in Sprüngen. Bestenfalls ist der Ausdehnungsrhythmus ungleichmäßig. Das gründet in dem, was unterschiedlich als Konjunktur, wirtschaftliche Schwankung oder periodische Wirtschaftskrise bezeichnet wird. Der Verlauf der kapitalistischen Produktion und des Handelsverkehrs schwankt in wechselnden Perioden von *Baisse* und *Boom* um die Wachstumsbewegung. Erfolgt das Wachstum leidlich rasch, so kann dies die Verlängerung des *Booms* und die Abkürzung der *Baisse* bewirken, wobei die letztere nicht mehr zu bedeuten braucht als eine Unterbrechung des Wachstums für ein paar Jahre. Doch wenn die Wachstumstendenz schwach ist oder stockt, dehnt sich die *Baisse* entsprechend aus, und die Abwärtsbewegung bedeutet zugleich den scharfen Rückgang des Ausstoßes, der Beschäftigungshöhe und des Einkommens.

Neben dem sogenannten »Zehnjahreszyklus« haben manche Ökonomen eine *kürzere* Schwingung von drei bis vier Jahren finden wollen; andere behaupten, eine *längere* Schwingung entdeckt zu haben, die zwei bis drei Jahrzehnte umspannt. Jedenfalls steht fest, daß Wachstum unter dem Kapitalismus immer unregelmäßig verläuft, weil dieser ein planloses System darstellt, das vom individuellen Profitstreben bewegt wird. (...) Über die Konjunkturschwingungen kann lediglich gesagt werden, daß die jährliche Zuwachsrate in den *Boom*jahren oft die Höhe von sechs, sieben oder sogar acht Prozent erreicht, während sie in den *Baisse*jahren in negative Zahlen abfällt.

Noch ein anderes Merkmal der kapitalistischen Entwicklung, das über eineinhalb Jahrhunderte wahrgenommen wurde, muß beachtet werden, sei es auch nur, weil es eine Sache betrifft, auf die wir zurückkommen werden. Es ist ein allgemeines Kennzeichen dieser Entwicklung, bis auf den heutigen Tag, daß auf früheren Stufen die Produktion von Konsum-

gütern (beispielsweise Textilien und Bekleidung) für den inneren Markt wie für den Export vorauseilte und überwog. Demgemäß war das industrielle Wachstum in hohem Maß vom inneren und äußeren Markt für diese Güter beschränkt. Erst auf einer verhältnismäßig späten Entwicklungsstufe konnte die Produktion von Investitionsgütern aufholen und Schritt halten (Metall, Maschinen und chemische Produkte, die von anderen Industriezweigen gebraucht werden, im besonderen zur Ausdehnung ihrer Produktionskapazität).[3] (...) Zum großen Teil, wenn auch nicht vollständig, ist diese Veränderung dadurch zu erklären, daß die fortgeschritteneren Industrieländer in wachsendem Umfang Investitionsgüter in geringer entwickelte Länder ausführten. In der Zeit zwischen der früheren und der späteren Phase mußte also der industrielle Investitionsgütersektor rascher anwachsen als der Konsumgütersektor. (...)

Noch ein letztes Wort zu diesem Kapitel. Erinnern wir uns an die allgemeine Durchschnittszuwachsrate von drei oder vier Prozent im Jahr (in England und Nordamerika jetzt zwei bis drei Prozent), so bemerken wir eine auffallende historische Tatsache, deren Bedeutung gegenwärtig kaum überschätzt werden kann. Eine Zuwachsrate dieses Umfangs ist, so groß sie gemessen an derjenigen vorkapitalistischer Zeiten erscheinen muß, ihrerseits niedrig im Vergleich mit dem, was die sozialistische Wirtschaft, wie die Erfahrung lehrt, zu leisten vermag. Seit 1948 (als die Hauptlast des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit bewältigt war) erreichte die sowjetische industrielle Produktion eine jährliche Zuwachsrate von ungefähr zehn Prozent (die landwirtschaftliche Produktion ist langsamer gewachsen). Andere sozialistische Länder zeigten, ungeachtet gewisser individueller Unterschiede, vergleichbare Zuwachsraten; China hat weit höhere Raten erzielt, und nach dem *World Economic Survey* der Vereinigten Nationen von 1961 »stieg zwischen 1950 und 1959 die industrielle Produktion in zentral geplanten Wirtschaftssystemen (einschließlich Chinas) auf eine Durchschnittsrate von 13 Prozent im Jahr«. (...) Tatsächlich erreichte die sowjetische industrielle Wachstumsrate in der ersten Phase der verstärkten industriellen Entwicklung, im Jahrzehnt vor dem Zweiten Weltkrieg, einen erheblich höheren Stand als diesen.

So nimmt es wenig Wunder, daß die Propagandisten des Kalten Krieges im Westen versuchten, diese Tatsache zu überspielen oder zu verwischen, indem sie die sowjetische Bemessung des industriellen Wachstums als übertrieben angaben oder betonten, dieses und jenes kapitalistische Land (z. B.

Westdeutschland, Italien und Japan) hätten unter besonderen Umständen und während einer begrenzten Zeitdauer ein ebenso schnelles Wachstum gehabt, oder indem sie eine allgemein skeptische Stimmung gegenüber dem ganzen Sachverhalt verbreiteten. (...)

Die sowjetische Entwicklung

Die sowjetische Regierung schlug gleich zu Beginn der zwanziger Jahre, sobald die Verwüstungen des Bürger- und Interventionskrieges repariert waren, eine Industrialisierungspolitik ein – als einzigen Weg, Rußland von Armut und Rückständigkeit zu befreien, und als entscheidende Grundlage des Übergangs zum Sozialismus. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts und in den Jahren, die dem Ersten Weltkrieg vorangingen, hatte es eine gewisse industrielle Entwicklung gegeben – Textilindustrien sowie etwas Kohleförderung und Eisengewinnung nordwestlich von Moskau (größtenteils um der Nachfrage aus dem Eisenbahnbau zu begegnen), ein wenig Maschinenbauindustrie in der südlichen Ukraine (auch in St. Petersburg, der damaligen Hauptstadt), etwas Bergbau in Sibirien und Ölförderung in Baku sowie in Transkaukasien. Um die Jahrhundertwende erfolgte ein ausgedehnter Eisenbahnbau, einschließlich des transsibirischen. Von 1880 an erreichte der Zuwachs der industriellen Produktion den von Schweden; während des Booms der neunziger Jahre lag er für kurze Zeit sogar bei acht Prozent. Diese industrielle Entwicklung wurde weitgehend mit ausländischem Kapital finanziert und mit Hilfe von ausländischen Managern und Technikern in die Wege geleitet; über die Hälfte des Kapitals im Donez-Kohlenbecken und mehr als vier Fünftel des Eisenbahnbaus, der Hüttenindustrie und der Ölförderung befanden sich 1914 in ausländischen Händen.

Trotz dieser Vorkriegsentwicklung betrug die Gesamtzahl der in der Fabrikindustrie beschäftigten Arbeiter zur Zeit des Ersten Weltkrieges nur zwei bis drei Millionen – eine Zahl, die sich auf vier bis fünf Millionen erhöht, wenn Eisenbahnarbeiter und Bergleute hinzugerechnet werden. Viele Fabriklohnarbeiter und besonders die Bergleute in Südrußland bewahrten ihre Bindungen an das Dorf und kehrten zur Erntezeit dorthin zurück, um ihren Familien zu helfen. Handwerker gab es doppelt so viele wie Fabrikarbeiter, und gut vier Fünftel der gesamten Bevölkerung leb-

ten von der Landwirtschaft. So schuf die Industrie kaum mehr als kleine »Inseln« in einem vorwiegend rückständigen, agrarischen Land. Abgesehen von einigen Großgrundbesitzen bestand der landwirtschaftliche Bereich aus kleinen bäuerlichen Pachtgütern, die, ungenügend ausgerüstet und mit primitiven Methoden bestellt, nur geringe Erträge erbrachten (weniger als in Italien, halb so viel wie in Frankreich und nicht viel mehr als in Indien). Außerdem gab es eine bäuerliche Überbevölkerung – einen Bevölkerungsdruck auf das verfügbare kultivierte Land –, die von einem sowjetischen Ökonomen in den späten Zwanzigern auf acht bis neun Millionen geschätzt wurde. Dennoch stellte die Landwirtschaft, zusammen mit dem Bergbau, der Ölförderung und dem Holzabbau, den Hauptanteil am Export; Rußland war damals einer der führenden Getreideexporteure der Welt, während seine Einfuhr Fertigwaren und industrielles Rohmaterial umfaßte. Rußland trug also entschieden die Kennzeichen eines rückständigen Landes.

Obgleich die sowjetische Regierung das Industrialisierungsprinzip zu einem verhältnismäßig frühen Zeitpunkt aufstellte, brauchte es einige Jahre, bis die Politik, durch die sich dieses Prinzip verwirklichen ließ, im einzelnen ausgearbeitet und beschlossen war; im ersten Fünfjahresplan fand sie dann ihren endgültigen Ausdruck.

Dieser schwierigen politischen Entscheidung ging eine mehrjährige heftige Diskussion voraus, die die Mitte und das Ende der zwanziger Jahre ausfüllte. Es gab dabei zwei grundlegende und miteinander verbundene Streitpunkte. Aus welcher Quelle sollten die Investitionsfonds gespeist werden, wenn man die Industrie ausdehnen, auf einen höheren technischen Stand heben und damit die Arbeitsproduktivität steigern wollte? Eine derartige Zunahme der Produktivität gesellschaftlicher Arbeitskraft war augenscheinlich eine wesentliche Vorbedingung für die Hebung des Lebensstandards. Wenn man mehr Konsumgüter je Kopf der Bevölkerung haben wollte, mußte man neue industrielle Anlagen schaffen (oder alte wiederherstellen) und sie mit neuen und zeitgemäßen Maschinerien ausstatten. Dazu brauchte man Metall; und wenn die betreffenden Maschinen nicht vom Ausland bezogen wurden (die Möglichkeiten dazu waren aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen stark beschnitten), erforderte dies eine schnelle Zunahme der Eisen und Stahl produzierenden Anlagen, sowie den Aufbau einer komplizierten Maschinenbauindustrie. Selbst wenn man Maschinen nur für ein paar Jahre importieren wollte,

um das erste Stadium der Expansion zu überbrücken, mußte man Wege finden, den Export von Getreide (dem führenden Exportprodukt) zu vergrößern, weil man ausländische Währung benötigte, um zusätzliche Einfuhren bezahlen zu können (denn an ausländische Darlehen in nennenswerter Höhe war nicht zu denken). Wie konnte dies geschehen, ohne daß man entweder Lebensmittel der eigenen Bevölkerung verwendete, also den ohnehin schon niedrigen Lebensstandard noch weiter senkte, oder in irgend einer Form auf die Bauern Druck ausübte, mehr zu produzieren und den Überschuß auf den Markt zu bringen? Tatsächlich brauchte man, wenn man die Industrie und damit die Industriearbeiterschaft vergrößerte, *mehr* Lebensmittel (und auch Rohstoffe wie Baumwolle), um die Arbeiterbevölkerung in den Städten zu versorgen.

Genau hier trat der zweite entscheidende Streitpunkt in die Diskussion: nämlich das Verhältnis von Sowjetstaat (im Verein mit der sozialistischen Industrie) und Bauernschaft. Lenins Grundsatz während der Revolution und des Bürgerkriegs wie auch in der Phase der Nachkriegserholung war der eines festen Bündnisses von industrieller Arbeiterklasse und Bauernschaft (d. h. der armen und mittleren Bauern, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildeten). Mußte dieses Bündnis nicht zerbrechen, wenn man auf die Bauernschaft einen zu starken politischen und wirtschaftlichen Druck ausübte, um dank ihrer Arbeit und der Einschränkung ihres Konsums das für die industrielle Expansion Nötige zu beschaffen (wie einige damals vorschlugen)? In einem entscheidenden Punkt war die bestehende Lage besonders gefährlich: der verkäufliche Getreideüberschuß war kleiner als in den vorrevolutionären Tagen – um die Hälfte kleiner. Das war die Folge der Landreform von 1917, bei der das Land der Großgrundbesitzer und Großbauern *(Kulaken)* unter die ärmeren Bauern aufgeteilt worden war; die wachsende Gleichstellung der Bauern im Dorf hatte bewirkt, daß sie von ihrem Ertrag mehr konsumierten. Würden nun die Reicheren, die *Kulaken* ermutigt, Land zu kaufen oder mehr Land zu verpachten und Arbeiter zu beschäftigen, um einen Überschuß für den Markt zu produzieren, so müßte dies eine Wiedergeburt des Kapitalismus auf dem Land begünstigen; es entstünde eine Klasse von reichen, »bessergestellten« Bauern, die Kapital anhäufen und es zum Handel und Geldverleih verwenden würden, wie es die angehenden Kapitalisten aus den Reihen der landwirtschaftlichen Produzenten auf der ganzen Welt getan hatten.

Angenommen jedoch, es würde ein Weg aus dieser Sackgasse gefunden, so sähe sich eine Industrialisierungspolitik unverzüglich einer anderen Schwierigkeit ausgesetzt. Wir haben gesehen, daß das traditionelle Entwicklungsmodell in den kapitalistischen Ländern der Entwicklung der Konsumgüterindustrien – Textilien, Bekleidung oder Nahrungsmittel – zunächst den Vorzug gab; erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium trat eine schnellere Ausdehnung der Investitionsgüterindustrien ein. (...) Wo eine entwickelte Schwerindustrie (Brennstoff, Metall und Maschinenbau) fehlte, verließen sich die meisten Länder in den früheren Stadien auf die Einfuhr von Maschinen aus dem Ausland, um damit ihre neuen Industrien auszustatten, wie sie auch Eisen und Stahl für ihre Eisenbahnen einführten. Konnte sich die sozialistische Industrialisierung an dieses Modell halten, oder gab es eine Alternative?

Wenn die Bauernschaft eher umworben als gezwungen werden sollte, einen größeren Überschuß an Rohmaterialien und Lebensmitteln für den Markt zu liefern, so mochte das traditionelle Modell als das richtige erscheinen; da das einzige Mittel, einen Bauern zu erhöhtem Verkauf von Getreide und Baumwolle zu bewegen, darin bestand, ihm als Gegenleistung mehr industrielle Güter anzubieten, was die Entwicklung der Konsumgüter-Leichtindustrie voraussetzte, mußte diese den Vorrang haben. Eine mächtige Gruppe (der sogenannte rechte Flügel) hat diese Linie verfochten, eine Linie der vorsichtigen und verhältnismäßig langsamen Entwicklung, in deren Verlauf eine peinliche Balance zwischen Landwirtschaft und Industrie bestehen und die Produktion von Konsumgütern mit einem beschleunigten Fluß landwirtschaftlicher Produkte vom Dorf zur Stadt Schritt halten müßte.

Die Lösung, die man schließlich fand, ist weithin als sowjetischer Weg der Industrialisierung bekannt geworden. Er vereinigt in erster Linie eine hohe Industrialisierungsrate mit einer Tendenz zur Kollektivierung der Landwirtschaft: zur Einbeziehung der einzelnen Bauernhöfe in großflächige Genossenschaften und Kollektivgüter. Damit waren zwei Probleme zugleich gelöst. Die einzelnen Bauernwirtschaften mit ihren primitiven Methoden und niedrigen Erträgen (sowie der ständigen Drohung einer Wiedergeburt des Kapitalismus *via* Erzeugung einer oberen Kulakenschicht) wurden von einer kollektiven und sozialistischen Gestalt der Landwirtschaft aufgehoben. Gleichzeitig wurde die Grundlage der Mechanisierung gelegt und der verkäufliche Überschuß vergrößert. Die indu-

strielle Entwicklung wurde nicht langsam und vorsichtig, sondern in einer anspruchsvoll hohen Rate geplant. Der Impetus der Entwicklung durfte sich nicht totlaufen; es galt vielmehr, ihn durch eine besondere Kampagne anzuregen und zu erhalten, für die das leitende Personal aller Industriezweige und die gesamte Mitgliedschaft der Partei aufgeboten wurden. Überdies wurde das traditionelle Entwicklungsmodell aufgegeben; an Stelle der sonst führenden Leichtindustrie erhielt der Aufbau der Schwerindustrie Vorrang – Elektrifizierung, Eisen, Stahl und Maschinenbau. Das Ziel dieser neuen Entwicklungsrichtung war es, wie wir später sehen werden, durch die Ausdehnung der Produktionskapazität der Metall-, Energie- und Maschinenbauindustrie die Möglichkeit einer zukünftigen Expansion aller Zweige der Wirtschaft zu vergrößern.

Eine Vorstellung von der in der ersten, schwierigen Nachkriegsphase erreichten Industrialisierung vermittelt uns ein Blick auf die Zuwachsrate bestimmter Schlüsselprodukte (die alle in physikalischen Einheiten meßbar sind). In dem Jahrzehnt von 1928 bis Ende 1937, über das sich die ersten beiden Fünfjahrespläne erstreckten, nahm die Erzeugung von elektrischer Energie um das sieben- bis achtfache zu, die Produktion von Eisen und Stahl um das vierfache, von Kohle um das dreieinhalbfache, von Öl um etwas weniger als das dreifache, von Zement um das dreifache. Auch der Aufbau einer komplexen Maschinenbauindustrie war eine wichtige Errungenschaft dieser Periode: ihre Zuwachsrate (die wegen der Mannigfaltigkeit der Produkte nicht in physikalischen Einheiten meßbar ist) war noch weit größer als diejenige der genannten Grundstoffe. Andere, ganz neue Industrien – Motoren, Flugzeugbau, nicht-eisenhaltige Metalle wie Aluminium usw. – wurden in diesem heroischen Jahrzehnt der gewaltigen Opfer und Mühen überhaupt erst gegründet. Unterdessen erreichten die Konsumgüterindustrien eine beträchtlich niedrigere Rate als die Investitionsgüterindustrien – eine etwa halb so hohe Rate.

Trotz den Verwüstungen durch Krieg und Invasion, die die sowjetische Wirtschaft um mindestens acht Jahre zurückwarfen und einen ungeheuren Tribut an Menschenleben forderten, liegt heute die Ausstoßkapazität der Grundprodukte wie Kohle, Öl, Elektrizität und Stahl um das zehn- bis zwanzigfache über dem Niveau, auf dem man vor dreißig Jahren, in der Zeit des ersten Fünfjahresplans, begonnen hatte. Da wir den größten Teil des Jahrzehnts, in das der Krieg fiel, abziehen müssen, um ein richtiges Bild der Zuwachsrate zu erhalten, steht diese als ein Werk von zweieinhalb

Jahrzehnten Friedensaufbau vor uns. (Das wird von einigen amerikanischen Kommentatoren, z. B. von Rostow, nicht zugestanden; sie ziehen, wenn sie das Wachstum zwischen Anfangs- und Endgröße messen, aus den vollen dreißig bis fünfunddreißig Jahren den Durchschnitt.[4] Wir erwähnten, daß seit dem Ende des Nachkriegsaufbaues die industrielle Produktion auf eine jährliche Durchschnittsrate von zehn Prozent anstieg: eine Ausdehnung, die die Grundlage des gegenwärtigen langfristigen Ziels (des Zwanzigjahresplans) bildet, das »mächtigste und reichste Land, die USA, in der Pro-Kopf-Produktion einzuholen«. Im Laufe der fünfziger Jahre hat, als Resultat des Fortschritts der Grundstoffindustrien im Vorkriegsjahrzehnt, die Konsumhöhe schon erheblich zugenommen; obwohl die Zuwachsrate im Investitionsgütersektor auf einem höheren Stand gehalten wurde als im Konsumgütersektor, hat sich der Abstand zwischen beiden sehr verkleinert. Seit 1953 wurde auch der bisherige Rückstand der Landwirtschaft überwunden; zwischen diesem Jahr und 1960 nahm die landwirtschaftliche Produktion um rund 60 Prozent zu. (. . .)

Probleme der Investition

Über das Wachstum und insbesondere über die Probleme der unterentwickelten Länder wurden seit dem Zweiten Weltkrieg viele Diskussionen geführt. Sie betrafen, selbst wenn sie rein theoretisch waren, Fragen der Praxis. An erster Stelle stand die Frage, ob die Entwicklung, in traditioneller Weise, der Initiative privater Kapitalisten überlassen bleiben solle, unterstützt vielleicht durch ausländische Anleihen und technische Hilfe für die unterentwickelten Länder unter dem Schirm internationaler Körperschaften wie der Weltbank (die oft *de facto* von den USA beherrscht werden), – oder ob eine gewisse Planung durch den Staat und die Regierungsorgane notwendig sei. Man kann wohl behaupten, daß die Mehrzahl der an dieser Auseinandersetzung beteiligten Ökonomen den letzteren der beiden Standpunkte vertrat. Aber es gibt eine mächtige Minderheit (vor allem in den USA, in geringerem Maß auch unter den »westlich geschulten« Ökonomen der unterentwickelten Länder), die jeglichem Eingriff in die »freie Marktwirtschaft« und jeder nennenswerten Ausdehnung der Staatsausgaben und -investitionen abhold ist. Dadurch werde, so sagen sie, die Privatinitiative gelähmt und ausländisches Kapital ver-

scheucht; die Folge sei »unökonomische« Politik und Verödung – ganz zu schweigen von dem Auftrieb, den das »gefährliche Gedankengut« der Planwirtschaft dabei erhalte. (...)

Zu diesem zentralen Streitpunkt – Planung *versus* freier Markt, Staat *versus* private Investition – kommt noch die Frage nach den allgemeinen Richtlinien, denen die geplante oder ungeplante Entwicklung zu folgen habe. Soll sie sich an dem ausrichten, was wir als die traditionelle Politik kapitalistischer Länder in der Vergangenheit beschrieben haben? Oder soll sie vielmehr dem folgen, was als der sowjetische Entwicklungsweg bekannt wurde?

Diese Frage des Entwicklungsmodells umgreift eine Anzahl unterschiedlicher, jedoch miteinander zusammenhängender Probleme: die relative Bedeutung, die dem Außenhandel und der Mobilisierung innerer Ressourcen, vornehmlich der überschüssigen Arbeitskraft eingeräumt wird; der Dringlichkeitsgrad, der verschiedenen Industrien und Sektoren zukommt – ihre relativen Zuwachsraten in bestimmten Zeitabschnitten, die Wahl der Techniken und Produktionsmethoden in der Gesamtwirtschaft wie in einzelnen Industriezweigen. Das sind Streitpunkte, die nur schwer richtig eingeschätzt werden können, wenn man nicht theoretische Überlegungen anstellt (und dabei gewisse theoretische Vereinfachungen vornimmt, um sich auf das Wesentliche zu konzentrieren). Doch zuvor wird es gut sein, einen Blick auf einen oder zwei Grundbegriffe zu werfen, die in der theoretischen Diskussion allgemeine Geltung erhielten, und einige Mißverständnisse aufzuklären, die ziemlich weit verbreitet sind.

Der erste und bekannteste ist der Begriff der Investitionsquote, die gewöhnlich als das Verhältnis der laufenden Investitionen zum Gesamteinkommen oder Gesamtausstoß beschrieben wird; d. h. als der Ressourcenanteil, der zur *Erweiterung* des vorhandenen Bestandes an Kapitalausstattung, Anlagen und Bauten sowie des Umlaufvermögens (Güterbestand, einschließlich Halbfertigprodukte) bestimmt ist. In der eben dargestellten Form bezieht sich das Verhältnis auf die *Netto*investition (oder die Neuinvestition) und entspricht dem Ausstoß der Investitionsgüterindustrien (*plus* dem Zuwachs des Umlaufvermögens), der *obendrein* dazu verwendet wird, die veraltete Ausrüstung und die aufgebrauchten Warenbestände zu *ersetzen*. Es muß deswegen auf das *Netto*einkommen oder den *Netto*ausstoß bezogen werden, d. h. auf den Gesamtausstoß (das Gesamteinkommen) abzüglich der Kapitalabschreibung und der im be-

treffenden Jahr verringerten Bestände an Umlaufvermögen. Mitunter findet man jedoch beide Mengen *brutto* anstatt *netto* ausgedrückt, d. h. die Investition umfaßt den gesamten Investitionsgüterausstoß, der zur Ersetzung, Erhaltung und Erweiterung des vorhandenen Kapitalbestandes bestimmt ist und sich auf Gesamtausstoß oder -einkommen *ohne* irgendwelchen Abzug der laufenden Entwertung bezieht. (...)

Diese Investitionsquoten, ob *netto* oder *brutto,* weichen in verschiedenen Fällen erheblich voneinander ab, und diese Ungleichheit kann *einer* der Gründe für unterschiedliche Wachstumsraten sein. (...) Eine Schwierigkeit, die Nettoinvestition überhaupt deutlich von der Bruttoinvestition abzuheben, liegt darin, daß bei der Ersetzung alter Anlagen und Kapitalausstattungen durch neue, also modernere und verbesserte, die Produktionsleistung fast immer gesteigert wird. Wie läßt sich messen, inwieweit die Veränderung lediglich die Ersetzung alter durch neue Ausrüstungen betrifft, und inwieweit die *Neu*investition zusätzlich die Produktivkräfte steigert?

Zweitens geht es um den Begriff des Kapitalkoeffizienten oder der Kapitalausstoßrate (manchmal auch als Investitionskoeffizient bezeichnet); er bedeutet einfach das Verhältnis des Wertes des in einem bestimmten Produktionszweig benutzten Kapitals zu dem Wert des in einem bestimmten Zeitabschnitt gemessenen Ausstoßes (wobei gewöhnlich ein Jahr genommen wird). Dieses Verhältnis ist von Industriezweig zu Industriezweig verschieden und verändert sich auch zeitlich, z. B. durch technischen Wandel und den Charakter des technischen Wandels. (...) Es kann vom Intensitätsgrad beeinflußt werden, in dem die Kapitalausstattung genutzt wird. (...) Aus diesem Grund ist es in *Boom*jahren oft ein anderes als in Depressionsjahren. (...) Oskar Lange hat zum Beispiel darauf hingewiesen, daß in den sozialistischen Ländern der Koeffizient viel niedriger zu sein pflegt als in den kapitalistischen, weil die Planwirtschaften Überproduktion verhindern und eine konstantere Produktionsmenge gewährleisten können, die dicht an der vollen Produktionsauslastung liegt.[5]

In fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wie denen Westeuropas und Amerikas wird dieser Koeffizient im allgemeinen mit etwa drei oder vier angegeben. Das bedeutet, daß Produktionskapital im Wert von 300 oder 400 Mark erforderlich ist, um einen jährlichen Ausstoß im Wert von 100 Mark zu produzieren, oder daß eine zusätzliche Investition von 1000 Mark im Jahr den Ausstoß um durchschnittlich 250 oder 333 Mark an-

hebt. (Dies unter der Voraussetzung, daß kein Unterschied besteht zwischen der sogenannten Steigerungs- oder Investitionsquote und der Durchschnittsrate.) Für einige asiatische Länder wurde in den Nachkriegsjahren der Koeffizient wie folgt berechnet: Japan 4,7; Ceylon 2,6; Indien 2,3; Indonesien 2,3.[6] (...)

Eine Gleichung, auf die sich die modernen Wachstumstheorien häufig beziehen, besagt (was als »eine einfache arithmetische Wahrheit« bezeichnet wurde): *Die Zuwachsrate eines bestimmten Landes ist gleich seiner Investitionsquote dividiert durch seinen gesamten Kapitalkoeffizienten.* Nehmen wir also an, das Volkseinkommen eines Landes sei gleich 100 (ein beliebiger Geldwert) und der Nettoinvestitionskoeffizient sei gleich 1/10; dann investiert dieses Land jährlich einen Betrag von 10. Ist der Kapitalkoeffizient gleich 4, so bewirkt diese jährliche Investition im Betrag von 10 einen jährlichen Zuwachs des Volkseinkommens in Höhe von 2 1/2, d. h. 10/100 dividiert durch 4/1 = 2½/100. Ist der Kapitalkoeffizient nur 2, so beträgt die Zuwachsrate 5 Prozent.

Nun zu den Mißverständnissen. Diese Art der Berechnung, die wir eben vorführten, dient oftmals zu pessimistischen Schlüssen über die Möglichkeit der rückständigen Länder, sich überhaupt und aufgrund ihrer eigenen Anstrengungen rasch aus ihrer Rückständigkeit zu befreien. Man folgert dann weiter, daß sie den »circulus vitiosus« der Rückständigkeit und Armut nur durchbrechen können, wenn sie ausländisches Kapital und ausländische Hilfe annehmen, also auch die nötigen politischen Bedingungen akzeptieren (keine Entmutigung privaten Unternehmertums durch steuerpolitische und »sozialistische« Maßnahmen etc.). Die Entwicklung unter diesen Bedingungen wird als einzige Alternative zu einem diktatorischen Regime hingestellt, das unbarmherzig den ohnehin schon niedrigen Lebensstandard durch drakonische Maßnahmen senkt. Es ist eigenartig, wie oft arithmetische Wahrheiten dazu verwendet werden, reaktionäre Folgerungen zu stützen.

Man argumentiert etwa folgendermaßen. Gesetzt, die Bevölkerung wachse um zwei Prozent im Jahr, was für solche Länder keine ungewöhnliche Rate darstellt (in Lateinamerika beläuft sie sich auf 2,5, im Mittleren Osten auf 2,3 Prozent), und gesetzt, der Kapitalkoeffizient sei drei. Das Land muß dann sechs Prozent seines Volkseinkommens sparen und investieren, lediglich um mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt zu halten und den Lebensstandard vor dem Absinken zu bewahren. Um eine Zuwachs-

rate von fünf Prozent zu erzielen, also den Pro-Kopf-Ausstoß um jährlich gerade nur drei Prozent zu erhöhen, ist eine jährliche Investition von 15 Prozent des Volkseinkommens notwendig – eine sehr hohe Prozentzahl und daher eine schwere Last für die Länder Asiens und Afrikas mit ihrem so ungemein niedrigen Pro-Kopf-Ausstoß, der ohnehin kaum vor dem Hungertod schützt.

Darauf gibt es eine ziemlich klare Antwort (oder zumindest eine Teilantwort): in den meisten unterentwickelten Ländern herrschen gewaltige Einkommensunterschiede und deshalb ein beträchtliches Maß an parasitärer Konsumption (zu einem guten Teil importierte Güter) durch feudale und andere wohlsituierte Gruppen, die in dem Augenblick verringert werden kann, wo geeignete Regierungsmaßnahmen ergriffen werden. Dazu schrieb Paul Baran: »Das grundlegende Hindernis schnellen wirtschaftlichen Wachstums in unterentwickelten Ländern ist die Art und Weise, wie sie ihren potentiellen Überschuß verwenden. Er wird in vielfältigen Formen durch die Überkonsumption der Oberklasse geschluckt, durch die wachsende Schatzbildung im In- und Ausland, durch die Erhaltung höchst unproduktiver bürokratischer und sogar noch aufwendigerer und nicht minder überflüssiger militärischer Apparate.« [7] Außerdem gibt es oft noch Verschwendung und brachliegende Ressourcen, die von einer Regierung, die mit bestehenden Privilegien nicht allzu sanft umginge, zur Investition herangezogen werden könnten. Aber es ist eine andere und vielleicht nicht so handgreifliche Erwägung, auf die ich hinlenken möchte. Die Richtung, die ich die »pessimistische« nannte, hält es für erwiesen, daß der Konsum absolut eingeschränkt werden müsse, damit die Investitionsrate steigen könne und eine rasche Entwicklung möglich werde. Das ist eine rein statische Anschauung, die aus der Gewöhnung entspringt, die Dinge zu einem gegebenen Zeitpunkt zu betrachten, mit einem gegebenen Gesamteinkommen, das in bestimmte Anteile der Konsumption und der Investition zerfällt. Diese statische Anschauung übersieht, daß die Entwicklung nicht nur davon abhängt, ob die Investitionsrate (und folglich die Zuwachsrate) groß oder klein ist, sondern auch (und auf die Dauer viel stärker) davon, was mit dem *Zuwachs* des Sozialprodukts geschieht, wie klein er zu Beginn auch sein mag. Mit anderen Worten: Es ist die *Zuwachsrate des Wachstums* – die Fähigkeit der Wachstumsrate, sich selbst zu erhöhen –, was wirklich zählt. Weit mehr als auf die ursprüngliche Größe des Jahres Eins kommt es darauf an, wie der vorhandene inve-

stierbare Überschuß *angelegt* wird, und entscheidend ist, wie sein Ertrag *nutzbar gemacht* wird.

Gewiß, den Zuwachs für eine rasche stufenförmige Entwicklung verwenden bedeutet *nicht*, ihn zur Erhöhung der Konsumption während dieser Zeit bereitstellen. Doch die *Konsumerweiterung* hier und jetzt *zurückstellen*, um sie später umso schneller ermöglichen zu können, ist etwas anderes, als den Konsum hier und jetzt zu *reduzieren*, was die Schwarzseher als den einzig möglichen Weg bezeichnen. Diese Auffassung entspringt der altmodischen Vorstellung, daß »Sparen« (als mühselige Einschränkung der Konsumption verstanden) stets dem Wachstum vorausgehen müsse und es bedinge. (...)

Ist die Arithmetik in der Vergangenheit für Pessimismus und Schwarzseherei eingespannt worden, so soll sie nun einmal dem Optimismus dienen. Man kann sagen, daß sich eine hoffnungsvollere Perspektive aus dem ergibt, was die »verblüffende Macht des in hohen Raten erfolgenden Wachstums« genannt wurde.[8] Um ein einfaches Beispiel zu nehmen: wird mit einer beliebigen Menge begonnen (etwa dem Volkseinkommen oder dem zu einem Anfangsdatum verfügbaren Investitionsfonds) und wächst sie jährlich um zwei Prozent, so ist sie nach zehn Jahren nur um wenig mehr als 20 Prozent vergrößert, nach zwanzig Jahren um 50 Prozent. Selbst nach einem Jahrhundert wird sie lediglich um das siebenfache angestiegen sein. Läßt sich die Zuwachsrate auf fünf Prozent steigern, so nimmt sie in einem Jahrzehnt um mehr als die Hälfte zu, in zwei Jahrzehnten um mehr als das zweieinhalbfache, während sie sich nach einem Jahrhundert 130-fach vergrößert haben wird. Falls die Zuwachsrate jedoch auf zehn Prozent angehoben werden kann, nimmt die ursprüngliche Menge (Volkseinkommen oder investierbarer Überschuß) in einem Jahrzehnt um mehr als das zweieinhalbfache zu, in zwei Jahrzehnten um das sechs- oder siebenfache und in einem Jahrhundert einige tausendmal. (...) Gelänge es aber, die Zuwachsrate sogar auf 15 Prozent zu erhöhen, so verdoppelte sich das Volkseinkommen alle fünf Jahre, vervierfachte sich in zehn Jahren und vergrößerte sich um das sechzehnfache in zwanzig Jahren. Eine geringe zusätzliche Anstrengung in den ersten Jahren der Industrialisierung kann demnach innerhalb eines oder zweier Jahrzehnte einen sehr großen Ertrag abwerfen, wodurch sich die Konsumption erheblich erhöhen läßt.

Das beweist selbstverständlich nicht, daß es leicht wäre, die Zuwachsrate

entsprechend hoch zu schrauben – daß sich dies durch einen automatischen Prozeß erreichen ließe, der mit einer Handbewegung in Gang zu setzen wäre. Die geometrische Progression ist keine neue Form der Magie. Die Zuwachsrate auf eine ausreichende Höhe zu heben und während ein oder zwei Jahrzehnten ohne Rückfall in die Stagnation aufrecht zu erhalten – das verlangt so gut wie sicher eine Planung (und damit ist nicht einfach Planung auf dem Papier gemeint); ferner verlangt dies eine angemessene Form der politischen und gesellschaftlichen Organisation, die geeignet ist, die menschlichen Bemühungen zu inspirieren und die wirtschaftlichen Ressourcen für die gewünschten Ziele einzusetzen, ganz besonders in den frühen Jahren des »Anstoßes«.

Einige weitere theoretische Probleme

Bis vor kurzem waren sich die Ökonomen ganz sicher, daß das traditionelle kapitalistische Entwicklungsmodell das einzige wirtschaftlich rationale sei. Damit wurde die sowjetische Entwicklungsart als irrational und unwirtschaftlich beurteilt: sie vergeude Ressourcen und füge dem menschlichen Wohlstand schwerwiegende Schäden zu; sie stellte ein allzu hastiges Überspringen der einzelnen Stadien dar wegen einer fixen Idee der marxistischen Ideologie oder aus Gründen nationalen Machtstrebens. Die freundlichste Auslegung lautete, die Russen seien durch die Kriegsgefahr gezwungen, überstürzt vorzugehen. Aber das machte sie in Friedenszeiten zu keinem guten Vorbild für die unterentwickelten Länder.
In Veröffentlichungen der Vereinten Nationen über unterentwickelte Länder, in amerikanischen Lehrbüchern über Entwicklungsfragen und in Artikeln gelehrter Zeitschriften wurde nach dem Krieg eine besondere Theorie vertreten, die vorgab, Grundsätze aufzustellen, die gleichermaßen für die Wahl der Produktionsmethoden, für die Wachstumsstrukturen verschiedener Industrien und Sektoren und für die aufeinanderfolgenden Stadien, die eine Entwicklung zu durchlaufen hat, Geltung haben sollten. Man braucht kaum zu sagen, daß diese Theorie Vorsicht und Konservatismus betonte. Sie verhärtete sich bald zu einem Dogma und erschien vielen als eine so zwingende Folgerung aus akzeptierten Theorien und so einleuchtend, daß es außerordentlich schwierig wäre, sie zu verwerfen. Jedem Zweifel an ihrer Richtigkeit wurde mit der Feststellung

begegnet, sie weise doch nur den einzig möglichen Weg, auf dem knappe Ressourcen und schmale Investitionsfonds am ergiebigsten zu nutzen seien. Welcher Mensch bei Sinnen könnte einen solchen Ratschlag zurückweisen?

Was die Theorie so einleuchtend darlegte, war kurz gesagt dies: Ein unterentwickeltes Land läßt sich durch akuten Kapitalmangel und überschüssige Arbeitskraft charakterisieren. Unter diesen Umständen müssen neue Investitionsfonds sparsam und mit größtmöglicher Wirksamkeit genutzt werden – größtmögliche Wirksamkeit beim Einsatz überschüssiger Arbeitskraft wie bei der Ausdehnung des Sozialprodukts. Dies läßt sich am ehesten erreichen, wenn die Investition nicht für aufwendige Maschinen, für die modernsten und elegantesten technischen Methoden verwendet wird, sondern für die Ausstattung der Arbeitskraft mit möglichst billigen Geräten; denn bei begrenztem Kapital können dann mehr Geräte erworben, mit ihrer Hilfe kann mehr Arbeitskraft beschäftigt werden. Dementsprechend läßt sich der Gesamtausstoß vergrößern. Es ist also wirtschaftlicher, nicht eine verhältnismäßig kleine Zahl von Traktoren und Mähdreschern für die Landwirtschaft anzuschaffen, sondern eine Vielzahl von Spaten, die einer Vielzahl von Arbeitern Beschäftigung geben auf einer relativ niedrigen Produktivitätsstufe.

Daraus folgt ferner, daß jene Industrien entwickelt werden müssen, die verhältnismäßig wenig Kapital im Vergleich zur Arbeitskraft benötigen. Deswegen sind, zumindest auf der ersten Stufe, handwerkliche oder »Heim«-Industrien den mit modernen Maschinen ausgestatteten Fabrikindustrien vorzuziehen, ebenso die Leichtindustrie der Schwerindustrie, insbesondere, weil die erstere schneller Erträge abwirft in dem Sinn, daß sie früher den Bestand an Konsumgütern vermehrt, die entweder zum eigenen Konsum oder zum Export dienen. Manche Konservative gingen sogar so weit, die ganze Industrialisierungspolitik in Zweifel zu ziehen.

Auf einem höheren Niveau läuft diese Theorie auf eine Verschmelzung der Grenzproduktivitätstheorie (zumindest einer ihrer besonderen Folgerungen) mit der Theorie der komparativen Kosten hinaus, die seit der Zeit der klassischen Ökonomie des frühen 19. Jahrhunderts dazu dient, die Gestalt des internationalen Handels zu erklären (und zu rechtfertigen). Nach der ersteren pflegen die Preise von relativ knappen Produktionsfaktoren hoch zu sein, die von relativ reichlich vorhandenen niedrig. In unserem Fall ist die Arbeitskraft der im Überfluß vorhandene Faktor

und das Kapital der knappe. Wenn sich also ein Land auf diejenigen Produktionsverfahren und Industrien konzentriert, die relativ viel Arbeitskraft benötigen (die *»arbeitsintensiv«* sind), dann wird es sich auf Methoden und Industrien konzentrieren, die die *geringsten Kosten* verursachen. Und das ist, wie die Theorie der komparativen Kosten stets betont hat, der wirtschaftlichste Weg, die Ressourcen eines Landes auszuschöpfen, d. h. mit größtmöglicher Wirksamkeit zu nutzen. Viel besser, man verfährt derart und exportiert einen Teil der Produkte dieser Industrien, um im Austausch Maschinen zu importieren, als daß man Arbeitskraft und Kapital »unwirtschaftlich« einsetzt, indem man Maschinen im eigenen Land herstellt.

Auf dieser Grundlage entstand das, was sich zu einer Theorie der Entwicklungsstadien auswuchs. Danach konzentriert sich ein Land zuerst auf weitgehend primitive, sogenannte arbeitsintensive Techniken und auf Industrien, die ihrer Natur nach verhältnismäßig wenig Kapital erfordern und einen niedrigen Kapital-Arbeit- und Kapitalkoeffizienten besitzen. Im Laufe der Zeit, wenn das Kapital sich anhäuft und die überschüssige Arbeitskraft herangezogen wird, kann es allmählich zu fortgeschritteneren Techniken übergehen und einen »kapitalintensiveren« Industrietyp entwickeln. Gesellt es sich zu den reifen, entwickelten Ländern, so kann es unter Umständen zur Produktion von Investitionsgütern fortschreiten und seine Lebensmittel, Rohstoffe und selbst eine Menge industrieller Konsumgüter aus Ländern mit tieferer Entwicklungsstufe importieren. Eben dies war, wie wir sahen, der traditionelle Entwicklungsweg der kapitalistischen Länder.

Den unterentwickelten Ländern empfiehlt diese Theorie Primitivität und eine langsame Entwicklung: sie sollen dem traditionellen Modell des Kapitalismus aus dem 19. Jahrhundert folgen und die größenwahnsinnigen Entwürfe der Technokraten und Planer meiden.

Gibt es einen schwachen Punkt in dieser Beweisführung, und wenn ja, wo ist er zu finden? Die knappe Antwort sei wiederholt: diese Argumentation beruht im Wesentlichen darauf, daß ein statischer Gesichtspunkt eingenommen wird, der entscheidende Faktoren des Wachstums unterschlägt. Wenn man sie berücksichtigt, gelangt man zu der Einsicht, daß eine Methode, die Beschäftigungshöhe und Ausstoß hier und jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, so groß wie möglich halten will, nicht notwendig einer Handlungsweise gleichkommt, die das *Wachstumspotential* des

Wirtschaftssystems maximiert – ganz im Gegenteil. Eine Politik, die auf seine maximale Entfaltung abzielt, auch um den Preis eines momentan geringeren Ausstoßes und einer niedrigeren Beschäftigungshöhe als bei einer alternativen Politik, ermöglicht es dem Ausstoß so gut wie der Beschäftigungshöhe (und folglich der Konsumption), schneller zu wachsen und bald einen höheren Status zu behaupten, als sie es auf andere Weise innerhalb so kurzer Zeit tun könnten. Das ergibt sich aus der Tatsache, daß ein kleiner Teil eines Ganzen, der rasch anwächst, sehr schnell größer wird als ein großer Teil eines Ganzen, der langsam wächst.

Diese Beweisführung hängt natürlich davon ab, wie das Wachstumspotential einer Wirtschaft bestimmt wird. Was ist dieses Wachstumspotential? Man sollte hier vielleicht erläutern, daß nicht von der *finanziellen* Schranke möglicher Investitionen die Rede ist, sondern von realen oder Produktionsschranken – den verfügbaren Ressourcen und den Produktionsmöglichkeiten der erforderlichen Art.

Diese Schranken können mannigfacher Natur sein. Doch in einer bestimmten Situation pflegt eine (oder ein paar) gewichtiger zu sein als die übrigen, weil sie unter den gegebenen Umständen stärker einschränkt. Wenn es gelingt, die verfügbaren Ressourcen auf die Erweiterung dieses »Engpasses« zu lenken, so tragen sie sicherlich viel mehr dazu bei, das Wachstum voranzutreiben, als wenn sie auf andere Weise erschöpft werden. In diesem Sinn können Fortschritte des Wachstums stärker von dem Weg, auf dem der investierbare Überschuß angelegt wird, als von der Anfangsgröße abhängen. (...)

Neue Fabriken, Stahl- und Kraftwerke und Industriestädte können natürlich nicht schneller erbaut werden, als sich Zement, Stahl und Ziegelsteine zu ihrem Bau bereitstellen lassen. Ferner muß Energie verfügbar sein, um die neuen Maschinen anzutreiben. Vermutlich werden diese beiden beschränkenden Faktoren auf einer gewissen Stufe in den meisten Entwicklungsländern auftreten; der erste wahrscheinlich vorwiegend in früheren Entwicklungsstadien, während der zweite vorherrschend wird, wenn die Industrialisierung fortgeschritten ist. Sie werden daher als wirksame Beschränkungen die Rate, in der ein Land sich mittels eigener Ressourcen zu entwickeln vermag, beeinflussen.

Welche Folgerungen lassen sich daraus für die aktuelle Politik ziehen? Und was ergibt sich im Hinblick auf die Vorschriften der traditionellen Theorie? Allgemein gesprochen muß man schließen, daß das vorhandene

Investitionspotential, welches es auch sei, auf Produktionsmethoden und -zweige konzentriert werden sollte, die es noch weiter vergrößern.
Liegt der beschränkende Faktor in der Ausstoßkapazität der Investitionsgüter produzierenden Industrien (Maschinen und Baumaterialien), so wird die mögliche Zuwachsrate umso höher sein, je größer der Anteil der laufenden Investition ist, die zur Erweiterung dieses Industriesektors (Marxens Industriezweige der Abteilung I) aufgebracht wird, und zwar aus dem einfachen Grund, daß man in den zukünftigen Jahren einen größeren Ausstoß an Stahl und Maschinen erhält, also neue Fabriken und Stahlwerke erstellen kann. In dieser Beziehung üben Werkzeugmaschinen zur Produktion weiterer Werkzeugmaschinen einen stärkeren Wachstumsanreiz aus als automatische Webstühle.
Liegt der beschränkende Faktor indes darin, daß bei Lebensmitteln oder anderen Konsumgütern über das hinaus, was von ihren eigenen Produzenten konsumiert wird, kein verfügbarer Überschuß entsteht, so ist es gewiß nicht die klügste Politik (unter dem Aspekt des Wachstums), in wenig produktive, »arbeitsintensive« technische Verfahren zu investieren, selbst wenn das für den Augenblick eine höhere Beschäftigungszahl gewährleistet. Vielmehr sollten Techniken gewählt werden, die produktiver, wenngleich kostspieliger sind und dadurch, daß sie eine höhere Produktionsleistung je Arbeiter ermöglichen, den Überschuß des betreffenden Produkts vergrößern und damit die Beschäftigung einer größeren Arbeitskraft in anderen Sektoren der Wirtschaft erlauben.
Daraus geht hervor, daß man nicht von einer gegebenen Gesamtinvestition oder Investitionsrate *unabhängig davon, wie sie angelegt ist*, sprechen kann; denn der eingeschlagene Weg beeinflußt unweigerlich die zukünftige Größe dieser Gesamtinvestition. Deshalb ist es irrig, von einer bestimmten Investitionsrate auszugehen und dann die wünschenswerte Verteilung zu diskutieren, als ob die beiden in keiner Weise zusammenhingen.
Eine Politik, die auf eine hohe Zuwachsrate abzielt, wird zweifellos sehr bald in einen Konflikt zwischen den Erfordernissen des Wachstums und denen einer raschen Erhöhung von Beschäftigungszahl und Konsumption geraten. Blickt man ein oder zwei Jahre voraus, so wird man wahrscheinlich von dem Gedanken an eine solche Erhöhung beunruhigt werden und nach politischen Entscheidungen verlangen, die zu diesem Ziel führen. Sieht man aber ein wenig weiter in die Zukunft, so verschwindet der Gegensatz, da die hohe Zuwachsrate bald eine schnellere Ausdehnung

nicht nur der Investition, sondern ebenso der Beschäftigungs- und Konsumhöhe gestattet, und zwar deshalb, weil nunmehr ein größerer Teil der beschäftigten Arbeitskraft im Bauwesen und in anderen, durch das Wachstum erschlossenen Bereichen benötigt wird. Man braucht gar nicht sehr weit in die Zukunft zu blicken – viel weniger weit, als man gewöhnlich glaubt – um jenen Gegensatz verschwinden zu sehen dank den Wachstumskräften, die sich selbst verstärken, sobald einmal die Zuwachsrate über einen niedrigen Stand hinausgekommen ist. (...)

Es ist höchst unwahrscheinlich, daß eine kapitalistische Wirtschaft die skizzierte Politik einer hohen Zuwachsrate einschlägt, während sie von einer sozialistischen Planwirtschaft sehr wohl verfolgt werden kann. Die Gründe dafür sind deutlich genug und lassen sich dahingehend zusammenfassen, daß die einzelnen Unternehmer in ihrer Investitionspolitik nicht in der Lage sind, sehr weit vorauszublicken, und zwar nicht wegen angeborener Kurzsichtigkeit, sondern infolge der Lage, in der sich jeder, der eine Entscheidung zu treffen hat, in einem kapitalistischen System findet. Sein Horizont ist zeitlich wie räumlich begrenzt durch einen Nebel von Unsicherheiten. Zunächst einmal kann er es sich (vom Profitinteresse her) nur erlauben, diejenigen Konsequenzen seiner Handlungsweise zu berücksichtigen, die seinen eigenen Betrieb betreffen. Welche Auswirkungen sie für andere Betriebe, andere Industriezweige und für die Gesellschaft im Ganzen haben, geht ihn nichts an (es sei denn, er bedenkt, daß sie die Preis- und Verkaufspolitik seiner unmittelbaren Rivalen beeinflussen könnten). Er kann nicht wissen, welche Expansionen andere Betriebe und Industriezweige vorhaben, und vermag bestenfalls ziemlich vage Vermutungen anzustellen; je unbestimmter diese sind, desto stärker wird er auf Sicherheit bedacht sein und erst einmal abwarten. Entwicklung entsteht aus einem Komplex voneinander abhängiger Handlungen, deren jede die anderen beeinflußt und von ihnen beeinflußt wird. Wenn ein Kapitalist investiert, dann tut er das (falls er klug ist) für einen unmittelbar überschaubaren Markt und aufgrund von Ertragschancen, die bereits absehbar sind.

Daher wird die kapitalistische Expansion, mit seltenen Ausnahmen, der *Marktnachfrage folgen*, anstatt sie zu lenken; und die Marktnachfrage hängt ihrerseits weitgehend von den in anderen Teilen der Wirtschaft getroffenen Investitionsentscheidungen ab. Das erklärt, warum das »natürliche« Entwicklungsmodell des Kapitalismus das des sogenannten

»Textilienvorrangs« war. Das letzte, wozu der private Unternehmer, die freie Marktwirtschaft bereit ist, sind Investitionen zu dem Zweck, zusätzliche Produktionskapazität für die Herstellung von Werkzeugmaschinen zu entwickeln, *bevor* eine unmittelbare oder leicht voraussagbare Nachfrage seitens anderer Industrien dafür besteht. Das wäre ein Glaubensakt, der auf die Aufrechterhaltung einer bestimmten Investitionsrate der Wirtschaft über ein oder zwei Jahrzehnte hinweg spekuliert. Wenn sich eine solche Entwicklung ereignete, dann unter dem Anreiz der Kriegsnachfrage und der Aufrüstung oder eines plötzlichen umfangreichen Eisenbahnbaus, oder auch infolge eines übereilten Optimismus der *Boom*-jahre, die sehr bald in eine *Baisse* umschlugen. (...)

Um Mißverständnisse zu vermeiden, müssen hier gewisse Modifikationen eingeführt werden. Es käme offensichtlich einer Karikatur des Gesagten gleich, wenn es als Empfehlung aufgefaßt würde, die Investitionen zu 100 Prozent (oder in irgend einer entsprechenden Höhe) zur Ausdehnung des Investitionsgütersektors zu verwenden. Wenn die Beschäftigungshöhe überhaupt ausgedehnt werden soll, dann muß eine Ausdehnung der Konsumgüterproduktion stattfinden, damit die Bedürfnisse einer größeren Arbeiterzahl befriedigt werden können. (...) Auch wäre es eine absurde Übertreibung einer solchen Politik, anzunehmen, daß stets die fortgeschrittensten Techniken, die Wissenschaftler und Ingenieure ersinnen können, anzuwenden seien, ohne Rücksicht auf ihre Kosten. Dadurch vergrößerte man nicht den Überschuß, sondern verringerte ihn, denn von diesen äußerst kostspieligen Maschinen könnten mit den verfügbaren Ressourcen nur so wenige hergestellt werden, daß ihre höhere Produktivität kaum ihre geringe Zahl ausgleichen würde. Es wäre das Gegenstück zu dem Widersinn, Spaten für die Landwirtschaft anzuschaffen, weil damit so viele beschäftigt werden können. Kostspielige »kapitalintensive« Techniken sollten nur so weit angewandt werden, als die höhere Arbeitsproduktivität (was ihre Auswirkung auf das Überschuß-Produkt betrifft) die höheren Herstellungskosten der erforderlichen Maschinerie noch ausgleicht, jedoch nicht weiter. Dazu ist eine Distribution der Arbeitskraft bei der Produktion und der Bedienung der Maschinen nötig, die eine maximale Wirksamkeit (im Interesse des Wachstums) ermöglicht.

Aus dem Gesagten folgt auch nicht, daß die Investition und ihre Verteilung sowie die Wahl der Technik die einzigen das Wachstum berührenden Faktoren seien. Wenn die tragenden ökonomischen Einflüsse hervorgeho-

ben wurden, so bleibt dadurch unbestritten, daß es bedeutsame politische und gesellschaftliche Faktoren gibt, die ebensowohl das Resultat beeinflussen können, zum Beispiel die Eigentumsordnung und die gesellschaftliche Organisation. (...)

Es bleibt noch ein Wort zum Außenhandel zu sagen. Wenn wir uns in diesem Kapitel mit den Möglichkeiten eines Landes beschäftigen, seine Produktivkräfte aus eigenen Ressourcen aufzubauen, dann darf das nicht so aufgefaßt werden, als wollten wir Selbstgenügsamkeit propagieren und die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung leugnen. Wir sagen nur, daß die Möglichkeiten der meisten unterentwickelten Länder, sich ihre Entwicklungsmittel durch die Ausweitung des Exports zu verschaffen, wahrscheinlich weit geringer sind, als gewöhnlich vermutet wird, und daß die Doktrin der komparativen Kosten nicht statisch interpretiert werden darf, so als könnte man das alte Modell der internationalen Arbeitsteilung aus dem 19. Jahrhundert für die ganze Welt verewigen.[9]

Auch wenn jene Länder sich nicht auf den Außenhandel verlassen können, so müssen sie doch einen Teil ihrer Entwicklung mit seiner Hilfe bestreiten – und dies ganz bestimmt in den ersten Jahren, solange sie noch keine eigene Schwerindustrie besitzen. Deshalb muß ein Teil der überschüssigen Produktion der Landwirtschaft und der Leichtindustrie für den Export bestimmt werden, damit Investitionsgüter zur industriellen Expansion erworben werden können. Unberührt davon bleibt jedoch, was wir über die Maximierung des Sozialprodukts als Mittel, die Zuwachsrate zu erhöhen, gesagt haben. Je kleiner ein Land und je begrenzter seine Ressourcen, desto stärker wird es seine Bedürfnisse mittels Export befriedigen müssen und desto abhängiger ist seine Entwicklung von der Möglichkeit, den Wachstumserfordernissen auf diese Weise zu genügen. Was wir über die Bedeutung der Entwicklung einer Investitionsgüterindustrie für das Wachstum gesagt haben, trifft nicht ohne weiteres für jedes Land zu, wie klein und wie arm an natürlichen Ressourcen es auch sei. (...) Der Vorschlag, Investitionen in der Schwerindustrie den Vorrang zu geben, ist in erster Linie für relativ große Länder gedacht – und für Länder, die so groß sind wie Indien, China und die UdSSR, gilt er ohne jede Einschränkung. Er gilt auch für eine Gruppe kleinerer Länder, zum Beispiel in Afrika und Asien, die ihren Handel und ihre Entwicklungspläne in der Weise aufeinander abstimmen, wie es die sozialistischen Länder Osteuropas jetzt tun.

Das Problem, das hier diskutiert wurde, ist die Frage, in welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln ein Land sich wirtschaftlich aus eigenen Kräften entwickeln kann. Die Frage der sogenannten Entwicklungshilfe und ihrer Auswirkungen ist bewußt ausgeklammert worden, und zwar in der Überzeugung, daß die von uns behandelten Fragen eher den Problemen entsprechen, denen die unterentwickelten Länder tatsächlich ausgesetzt sind. In diesen Ländern (und nicht bloß in den sozialistischen) wird weithin erkannt, daß sie nur spärliche Chancen haben, ausländisches Kapital und ausländische Hilfe von Amerika oder amerikanisch kontrollierten Institutionen (in diesem Fall etwa von England oder Westdeutschland) zu erhalten, ohne ans Gängelband genommen oder sogar in die Strategie des Kalten Krieges verwickelt zu werden (wie es schon mit einer Anzahl von Ländern geschehen ist, die im Grunde amerikanische Außenposten und Stützpunkte geworden sind). Darauf zu achten, daß die ausländische Hilfe so gering wie möglich bleibt, ist deshalb zu einem Axiom wahrer politischer Unabhängigkeit geworden. Wirtschaftliche Hilfe der UdSSR und Chinas (in Form langfristiger Kredite) hat in einigen Fällen einen gewichtigen Beitrag geleistet (vor allem innerhalb des sozialistischen Lagers, wo sie seit dem Krieg auf eine Summe von rund acht Milliarden Rubel anstieg); jedoch ist es unwahrscheinlich, daß sie, zumindest während des nächsten Jahrzehnts, zu den Investitionsbedürfnissen der unterentwickelten Länder mehr als einen geringen Teil beitragen kann. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die UdSSR so gut wie China, und ebensosehr die anderen sozialistischen Länder, ihre eigenen ehrgeizigen Entwicklungsprogramme verfolgen. Wenn indessen eine internationale Übereinkunft über allgemeine Abrüstung und die Beendigung des Kalten Krieges zustandekäme, wäre die Lage eine andere, wie Bernal in *World Without War* überzeugend bewiesen hat. Dann könnte ein weit größerer Anteil der Ressourcen zum Nutzen der armen und unterentwickelten Länder bereitgestellt werden. Im selben Maße würde ihr ökonomisches Wachstum erleichtert, und einige der oben vertretenen Ansichten wären entsprechend zu modifizieren. Doch selbst dann bliebe es wahr, daß die unterentwickelten Länder die Hauptlast ihrer Entwicklung selbst tragen und ihre eigenen Mittel und Möglichkeiten entfalten müssen.

Schlußbemerkung

Inwieweit (so könnte man fragen) gelten die behandelten Bedingungen sowohl für die bereits entwickelten als auch für die unterentwickelten Länder? Es mag scheinen, als hätten die reifen Länder Westeuropas oder Amerikas die Möglichkeiten des Wachstums schon ausgeschöpft, als gehe es nun weniger um den Produktionszuwachs als um eine bessere Distribution und darum, die vorhandenen Produktivkräfte auf gesellschaftlich nützliche Ziele zu lenken. (...) Entwickelt und unterentwickelt sind jedoch relative Begriffe, und es kann schwerlich bezweifelt werden, daß noch viel Rückständigkeit zu beseitigen bleibt, und daß es selbst in den Industrieländern Westeuropas und Amerikas einen Spielraum für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte gibt. (...) Die Sowjetunion plant ihrerseits für die nächsten zwei Jahrzehnte eine hohe Zuwachsrate, die »die Grundlage für den Übergang zum Kommunismus« schaffen soll. Es besteht jedoch ein entscheidender Unterschied zwischen den ökonomischen Problemen der hochindustrialisierten Länder und denen der meisten nichtindustrialisierten. Für diese ist eine überschüssige Arbeitskraft charakteristisch, die sich in einem Hinterland mit übervölkerter Landwirtschaft findet, während in den entwickelten Ländern überschüssige Arbeitskraft, wenn überhaupt, nur in sehr geringem Umfang vorhanden ist und keine derart dauerhafte Reserve darstellt. Für die unterentwickelten Länder ist die Existenz überschüssiger Arbeitskraft in der Gegenwart ein Problem, aber sie bedeutet zugleich eine Chance der Entwicklung, wenn nur die Mittel gefunden werden, das Arbeitskräftereservoir in produktive Beschäftigung überzuführen. Bereits industrialisierte Länder werden sich vor allem auf die Anhebung der Arbeitsproduktivität (d. h. der Produktivität der vorhandenen Arbeitskraft) durch technische Veränderungen und Verbesserungen konzentrieren müssen. Für sie gewinnt die Fähigkeit, das technische Wissen auszudehnen und nützlich zu machen, vorherrschende Bedeutung; weil sie schon einen großen Investitionsgütersektor wie auch eine geschulte Arbeiterklasse besitzen, sind sie zumindest potentiell in einer weitaus günstigeren Position, um aus den technischen Möglichkeiten Nutzen zu ziehen und eine hohe Zuwachsrate zu behalten.

Gleichwohl sind es gerade die alten und entwickelten kapitalistischen Länder wie England und die USA, in denen das Wachstum sich verlangsamt

und sogar Zeichen der Stagnation zeigt. Eben diese Tatsache deutet darauf hin, daß ökonomisches Wachstum für diese Länder ebenso wichtig bleibt wie für die nichtindustrialisierten Nationen. In keinem lag die Nettoinvestitionsquote in den letzten Jahren über zehn Prozent. Tatsächlich mutet es seltsam an, daß ökonomische Stagnation an beiden Enden der Wachstumshierarchie sich einstellt – im reifen wie im unterentwickelten Zustand.

Die Stagnation in diesen Ländern wird offensichtlich dadurch verursacht, daß die Ressourcen, die sonst zur Förderung des Wachstums genutzt würden, von militärischen Ausgaben im In- und Ausland geschluckt werden. Andererseits jedoch wird gerade dem Umfang dieser militärischen Ausgaben allgemein ein Haupteinfluß auf die Erhaltung eines langandauernden *Booms* in den reifen kapitalistischen Systemen zugeschrieben. Demnach müssen andere Depressionstendenzen wirksam sein. Mit ziemlicher Sicherheit erwächst die Depressionstendenz vornehmlich der zunehmenden industriellen Überkapazität, deren Existenz von Investitionen und Neuerungen abschreckt und eine »Furcht vor der Produktionskapazität« erzeugt; die Ausweitung der Kapazität würde den Wert des bestehenden Kapitals senken.

So weist eine jüngere amerikanische Studie darauf hin, daß die Produktionskapazität der amerikanischen verarbeitenden Industrie seit 1943 (dem Höchststand während des Krieges) sich mehr als verdoppelte, während der Ausstoß um weniger als ein Fünftel vergrößert wurde, so daß also mehr als die Hälfte der bestehenden Produktionskapazität ungenutzt blieb. [10] Eine solche Überkapazität geht in den USA Hand in Hand mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit, die allem Anschein nach chronisch wird und eher zunimmt als sich vermindert. Es wirft ein seltsames Licht auf die Hingabe der amerikanischen Wissenschaft an den »American way of life«, wenn in den einander folgenden Ausgaben eines wirtschaftswissenschaftlichen Bestsellers das Maß der sogenannten »erlaubten Arbeitslosigkeit« nach oben hin revidiert wurde. Und es ist ein sarkastischer Kommentar zu dem kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus, daß die Zuwachsraten am niedrigsten sind, wo die Überkapazität am auffallendsten ist.

Paul Baran stellt dazu fest: »In den fortgeschrittenen Ländern ist die Diskrepanz zwischen dem, was mit den der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Produktivkräften geschaffen werden könnte, und dem, was

tatsächlich erreicht wird..., unvergleichlich größer als in den rückständigen Gebieten.« [11]

Der Kontrast, den die Wachstumsprobleme in beiden Teilen der Welt bilden, soll abschließend kurz zusammengefaßt werden: In den reifen Industrieländern, wie in den USA und in England, vollzieht sich das Wachstum langsam, weil der Kapitalismus in seiner späten monopolistischen Form unfähig ist, die latent vorhandenen Wachstumsmöglichkeiten (die er in der Vergangenheit, in einer mehr als hundertjährigen Entfaltung selbst erzeugte) auszuschöpfen. In den unterentwickelten Ländern dagegen ist der einheimische Kapitalismus unfähig, jene Möglichkeiten ohne fremde Hilfe hervorzubringen; diese Länder bleiben ein beständiges Opfer des »Teufelskreises« von Rückständigkeit und Armut. In beiden Fällen scheint die sozialistische Planung die einzig wirkungsvolle Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme zu sein: im einen Fall geht es darum, Wachstumsfähigkeiten zu erzeugen und zu entfalten, im anderen darum, die bereits vorhandenen voll zu nutzen und auszudehnen – bis das Wirtschaftsproblem aus der Welt geschafft ist. Vor mehr als dreißig Jahren sprach Lord Keynes von der Wahrscheinlichkeit, »das Wirtschaftsproblem innerhalb von hundert Jahren« zu lösen (sofern es keine Kriege gebe und die Bevölkerung nicht übermäßig zunehme). Damit meinte er, daß die »absoluten Bedürfnisse«, wie er sie nannte, dann voll befriedigt werden könnten. Der Sozialismus verheißt diese Möglichkeit schon für einen Zeitpunkt, den sich ein liberaler Ökonom nicht einmal hatte ausdenken können; und die Sowjetunion sieht in ihr eine Angelegenheit von zwei oder drei Jahrzehnten – sie will das Ziel ein halbes Jahrhundert früher erreichen, und von einem tieferen Ausgangspunkt aus.

Aus dem Englischen von Gert Schäfer

Anmerkungen

1 s. S. J. Patel, in: *Economic Development and Cultural Change* (Chicago), April 1961, Vol. IX, No. 3, S. 316 ff.
2 s. D. C. Paige, Economic Growth: the Last Hundred Years, in: *National Institute Economic Review*, July 1961, S. 28
3 s. Patal, a.a.O., S. 321 f.
4 s. W. W. Rostow, *Stadien wirtschaftlichen Wachstums*, 1962
5 s. O. Lange, *Introduction to Econometrics*, Warschau und London 1959, S. 288
6 vgl. *Programming Techniques for Economic Development*, U. N. Econ. Commission for Asia and the Far East, Bangkok 1960, S. 11
7 P. Baran: *Political Economy of Growth*, New York 1957, S. 228
8 Patel, a.a.O., S. 321; vgl. auch Lord Keynes, *Essays in Persuasion*, S. 361
9 vgl. hierzu Baran, a.a.O., S. 292 ff.
10 in: *Monthly Review* (New York), June 1962, S. 88 ff.
11 Baran, a.a.O., S. 249

Peter Weiss und Hans Magnus Enzensberger
Eine Kontroverse

Enzensbergers Illusionen

Ich nehme an, Hans Magnus Enzensberger hält sein Schlußwort im *Kursbuch 2* absichtlich so vieldeutig, weil er zur Diskussion anregen will. Doch liegt in seinem Ausweichen vor einer persönlichen Stellungnahme eine Doppelmoral auf der Lauer. Zunächst tut Enzensberger etwas außerordentlich Begrüßenswertes: er stellt den westdeutschen Lesern ein paar der führenden Gestalten jener Völker vor, die gegenwärtig um ihre Befreiung kämpfen. Er läßt sie mit ihren oft verzweifelten und aggressiven Argumenten zur Sprache kommen, um dann jedoch, in seinem Nachwort, ihre Aussprüche gegen sie zu wenden, indem er die Leser darauf aufmerksam macht, wie »fadenscheinig und verbraucht«, wie »antiquiert und unglaubhaft« sie in unsern Ohren klingen. Zwar warnt er auch gleich wieder vor diesen Vorbehalten und zeigt ein fast mitleidiges Verständnis für diese »Wortführer der Armen Welt«, die sich bei ihren Bemühungen um die Verbesserung der Notlage einer von ihren europäischen Unterdrückern geliehenen Sprache bedienen müssen. Er zieht eine Trennungslinie zwischen »seiner Welt« und »deren Welt«, er setzt auf eine selbstverständliche Weise seine Zugehörigkeit zu einer »Reichen Welt« voraus. Er äußert: »Keine Tat und keine Vorstellungskraft genügt, um sich in die Lage eines schwarzen Grubenarbeiters, eines asiatischen Reisbauern oder eines peruanischen Indio zu versetzen.«

Ich halte diesen Ausgangspunkt für sehr gefährlich, denn es wird damit der Anschein einer Solidarität mit den Unterdrückern geweckt. Auch wenn wir nicht als Sklavenarbeiter in einer afrikanischen Kupfergrube stecken, oder mit Napalmbrandwunden auf einem nordvietnamesischen Reisfeld liegen, so haben wir doch die Fähigkeit, die Anlässe zu ergründen, die zu diesen Situationen führen, und bei der Ergründung dieser Anlässe kommen wir denen, die daran zugrunde gehen, sehr nahe. In manchen Fällen können wir als Schreib- und Lesekundige sogar mehr von

den Verhältnissen verstehen und überblicken, als jene, die ohne jegliche Bildungsmöglichkeit von ihnen zerrieben werden. Ich möchte an das System der deutschen Konzentrationslager erinnern. Auch hier herrschte weitgehend die Meinung, es handele sich um Dinge, die wir nicht fassen könnten. Und doch zeigt es sich, daß auch das Schrecklichste immer noch menschliche Proportionen besitzt, und daß alles, was von Menschen in die Wege geleitet worden ist, seinen Ursprung und seine Erklärung hat. *Wir* sind zufällig von der Macht, die jene Lager errichtete, verschont geblieben – doch haben wir deshalb das Recht, von uns als »Verschonten« zu sprechen, im Gegensatz zu denen, die wir die »Betroffenen« nennen können? Besteht ein kategorischer Unterschied zwischen den Verschonten und den Betroffenen? Wir leben immer noch in der gleichen Welt, in der jene lebten, die darin vernichtet wurden.

Der Definition von einer »armen« und einer »reichen« Welt haftet etwas Passives und Fatalistisches an. Selbst wenn Enzensberger eine solche Terminologie nur als Arbeitshypothese aufstellt, um Anhaltspunkte für eine Auseinandersetzung zu finden, so kann sie wiederum nur denen nutzen, die die Klassenunterschiede aufrecht erhalten wollen. Für eine vereinfachende Terminologie wäre nach wie vor der Gegensatz einer kapitalistischen und einer sozialistischen Welt brauchbarer – selbst wenn wir uns klar darüber sind, daß innerhalb dieser beiden Begriffe außerordentlich komplizierte Gliederungen herrschen.

Hier ist allerdings, von Seiten unserer westlichen Welt aus, eine solch umfassende Meinungsbearbeitung vorgenommen worden, daß viele jetzt tatsächlich glauben, Kapitalismus und Imperialismus seien überwundene Stadien, und die westlichen Demokratien entwickelten sich mehr und mehr zu uneingeschränkten Wohlfahrtsstaaten. In diese Sicht einer »Reichen Welt« bezieht Enzensberger die Sowjetunion, Polen und Ungarn ein (wo steht die DDR?), sowie Spanien und Portugal, und stellt diese konstruierte Einheitlichkeit den Nationen des proletarischen Standes gegenüber. Allein der Gegensatz zwischen der westdeutschen und der sowjetischen Politik müßte genügen, um die Wirklichkeitsfälschung eines solchen Standpunkts deutlich zu machen. Was auch immer an Annäherungsversuchen zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt unternommen wurde, um die Gefahr eines Atomkriegs aufzuhalten: eine Annäherung der beiden Gesellschaftssysteme hat dabei nicht stattgefunden.

Die Trennungslinie einer »Armen Welt« und einer »Reichen Welt«, die Enzensberger als die heutige »Achse der Weltpolitik« voraussetzt, bleibt imaginär, so bestechend diese Anschauung sich auch ausnimmt, und so reichhaltig sie sich mit Beispielen belegen ließe. Die konkrete Trennungslinie zieht sich zwischen den verschiedenartigen Auffassungen von der gesellschaftlichen Ordnung hin, und hier müssen die Streitpunkte zwischen der Sowjetunion und China doch eher zu einer Einigung führen als die Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den USA. Die Hoffnung im Lager der Besitzenden dieser Welt, die Sowjetunion auf ihre Seite zu bekommen, ist ein Bestandteil der riesenhaften Kraftanstrengung, mit der der freie Unternehmergeist seine Stellungen konsolidieren will. Es ist eine eitle Hoffnung und eine Rückwärtsbewegung. Wenn wir die geschichtliche Entwicklung verfolgen und versuchen, uns deren weiteren Verlauf vorzustellen, so müssen wir uns fragen: unter welcher politischen Form kann sich die Befreiung vollziehen, die sich in den unterdrückten Ländern angebahnt hat? Ich kann da keine andere Form sehen als die sozialistische. Im Gegensatz zu der Opinionsverseuchung, die uns wahrmachen will, der Sozialismus habe ausgespielt, und der Klassenkampf sei eine veraltete Sache, befindet sich der Sozialismus vielmehr noch in seinen Anfangsstadien.

Selbst wenn uns im Augenblick einer Hochkonjunktur Westdeutschland als ein »reiches« Land entgegentritt, so brauchen wir nur einen Blick in die Hinterhöfe der Großstädte zu werfen, um uns davon zu überzeugen, daß die gröbsten Klassenunterschiede weiterbestehen. Und auch wenn diese Klassenunterschiede weniger katastrophal sind als in manchen italienischen Städten, von Spanien und Portugal ganz zu schweigen, so sind sie doch greifbar und müßten vor allem den »Betroffenen« klargemacht werden. Darin sehe ich eine größere Aufgabe für einen Publizisten, als die Aufgabe der Illusionsbildung: *wir alle* gehörten zum Reichtum, und die andern dort hinten in Afrika, Indien, Asien oder Lateinamerika gehörten zu den Armen.

Im Grunde ist es das gleiche, was dort hinten bei den Unbemittelten und was hier bei uns, die wir uns einen gewissen Lebensstandard angeeignet haben, geschieht. Wir befinden uns in dem gleichen sozialen Kampf, selbst wenn wir diesem Kampf in zweifelhafter Muße zusehen können, während die andern dabei in jeder Stunde ihr Leben gefährden. Unsere sophistische Kritik an den desperaten und unschönen Äußerungen derer, die sich ihre

elementarsten Lebensrechte noch erobern müssen, ist ein Ausschlag unseres Hochmuts und unseres Verrats. Die Aussprüche eines Fanon, eines Lumumba, eines Castro, Fuentes oder Grimau mögen sich unserm ästhetisch geschulten Gehör als Mißklänge dartun, und doch enthalten sie mehr Wahrheit als der größte Teil unserer esoterischen Kunst.
Enzensberger stellt zum Abschluß seines Nachworts ein paar Fragen, was denn nun in Erwartung des Zusammenstoßes zwischen der »armen« und der »reichen« Welt zu tun sei. Der erste Schritt scheint mir die Aufhebung dieser gefühlsmäßigen Trennungslinie zu sein. Es handelt sich vielmehr um einen politischen Konflikt, der nur in einigen Staaten durch eine neue Grundlage aufgehoben wurde – oder zumindest seiner Lösung entgegengeführt wird, während er in allen anderen Staaten mehr oder weniger verdeckt vorhanden ist. Indem wir uns soviel Kenntnisse wie möglich verschaffen über die Zustände in den von den »Reichen« am schwersten bedrängten Ländern, können wir diese Länder in unsere Nähe rücken und unsere Solidarität mit ihnen entwickeln.
Um dahin zu gelangen, müssen wir allerdings Farbe bekennen. Das Spiel mit Vorbehalten und ständigen persönlichen Rückzugssicherungen, das wir Intellektuelle der westlichen Welt so weitgehend betreiben, und das zu der hochmütigen Anschauung führen kann, wir gehörten zu einer »reichen Welt«, muß aufgegeben werden.

Für einen westdeutschen Autor z. B. besteht die Möglichkeit, zu untersuchen, in welchem Maß die Infiltration der Großwirtschaft und der militärischen Interessen seines Staats in den unterdrückten Ländern fortgeschritten ist. Da zeigt es sich bald, wie eng er mit den Geschehnissen dort verbunden ist.
So sollen in der Südafrikanischen Republik die westdeutschen Investitionen, die zur Zeit 1 Milliarde DM weit überschritten haben, dem Plan nach innerhalb von 10 Jahren auf 7,3 Milliarden erhöht werden. Halbseitige Zeitungsannoncen werben: »Das Land unvergleichlicher Schönheit und Kontraste bietet Ihnen das Potential eines expansionsfähigen Marktes mit hochentwickelten Industrien und regem Handel. Es ist Platz für Sie unter der südafrikanischen Sonne und Platz für Ihr Produkt auf dem südafrikanischen Markt.« Das bedeutet: Platz für den weißen Europäer!
Dominierende Abgesandte dieser weißen »Reichen« aus Westdeutschland sind in der S. A. R. die Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft, Frank-

furt/Main, die seit 10 Jahren in Johannesburg die Tochtergesellschaft Otavi Mining Co. Ltd. unterhält, die Mannesmann AG, Düsseldorf, die 1961 die Star Asbestos Co. gründete, und die Farbwerke Bayer, Leverkusen, die an der Rustenberg Chrome Mines Ltd. beteiligt sind. Des weiteren haben Heinkel, Henschel, Flick, sowie Siemens, Agfa und AEG durch Zweigwerke bedeutenden Einfluß auf die verarbeitende Industrie der S. A. R. gewonnen.

Die Deutsche Bank gab zur Entwicklung der Diamanteninteressen 50 Millionen DM an die Anglo-American Corp. of South Africa, so wie diese Bank auch maßgeblich hinter der von der Bundesregierung garantierten 108-Millionen-DM-Anleihe an die Phalaborwa Mining Co. steht. Dieser Kredit wird im Lauf der nächsten Jahre durch reichliche Kupferlieferungen abgedeckt werden. Die großen Gewinne dabei ergeben sich aus der Möglichkeit, die afrikanischen Arbeiter mit Hungerlöhnen auszubeuten.

Bei Hermann Abs und bei Dr. Felix Prentzel (Vorsitzender der Degussa, Aufsichtsratmitglied u. a. bei Hoechst, Mitglied des Verwaltungsrates beim Institut für Entwicklungsländer – unter Hitler Mitarbeiter im Reichsamt für Wirtschaftsausbau und Mitarbeiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der IG-Farben) laufen die Fäden zur südafrikanischen Uran-Gewinnung zusammen. Gemeinsam mit westdeutschen Sachverständigen wird die Produktion von Kernwaffen, Raketen und chemischen Waffen in der S. A. R. vorbereitet. Am weitesten fortgeschritten ist hier die Entwicklung von Giftgasen, für die Dr. Prentzel die Produktionserfahrungen und Lizenzen zur Verfügung stellte. Leitender Mitarbeiter der Giftgasgruppe ist Günther Pruss, der während des Krieges im Führungsstab der Gasforschungsabteilung tätig war.

In Angola hat Krupp 190 Millionen investiert zur Gewinnung von Eisenerz. Gegenwärtig beläuft sich die Jahresförderung aus den Gruben von Cuima und Cassinga auf 500 000 Tonnen. Es wird damit gerechnet, daß sich das Ergebnis nach zwei Jahren auf 2,5 Millionen Tonnen jährlich steigert.

Im Juli 1963 fuhr eine westdeutsche Delegation des Bundestags auf Einladung Salazars nach Angola und Moçambique. Nach der Rückkehr äußerte deren Leiter, der damalige Bundestagsvizepräsident Jaeger, in einem Interview, das er dem *Rheinischen Merkur* Ende August 1963 gab, daß das Wort Fremdherrschaft im Zusammenhang mit der portugiesischen Kolonialpolitik überhaupt nicht angemessen sei. Moçambique sei

eine Insel des Friedens (99% der afrikanischen Bevölkerung Analphabeten; System der 6-monatigen Zwangsarbeit per Jahr, darunter 100 000 Kinder im Alter von 10–14 Jahren; Lohn für den afrikanischen Arbeiter max. 90 Escudos = ca. 25 DM per Monat). In den portugiesischen Kolonien sei die Rassenfrage gelöst. Nicht Portugal, sondern seine Gegner bedrohten Angola und Moçambique.
Zur Förderung der portugiesischen Kolonialherrschaft baut die Bundesrepublik seit Anfang der 60er Jahre ihre Unterstützung der portugiesischen Armee aus, was letztlich zur Überführung westdeutscher Luftflottillen geführt hat – unter der unschuldsvollen Tarnung, es handele sich um bloße Manöver, die dort in einem günstigen Luftraum abgehalten werden könnten.
Dies nur als zufällig herausgegriffene kleine Beispiele, aus denen hervorgeht, wie sehr uns heute der Kampf um eine grundlegende soziale Veränderung der Welt angeht.

Auf wessen Seite stellen wir uns? Diese Frage richte ich an Hans Magnus Enzensberger. Stehen wir auf der Seite derer, deren Kräfte heute einem Verschleiß bis zur Vernichtung ausgesetzt werden (so wie die Wehrlosen in den faschistischen Konzentrationslagern), denen die Güter und Ausbildungsmöglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, versagt sind, die von ihren Beherrschern zersplittert und gegeneinander aufgehetzt werden, denen die Ruhe zum wohlgewählten Ausdruck fehlt und die ihr aufgespeichertes Unglück in gewaltsamen Ausbrüchen entladen, oder stehen wir auf der Seite derer, die diese Ausbrüche Pöbelrevolten nennen, oder Terroristentaten, und die zur Besonnenheit raten, weil sie die geltende Ordnung nicht gefährdet sehen wollen?
Ich möchte Enzensbergers drei Schlußfragen noch die vierte hinzufügen: Sind wir fähig, unsere Zweifel und unsere Vorsicht aufzugeben und uns zu gefährden, indem wir eindeutig aussprechen: Wir sind solidarisch mit den Unterdrückten und wir werden als Autoren nach allen Mitteln suchen, um sie in ihrem Kampf (der auch der unsere ist) zu unterstützen?

Stockholm, August 1965 *Peter Weiss*

Peter Weiss und andere

Peter Weiss und andere haben sich entschieden. Sie fordern uns auf, ihrem Beispiel zu folgen. Das Beispiel will untersucht sein.

Peter Weiss und andere haben sich entschieden – für die Unterdrückten, und gegen die Unterdrücker. Auf wessen Seite stellen wir uns? Dreimal dürfen wir raten, was die rechte Antwort auf diese starke Frage ist, und wie wir am sichersten zu einem klaren Standpunkt, am geschwindesten zu einer korrekten Position gelangen können. Wir brauchen uns nur ein Beispiel zu nehmen an Peter Weiss und anderen, und aufzugeben: unsere Passivität, unsern Fatalismus, unsern Hochmut, unsere Doppelmoral, unsere Vorbehalte, unsere Rückzugssicherungen, unsere Vorsicht, unsere Zweifel. Wir brauchen uns nur ein bißchen zu gefährden. Wir brauchen nur ein bißchen zu kämpfen, Seite an Seite mit »einer sozialistischen« gegen »eine kapitalistische Welt«. Das ist doch wohl nicht zuviel verlangt. Nur, wie macht man das eigentlich? Wie müssen wir zu Werke gehen, um es Peter Weiss und anderen gleichzutun? Was ist ihre Politik, und wie sieht ihre Moral aus?

Peter Weiss wird es seit einigen Monaten nicht satt, uns zu versichern, er habe sich entschieden; was aber aus dieser Entscheidung folgt, darüber läßt er uns ebenso beharrlich im Unklaren. Zwar teilt er mit, daß der Klassenkampf keine veraltete Sache sei, daß auch bei uns die gröbsten Klassenunterschiede weiterbestehen, und daß wir alle uns in einem sozialen Kampf befinden. Solche Nachrichten werden allenfalls den Bundesverband der deutschen Industrie aufhorchen lassen; wem sonst sollten sie neu sein, wer sonst wollte sie bestreiten. Auch der Blick in die Hinterhöfe der Großstädte ist heute, anders als vor achtzig Jahren, keine politische Offenbarung mehr. Was über solche bescheidnen Erinnerungen hinaus der Inhalt, und welches die Ziele des sozialen Kampfes sind, den Peter Weiss

und andere in Westdeutschland führen, will nicht so recht deutlich werden. Möglicherweise ist dabei an die Verstaatlichung der Produktionsmittel zu denken, an die Kollektivierung der Landwirtschaft. Möglicherweise soll die eine oder andere bisher erlaubte Partei verboten, die eine oder andere, bisher verbotene, erlaubt werden. Oder geht es bei diesem Kampf um die Abschaffung der Bundeswehr? Die Diktatur des Proletariats? Handelt es sich um bescheidenere Ziele, sollen die Notstandsgesetze verhindert, soll die DDR anerkannt werden? Man wird doch noch fragen dürfen.
Und nicht nur über die Ziele, sondern auch über die Strategie, mit deren Hilfe sie erreicht werden sollen, wüßten wir gern Bescheid, ehe wir unsern Zweifeln endgültig den Rücken kehren. Denkt Peter Weiss an eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, oder will er sich auf die Deutsche Friedens-Union stützen? Hat die Kampagne für Abrüstung seine Sympathien? Hält er Wahlreden für ein brauchbares Mittel, um seine Politik durchzusetzen? Genügen Presse-Verlautbarungen, Bulletins, »Arbeitspunkte« für Schriftsteller? Oder soll der politische Generalstreik ausgerufen werden? Ist Peter Weiss ein Reformist? Oder plant er für die Bundesrepublik eine Revolution? Fragen über Fragen. Peter Weiss läßt sie ohne Antwort. Aus Fatalismus, aus Passivität? Aus Vorsicht, um sich den Rückzug zu sichern, um sich nicht zu gefährden? Einem Mann von seiner Entschlossenheit mag ich das nicht zutrauen. Ich nehme vielmehr an: Er weiß es selber nicht. Er hat weder ein Programm vorzuschlagen, noch eine Strategie. Eine politische Entscheidung aber, die keine präzisen Ziele kennt, bleibt leer; eine politische Entscheidung ohne präzise Strategie bleibt blind.

Wo eins wies andere fehlt, kann auch die Analyse alle fünfe grad sein lassen, und auf die Anstrengung des Begriffs kommt es schon ganz und gar nicht mehr an. Der Verzicht darauf fällt umso leichter, wenn man seine Zweifel ein für allemal über Bord geworfen hat, mit dem Hochgefühl eines Patrioten, der sich sagen darf: Gold gab ich für Eisen. Eine kritische Theorie, die ohne den Zweifel auskäme, wird sich ja so leicht nicht finden lassen. Kein Wunder also, daß jedem Satz, den unser zweifelloser Kollege aufs Papier bringt, immer schon, ehe der Punkt gesetzt wird, das normative Urteil ins Wort fällt. Die Differenz zwischen dem Bestehenden und dem Notwendigen wird damit abgeschafft, aber freilich nur verbal. Der Abgrund zwischen dem, was in Kreuzberg, und dem, was in Kalkutta

geschieht, soll zugeschüttet werden mit sechs Wörtern: »Im Grunde ist es das Gleiche.« Um die Einheit der »sozialistischen Welt« zu retten, braucht es dagegen der Wörter zehn: »Hier müssen die Standpunkte doch eher zu einer Einigung führen.« Analytische Deskription ist überflüssig; das Terrain des Realen braucht gar nicht erst durchmessen zu werden. Immer sitzt der Igel des Normativen schon im Ziel und ruft: Ik bün all door! Denn: »Die Hoffnung im Lager der Besitzenden dieser Welt, die Sowjetunion auf ihre Seite zu bekommen, ist ein Bestandteil der riesenhaften Kraftanstrengung, mit der der freie Unternehmergeist seine Stellungen konsolidieren will. Es ist eine eitle Hoffnung und eine Rückwärtsbewegung.« Palmström dixit. Rückwärtsbewegungen sind in seinem Weltbild nicht vorgesehen, und so dekretiert er in edler Einfalt, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Diese Denkweise bei ihrem Namen zu nennen, ist nicht schwer. Der politische Palmström ist ein Idealist, wie er im Buche steht, und es gehört offensichtlich zu seinem Projekt, die Marxsche Philosophie auf den Kopf zu stellen. Das vereinfacht den Klassenkampf beträchtlich. Wir brauchen nur, jeder einzelne für sich, bis die ganze Menschheit desgleichen tut, unsere Charakterfehler abzustreifen und uns für Die Gute Sache zu entscheiden, unserm Egoismus Valet zu sagen, uns zu erheben über unsere niedrigen materiellen Interessen, so wird die klassenlose Gesellschaft nicht mehr lange auf sich warten lassen. Reiche Nationen werden dann in platonischer Eintracht verkünden: wir kennen nicht Reich noch Arm, wir wollen alle Brüder sein. »Die ›Idee‹ blamierte sich immer, soweit sie von dem ›Interesse‹ verschieden war«, schrieb Marx, der Peter Weiss nicht gelesen hat.

Der Fall ist lächerlich, aber er ist nicht komisch. Hier geht es nicht um ein paar Schriftsteller und ihre Meinungsverschiedenheiten. Daß der eine dem andern »Wirklichkeitsfälschung« vorwirft, der eine dem andern blinde Naivität, möchte jeden, der lesen kann, kalt lassen. Es ist aber hier von Fragen die Rede, die blutig sind; wovon wir reden, daran sterben viele Leute; darum handelt es sich, nicht um Kindereien, und deshalb muß ein Abgrund Abgrund genannt werden, Reichtum Reichtum, Interesse Interesse, und was ein furchtbarer Riß ist, ein Riß.

Vor mehr als einem Jahr, im Winter 1964/65, haben auf dem Roten Platz zu Moskau chinesische und afrikanische Studenten demonstriert.

Der Anlaß war die Behandlung, die den Demonstranten von Seiten der sowjetischen Administration zuteil geworden war. Der Grund lag tiefer. Politische und ideologische Losungen wurden laut, die sich auf den Streit zwischen Moskau und Peking und auf die Haltung der sowjetischen Regierung im Vietnam-Krieg bezogen. Die demonstrierenden Studenten sangen die *Internationale*. Berittene Polizei hat den Aufzug zersprengt. Sie wurde mit dem Ruf empfangen: Faschisten, Faschisten!

Ein Jahr später verschärften sich die Beschuldigungen der Chinesen gegen die sowjetische Regierung. In den Pekinger Texten war von einem »antagonistischen Widerspruch« die Rede. Die Chinesen erklären nicht nur, daß die Sowjetunion sich mit den Vereinigten Staaten, hinter dem Rücken und auf Kosten der ärmeren Länder, verständigt habe; sie behaupten auch, daß die Sowjets im Innern ihres Landes die Wiederherstellung des Kapitalismus betrieben; und sie betrachten, *expressis verbis*, die Sowjetunion fortan nicht mehr als einen sozialistischen Staat.

Im Februar dieses Jahres hat die KPdSU ein Rundschreiben an alle Bruderparteien erlassen, in dem es heißt: China bedrohe die Sowjetunion mit einer gewaltsamen Änderung ihrer asiatischen Grenzen; China wolle einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen der Sowjetunion und den USA herbeiführen, bei dem Peking das Schauspiel der gegenseitigen Vernichtung beider Weltmächte »als interessierter Zuschauer genießen« könne; China betreibe somit eine »Großmachtpolitik im Sinn des extremen Nationalismus, die letzten Endes auf die Beherrschung der ganzen Welt« ziele.

Bei Peter Weiss und anderen stoßen solche Vorgänge auf keine sichtliche Anteilnahme. Sind sie unscheinbarer als das, was in Angola geschieht? Oder ist es Peter Weiss vor allem um ein unbeschädigtes Weltbild zu tun, einen Glauben ohne Wenn und Aber, eine »kommode Religion«? Darauf deutet manches von dem, was er schreibt. Sein Text verläßt sich auf Bekenntnisse eher als auf Argumente; die Informationen, die er beibringt, sind uns willkommen, auch wenn er's an Belegen und Quellenangaben fehlen läßt. Doch stützen sie nur die Thesen, die er angreift; sie wirken wie ein Nachtrag zu der Publikation, die sie widerlegen möchten. Mit dem, was Peter Weiss ablegt, und mit dem, was er uns abfordert, haben seine Argumente wenig zu tun: das sind Bekenntnisse.

Und damit sind wir nicht beim Kern der Sache, doch beim Kern des Streites angelangt, den Peter Weiss, und das ist ihm zu danken, vom Zaun gebrochen hat: bei der Moral, und bei der Doppelmoral.
Seine Stimme bebt vor Empörung. Peter Weiss ist gegen den Mord, gegen die Ausbeutung, gegen den Hunger, gegen die Unterdrückung. Er sagt es sich selber, und er sagt es allen andern vor. Das ist ein begreifliches Bedürfnis. Ihm nachzugeben, schadet niemandem, nützt niemandem. Was da vorgebracht wird, mit der Beredsamkeit und im Brustton eines Missionars, das versteht sich von selbst. Es ist die Voraussetzung aller sinnvollen politischen Arbeit. Kann es sinnvolle politische Arbeit ersetzen?
Unsere selbsternannten Vorbilder sind solidarisch mit den Unterdrückten. Sie bekennen Farbe. Wir andern hingegen sitzen in unsern Fünf-Zimmer-Wohnungen. Wir schreiben ja nur. Wir fahren vielleicht einmal nach Cuba oder in die Sowjetunion, aber nur als Touristen; wir lesen vielleicht einmal in Leipzig etwas vor, aber dann setzen wir uns wieder in den Interzonen-Zug. Das ist nichts als Theorie. Das sind ja bloße Worte. Wenn es hochkommt, ein Auftritt im Fernsehen, ein paar Demonstrationen. Wenn es hochkommt, zahlen wir unser Flugbillett selber, bei der Besichtigung des Sozialismus. Wenn es hochkommt, wirft die nationale Presse ein wenig ihres eigenen Drecks auf uns. Aber es ist immer noch was zum Trinken im Kühlschrank. Dagegen Peter Weiss und andere! Die gefährden sich. Die kämpfen. Die haben nichts zu tun mit der Gesellschaft, in der sie leben. Die sind ausgetreten. Die stehen Schulter an Schulter mit dem schwarzen Grubenarbeiter in den Kupferminen von Transvaal, mit dem asiatischen Reisbauern in den Feldern von Süd-Vietnam, mit dem peruanischen Indio in den Vanadium-Bergwerken. Da stehen sie, Schulter an Schulter an Schulter, und kämpfen. Peter Weiss und andere sind nicht, wie wir, Komplizen der reichen Welt. Sie zeigen uns, mit ein paar Interviews, wie leicht Solidarität zu verwirklichen ist: mit ein paar Interviews. So leicht ist das Tischtuch zerschnitten, die Seele gerettet und die Schelle der Doppelmoral denjenigen angehängt, die sich ein wenig schwerer tun mit ihren Bekenntnissen. Ich bitte euch, meine Herren, schaut in den Spiegel, ehe ihr den Mund aufmacht! Ist es wirklich ein schwarzer Grubenarbeiter, der da Schulter an Schulter mit euch an der Bar sitzt? Wenn es wenigstens Sartre wäre, der würde euch sagen: »Heroismus erwirbt man sich nicht mit der Feder.« Wer klopft sich da eigentlich immerfort selbst auf die Schulter? Wer behauptet da im Ernst, er gefährde sich, und nimmt

den Mund voll mit seinen Mutproben? Ist der Klassenkampf ein Indianerspiel, die Solidarität ein Federschmuck für Intellektuelle?
Geht einmal nach Vietnam oder Peru und bringt zwanzig Jahre damit zu, einen revolutionären Krieg zu führen! Ihr bildet euch ein, es sei »im Grunde das gleiche«, was dort und was hier geschieht. Ich bin andrer Ansicht. Ich meine, daß es im Grunde zweierlei ist, ob einer in Angola in einer Grube stirbt, oder ob er eine Statistik über die Grubenarbeiter von Angola liest. Ihr, meine Herren, studiert die Statistik. Ich auch.
Es ist nicht jedermanns Sache, mit Bekenntnissen um sich zu schmeißen. Da Peter Weiss und andere mich auffordern, Farbe zu bekennen, so erwidere ich: Die diversen Seelen in ihrer und in meiner Brust sind weltpolitisch nicht von Interesse. Die Moralische Aufrüstung von links kann mir gestohlen bleiben. Ich bin kein Idealist. Bekenntnissen ziehe ich Argumente vor. Zweifel sind mir lieber als Sentiments. Revolutionäres Geschwätz ist mir verhaßt. Widerspruchsfreie Weltbilder brauche ich nicht. Im Zweifelsfall entscheidet die Wirklichkeit.

Berlin, März 1966 *Hans Magnus Enzensberger*

Anmerkungen der Redaktion

Lawrence Ferlinghetti hat sein Prosastück *Where is Vietnam?* im vergangenen Herbst als Flugblatt veröffentlicht. © 1965 by City Light Books, San Francisco, California. Da der Text zahlreiche Wendungen aus der Sprache der amerikanischen Politik enthält, die hierzulande nicht geläufig sind, da er unübersetzbare Schlagworte und Zitate in sich aufgenommen hat, kann die deutsche Version von Benedikt Pfaff nur als Lesehilfe dienen.

George Mohr, der das Dossier über die amerikanische Opposition gegen den Krieg in Vietnam zusammengestellt hat, ist 1909 im Ruhrgebiet geboren und lebt als Physiker in New York.

Jan Myrdal, geboren 1927, aufgewachsen in Stockholm, Genf und New York (sein Vater ist ein berühmter Soziologe, der eine Zeitlang schwedischer Außenminister war), hat sich als Schriftsteller und Publizist einen Namen gemacht. Die *Erzählungen aus einem chinesischen Dorf* hat Myrdal im Sommer 1962 aufgezeichnet. Unser Text ist nur eine Auswahl. Das ganze Buch, 1963 unter dem Titel *Rapport fran kinesisk by* in Stockholm erschienen, wird die Nymphenburger Verlagshandlung noch in diesem Jahr auf deutsch verlegen.

Detlef Kantowsky ist Berliner, geboren 1936, Soziologe, Historiker, Slawist und Psychologe. 1964 Hindi-Sprachstudien am Südasien-Institut der Universität Heidelberg. Seit 1965 lebt Kantowsky in Rameshvar, einem Dorf von 600 Einwohnern, im Distrikt Benares, Uttar Pradesh, Indien.

Bo Gustafssons Schrift *Fran kolonialism till socialism* ist 1964 und 1965 im Clarté Verlag zu Stockholm erschienen. Unsere Übersetzung bietet den größten Teil des Buches dar. Fortgelassen wurden die Kapitel III und IV, weil sie thematisch und sachlich weitgehend mit der Arbeit des englischen Nationalökonomen *Maurice Dobb* übereinstimmen. Umgekehrt, und aus dem selben Grund, fehlt in der deutschen Fassung des Dobbschen Aufsatzes das zweite Kapitel; andere Kürzungen dieses 1963 erschienenen Textes sind gekennzeichnet, sie berühren nicht den Kern der Argumentation. © 1963 by Lawrence and Wishart, London.

Berichtigung. Bernd Peschken ist nicht Gastprofessor, sondern Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an der McGill University in Montreal. Manfred Bierwisch ist nicht Leiter der Arbeitsstelle Strukturelle Grammatik an der Deutschen Akademie der Wissenschaften, sondern wissenschaftlicher Arbeitsleiter an derselben Institution. Die Redaktion entschuldigt sich bei allen, die sich an den unrichtigen Angaben in *Kursbuch 4* und *Kursbuch 5* gestoßen haben.

Frantz Fanon
Die Verdammten dieser Erde

Mit einem Vorwort
von Jean-Paul Sartre
244 Seiten DM 12.–

Inhalt:

Von der Gewalt

Größe und Schwächen der Spontaneität

Mißgeschicke des nationalen Bewußtseins

Über die nationale Kultur

Kolonialkrieg und psychische Störungen (Beispiele)

Schlußfolgerung

Suhrkamp

Bertolt Brecht

10. Todestag am 14. August 1966

Im Jahr 1966 erschienen oder erscheinen noch folgende Bücher im Suhrkamp Verlag:

Stücke 13 und 14

Schriften zur Literatur und Kunst (3 Bände)

Gedichte 10
(Dezember 66 bzw. Februar 67)

Das Dreigroschenbuch (Sonderausgabe)

In der edition suhrkamp:

Die Tage der Commune

Baal. Drei Fassungen

Der Jasager und der Neinsager (Mit Materialien)

Materialien zu Brechts ›Der kaukasische Kreidekreis‹

Walter Benjamin:
Über Brecht

Suhrkamp

In Sachen Rainer Maria Rilke und Thomas Mann

Hier wird ein wesentlicher Beitrag zur Klärung des derzeitigen Bildes der Dichter Rainer Maria Rilke und Thomas Mann gegeben. Aufsätze namhafter Literarhistoriker und Kritiker bieten einen vielseitigen Überblick über die einschlägige Forschung. Jeder literarisch Interessierte, mag er „pro" oder „contra" eingestellt sein, wird das Heft 17/18 der Zeitschrift „Sprache im technischen Zeitalter" (Berliner Kritiker-Colloquium Ende 1965) mit hohem Gewinn lesen.

Aus dem Inhalt:
P. Demetz, Plädoyer über Rainer Maria Rilke
E. Fried, Rilke – Zauber, Täuschung, Enttäuschung
W. Höllerer, In Sachen Rainer Maria Rilke, – Aussicht
K. Hamburger, Thomas Manns Humor
R. Baumgart, Thomas Mann, wiedergelesen
W. Höllerer, In Sachen Thomas Mann, – Aussicht

Sprache im technischen Zeitalter erscheint vierteljährlich. Im Abonnement je Heft DM 3.50, Studentenabonnement je Heft DM 3.–, Einzelheft DM 4.–, Doppelheft DM 7.50.

100 JAHRE KOHLHAMMER

Kohlhammer Verlag

Denis de Rougemont

Die Liebe und das Abendland

Aus dem Französischen von Friedrich Scholz
404 Seiten. Leinen DM 28,-

Denis de Rougemont untersucht in seinem bisher bedeutendsten und erfolgreichsten Werk, warum in der abendländischen Überlieferung – im Gegensatz zu den Vorstellungen der Orientalen – der körperlichen Liebe der Makel des Verbotenen, der Leidenschaft der Makel des Derben und Gemeinen anhaftet.

Kiepenheuer & Witsch

Dolf Sternberger: Kriterien

Ein Lesebuch. 424 Seiten. In Leinen DM 30.–

Aus dem Inhalt: Schöpfung und Scheidung – Über die Menschlichkeit der Sprache – Maßstäbe der Sprachkritik – Heidegger bleibt unverständlich – Meditation über Deutschland – Zwischen Vergangenheit und Zukunft

»Es lohnt sich ... ist ein Vergnügen, diesem hellen kritischen Geist zu folgen, wo immer er sich zu einem Urteil vortastet, dies Urteil begründend erhellt ... Von den Stimmen, die aus dem Nachbarland kommen, spricht diejenige von Dolf Sternberger nicht nur als eine der zuversichtlichsten zu uns, sondern auch als eine, die am meisten Zuversicht weckt.«
Die Tat, Zürich

»Ein Lesefest, mit dem man nicht so ohne weiteres rechnen durfte ... Schriftstellerei als hohe Kunst der Begegnung – mehr kann man zum Ruhme der Sprache nicht tun. Vollkommener geistiger Anstand – das ist es, was diese Aufsätze auszeichnet.«
Günter Blöcker, Merkur

Von Dolf Sternberger sind außerdem im Insel Verlag erschienen und lieferbar:

Begriff des Politischen

Essay. 40 Seiten. Kartoniert DM 5.50

Gefühl der Fremde

176 Seiten. In Leinen DM 12.80

Grund und Abgrund der Macht

Kritik der Rechtmäßigkeit heutiger Regierungen. Mit einem Noten- und Glossarteil. 408 Seiten. In Leinen DM 28.80, Insel-Studienausgabe kartoniert DM 19.80

Staatsfreundschaft

Rede zur Hundertjahrfeier der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 32 Seiten. Kartoniert DM 4.50

Insel Verlag

sammlung insel

sammlung insel 17

Heinrich Heine: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland

Herausgegeben und eingeleitet von Wolfgang Harich
248 Seiten · Flexibles Leinen DM 7.–
Heinrich Heine (1797–1856), der seit Goethe größte Lyriker deutscher Sprache, war auch der beste demokratische Publizist des Vormärz. 1833 plauderte er als erster, noch vor dem Auftreten der Junghegelianer, das revolutionäre Schulgeheimnis der Hegelschen Philosophie aus und wurde so zum Propheten und Wegbereiter eines neuzeitlichen, aufs Soziale gerichteten Denkens.

sammlung insel 18

Johann Gottfried Seume: Apokryphen

Mit einem Essay von Hermann Schweppenhäuser
184 Seiten · Flexibles Leinen DM 6.–
Johann Gottfried Seume (1763–1810) wurde 1781 von hessischen Werbern gefangen und als Soldat nach Amerika verkauft. 1787 desertierte er. Er hat seine ›Apokryphen‹ 1806 und 1807 verfaßt: provozierende Stücke über die gesellschaftliche Funktion von Philosophie, Religion und Politik. Erst 1869 riskierte der Berliner Verleger Gustav Hempel den Abdruck des vollständigen Textes, der hier neu vorgelegt wird.

sammlung insel 19

Franz von Baader: Sätze aus der erotischen Philosophie und andere Schriften

Herausgegeben von Gerd-Klaus Kaltenbrunner
208 Seiten · Flexibles Leinen DM 7.–
Franz von Baader (1765–1841) vertiefte sich in die Mystik Jacob Böhmes, hielt sich vier Jahre lang in England auf und begegnete schon früh der ostkirchlichen Spiritualität Rußlands. Er machte eine bedeutende Karriere im bayerischen Bergwerkswesen, wurde 1826 Honorarprofessor an der Universität München und ist bis heute einer der bedeutendsten Vorkämpfer für die Wiedervereinigung der christlichen Bekenntnisse.

sammlung insel 20

Georg Forster: Über die Beziehung der Staatskunst auf das Glück der Menschheit und andere Schriften

Herausgegeben von Wolfgang Rödel
192 Seiten · Flexibles Leinen DM 6.–
Georg Forster (1754–1794) ging 1793 als Anhänger der Revolution und als Abgeordneter von Mainz nach Paris, wo er für den Anschluß der Republik Mainz an Frankreich votierte. Mit der Reichsacht belegt, starb er als Emigrant in Paris. Friedrich Schlegel schrieb über ihn, daß unter allen Prosaisten, die auf eine Stelle in dem deutschen Verzeichnis der Klassiker Anspruch machen dürften, keiner so sehr den Geist freier Fortschreitung atme wie Georg Forster.

Bitte verlangen Sie bei Ihrem Buchhändler den neuen Prospekt der ›sammlung insel‹ 2. Halbjahr 1966 oder schreiben Sie an uns: Insel Verlag, 6 Frankfurt/M. 1, Postf. 3001

edition suhrkamp

Jeder Band 3 Mark

Stuart R. Schram

Die permanente Revolution in China

Dokumente und Kommentar · Band 151 der edition suhrkamp

Diese aktuelle Studie Schrams, der als führender China-Spezialist gilt, präsentiert bisher unbekanntes Material: Manifeste, Reden und Aufsätze von chinesischen Politikern und Ideologen. In einem Kommentar werden diese Texte analysiert und zu einer der folgenreichsten Theorien der neueren chinesischen Politik, der ›Theorie der permanenten Revolution‹, in Beziehung gesetzt. Der Autor publizierte 1963 und 1965 zwei weitere Werke: *The Political Thought of Mao Tse-tung* und *Le marxisme et l'Asie*.

Jürgen Horlemann · Peter Gäng

Vietnam. Genesis eines Konflikts

Band 173 der edition suhrkamp

Jürgen Horlemann studiert Politologie, Peter Gäng studiert Indologie, beide in Berlin. Sie versuchen, die Geschichte Vietnams seit den dreißiger Jahren zu beschreiben: die Ursachen und Vorformen der gegenwärtigen Auseinandersetzung. Dieser historischen Darstellung gesellt sich eine Analyse der politischen und ideologischen Grundlagen des Konflikts, eine Theorie der ›Entwicklungsgesellschaften‹, die sich auf hochinteressantes, im Westen bisher kaum bekanntes Tatsachenmaterial in Form von Dokumenten stützt.

Kursbuch 1 *(11. Tausend)*

Samuel Beckett, Faux Départs
Jürgen Becker, Glücksreihen
Pentti Saarikoski, Was geschieht in Wirklichkeit?
Tadeusz Różewicz, Non Stop Shows
Martina Werner, Monogramme
Peter O. Chotjewitz, Hommage à Frantek
Uwe Johnson, Eine Kneipe geht verloren
Karl Markus Michel, Die sprachlose Intelligenz I

Dossier 1: Ein Streit um Worte
Interview mit Jean-Paul Sartre, *Le Monde*, 18. 4. 1964
Claude Simon, Für wen schreibt denn Sartre?
Interview mit Jean-Paul Sartre, *Clarté*, März-April 1964

Dossier 2: Aufzeichnungen von einem Prozeß
Peter Weiss, Frankfurter Auszüge
Martin Walser, Unser Auschwitz

Kursbuch 2 *(11. Tausend)*

Frantz Fanon, Von der Gewalt
Carlos Fuentes, Rede an die Bürger der USA
Fidel Castro, Rede vor den Vereinten Nationen
Joan Robinson, Von China aus gesehen
Roland Barthes, Afrikanische Grammatik

Dossier 1: Der Iran und sein Wohltäter

Dossier 2: Apartheid als Geschäft

Dossier 3: Entwicklungshilfe oder Ausbeutung?
Eine Debatte aus Schweden

Dossier 4: Volkes Stimme
Deutsche Leserbriefe über die Dritte Welt

Hans Magnus Enzensberger, Europäische Peripherie

Kursbuch 3 *(11. Tausend)*

Michel Foucault, Die Spuren des Wahnsinns
Carlo Emilio Gadda, Wie ich arbeite
Ror Wolf, Begegnung mit Rach, einem alten Bekannten
Paavo Haavikko, Münchhausen
Lars Gustafsson, Die Ballonfahrer
August Strindberg, Lotungen im Luftmeer
Lorenz Oken, Kombinatorisches System der Pflanzenwelt
Dietrich Werner, Ich habe gewisse Schwierigkeiten
Willem F. Hermans, Manuskript, gefunden in einer Klinik
Heinz Häfner, Einblicke in Wahnwelten. Eine Dokumentation

Dossier: Wahn und Politik
Nachricht von der Oberwelt, gegeben im Jahre 1793
Nervenanhänge in wilhelminischer Zeit *(Daniel P. Schreber)*
Stahlführungen, nebst einem Flugblatt des ungenannten Verfassers
Hermann Kahn, KLAF – eine Versicherung gegen Atomkriegs-Schäden

Donald Barthelme, Spiel
Gisela Elsner, Das Vorbild
Christian Enzensberger, Die Verminderung des Menschen

Kursbuch 4 *(15. Tausend)*

Katechismus zur deutschen Frage
Hans Magnus Enzensberger, Brief an den Bundesminister für Verteidigung, Herrn Kai-Uwe von Hassel
Volker Braun, Fünf Gedichte auf Deutschland
Fritz Rudolf Fries, Die Werft
Jochen Ziem, Brief aus Halle, Juni 1953
Franco Fortini, Das sprechende Pferd
Günter Herburger, Ventile
Wolfram Flößner, Tonbänder
Jochen Lobe, Hamburg
Martin Walser, Eine gewöhnlich verlaufende Reise
Bernd Peschken, Nachrede

Dossier: Fahrlässige Werbung.
Der Anzeigenteil der *Deutschen Nationalzeitung*

Karl Markus Michel, Die sprachlose Intelligenz II:
Muster ohne Wert (Westdeutschland 1965)

Kursbuch 5

Beschreibung einiger Dinge. Aztekische Glossen aus dem Codex florentinus
Edoardo Sanguineti, Purgatorio del'Inferno
Helmut Heißenbüttel, Zwei Gedichte
Lars Gustafsson, Thorn
Lars Gustafsson, Bildnis eines Amerikaners
Alexander Bryan Johnson, Aus dem Traktat über die Sprache
Ferdinand de Saussure, Der Gegenstand der Sprachwissenschaft
Rudolf Carnap, Strukturbeschreibungen
Jurij Tynjanow und Roman Jakobson, Probleme der Literatur- und Sprachforschung
Manfred Bierwisch, Strukturalismus. Geschichte, Probleme und Methoden
Jerry A. Fodor und Jerrold J. Katz, Sprachphilosophie und Sprachwissenschaft
Claude Lévi-Strauss, Sprache und Gesellschaft
Roland Barthes, Die strukturalistische Tätigkeit

Kursbuch 7

Aus dem Inhalt

Ingeborg Bachmann, Fünf Gedichte
Günter Grass, Gedichte
Reinhard Lettau, Der Feind
Heiner Müller, Der Lohndrucker
Heiner Müller, Ödipus, Tyrann
Max Frisch, Erinnerungen an Brecht
Klaus Völker, Brecht und Lukács. Analyse einer Meinungsverschiedenheit
Heinrich Böll, Brief an einen jungen Nicht-Katholiken
Reinhard Lettau, Journalismus als Menschenjagd
Dossier 1: Ein Wirtschaftstag der CDU. Redaktion: F. C. Delius
Dossier 2: Kommentare zur deutschen Frage. Antworten auf einen Katechismus von Rudolf Augstein, Hans Dietrich Genscher, Léo Hamon, Joachim Herrmann, Moritz Mitzenheim, Hans Morgenthau, Karl Schiller, Sergio Segre und Otto Wolff von Amerongen

Vladimir Nabokov

W. E. Süskind / Süddeutsche Zeitung, München: «Aufs neue erlebt der Leser das große Nabokovsche Wunder, aus einem Emigrantenschicksal mit drei verschiedenen Mutter- und Bildungssprachen ein mehr als nur synthetisches Ganzes gemacht zu haben, in dem stofflich, seelisch und künstlerisch Russisch, Deutsch, Französisch und Englisch bis zu dem Grade in eins verschmolzen sind, daß jede der vier Literaturen den Dichter als ihr zugehörig ansehen kann. Das bestätigt sich in den Erzählungen: in der Genauigkeit, womit die Lokalfarben Südfrankreichs und des alten Rußland, Berlins, New Yorks und auch erfundener Landschaften getroffen sind, und mehr noch in der geisterhaften Leichtigkeit, womit in einer und derselben Erzählung ein Milieu ins andere übergeht, Berlin, wo verschiedene Stücke geschrieben sind, gibt häufig den Hintergrund ab – lokalgetreuer, als es irgendeinem von uns gelingen könnte. Unübertrefflich erfunden und gemacht, mit einem spiegelnden irrlichternden Witz und von einer Weisheit in der scheinbar nur individuellen und flüchtigen Impression, daß es hoch aufragt und einen, in umgekehrter Richtung, bis in den Traum hinein verfolgen kann. Dieter E. Zimmer, Nabokovs ausgezeichneter Übersetzer, hat in einem gescheiten Nachwort dieses Erhebende im Werk seines Autors schön analysiert. Eines jenseits aller Sensation hochbedeutenden Schriftstellers – man kann es nicht oft genug sagen.»

23 Erzählungen. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Dieter E. Zimmer. Übersetzt von Dieter E. Zimmer, Wassilij Berger, René Drommert und Renate Gerhardt.

1.–5. Tausend. 352 Seiten. Leinen DM 24,–

Rowohlt